



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll der 55. Sitzung - Endgültige Fassung* -

1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 18. Juni 2015, 10.30 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Europasaal (4.900)
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1

Vorsitz: Prof. Dr. Patrick Sensburg, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt

<i>Zeugenvernehmung</i>	<i>Seite</i>
- Staatssekretär Klaus-Dieter Fritsche, BK (Beweisbeschluss Z-12)	4
- Bundesminister Dr. Thomas de Maizière, MdB (Beweisbeschluss Z-17)	93

* Hinweis:

Die Korrekturen und Ergänzungen des Zeugen Herrn Bundesinnenminister Thomas de Maizière (Anlage) sind in das Protokoll eingearbeitet.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Lindholz, Andrea Schipanski, Tankred Sensburg, Prof. Dr. Patrick Warken, Nina	Marschall, Matern von Ostermann, Dr. Tim Wendt, Marian
SPD	Flisek, Christian Mittag, Susanne	Zimmermann, Dr. Jens
DIE LINKE.	Renner, Martina	Hahn, Dr. André
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Notz, Dr. Konstantin von	Ströbele, Hans-Christian

Fraktionsmitarbeiter

CDU/CSU	Bredow, Lippold von Feser, Dr. Andreas Kühnau, Dan Otto, Birgit Puglisi, Livia Wendt, Dr. Christina Wodrich, Anja
SPD	Ahlefeldt, Johannes Geiger, Nicolas Hanke, Christian Diego Heyer, Christian Leuxner, Alexander Schlukke, Lisa
DIE LINKE.	Halbroth, Anneke Martin, Stephan Scheele, Dr. Jürgen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Busold, Christian Kant, Martina Leopold, Nils Pohl, Jörn Schlikker, Michael



Nur zur dienstlichen Verwendung

Teilnehmer Bundesregierung	
Bundeskanzleramt	Heinemann, Martin Kämmerer, Marie Pabst, Daniel Wolff, Philipp Zygojannis, Dr. Philipp
Auswärtiges Amt	Berkemeier, Gunnar Lehmann, Uta
Bundesministerium des Innern	Akmann, Torsten Fremke, Eva Gierth, Sonja Hauer, Florian Jacobi, Stephan Köning-Laforet, Elisabeth Matthes, Thomas Weiss, Jochen
Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	Kirchner, Heino Milke, Dr. Tile
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	Hohensee, Gisela
Bundesministerium für Verteidigung	Rauch, Rüdiger Henschen, Elmar Voigt, Björn
Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	Kremer, Dr. Bernd
Teilnehmer Bundesrat	
LV Bayern	Luderschmid, Florian
LV Hessen	Steinbach, Arvid



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 13.04 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich eröffne die Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses der 18. Wahlperiode und stelle fest: Die Öffentlichkeit ist hergestellt. Die Öffentlichkeit und die Vertreter der Presse darf ich, wie regelmäßig, herzlich begrüßen. Ich freue mich, dass Sie ausgiebig über diesen Ausschuss Bericht erstatten.

Bevor ich zum eigentlichen Gegenstand der heutigen Sitzung komme, gestatten Sie mir einige Vorbemerkungen. Auch die sind den meisten inzwischen schon bekannt; sie gelten aber nach wie vor, auch für diejenigen, die neu bei uns sind selbstverständlich.

Ton- und Bildaufnahmen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme grundsätzlich nicht zulässig. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern gegebenenfalls auch strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Ich rufe den **einzigen Tagesordnungspunkt der heutigen Sitzung** auf:

Zeugenvernehmung

- Staatssekretär Klaus-Dieter Fritsche, BK (Beweisbeschluss Z-12)
- Bundesminister Dr. Thomas de Maizière (Beweisbeschluss Z-17)

Die Beweisbeschlüsse Z-12 und Z-17 stammen vom 08.05.2014. Es wird Beweis erhoben zum Untersuchungsauftrag - Bundestagsdrucksache 18/843 - durch Vernehmung der Zeugen Herrn Staatssekretär Klaus-Dieter Fritsche, Herrn Bundesminister Dr. Thomas de Maizière.

Zunächst werden die Zeugen hintereinander öffentlich vernommen. Im Anschluss findet die nichtöffentliche Vernehmung statt.

Vernehmung des Zeugen Klaus-Dieter Fritsche

Als Erstes begrüßen darf ich unseren Zeugen Herrn Staatssekretär Herrn Klaus-Dieter Fritsche. Ich stelle fest, der Zeuge ist ordnungsgemäß geladen. Herzlichen Dank, dass Sie unserer Ladung gefolgt sind und dem Ausschuss für diese Vernehmung zur Verfügung stehen.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht.

Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen. - Gibt es hierzu Fragen?

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

- Ich sehe, das ist nicht der Fall. - Herr Fritsche, vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zunächst zu befehlen. Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden. Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen



Nur zur dienstlichen Verwendung

einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit gegebenenfalls auch Disziplinarverfahren.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuftem Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann die Frage zurückstellen kann und die Fragen dann in nichtöffentlicher oder eingestufte Sitzung erneut stellen kann. Wir würden dann einen dementsprechenden Beschluss fassen. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Nein, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke schön. - Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz darstellen. Eingang habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie gemäß § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, also ohne Unterbrechung durch einzelne Fragen. Danach werde ich Sie befragen. Anschließend erhalten die Mitglieder des Ausschusses Gelegenheit für ihre Fragen. Dies geschieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen, Fraktion nach Fraktion. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Nein, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Ich darf Sie bitten, sich nun dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja, danke, Herr Vorsitzender. - Mein Name ist Klaus-Dieter Fritsche, 62 Jahre, und ladungsfähige Anschrift ist das Bundeskanzleramt in der Willy-Brandt-Straße 1.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Ich hatte es gerade schon gesagt: Zunächst möchte ich Ihnen, wenn Sie dies wünschen, entsprechend § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit geben, sich

im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern. Möchten Sie dies?

(Der Zeuge nickt)

- Ganz herzlichen Dank, dann haben Sie jetzt das Wort.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja, Herr Vorsitzender, ich hatte ja schon verschieden die Möglichkeit, mit diesem Ausschuss in Beratungssitzungen, natürlich auch in Obleutegesprächen zu sprechen. Deswegen will ich nur drei Vorbemerkungen machen und stehe Ihnen dann für die Fragen zur Verfügung.

Die drei Vorbemerkungen beschäftigen sich natürlich vor allem damit - weil es um eine Materie geht, mit der ich beruflich zu tun habe -, was wir uns, was sich die Bundesregierung, was ich mir vom Untersuchungsausschuss erhoffe und auch erwarte - nicht im Sinne einer Verpflichtung, sondern was aus dem Untersuchungsauftrag und aus dem Ausschuss und dem Abschlussbericht folgt.

Erste Bemerkung: Es ist die Aufgabe dieses Ausschusses, Fehler zu benennen und Vorschläge für Optimierungen vorzulegen, und dabei - und das möchte ich noch mal ausdrücklich betonen - hilft die Bundesregierung, indem wir Zeugen zur Verfügung stellen und auch Unterlagen. Ich bitte allerdings um Verständnis - weil ich das auch in der öffentlichen Diskussion immer wieder gesehen und gehört habe -, dass nicht alles offen diskutiert werden kann, und Herr Vorsitzender, Sie haben das ja auch im Hinblick auf den Hinweis, den Sie mir gegeben haben, einleitend gesagt.

Das Wesen der Nachrichtendienste - und damit beschäftigt sich ja dieser Ausschuss - ist es eben, dass diese Nachrichtendienste zur Sicherheit unserer Bürger Erfolg haben. Erfolg ist nur möglich bei Nachrichtendiensten, wenn ihre Methodik nicht bekannt wird. Und das ist eine unabdingbare Voraussetzung, dass wir in Zusammenarbeit mit anderen Partnerdiensten gegenseitig auf die Geheimhaltung vertrauen können. Nur dann erhalten wir die Informationen, die für die Sicher-



Nur zur dienstlichen Verwendung

heit unseres Landes notwendig sind. Ich bin - gestatten Sie mir den Hinweis - auch der Überzeugung, dass auch in geheimen Sitzungen die Sachlage und der Untersuchungsgegenstand aufgeklärt werden können. Ich bitte auch in dem Zusammenhang um die Mithilfe des Untersuchungsausschusses; denn das Verfassungsgericht hat uns ja beiden das Staatswohl, das Wohl, die Sicherheit der Bürger unseres Landes in die Hände gelegt: der Bundesregierung und dem Deutschen Bundestag.

Zweite Bemerkung: Wenn Fehler passiert sind, dann möchte ich darauf hinweisen, dass ich das, was in den Medien teilweise geschrieben wird - - nicht dazu führen kann, dass es zu einer generellen Unterstellung kommt, dass sich Mitarbeiter, die geheim halten, weil sie geheim halten, grundsätzlich nicht an Gesetze und Regularien halten. Und meine Erfahrung - auch im Zusammenhang mit etwaigen Theorien, dass bestimmte Verschwörungen eine Rolle spielen - sind einfach in der Zeit, in der ich jetzt schon im öffentlichen Dienst bin, so, dass es keine Verschwörungen gibt, sondern eben nur menschliche Fehler, und menschliche Fehler passieren überall da, wo Menschen arbeiten. Das, glaube ich, ist etwas, was nicht nur für Nachrichtendienste gilt, sondern für alle, die in einer Arbeitstätigkeit stehen, nicht nur im öffentlichen Dienst.

Im Übrigen möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass die Mitarbeiter der Nachrichtendienste, vor allem des Bundesnachrichtendienstes, aber auch des Bundesamtes für Verfassungsschutz, eine schwere Aufgabe leisten, weil sie eben in diesem Zwiespalt zwischen der Nicht-öffentlichkeit im teilweise Geheimen und der Verpflichtungen nach Transparenz stehen. Und ich glaube - ich versuche das jedenfalls in meiner Position - - die Mitarbeiter zu stützen; denn für unsere Sicherheit sind sie wichtig, ihre Tätigkeit ist für unsere Sicherheit wichtig. Ich habe selbst erlebt, dass die meisten jedenfalls überaus engagiert sind an diesem Ziel im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten.

Dritte und letzte Bemerkung: Wir alle leben in einer globalisierten Welt, zunehmend globalisier-

ten Welt, und dabei ist Zusammenarbeit unverzichtbar. Heute ist die Gewährleistung von Sicherheit sogar nach meiner persönlichen Überzeugung noch schwerer als in Zeiten des Kalten Krieges. Wir haben es mit einem internationalen Terrorismus zu tun. Wir haben neue Konflikte, direkt vor unserer Haustür. Wir haben eine zunehmende Proliferation, und wir haben Auslandseinsätze unserer Bundeswehr. All das sind relativ - jedenfalls in der Bedeutung und in der Bedrohung für unsere Gesellschaft - recht neue Phänomene.

Ich habe die Hoffnung, dass als Ergebnis dieses Untersuchungsausschusses auch unsere Nachrichtendienste und unsere Sicherheitsbehörden insgesamt gestärkt werden; aber ohne Arbeitsteilung mit Partnern, die die gleichen Werte wie wir verfolgen, ist das, nämlich die Gewährleistung der Sicherheit, unmöglich. Deswegen bitte ich Sie, kritisch zu fragen; aber ich bitte auch darum, nicht grundsätzlich das Vertrauen in uns, unsere Mitarbeiter und das unserer Partner infrage zu stellen. - Herzlichen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank, Herr Staatssekretär. - Das werden wir versuchen nicht zu tun, und ich hoffe, die Aussagen, die Sie treffen werden, führen umgekehrt nicht ebenfalls dazu. Von daher hoffe ich, dass wir mit der jetzt anschließenden Befragung viele Sachverhalte aufklären können, die dementsprechend an Fragen bei uns bestehen.

Ich möchte einmal beginnen, und ich möchte beginnen mit den Ausführungen, die Sie begonnen haben. Sie haben gesagt: „wenn Fehler passiert sind“. Welche Fehler sind denn passiert?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Herr Vorsitzender, das ist Aufgabe des Untersuchungsausschusses, das herauszubekommen; aber die Bundesregierung hat ja schon erklärt, auch öffentlich erklärt, dass es hinsichtlich der Organisation im Bundesnachrichtendienst - und von dem sprechen wir derzeit -, Unzulänglichkeiten gibt, denen die Bundesregierung auch mit entsprechenden Weisungen, als die Kenntnis in der Bundesregierung vorlag, entgegengewirkt hat.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke schön. - Könnten Sie da konkreter werden?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja, es sind zum Beispiel Weisungen, die um die Frage gehen, die ja, jedenfalls wenn es Inhalte angeht, die sogenannten Listen, Selektorenlisten, betreffen, und die - ganz einfach das Informationsverhalten innerhalb des Dienstes und vom Dienst zur Fach- und Dienstaufsicht für die Zukunft verbessert werden muss.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Das ist ein Punkt, also das Informationsverhalten; ich nenne das jetzt mal das Meldewesen von unten nach oben; ein Punkt. Also, da wird ein Organisationsdefizit - könnte man es so benennen? - festgestellt. Ich probiere, die Begriffe jetzt des Pressesprechers der Bundesregierung zu nutzen; „organisatorische und technische Defizite“ war ja gesagt worden. Und jetzt probiere ich, nicht eigene Begriffe zu verwenden, sondern die, die die Bundesregierung und ihr Pressesprecher -

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: So ist es, so ist es.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, das ist ein Punkt: Organisationsverschulden. Ist das der einzige?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Wir sind, Herr Vorsitzender - da bitte ich einfach um Nachsicht -, derzeit ja auch noch, wie Sie wissen und wie wir dem Ausschuss gegenüber gesagt haben, auch immer noch in der Sachverhaltsaufklärung. Und ich denke, dass das jetzt das Vordringliche ist, nämlich den ganzen Sachverhalt, soweit das möglich ist, aufzuklären, hier auch den Ausschuss insofern zu unterstützen, und erst danach werden wir an einzelne Maßnahmen denken können; denn allein aus der Sachverhaltsaufklärung ergibt sich ja dann auch, welche Maßnahmen angezeigt sind.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Seit wann - Sie sagten, Sie sind mittendrin in der Aufarbeitung und der Prüfung, welche technischen und organisatorischen Defizite vorliegen - - Da ist der Pressesprecher wohl etwas schnell nach vorne geprescht, wenn Sie noch mittendrin sind. Also,

da frage ich mich ja: Seit wann führen Sie diesen Prozess der Nachsuche, welche technischen und organisatorischen Defizite vorliegen? Seit wann?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja, ganz einfach: als die Bundesregierung, die Fach- und Dienstaufsicht, von dem Nichtinformieren erfahren hat, und das ist seit März diesen Jahres.

Im Übrigen darf ich aber noch darauf hinweisen, dass wir natürlich nicht nur in diesem Bereich tätig sind; es ist eben auch eine Aufgabe der Fach- und Dienstaufsicht, wenn sie Kenntnisse von Fehlern hat, permanent nachzusteuern. Das ist ein Geben und Nehmen zwischen der untergeordneten Behörde und der Fach- und Dienstaufsicht, hier in dem Fall zwischen dem Bundesnachrichtendienst und dem Kanzleramt und natürlich auch zwischen Bundesamt für Verfassungsschutz und der zuständigen Behörde, dem Bundesinnenministerium.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt habe ich mal in alten Akten gekramt zum BND-Untersuchungsausschuss. Da war festgestellt worden, dass es insbesondere mit den Außenstellen im BND Probleme gibt mit dem Kommunikationsfluss, mit dem, was ich als Meldewesen beschreibe. Das scheint also schon Gegenstand eines Untersuchungsausschusses gewesen - - Und da ist festgestellt worden von Mitarbeitern des BND, dass es da ein Defizit gibt. Genau dieses Defizit scheint jetzt einige Jahre später wieder genau einen sehr sensiblen Teil - Sie sprachen die Selektorenlisten an - - wieder aufzutreten. Und auch der BND-Präsident, Herr Schindler, hat dieses Defizit hier sehr deutlich betont. Da habe ich Sorge, dass sich irgendwie nichts tut. Können Sie mir die Sorge nehmen?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Das hoffe ich, Herr Vorsitzender. Das, was im BND-Untersuchungsausschuss eine Rolle gespielt hat, war die Vielzahl von Außenstellen, jetzt nicht im Bereich der Fernmeldeaufklärung, sondern in anderen Bereichen des Bundesnachrichtendienstes über die Bundesrepublik Deutschland verteilt. Und damals war es die feste Überzeugung, dass wir - ich war ja zu der Zeit auch Abteilungsleiter 6 im Kanzleramt - hier die Außenstellen reduzieren



Nur zur dienstlichen Verwendung

müssen. Das ist auch gelungen, nämlich zusammenzuführen die dort Tätigen in der Zentrale, weil wir der Überzeugung waren, dass man auch von der Zentrale aus diese Tätigkeit durchführen kann.

Bei der strategischen Fernmeldeaufklärung haben wir damals einen anderen Weg verfolgt, weil wir ja bei der strategischen Fernmeldeaufklärung ganz einfach an geostationäre Punkte gebunden sind. Von daher gibt es Außenstellen, die einfach dort stehen, wo sie stehen, weil sie dort stehen müssen aus geostationären Gründen, und diese brauchen eben auch das entsprechende Personal.

Was wir künftig jetzt aus den Erfahrungen dieses Untersuchungsausschusses dann für Lehren ziehen, das ist eine Diskussion, die wir derzeit mit dem Bundesnachrichtendienst und natürlich innerhalb des Kanzleramtes führen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich hatte das bei der Vernehmung des BND-Präsidenten Schindler gesagt: Das ist natürlich auch für einen Präsidenten einer solchen Behörde eine sehr missliche Situation, wenn er in der Rolle ist, dass er ein Haus führen muss, wo die Gefahr oder die Besorgnis zumindest besteht, dass Informationen nicht nach oben dringen. Dann ist das eine sehr mutige Position, die man da wahrnimmt. Von daher wäre es doch sinnvoll nach den Erfahrungen jetzt der vielen Außenstellen und den jetzigen Erfahrungen, insbesondere aus der Abteilung TA, die mit Außenstellen eben, wie Sie sagen, notwendigerweise ausgestattet ist, ein anderes System des Informationsflusses zu entwickeln. Da sind wir sicherlich gespannt, wie dieser Punkt verbessert wird, weil er ist als Defizit, glaube ich, oder als „Sollbruchstelle“, hat es Herr Schindler benannt, wenn ich das richtig erinnere, festgestellt worden.

Ist das denn jetzt der einzige Knackpunkt, will ich mal nennen, wo man sagt: „Da hat es Defizite gegeben“, oder gibt es weitere? Weil das ist natürlich für uns interessant mit Blick auf einen Abschlussbericht. Wir möchten Sie ja gerne unterstützen bei der Verbesserung des Bundesnachrichtendienstes und der nachrichtendienstlichen Kontrolle. Umso mehr wir da wissen, umso mehr

können wir auch gemeinsam sicherlich an den Verbesserungen arbeiten.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Herr Vorsitzender, das sind natürlich jetzt, sage ich mal, gutachterliche Fragen, die ich natürlich trotzdem gerne bereit bin zu beantworten. Es gibt natürlich auch innerhalb der Meldekette jetzt innerhalb des Dienstes, auch zwischen den Abteilungen unter Umständen Optimierungspotential; aber da komme ich wirklich darauf zurück, dass wir derzeit in Gesprächen sind und ich noch nicht so weit bin, Ihnen quasi einen Maßnahmenkatalog vorzulegen. Ich glaube, dafür ist es auch zu früh.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Dann gehe ich mal in den Zeitraum 2013. - Oder ich frage erst noch mal was anderes. Ich frage mal Richtung Abteilung TA. Sie hatten es ja gerade gesagt, Sie waren Abteilungsleiter der Abteilung 6. Die Fach- und Dienstaufsicht wird, wenn ich es richtig verstehe, durch die Gruppe 61 und speziell durch das Referat 611 wahrgenommen zu Ihrer Zeit. Wie erfolgt denn eigentlich genau Fach- und Dienstaufsicht durch das Bundeskanzleramt, durch die Abteilung 6?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, zunächst einmal - und da möchte ich darauf hinweisen, wie ich Abteilungsleiter 6 geworden bin, und jetzt auch, als ich zurückgekommen bin ins Kanzleramt - haben wir damals sowohl fachlich als auch personell die Fach- und Dienstaufsicht gestärkt. Das ist jetzt wieder geschehen, und das ist damals geschehen. Wir hatten damals eine zweizügige Abteilung 6 im Kanzleramt. Das ist eine der Grundvoraussetzungen, und das Übrige ist, auch wenn es sich um nachrichtendienstliche Arbeit handelt, eine Arbeit, die in allen Ministerien in der Regel gleich abläuft. Das bedeutet, dass bei Fehlern, die der Fach- und Dienstaufsicht bekannt werden, die Fach- und Dienstaufsicht hier reagieren muss, dass sie Vorschläge erarbeiten muss, am besten im Gespräch mit der Unterbehörde, wie diese Fehler für die Zukunft bereinigt werden können. Und es ist natürlich Aufgabe der Fach- und Dienstaufsicht, unabhängig von dem Vorliegen von Fehlern mit der Behörde, die hier unter der Fach- und Dienstaufsicht liegt, sich auszutauschen. Dazu habe ich



Nur zur dienstlichen Verwendung

damals als Abteilungsleiter 6 - und das haben wir jetzt wieder - eingeführt regelmäßige Jours fixes mit den Abteilungen, von den zuständigen Referaten mit den Abteilungen, in denen mit den Abteilungen das besprochen wird.

Lassen Sie mich ein Beispiel geben: In der Zeit, als ich Abteilungsleiter 6 war, hatten wir gerade die große Umstellung zwischen dem leitungsgebundenen Verkehr, also was Fernmeldeaufklärung angeht, und dem sogenannten paketvermittelten Verkehr. Damals haben wir intensive Gespräche mit dem Bundesnachrichtendienst geführt, wie dieser neuen technischen Herausforderung bei gleichen rechtlichen Zuständigkeiten begegnet werden kann. Und wir haben damals auch mit der G-10-Kommission intensive Gespräche darüber geführt, wie paketvermittelter Verkehr sich von dem leitungsgebundenen Verkehr unterscheidet und was für uns damals ein Problem war. Damals ist vom Bundesnachrichtendienst vor allem eines aufgezeigt worden: dass ein großes Problem war, als der Anfang dieser paketvermittelten Verkehre existierte, dass der BND keine genügenden sogenannten Spamfilter hatte. Fast 80 Prozent der Meldungen, die aufgefangen wurden, waren Spams. Das ist als Problem erkannt worden, das ist mit dem BND auch besprochen worden, und der Dienst hat mit der Zeit auch entsprechende Filter entwickelt, um eben Spams ausfiltern zu können und nicht die ganzen Auffassungen damit volllaufen zu lassen. Das war damals ein Punkt, der sowohl vom Dienst angesprochen worden ist als auch von uns erkannt worden ist in der Dienst- und Fachaufsicht und den wir auch mit der G-10-Kommission besprochen haben. Ich hatte damals, im Jahre 2006, auch angewiesen, dass wir halbjährliche Berichte an die G-10-Kommission geben in diesen Fragen: Umstellung leitungsgebundener Verkehr zu paketvermitteltem Verkehr.

Das war für uns damals der entscheidende Punkt, und das zeigt, wie Fach- und Dienstaufsicht reagiert. Wir haben auch heute noch Jours fixes mit den gesamten Fachabteilungen des Bundesnachrichtendienstes, und dort wird natürlich dann auch erwartet seitens der Fach- und Dienstaufsicht, dass Probleme, die dort erkannt werden,

oder wesentliche Informationen, die dort vorliegen, dass die der Fach- und Dienstaufsicht mitgeteilt werden; denn für uns ist es natürlich nicht so, dass wir eine 100-Prozent-Kontrolle als Fach- und Dienstaufsicht haben; das geschieht in keinem Über-/Unterordnungsverhältnis. Denn eine 100-Prozent-Kontrolle würde bedeuten, dass wir zu den über 6 000 Mitarbeitern des BND dahinter jeweils einen weiteren Mitarbeiter der Fach- und Dienstaufsicht stellen. Das ist nicht Sinn und Zweck der Fach- und Dienstaufsicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Sie sind ja schon auf den Zeitraum der Umstellung zu paketvermittelten Verkehren eingegangen. Haben Sie sich das mal zeigen lassen, wie das funktioniert? Weil Sie sprachen von Spam, der da einging. Ich habe mir das - und wahrscheinlich die Kolleginnen und Kollegen ja auch - intensiv erst mal aneignen müssen. Haben Sie sich das mal erklären lassen, was der BND da technisch überhaupt macht?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, soweit ich es als Jurist dann auch verstanden habe, habe ich es mir erklären lassen. Ich bin vor Ort gewesen. Es ist meine Aufgabe auch als Fach- und Dienstaufsicht gewesen, mit allen Abteilungen auch vor Ort zu sprechen, also Pullach und die Außenstellen, die damals noch existierten, und habe mir natürlich sowohl in Bad Aibling als auch in der Zentrale in Pullach solche Dinge vorstellen lassen. Dabei sind die Gespräche eben dazu gekommen, welche Probleme es gibt. Aus meiner Erinnerung war damals das entscheidende Problem die technische Umstellung: Wie gehen wir damit um, und wie können wir den Spam wegfiltern?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, was ich mich jetzt frage, ist: Ich kenne das Problem mit dem Spam in dem Rahmen nicht. Aber auch bei der paketvermittelten Auswertung von Daten muss ich doch erst mal bestimmte Suchbegriffe einsetzen, nach denen ich suche. Oder nehme ich da im Grunde alles, was durch die Leitungen durchfließt?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Nein, damals hat man Suchbegriffe genommen. Aber zu weiteren



Nur zur dienstlichen Verwendung

Einzelheiten möchte ich darauf in einer nicht-öffentlichen Sitzung zurückkommen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das verstehe ich. Ich würde mich nur wundern, wenn diese Suchbegriffe Spam wären. Also, ich weiß ja, was in diesem Spam wahrscheinlich drin ist. Das ist ja wohl nichts, wonach der BND sucht; -

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, ich glaube - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - denn ein Großteil dieses Datenflusses sind ja Dinge, die wahrscheinlich nicht Gegenstand dieses Untersuchungsausschusses sind.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, ich glaube, dass das die Fachleute Ihnen - und es ist auch nicht die Aufgabe der Fach- und Dienstaufsicht, jetzt vollständig technisch das zu durchdringen, sondern ich muss mit den Problemen umgehen - sicher besser erklären können; aber ist ganz einfach so, dass, wenn mit solchen Begriffen gearbeitet wird, dann eben bestimmte Merkmale da drinstehen und Spams eben, die die gleichen Merkmale haben, dann aufploppen. So ist mir das jedenfalls damals erklärt worden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Auf jeden Fall wird mit Suchbegriffen auch bei der paketvermittelten Datenauswertung gearbeitet. Mit welchen Suchbegriffen denn? Also, Sie sollen die jetzt nicht benennen; dann würde sich eine andere Diskussion erledigen. Aber wie kommen die zustande?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Das ist Aufgabe der Fachabteilungen im Bundesnachrichtendienst, solche Entsprechenden nicht zu entwickeln, sondern zu finden mit anderen nachrichtendienstlichen Mitteln und dann an die TA weiterzugeben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also nur vonseiten des BND, oder gab es auch bei der paketvermittelten Datenauswertung Suchbegriffe, die von Partnern der Five-Eyes-Staaten zugesteuert worden sind? Andere sind ja nicht Untersuchungsgegenstand.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, damals ist natürlich über ein - in meiner Zeit als Abteilungsleiter 6 - Projekt gesprochen worden, zu dem ich in geheimer Sitzung gerne das, was ich dazu weiß, Ihnen sagen kann. Das Problem, das damals eine Rolle gespielt hat, war vor allem die G-10-Ausfilterung, und da haben wir uns auch seitens des Kanzleramtes massiv mit eingebracht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, ging es bei dem Projekt - was in öffentlicher Sitzung ja auch schon bezeichnet worden ist unter verschiedenen Namen, sowohl unter den Begriffen „Eikonol“ als auch „Transit“ -, da ging es also im Kern gar nicht um G-10-Verkehre, sondern das war das Problem, die rauszufiltern? Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: So ist es, ohne dass ich die Bezeichnungen verwenden möchte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Um was ging es denn dann eigentlich? Was für Daten wollte man denn bekommen mit diesem Projekt „Eikonol“ oder „Transit“?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja, das, was der BND in der sogenannten Routineaufklärung und der strategischen Fernmeldeaufklärung in seinem Aufgabenprofil hat.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und wie hat man das dann mit den G-10-Verkehren gelöst, dass die, die ja eben - ich sage jetzt mal „Beifang“, wenn ich das so sagen darf - da mit drin waren - - und Sie sagen, da hat die Filterung nicht perfekt geklappt, oder wie soll ich das - - Ich will Ihnen nichts in den Mund legen.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Es hat, ohne dass ich jetzt weiter in - - Soweit ich in offener Sitzung das sagen kann, kann ich Ihnen sagen, dass es einen gewissen Zeitaufwand erforderte, und dieser Zeitaufwand war letztlich für den Erfolg des Projekts zu viel.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. - Bezüglich der G-10-Verkehre aus dem entsprechenden Projekt „Eikonol“, ist Ihnen da noch eine weitere Diskussion bekannt? Insbesondere wenn



Nur zur dienstlichen Verwendung

es sich um paketvermittelte Verkehre handelt, muss man die ja irgendwo gewinnen.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Eine weitere Diskussion haben wir damals nicht geführt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Weil wir haben auch mit Juristen der Telekom gesprochen - mit Vertretern der Telekom, Entschuldigung. Die sagten uns, dass es da schon Probleme gegeben hätte beim Abgriff am Kabel.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Da sind wir nicht einbezogen worden, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: - und ich kann mir auch vorstellen, dass das, wenn es solche Probleme gab - ich weiß nicht, welcher Art, technischer Art -, auch vor meiner Zeit war, weil das Ganze ja entwickelt worden ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Aber Sie erinnern es grob, dass es eben um die sogenannten Transitverkehre oder Ausland-Ausland-Verkehre ging bei diesem Projekt, und das Problem war, dass man nicht hundertprozentig die G-10-Verkehre rausfiltern konnte, und das dauerte lange, das technisch zu gewährleisten, und im Endeffekt war die Zeitkomponente das Problem dann für das Projekt; -

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: So ist es.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - so fasse ich es mal zusammen. - Okay. - Dann komme ich noch mal zu einem anderen Themenkomplex, und zwar die Zeit Herbst 2013 bis Anfang 2014. Sie können sich sicherlich vorstellen, da geht es uns - da haben wir auch gestern intensiv drüber diskutiert - um die Frage nach den Veröffentlichungen von Edward Snowden. Gab es da einen Zeitraum, einen Zeitansatz, in dem die Partner Amerika und Deutschland bewegt waren, wodurch auch immer, ein Abkommen abzuschließen, was in den Medien oft als No-Spy-Abkommen bezeichnet wurde - was auch immer da drinstand? Wie haben Sie diesen Zeitraum in Erinnerung?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, in meiner Verantwortung, weil ich ja damals Innenstaatssekretär war, habe ich das ja nur teilweise mitbekommen. Soweit ich das mitbekommen habe - und was ich jetzt in öffentlicher Sitzung sagen kann -, war es meine feste Überzeugung, dass es Verhandlungen gab, die auch optimistisch zu betrachten waren, dass das aber letztlich dann im Frühjahr 2014 beendet worden ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Können Sie dieses Gefühl, was Sie gerade beschreiben, an irgendwelchen Punkten festmachen, zum Beispiel Ihr Minister - -

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja, Herr Vorsitzender, ich versuche es mal anhand einer Delegationsreise, an der ich selbst teilgenommen habe, Anfang August des Jahres 2013, also vor dem Herbst, als wir Gespräche geführt haben und als solche Abkommen signalisiert worden sind, wobei ich persönlich mit dem Begriff „No Spy“ unglücklich bin. Der Inhalt des Abkommens ist aber der gleiche, der in den Medien besprochen wird. Denn unter Diensten ein Abkommen abzuschließen, das den Einsatz von Spionen ganz grundsätzlich ausschließt, ist an sich schon ein Widerspruch; aber das ist nur die Frage des Begriffes. Das Abkommen, der Inhalt ist das Wichtige.

Bei diesem Besuch ist uns signalisiert worden, dass ein solches Abkommen möglich erscheint, dass in dem Zusammenhang natürlich auch die politische Spitze in den Vereinigten Staaten mit einbezogen werden muss, dass aber die, mit denen wir gesprochen haben, nämlich die Vertreter der Dienste, das durchaus für realistisch angesehen haben. Und dann habe ich selbst an diesen Verhandlungen ja nicht teilgenommen, sondern ich weiß nur, dass es Delegationen gegeben hat, die dort Gespräche geführt haben und die dann auch entsprechend weitere Meldungen gegeben haben, dass man noch in diesen Gesprächen ist - das habe ich am Rande mitbekommen -, dass man auch optimistisch sei. Dieser Optimismus ist dann allerdings Anfang des Jahres, Frühjahr 2014, also letzten Jahres, getrübt worden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Als Sie im August, Anfang August, 2013



Nur zur dienstlichen Verwendung

selbst auf Delegationsreise in den USA waren, wer war denn da noch mit?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Die Chefs der Dienste, der deutschen Dienste, also BfV, BND.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Also da wurde auf Dienstebene verhandelt.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: So ist es. Ich würde allerdings sagen, auch an der Schnittstelle zwischen Diensten und Politik. So wie ich als Beauftragter für die Nachrichtendienste des Bundes im Kanzleramt sitze, ist der sogenannte Director of National Intelligence ja auch quasi dem Weißen Haus zugeordnet, also eine Schnittstelle zwischen Politik und Diensten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie waren ja zu der Zeit - Sie hatten es gesagt - ein Staatssekretär, ein verbeamteter Staatssekretär im Innenministerium. War der Innenminister auch mal in dieser Angelegenheit in den USA zu dieser Zeit?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja, das ist ja den Medien zu entnehmen. Ich weiß jetzt gar nicht - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich wollte jetzt nicht den Zeitungsdienst bemühen, jetzt, wo ich Sie hier habe.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ich will es bestätigen, was in den Medien steht: Er war dort.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut. - Wissen Sie den Zeitraum noch genau?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ich glaube, das war nach unserer Delegationsreise. Ich glaube, Mitte August; aber das kann ich jetzt nicht mehr genau sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, wir könnten es nachgucken, aber - - Wissen Sie von weiteren Ministern, die danach noch in den USA waren und über das Thema gesprochen haben?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ob in den USA, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Oder Delegationen hier.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: - das weiß ich nicht. Ich glaube, es waren immer wieder Gespräche zwischen den Außenministern, also dem deutschen Außenminister und dem US-Außenminister. Es hat auch Gespräche gegeben von mir mit dem - ich glaube, im Dezember des Jahres 2013 - amtierenden DHS-Chef, also das ist Department of Homeland Security, das ja nach 9/11 eingerichtet worden ist, wo wir auch über diesen Punkt gesprochen haben, also nicht über ein Abkommen, sondern über die Post-Snowden-Zeit; denn DHS ist für ein Abkommen nicht zuständig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie würden Sie das sagen: Von amerikanischer Seite wollten die das, oder wollte das die deutsche Seite, und die Amerikaner haben gesagt: „Okay, das müssen wir uns mal näher angucken; sind wir erst mal verhalten“, oder - -

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Nein, also die Idee kam ja nicht von uns, sondern die Idee kam dort in dem Gespräch - da war ich ja selbst dabei - von den Vertretern der amerikanischen Behörden, und jetzt speziell bei meinem Gespräch mit DHS, wie gesagt, hat es keine Rolle gespielt, weil es nicht die Zuständigkeit von DHS und dem Bundesinnenministerium war.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was könnte die Amerikaner dazu bewegen, was von ihren Möglichkeiten abzugeben, will ich mal so sagen, so ein Abkommen vorzuschlagen?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja, das, was unter Partnern unter Umständen eine Rolle spielt, dass man mit Partnern eben eine noch festere Allianz eingehen will, das ist ein Punkt. Zum anderen sind natürlich auch Snowden und die Umstände, die durch Snowden in Welt gesetzt worden sind, ein Punkt. Immerhin war er Systemadministrator als Externer für Nachrichtendienste, und das, mit dem er - was wir heute noch nicht vollständig wissen - wuchern kann, ist eben aus den amerikanischen Nachrichtendiensten nach außen geflossen. Jedenfalls gehe ich mal davon aus; denn beweisen kann ich es nicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also Sie hatten den Eindruck, dass die Amerikaner unter einem hohen Druck standen, Schaden wiedergutmachen? Verstehe ich das so richtig, oder wie?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, in solchen Gesprächen ist es schlecht zu entnehmen, ob das Gegenüber tatsächlich unter einem hohen Druck steht. Es bestand jedenfalls die Bereitschaft, und wir haben das gerne entgegengenommen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Kam das spontan, oder waren Sie schon mit so einer Erwartungshaltung in die USA gefahren: „Da könnte so was kommen“?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist da vielleicht auf anderer Ebene schon mal was vorbeprochen worden?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Nein, nein. Also nicht, dass ich wüsste. Ich habe jedenfalls keine Kenntnis über etwaige Vorbesprechungen, und ich muss sagen, ich war angenehm überrascht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und als es sich dann nicht konkretisiert hatte, Sie sagten, Anfang 2014, kann man das etwas näher einordnen?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja, ich kann es eigentlich - - Der Regierungssprecher hat ja dann irgendwann, ich glaube, im April 2014, gesagt, dass auf absehbare Zeit ein solches Abkommen nicht mehr möglich erscheint.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich sage, es war schon etwas eher. Ich glaube, der Außenminister hat im Februar, glaube ich - ich habe das jetzt nicht vor mir liegen -, schon auf einer Reise gesagt, dass das wohl nicht mehr zustande kommt; aber ich will jetzt auch nichts Falsches sagen.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Auch das, kann ich mich erinnern, ist gesagt worden; aber das natürlich jetzt nicht so, dass solche Erwartungshaltungen, dass man dann sagt: Jetzt werden sofort die

Schotten dicht gemacht - - Ich kann mich noch erinnern an ein Telefonat mit der stellvertretenden Sicherheitsberaterin des Weißen Hauses, wo ich -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Frau Rice - oder? War das Frau Rice?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: - nein, Frau Monaco -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: - nicht so pessimistisch war. Zu dem Inhalt könnte ich Ihnen in geheimer Sitzung etwas sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Gut. - Ich wäre durch mit meinen einführenden Fragen. Wir kämen dann zu den Fragen der Fraktionen, und es beginnt in der ersten Fragerunde die Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Willkommen, Herr Fritsche. - Ich hätte ein paar Fragen, zu denen ich gekommen bin durch die Vernehmung von Herrn Uhlrau hier unlängst. Herr Uhlrau ist gefragt worden, ob er Kenntnis darüber hat, dass die Vorgänge EADS und Eurocopter in den Jahren 2005/2006 Gegenstand von Präsidentenunterrichtungen, Präsidentenrunden gewesen sein können, und er antwortet auf die Frage des Kollegen von Notz:

Also, ich gehe davon aus, dass ich das bei den regelmäßigen Besprechungen, die ich mit Herrn Fritsche hatte, sicherlich auch nicht unerwähnt gelassen habe. Ich kann es aber nicht garantieren. Aber das Verhältnis ist eigentlich so gewesen, dass Sachverhalte, die problematisch sind, dann auch angesprochen werden.

Deswegen meine Frage an Sie: Wurden Sie über die EADS/Eurocopter-Problematik unterrichtet? Wann war das? Wer hat Sie unterrichtet? Und was haben Sie daraufhin veranlasst?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, ganz grundsätzlich kann ich sagen: Ich hoffe, dass es so ist, wie Herr Uhlrau gesagt hat, dass alles, was problematisch ist, mit mir auch besprochen worden ist. Ich kann mich nicht erinnern, dass er mir zu solchen Teilen der Selektorenlisten irgendetwas gesagt hat, und ich halte es auch für unwahrscheinlich, dass er das gesagt hat, weil ich mir zur Regel gemacht habe bei diesen Vieraugengesprächen und Informationen unter Tür und Angel -

Martina Renner (DIE LINKE): Unter der Tür?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: - ja, ich - - gut - - bei diesen Vieraugengesprächen zu erwarten, dass das dann schriftlich mir vorgelegt wird. Und das ist, soweit ich das sehe, nicht geschehen. Deswegen halte ich es für unwahrscheinlich, dass er mir das gesagt hat.

Martina Renner (DIE LINKE): Nun kann es ja sein, dass Sie über etwas anderes gesprochen haben und nicht den Begriff „Selektoren“ verwandt haben und dass Sie deswegen natürlich richtig auf meine Frage geantwortet haben, aber vielleicht zum Sachverhalt nicht ganz genau. Man kann ja auch über Selektoren reden, wenn man über Suchmerkmale spricht. Man kann auch über die EADS-Problematik reden, indem man über den Verdacht der Wirtschaftsspionage redet. Da mache ich das ein bisschen größer. Gehen wir weg von Selektoren. Ist darüber gesprochen worden, dass die NSA Suchmerkmale, -begriffe, Kommunikationsmerkmale - da können Sie sich jetzt weitere Vokabeln dazu denken - übergibt, bei denen der Verdacht ist, dass sie sich gegen deutsche oder europäische Interessen wenden?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, da gilt genau das Gleiche. Ich habe Ihre Frage schon so weit verstanden, zu dem weiteren Sinne. Wenn so etwas gesprochen worden wäre - - Ich habe ihm immer gesagt: „Dazu möchte ich einen schriftlichen Bericht haben“, und ich habe keinen solchen Bericht.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, mehrere Zeugen haben ausgeführt, dass das Prinzip des

Schriftlichen nicht so der übliche Weg war, sondern dass es eher andersherum gewesen ist, dass, wenn Dinge besonders kritisch sind, man doch dann eher darauf verfallen ist, mündliche Weisungen zu erteilen, mündliche Aufträge zu erteilen - zum Beispiel ist dieser Auftrag zur Selektorenprüfung auch mündlich erteilt worden -, Ergebnisse nur mündlich zu übermitteln und Ähnliches mehr. Deswegen bleibe ich dabei: Auch wenn Sie nichts mehr schriftlich auffinden, können Sie sich an Gespräche erinnern, in denen es darum ging, dass es sein kann, dass die US-amerikanische Seite in der Kooperation irgendetwas in der Zielstellung unternimmt, was so mit Ihnen nicht abgesprochen ist, also der Bundesregierung, und auch eigenen Interessen widersprechen würde - ganz allgemein?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, noch mal: Ich weiß nicht, was andere Zeugen gesagt hatten und in welchem Zusammenhang sie es gesagt haben. Ich habe es mir jedenfalls, seitdem ich Abteilungsleiter 6 war und jetzt Beauftragter für die Nachrichtendienste bin und auch was die Dienste angeht, als ich Innenstaatssekretär war dem BfV gegenüber - - dass, wenn ich etwas mündlich erfahren habe, ich dazu einen schriftlichen Bericht will. Ich will jetzt nicht den Begriff „Wer schreibt, der bleibt“ aus dem vor allem Verteidigungsbereich benutzen, aber ich halte das für die Tätigkeit der Fach- und Dienstaufsicht für essenziell. Ich habe nichts dagegen, wenn im operativen Bereich, bei Operationen etwas mündlich weitergegeben wird; das weiß ich selbst als Vizepräsident des BfV. Aber das betrifft einen operativen Bereich. Hier haben wir das Verhältnis zwischen Fach- und Dienstaufsicht und der zu kontrollierenden Behörde, und da habe ich es mir zur Regel gemacht, dass solche mündlichen Dinge dann schriftlich berichtet werden müssen.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann würde ich Ihnen gerne jetzt einen Vorhalt machen aus der Akte MAT A BK-6a_3.pdf, Blatt 27; das ist die Paginierung Seite 34. Es ist hier die Vorbereitung auf ein Gespräch des Chefs des Bundeskanzleramtes mit DNI McConnell. Das Schreiben ist vom 22. Februar 2008. Es ist an Herrn Gruppenleiter 62 und Herrn Abteilungsleiter 6 gerichtet. Und es ist NfD; es ist kein Problem. Und dort



Nur zur dienstlichen Verwendung

heißt es jetzt unter „**Zusammenarbeit und Gesprächsthemen**“:

Es ist zu erwarten, dass US-Seite Sie erneut auf eine verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der **technischen Aufklärung** und zur IT- und Kommunikationssicherheit ansprechen wird. Hierzu unterrichtet Sie AL 6 aus Gründen der VS-Einstufung der Unterlagen persönlich. Wie bei den übrigen Themen ist hier kein neuer Sachstand seit Ihrer Begegnung mit dem DNI im Dezember zu erwarten.

Hier wird explizit also - - Mehrere Dinge möchte ich dazu fragen. Erstens wird hier gesagt: Angesichts des Gegenstandes gibt es nur eine persönliche Unterrichtung. Das widerspricht gerade dem, was Sie eben gesagt haben: dass man eben zu solchen - hier geht es ja um problematische Dinge - immer natürlich einen schriftlichen Bericht verlangt. Hier wird genau das Umgekehrte verabredet: dass man dazu nur persönlich unterrichtet. Und dann wäre natürlich die Frage: Welche Informationen haben Sie seinerzeit tatsächlich von Dr. Urmann erhalten in dieser persönlichen Unterrichtung?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, wenn ich mich richtig erinnere, bezieht sich das auf eine Vorlage der Abteilung 6 an den Chef des Bundeskanzleramtes zur Vorbereitung einer Reise nach Washington. Dazu lagen die Unterlagen - dazu musste ich nicht mit Herrn Urmann oder mit wem auch immer reden - mir vor, und in der Vorlage ist dann gesagt worden: Zu den weiteren Einzelheiten - ich glaube, das war auch zeitlich ziemlich nah an der Reise - unterrichtet Sie Herr AL 6. Das ist dann auch tatsächlich erfolgt: nach meiner Erinnerung teilweise, soweit es ging, im Flugzeug, teilweise im Hotelzimmer in Washington dem Minister gegenüber. Und da ging es weniger um strategische Fernmeldeaufklärung, wenn ich mich richtig erinnere, sondern es ging um die ganz grundsätzliche Frage politischer Art, nämlich die grundsätzliche Frage: Wie weit kann man in der Kooperation mit den Vereinigten Staaten zusammenarbeiten - aber nicht wegen

eines Misstrauens den Vereinigten Staaten gegenüber, sondern vor dem Hintergrund der technischen Entwicklungen, die wir natürlich in Deutschland auch nicht verlieren wollten? Und das ist der Gegenstand des Gespräches gewesen, also eine politische Vorbereitung für den Minister oder ein politisches Gespräch. Aber noch mal: Es ist nicht so, dass ich mündlich etwas erfahren habe, sondern ich habe es schriftlich erfahren und habe dann den Minister über die Inhalte unterrichtet.

Martina Renner (DIE LINKE): Nun steht aber hier, dass es nicht an zeitlichen Abläufen lag, sondern:

Hierzu unterrichtet Sie AL 6 aus Gründen der VS-Einstufung der Unterlagen persönlich.

Das ist so: Ab einer bestimmten Einstufung macht man das dann mündlich.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Nein, in dem Fall ist es so gewesen, dass wir diese Unterlagen natürlich nicht mitnehmen können, -

Martina Renner (DIE LINKE): Okay, und dann - -

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: - und dann bleiben die in Deutschland. Trotzdem gibt es Vorbereitungsunterlagen, und die müssen ja gelesen werden. Und das ist die Aufgabe natürlich der Abteilung und hier des Abteilungsleiters gewesen. Und dann haben wir auch darüber gesprochen. Wir haben dem Minister das zwar nach meiner Erinnerung auch zur Verfügung gestellt, aber er hat, glaube ich, nur relativ kurze Zeit gehabt, diese Unterlagen einzusehen.

Martina Renner (DIE LINKE): Können Sie sich an Gespräche oder auch Aktenvorgänge erinnern, bei denen es darum ging, dass man bei bestimmten Kooperationen, betreffend auch SIGINT-Maßnahmen, also IT- und TK-Infrastruktur, Zurückhaltung üben sollte, was die Zusammenarbeit mit den US-Amerikanern angeht, weil man vermutet, dass es eigenständige nachrichtendienstliche Aufklärungsaktivitäten zum Beispiel gegen europäische Staaten geben könnte?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, da tue ich mich jetzt ein bisschen schwer mit der Antwort - nicht, weil ich die Antwort nicht wüsste, sondern weil ich das in offener Sitzung natürlich nur schlecht gewährleisten kann.

Martina Renner (DIE LINKE): Was?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Die Antwort zu geben. Das sind Fragen, die natürlich nur in geheimer Sitzung - - die Antworten erfolgen können.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und im Zweifel dann in der nächsten Runde, weil die Zeit abgelaufen ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, dann machen wir in der nächsten Runde damit weiter.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir kommen jetzt in der ersten Fragerunde zur Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Fritsche, ich würde da gerne jetzt noch mal anknüpfen, was Frau Kollegin Renner auch schon in der Zielrichtung gefragt hat. Es gibt Medienberichte - die werden Sie ja auch kennen -, da wurde gesagt, dass ein Referatsleiter im Bundeskanzleramt Anfang 2008 eine Stellungnahme des BND angefordert hat zum Thema „Kooperationen mit anderen ausländischen Nachrichtendiensten“, auch zu den Kooperationsprojekten mit der NSA, die hier im Ausschuss einschlägig sind. Wir hatten auch schon Zeugen - - Die Zeugen Kurz und Vorbeck haben das dem Grunde nach bestätigt. Und diese Anforderung kam ja von einem Referatsleiter in Ihrer Abteilung. Ist dieser Sachverhalt zu Ihnen durchgedrungen?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Das ist es.

Christian Flisek (SPD): Haben Sie den Auftrag dazu gegeben?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Das will ich nicht ausschließen, weil ich - die Abteilung ist ja jetzt nicht übermäßig groß - fast täglich Gespräche

dazu habe, was in der Abteilung läuft und wie Herr - -

Christian Flisek (SPD): Umgekehrt gefragt: Ist es eher üblich, dass ein Referatsleiter ohne ausdrückliche Weisung von Ihnen so eine Anforderung beim BND machen würde?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, ganz grundsätzlich gibt es zwei Möglichkeiten: Ein Referatsleiter ist im Gespräch mit dem BND schon und wird, ohne dass er mich darüber informiert oder vielleicht auch erst nachträglich informiert, tätig in der Fach- und Dienstaufsicht, oder es ergibt sich aus dem Gespräch mit mir, dass ich sage: Da haken Sie noch mal nach, oder fragen Sie noch mal nach.

Christian Flisek (SPD): Im Bundesnachrichtendienst, ich sage mal, herrschte - das wird auch berichtet - damals wohl eine sehr kritische Haltung gegenüber einer Kooperation, vor allen Dingen auch in Bezug auf eine Ausweitung einer Kooperation mit US-amerikanischen Nachrichtendiensten wie beispielsweise der NSA. Frau Kollegin Renner hatte ja da schon zum Teil drauf hingewiesen. Sie waren als Abteilungsleiter 6 dort sicherlich stark eingebunden. Können Sie sich vorstellen, was der Grund für dieses Petikum des Bundesnachrichtendienstes war?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, die Diskussion haben wir natürlich geführt, und die ist ja auch geführt worden mit dem Minister, mit dem Chef des Kanzleramtes damals vor dem Hintergrund des Gesprächs und des Besuches des damaligen DNI McConnell - Anfang Dezember 2007 war das dann -, und 2008 - darauf rekurrieren Sie ja - ist natürlich vor allem eine Frage gewesen: Was ist die Folge - und das kann ich hier in offener Sitzung sagen -, wenn wir weiter eine weitere technische Kooperation und eine Intensivierung der technischen Kooperation mit den Vereinigten Staaten haben? Nabeln wir uns dann in unseren eigenen Fähigkeiten ab? Können wir verlangen, dass die Amerikaner uns die gleichen Zugänge gewähren, wie es in einem Projekt, das ja hier auch eine Rolle spielt, hier in Deutschland der Fall ist?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Und da kann ich mich an Diskussionen erinnern, dass gesagt worden ist: Erweitern wir dann auch - und das sind politische Diskussionen gewesen, nicht nachrichtendienstliche Diskussionen, industriepolitische Diskussionen - den Abstand im technischen Know-how in dem Zusammenhang zu den Amerikanern, oder verfestigen wir ihn gerade, statt ihn durch eigene Entwicklungen, durch eigene deutsche Entwicklungen, durch eigene europäische Entwicklungen hier in Europa auffangen zu können? Und ich kann mich gut erinnern, dass ja nicht nur im Bereich der Nachrichtendienste auch in der letzten Legislaturperiode darüber gesprochen worden ist, quer durch alle Fraktionen, warum wir in Europa keine Router-Industrie mehr haben, warum wir bei Routern auf Cisco und Huawei zurückgreifen müssen und ob es hier Möglichkeiten gibt, diese technische Know-how - das sind industriepolitische Fragen, die hier auch eine Rolle gespielt haben -, wie wir das bewahren können und welche Möglichkeiten wir haben. Das ist die Diskussion damals gewesen.

Christian Flisek (SPD): Ja, Sie stellen das jetzt - ich kann das nachvollziehen; das ist ja eine grundlegende strategische Überlegung - als die zentrale Diskussion dar. Nur uns interessiert natürlich, ob auch über konkrete Probleme im Rahmen dieser Kooperationen diskutiert wurde. Wir können, ich sage mal, auch diesen Medienberichten entnehmen, dass das offensichtlich wohl der Fall sei, dass der BND wohl konkrete Probleme gesehen hat, dass er gegebenenfalls sogar für möglich gehalten hat, dass die Amerikaner - ich sage das jetzt mal hier - nicht mit offenen Karten gegenüber dem BND spielen und dass sie Dinge verfolgen, die nicht so klar sind. Gab es diese Diskussionen bei Ihnen auch, oder war das, was Sie gerade geschildert haben, die einzige Diskussion, die Sie geführt haben?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ohne jetzt in der offenen Sitzung auf die weiteren Inhalte einzugehen, kann ich Ihnen sagen, dass natürlich auch andere Punkte bei der Diskussion eine Rolle gespielt haben. Mir selbst ist ja - und das ist ja vorhin schon mal angedeutet worden - bei dem einen Projekt - - dass die G-10-Ausfilterung rein technisch eine Schwierigkeit war, und das ist ein

Punkt gewesen, der auch im Zusammenhang mit dieser Diskussion eine Rolle gespielt hat, also in den konkreten Zusammenarbeitsprojekten mit den Amerikanern.

Christian Flisek (SPD): Mein Eindruck ist mehr so, dass es da teilweise richtige Richtungskämpfe gab, ich sage mal, innerhalb des BND, vielleicht auch mit dem Bundeskanzleramt, ich weiß nicht, ob innerhalb des Bundeskanzleramtes. Da gab es so eine Fraktion, das waren so die Kooperationsbefürworter, und es gab die Kooperations-skeptiker. Ist das richtig beschrieben?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, dann ist es bei mir so in der Art nicht angekommen. Natürlich ist es so, dass es zu allen Punkten, über die wir diskutieren, Leute gibt - und das ist ja auch die Pflicht derer, die zuarbeiten für die, die letztlich dann entscheiden -, die sagen, wie es auf der einen Seite sein könnte und was die andere Möglichkeit ist; aber ich würde das jetzt nicht beschreiben, dass es Fraktionen gab, die quasi fest zementiert waren und gesagt haben - -

Christian Flisek (SPD): Ja, ja, ich nehme das jetzt mal zurück. Also, ich habe jetzt bildhaft - - damit wir uns da bitte nicht dran aufhängen.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja, ja.

Christian Flisek (SPD): Also, es gab starke Strömungen auch innerhalb des BND über verschiedene Ebenen, vielleicht sogar bis zur Leitungsebene, die einer Ausweitung von Kooperationsprojekten mit amerikanischen Nachrichtendiensten sehr skeptisch gegenüberstanden, und das, obwohl sie wussten, dass das natürlich grundsätzlich eine strategisch elementare Bedeutung für die Fortentwicklung der Fähigkeiten des BND haben könnte. Teilen Sie diese Auffassung?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Das mag sein, dass eine solche Diskussion innerhalb des Bundesnachrichtendienstes gegeben hat. In den Diskussionen, die wir mit dem Bundesnachrichtendienst geführt haben, haben wir natürlich auch darüber - - Und das ist die politische Diskussion, die ich vorhin gesagt habe, die für uns natürlich



Nur zur dienstlichen Verwendung

mit wesentlich war, nämlich die industriepolitische Diskussion: Wie stellen wir uns auf? Und was müssen wir machen, damit wir Sicherheit in Deutschland - -

Christian Flisek (SPD): Ja, Herr Fritsche, entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja, bitte.

Christian Flisek (SPD): Ich werde Ihnen das natürlich in der eingestuften Sitzung vorhalten aus den Akten, ja. Und insofern - - mir ist schon klar, dass wir hier jetzt nicht en détail über einzelne Punkte sprechen können. Aber wenn Sie sich natürlich jetzt, ich sage es jetzt mal so, darauf zurückziehen, dass es hier nur eine rein strategische Diskussion gab, ob wir unsere Fähigkeiten ausweiten und wie auch immer und angeblich klar geäußerte Probleme keine Rolle gespielt haben sollen, weiß ich nicht - -

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Herr Flisek, ich will ja - -

Christian Flisek (SPD): Jetzt überlegen Sie sich das.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Nein, nein. Ich überlege mir permanent das. Ich will nicht ausweichen, Herr Flisek, sondern ich habe einfach Schwierigkeiten, mit Ihnen über einen Punkt zu sprechen, der ja in operative Details geht und der in offener Sitzung nicht behandelt werden kann. Deswegen bitte ich einfach um Nachsicht. Ich habe Ihnen auch gesagt: Es gab andere Punkte als die industriepolitischen Punkte, die besprochen worden sind. Und das bin ich gerne bereit, dann auch noch einzeln in der geheimen Sitzung Ihnen darzulegen. Ich will mich nicht Ihrer Frage entziehen, sondern ich muss nur unterscheiden, was ich in offener Sitzung sagen kann.

Christian Flisek (SPD): Dann frage ich mal so: Konnten Sie denn die Kritik, die damals geäußert wurde in Bezug auf die Punkte, über die wir jetzt nicht reden können, nachvollziehen?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja, das eine habe ich Ihnen ja vorhin schon gesagt: Es gab ein Problem

in einem konkreten Projekt, und das hat dabei eine Rolle gespielt. Und die anderen Punkte, die aufgeführt worden sind, waren aus meiner Sicht im Wesentlichen Punkte, die man bei jeder Zusammenarbeit und bei jeder Verstärkung von Zusammenarbeit zwischen Nachrichtendiensten immer berücksichtigen muss, ohne dass konkrete Hinweise dazu vorgelegt worden sind.

Christian Flisek (SPD): Na ja, wir sitzen ja heute hier - ich sage es mal so, das gebe ich gerne zu: im Nachhinein ist man immer schlauer - sozusagen in der Ex-post-Betrachtung, haben uns heute wieder sehr viel Zeit beschäftigt mit der Frage: Wie gehen wir mit diesen Selektorenlisten um? Und ich sage mal, da stehen ja massive Vorwürfe im Raum, und einer der Vorwürfe ist, dass unter anderem wohl bei diesen Suchbegriffen vielleicht sogar Verstöße gegen deutsches Recht stattgefunden haben beim Einsatz dieser Suchbegriffe, zumindest aber gegebenenfalls auch über Jahre hinweg massiv gegen deutschen Interessen verstoßen werden kann. Ich meine, das ist wieder ein anderer Begriff. Das ist jenseits der Schwelle von rechtswidrig/rechtmäßig. Aber es ist natürlich auch eine sehr politische Dimension, über die wir hier reden und die ja durchaus, sage ich mal, in einigen Bereichen auch ihre Regelungen findet, und darüber reden wir jetzt hier, die ganzen Tage und Wochen schon. Ich meine, wir haben natürlich jetzt mal ein Interesse, herauszufinden, nachher: An welcher Stelle schlugen diese Themen denn beim Bundesnachrichtendienst auf? An welcher Stelle schlugen sie gegebenenfalls auch bei der Aufsichtsbehörde, beim Bundeskanzleramt, auf? Wir haben gehört, dass diese konkrete Selektorenliste, die jetzt da entstanden ist, das ist alles scheinbar wohl erst im März 2015 aufgeschlagen. Schlimm genug, aber die Ansicht teilen Sie ja auch.

Die Frage ist aber, die auch spannend ist: Gab es nicht sozusagen wirklich valide Anhaltspunkte dafür in der Zeit vorher, dass hier vielleicht tatsächlich Risiken schlummern gerade bei dem Thema „Suchbegriffe, Selektoreinsatz“? Wir haben ja gelernt, da wird mehrfach wohl - - täglich fast werden da so Dinger geliefert, die werden dann ordentlich auf G 10 geprüft; aber alles andere, das ist mit großen Fragezeichen behaftet.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Die spannende Frage ist für uns: Welche Anhaltspunkte hat es denn da vorher gegeben? Weil ich sage mal: In der Zusammenschau bisher: Ich kann es mir einfach gar nicht vorstellen, dass dieses Thema in einem Bereich, der elementar ist für die Weiterentwicklung des Bundesnachrichtendienstes - das alles, was an Wichtigkeit hier immer artikuliert wird, zugrunde gelegt - - dass man da einfach über Jahre hinweg nicht hingeschaut hat, dass man gerade diese ganz kritischen Punkte laufen ließ, dass es überhaupt dazu gekommen ist, dass dann eine Unterabteilung entscheiden konnte: So was melden wir nicht.

Also, wissen Sie, wenn das der Eindruck wäre, der dann am Ende auch der Arbeit des Untersuchungsausschusses verbleiben würde, das wäre aus meiner Sicht fatal - das habe ich auch schon an den BND adressiert - für den BND. Aber es wäre auch fatal für die Aufsichtsbehörde, weil sie betonen, alle Vertreter - und ich nehme ihnen das auch ab -, bei jeder Gelegenheit, wie grundsätzlich wichtig diese Kooperation ist mit den anderen amerikanischen Diensten. Wenn ich das unterstelle und wenn ich weiß, wie sozusagen unterschiedlich auch die jeweiligen Kompetenzen und Fähigkeiten in technischer Hinsicht sind - das wird auch an jeder Stelle betont -, dann muss ich doch, wenn es grundsätzlich Risikobewertungen gibt, im BND wie im Kanzleramt - und die gab es -, hier mit Argusaugen auf das operative Geschäft in solchen Kooperationen schauen. Und wenn ich das tue, dann ist es mir unerklärlich, wie all das passieren konnte, was eigentlich wir jetzt hier als Sachverhalt vor Augen haben.

Vielleicht können Sie da einfach mal uns oder mir ein bisschen mehr Licht reingeben, wie Sie das als jemand betrachten, der über Jahre hinweg an verschiedenen Funktionen sich mit dieser Thematik auseinandergesetzt hat.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Gerne, Herr Abgeordneter. - Zunächst einmal: Sie haben ja selber gesagt - - ob Verstöße gegen deutsches Recht vorliegen. Das ist aus meiner Sicht zweifelhaft. Dass Verstöße - das ist ja zur Genüge auch schon in diesem Ausschuss betrachtet worden - gegen deutsche Interessen vorliegen, dass unter Umständen gegen zugrundeliegende Vereinbarungen

nicht regelgerecht gearbeitet worden ist, das ist Fakt. Aber die Frage, die entscheidende Frage - und die ist auch für die Fach- und Dienstaufsicht wichtig -: Was hat die Fach- und Dienstaufsicht hier erfahren? Und wir haben selbst schon gesagt - der Herr Vorsitzende hat das ja in seiner einleitenden Fragerunde aufgezeigt und die Frage auch mir gestellt -: Welche Optimierungsmöglichkeiten gibt es? Wo ist es schiefgelaufen? Und ich habe ja die auch benannt und habe vor allem benannt - und da teile ich ja Ihre Ansicht -, dass es nicht sein kann, dass solche bedeutenden Dinge wie die entscheidende Frage, über die wir jetzt sprechen, der Fach- und Dienstaufsicht nicht mitgeteilt worden sind. Das ist etwas, was optimiert werden muss und offensichtlich ja, wie Sie auch selbst gesagt haben, Herr Abgeordneter, auch im BND die Leitungsebene nicht erreicht hat - - sondern dass das spätestens auf Unterabteilungsleiterenebene, aber wahrscheinlich sogar in den meisten Fällen vorher, behandelt worden ist. Das ist jetzt aufgedeckt worden, und jetzt ist es die Pflicht der Fach- und Dienstaufsicht, hier entsprechende Verbesserungsmaßnahmen hinzubekommen.

Und zur generellen Frage: Was kann ich als Fach- und Dienstaufsicht mehr machen als das, was ich einleitend zur Tätigkeit der Fach- und Dienstaufsicht gesagt habe, nämlich dass ich permanent im Gespräch bin mit den Fachabteilungen, dass die Fachabteilungen mir erläutern müssen, wie ihre Arbeiten sind und vor allem wie ihre Probleme stehen? Und zu dieser Frage ist offensichtlich uns vom Bundesnachrichtendienst nichts gesagt worden.

Christian Flisek (SPD): Herr Fritsche, wir haben hier so ein Verfahren: Auch wenn wir geheim zu haltende Akten haben, da lesen wir dann nicht draus vor, aber wir können die mit Einverständnis des Vorsitzenden vorlegen. Sie schauen sich das an, und ich würde das gerne mal in Bezug hier auf die Akte Tagebuchnummer 51/14, MAT A BK-6b, tun. Gibt es jemanden? Oder soll ich es vorlegen?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich würde dann die Zeit anhalten, bis Sie kurz Einsicht in das Dokument nehmen können.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dem Zeugen wird ein Schriftstück vorgelegt)

Christian Flisek (SPD): Sie konnten sich Kenntnis davon jetzt verschaffen.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja.

Christian Flisek (SPD): Ich frage jetzt mal eher allgemein: Dieses Schreiben ging über Ihren Tisch?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: So ist es.

Christian Flisek (SPD): Sie können sich auch daran erinnern, dass Sie dieses Schreiben mal zur Kenntnis genommen haben?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja.

Christian Flisek (SPD): Ich will mit Ihnen jetzt nicht über die Detailprobleme reden, ja, aber dass dort doch, auch adressiert an die Aufsichtsbehörde, gegebenenfalls ein anderer Zungenschlag eingeschlagen worden ist in Bezug auf Kooperationen, sehen Sie das?

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hattest du eine Seitenzahl, Christian?)

Können Sie, damit die Kollegen mit folgen können, gerade die Seitenzahl - - Ich habe es jetzt leider - - Ich habe Ihnen mein Exemplar gegeben.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Seite 22 und 23.

Christian Flisek (SPD): Ja. Entschuldigung. - Wenn wir so was lesen, das können Sie nachvollziehen, dass wir das so interpretieren - oder?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ich habe ja nicht bestritten, dass es eine Diskussion gegeben hat. Sie haben ja die Diskussion angefangen mit verschiedenen Fraktionen, die es im Dienst gegeben hat. Das habe ich nicht bestritten.

Christian Flisek (SPD): Aber das kommt jetzt auch nicht von einer untersten Stelle des BND - nicht?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja.

Christian Flisek (SPD): Also, wenn ich das jetzt mir vor Augen halte, dann gehe ich davon aus: Da weiß der Absender schon genau, was er schreibt.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja, aber, Herr Abgeordneter, ich bekomme als für die Fach- und Dienstaufsicht Zuständiger sowohl im Kanzleramt als auch im BMI häufig Schreiben von Verantwortlichen, meistens der Amtsleitung, in der die Amtsleitung einen Weg verfolgt, und nach Gesprächen mit der Fach- und Dienstaufsicht verfolgt sie einen anderen Weg. Also, das ist die normale Diskussion. Das ist auch die Aufgabe. Wenn hier das geschrieben wird, was hier drinsteht, dann nehme ich das zur Kenntnis, und dann wird das diskutiert.

Christian Flisek (SPD): Davon gehe ich aus, Herr Fritsche. Das will ich auch gar nicht abstreiten wollen. Mich interessiert nur, wenn man, ich sage mal, ein Schreiben in dieser Form kriegt, wie man das dann bewertet und welche Konsequenzen daraus gezogen werden.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja, so, dass man mit den Leuten redet und dann sich austauscht. Denn wenn Sie das Schreiben anschauen, gibt es ja auch - ohne dass ich jetzt Geheimnisse verrate - andere Organisationen innerhalb der Bundesregierung, die eine andere Auffassung vertreten, und das Ganze muss diskutiert werden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und ausdiskutieren müssen Sie das in der nächsten Frageunde.

Christian Flisek (SPD): Letzte Frage.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Christian Flisek (SPD): Konnten Sie denn aufgrund dieser Gespräche dann etwaige Bedenken ausräumen, die beim BND herrschten?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Bedenken jetzt auf die konkrete Frage, die von dem Director of National Intelligence, McConnell, gestellt worden



Nur zur dienstlichen Verwendung

ist, nämlich eine weitere Intensivierung - - Zu der ist es nicht gekommen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Details sind auch eingestuft des Schreibens.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja.

Christian Flisek (SPD): Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Jetzt sind wir mit der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen dran. Herr Kollege von Notz beginnt, glaube ich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Fritsche, ich will noch mal ganz kurz mit Ihnen Ihre beruflichen Stationen der letzten Jahre besprechen. Sie können ja vielleicht einfach sagen, ob das so ist. Sie sind seit Januar 2014 beamteter Staatssekretär im Bundeskanzleramt und Beauftragter für die Nachrichtendienste des Bundes und unterstehen dem Chef BK Peter Altmaier und sind auch für die Abteilung 6 zuständig. Korrekt?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: So ist es.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist es. - Von Dezember 2009 bis Ende 2013 waren Sie Staatssekretär im BMI, zuständig für den Bereich Öffentliche Sicherheit, Polizei, Terrorismusbekämpfung, Bundespolizei, Bevölkerungsschutz und Migration.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: So ist es.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vom 1. Dezember 2005 bis Dezember 2009 waren Sie selbst Leiter der Abteilung 6 im Bundeskanzleramt und damit auch Koordinator, damals in der Logik, für die Nachrichtendienste des Bundes.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: So ist es.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und von Oktober 1996 bis November 2005 waren Sie Vizepräsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Richtig.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Fangen wir bei der letzten Station an. Haben Sie in dem Zusammenhang damals - - Seinerzeit gab es hier auch einen Untersuchungsausschuss, der 2001 einen Bericht erstellt hat zum Thema Echelon. Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, ich kann mich an die Existenz auch dieses Untersuchungsausschusses und auch grob an die Diskussion, die damals zu diesem sogenannten Echelon-System existierte, erinnern. Ich kann mich auch erinnern, dass das, ich glaube, im Europarat damals eine große Rolle gespielt hat.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was war denn grob das Problem bei Echelon?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Na, es ist gefragt worden, ob auf dem Boden anderer Nationalstaaten hier Anlagen existieren und was in diesen Anlagen geschieht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dass die eventuell übergreifend sind und problematisch vom Auftragsprofil?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Das habe nicht ich gesagt, aber es ist gesagt worden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das haben Sie nicht gesagt. Aber das war ja - -

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ich habe es nicht gesagt, aber es ist gesagt worden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ist gesagt worden. - Und war das für Sie als Vizepräsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz seinerzeit ein Thema?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Soweit ich mich erinnere, waren wir am Rande hier befasst; aber es war jetzt nicht ein Thema, das mich irgendwie in besonderer Weise - nach meiner Erinnerung - beschäftigt hat.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber für die Jahre 1996 bis 2005 galt auch schon, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz für die Spionageabwehr zuständig war.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: So ist es, Herr Abgeordneter.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Und da ist das ja für den Vizepräsidenten wahrscheinlich nicht ganz irrelevant, dass ein Untersuchungsausschuss tagt, der diese Übergriffigkeiten und Probleme, die Sie jetzt vielleicht so nicht wiederholen wollen, aber die seinerzeit ein großes Thema waren, in der Öffentlichkeit ein erhebliches Thema waren - -

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, die öffentliche Diskussion war damals stark - da gebe ich Ihnen recht -, soweit ich mich noch erinnere. Es ist dann, nach meiner Erinnerung, auch, soweit Möglichkeiten bestanden, versucht worden, Erkenntnisse zu erlangen. Aber ich glaube, die waren nicht erfolgreich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat das Bundesamt für Verfassungsschutz irgendwelche Konsequenzen in der Arbeit gezogen aus diesem Abschlussbericht und aus dem Umstand, der bei Echelon verhandelt wurde, überhaupt?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: In welcher Art - muss ich jetzt die Gegenfrage stellen - sollen Konsequenzen gezogen werden?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja - -

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Da ist natürlich zum einen die Frage: Wie kann ich etwas aufklären als Spionageabwehrbehörde? Das ist die Aufgabe, die das BfV hat. Weitere Konsequenzen sehe ich jetzt nicht, Herr Abgeordneter.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Konnte man dem Partner USA blind vertrauen?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, Herr Abgeordneter, das ist eine sehr grundsätzliche Diskussion, die man bei nachrichtendienstlicher Zusammenarbeit immer haben muss.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das gebe ich gerne zu. Sie können Sie ganz schlicht beantworten, wenn Sie wollen.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Na ja, zunächst einmal muss man Vertrauen haben, wenn man insbesondere gemeinsame Projekte durchführt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt wohl.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Unabhängig davon ist man natürlich auch im Informationsaustausch mit Nachrichtendiensten, die zum Beispiel keine Partner sind. Aber wenn es darum geht, Informationen zu erlangen oder von diesen zu bekommen, um Anschläge zu verhindern, dann macht man das trotzdem. Und das zeigt die ganze Spannweite, mit der die Zusammenarbeit zwischen Nachrichtendiensten erfolgt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die will ich nicht bestreiten, aber Sie haben meine Frage jetzt umgangen. Kann man Partnern, auch den USA, blind vertrauen?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, blind vertrauen sollte man niemandem.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist immer richtig. - Würden Sie sagen, dass das in der Geheimdienstbranche erst recht gilt? Oder würden Sie das aus dem Beziehungsleben insgesamt für das berufliche Feld entwickeln?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Für das gesamte berufliche Feld, Herr Abgeordneter.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. - Mit dem Kenntnisstand sind Sie ja nun durch mehrere Stationen danach gegangen, wo das eine oder andere Thema eine Rolle gespielt hat. Wir werden das im Detail anhand der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Akten, glaube ich, heute Nachmittag versuchen, uns zu erschließen.

Aber ich will Bezug nehmen auf die Aussage, die Herr Uhrlau hier letzte Woche gemacht hat. Der sprach davon und verwendete den Begriff „Bösgläubigkeit“. Ich zitiere jetzt hier aus dem vorläufigen Stenografischen Protokoll, Seite 43 von 89, öffentlich:

Im Übrigen ist hinsichtlich der amerikanischen Interessenslage an Informationen über unsere Interessenslage hinaus eigentlich die Bösgläubigkeit, sage ich mal, nach 2008 vorhanden gewesen.

Das sagt der Präsident des Bundesnachrichtendienstes.

Also, deswegen Verantwortung und Zuständigkeiten nach hinten zu verlagern, mag vielleicht wohlfeil sein. Aber ich sehe da kein Versäumnis, was ich mir dann zu rechnen muss. Verteidigungslinien zu einem anderen Zeitpunkt mögen anders sein

Das ist eine lustige Aussage, wenn man es im Kontext bedenkt.

Wenig später sagt er - jetzt Seite 49 -:

Also, bezogen auf „Eikonale“ schätze ich, dass auch im Kanzleramt eine Bösgläubigkeit da gewesen sein dürfte.

Zwei Seiten später sagt er - 51 -:

Wichtige Vorgänge wurden mit dem Chef des Kanzleramtes eigentlich immer besprochen.

Da frage ich zurück: Ist es vorstellbar, dass so ein gravierender Eingriff wie die Übergriffigkeit in diesen Fällen, weswegen man „Eikonale“ beendet hat, nicht mit dem Chef BK besprochen wurde? Daraufhin sagt Herr Uhrlau, kann er sich nicht vorstellen: „Kann ich mir nicht vorstellen.“ Seite 51.

Deswegen, um dieses Blame Game jetzt hier gleich mal vorwegzustellen - - der vielen Fragen, die wir uns jetzt hier noch annähern, Herr Fritsche. Waren Sie, war das Bundeskanzleramt nicht schon vor dem März 2015, wie Sie das ja eingangs gesagt haben, bösgläubig im Hinblick auf den Umstand, dass man den Kooperationen mit den USA nicht blind vertrauen durfte?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, Herr Abgeordneter, zum einen weiß ich natürlich nicht - das erschließt sich mir auch nicht durch das, was Sie vorlesen -, was Herr Uhrlau mit „Bösgläubigkeit“ eigentlich alles umschreiben will. Für mich ist wichtig, dass die Frage, warum das eine Projekt, das Sie gerade bezeichnet haben, beendet worden ist, natürlich bekannt war. Das war dem Kanzleramtsminister bekannt, und das war mir bekannt. Dazu kann ich Einzelheiten in der geheimen Sitzung durchaus sagen. Das hat aber nichts mit der Frage zu tun, die ich jetzt aus den Äußerungen von Herrn Uhrlau - ich verstehe sie nicht ganz; das ist immer mein Problem gewesen -

(Heiterkeit)

so entnehmen kann, was er mit dieser „Bösgläubigkeit“ gemeint hat. Meint er mit „Bösgläubigkeit“, dass wir also schon zu dieser Frage, die den Ausschuss ja beschäftigt, vor März 2015 etwas wussten? Dann muss ich sagen: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er sagt: Die Entscheidung von Herrn de Maizière, die er auch nach der PKGr-Sitzung hier neulich formulierte, dass man 2008 den Begehrlichkeiten der Amerikaner sich widersetzt hat, ist nur vor dem Hintergrund zu verstehen, dass man bösgläubig war.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Tja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sehen Sie anders?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Das sehe ich definitiv anders.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das wäre dann die letzte Frage auch.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nämlich? Was ist der Grund?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Die Diskussion habe ich vorhin schon bei den Fragen von Herrn Flisek versucht, soweit sie offen möglich ist, zu bringen, indem ich nämlich gesagt habe, dass hier auch industriepolitische Fragen eine Rolle gespielt haben und natürlich auch die Erfahrungen, die in dem speziellen Projekt, das Sie angeführt haben - - nämlich dass hier das Projekt dann deswegen letztlich beendet worden ist, weil in der G-10-Frage keine befriedigende zeitnahe Lösung gefunden worden ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wir kommen jetzt zur nächsten Fraktion, die Fraktion der CDU/CSU mit Frau Kollegin Warken.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, Herr Staatssekretär, ich würde zunächst auf die Zeit zurückkommen, als Sie 2005 Leiter der Abteilung 6 im Bundeskanzleramt wurden. Das Amt hatten Sie ja von Herrn Uhrlau übernommen. Den hatten wir hier schon als Zeugen gehört. Mich würde interessieren noch mal genau, wie der Kenntnisstand in der Abteilung 6 zum Thema Wirtschaftsspionage zu diesem Zeitraum war. Vielleicht können Sie uns vorab erläutern, was Sie auch konkret unter Wirtschaftsspionage verstehen würden, auch in Abgrenzung zu Aufklärung von Proliferation etc., und was dann genau Herr Uhrlau Ihnen zu diesem Thema berichtet hat.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, zunächst einmal zu der Begrifflichkeit „Wirtschaftsspionage“. Das ist natürlich - - Deswegen - - Wir haben keinen unbestimmten Rechtsbegriff, den wir mit dem Begriff „Wirtschaftsspionage“ belegen können. Aber für mich ist die Begrifflichkeit auch aus dem Bereich der Spionageabwehr natürlich mit der einzigen Definition erklärbar, die wir haben, nämlich die Abgrenzung zwischen dem Begriff „Wirtschaftsspionage“ - - zum Begriff „Konkurrenzspionage“. Das ist die Begrifflichkeit, die gültig ist.

„Wirtschaftsspionage“ bedeutet: Angriffe, um Know-how abzuziehen und daraus einen Wettbewerbsvorteil zu erreichen im Bereich staatlicher Strukturen, also durch ausländische Nachrichtendienste, während „Konkurrenzspionage“ in der Abgrenzung dazu meint: durch Privatdetektive, dass eben die eine Firma die andere Firma aufklärt, um dort an die Pläne und an die Blaupausen zu kommen, um dadurch einen Wettbewerbsvorteil zu haben. Das ist die einzige Definition, die existiert.

In dem Zusammenhang ist für mich Wirtschaftsspionage, wie gesagt, nur das, und das erklärt sich aus dieser Abgrenzung, weil es beide - - Ich meine, Privatdetektive werden nicht Proliferation und Sanktionsverstöße aufklären. Das interessiert die nicht, sondern denen geht es um die Pläne für ein Getriebe oder was auch immer. Und Wirtschaftsspionage ist dann in diesem Sinne auch zu verstehen, nämlich Know-how-Abfluss und der Wettbewerbsvorteil, der dadurch erreicht werden soll.

Im Übrigen gibt es natürlich Aufklärung im Bereich Proliferation und Sanktionsverstöße. Da muss ich ganz deutlich sagen: Das ist auch eine Aufgabe des Bundesnachrichtendienstes, die er zu erfüllen hat.

Nina Warken (CDU/CSU): Und hat der Herr Uhrlau Ihnen irgendwas darüber berichtet, als Sie sein Nachfolger wurden? Ich habe da jetzt keine Vorstellung, wie so eine Amtsübergabe abläuft. Herr Uhrlau hat gesagt: Es gibt da eigentlich keine große Übergabe. - Aber hat er Ihnen dazu berichtet? Gab es, als Sie Abteilungsleiter wurden, irgendwelche Anhaltspunkte dafür, dass die NSA die Kooperation, die man ja 2002 begonnen hat, missbrauchen könnte, für Wirtschaftsspionage etwa?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, darüber hat mir Herr Uhrlau nichts berichtet.

Nina Warken (CDU/CSU): Der Herr Uhrlau hat uns ja gesagt, er habe Anfang 2006 wiederum von Herrn Urmann erstmals erfahren, dass es eben problematische Funde gab, unzulässige Suchbegriffe, die von den Amerikanern eingesteuert



Nur zur dienstlichen Verwendung

wurden. Er konnte sich konkret nur an den Begriff „EADS“ erinnern, meinte dann auch, er habe Sie darüber unterrichtet. Jetzt haben Sie gesagt, in den regelmäßigen Gesprächen habe er Sie nicht unterrichtet; wenn, dann hätte das auch schriftlich erfolgen müssen. Können Sie denn sagen, wann Sie das erste Mal von diesen Funden, von diesen Vorfällen im Jahr 2005 erfahren haben, wie konkret Sie erfahren haben davon? Also, haben Sie auch die Namen oder Begriffe „EADS“, „Eurocopter“, „französische Behörden“ genannt bekommen? Wann war das, und von wem war das?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, wenn ich mich richtig erinnere, habe ich Unterlagen bekommen zur Vorbereitung einer Reise, die ich als Innenstaatssekretär in die Vereinigten Staaten unternommen habe. Das war 2010, glaube ich, im Frühjahr 2010. Und in dem Zusammenhang - ich denke, dass ich das in offener Sitzung sagen kann - waren diese Begriffe zum ersten Mal darin gestanden. Ob ich es tatsächlich gelesen habe, weiß ich nicht mehr. Aber ich will es nicht ausschließen. Also, ich will mich da nicht irgendwo hinten anstellen.

Da war ich allerdings Innenstaatssekretär, und das sind ja Unterlagen, die vom Bundesnachrichtendienst und vom Kanzleramt zur Verfügung gestellt worden sind freundlicherweise zur Vorbereitung der Gespräche. Ich habe dann aus diesem Anlass, weil es nicht in meine Zuständigkeit fiel, auch nichts unternommen. Aber das war das erste Mal, dass ich so etwas gehört habe. Und wenn ich das richtig gesehen habe, lag das ja auch schon einige Zeit zurück.

Nina Warken (CDU/CSU): Das war nun das erste Mal, als Sie konkret davon erfahren haben. Haben Sie vielleicht in allgemeinerer Form, also ohne die Nennung der Begriffe, davon gehört, auch in Ihrer - - als Sie noch zuständig waren dafür?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): Was wurde nach Ihrem Kenntnisstand damals gemacht? Wie hat man reagiert auf diese Funde?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Kann ich Ihnen nicht sagen. Ich habe auch nicht nachgefragt, weil ich nicht der Kontrolleur des anderen Resorts bin.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt haben Sie gesagt, Herr Uhrlau hat Ihnen in den regelmäßigen Gesprächen davon nicht berichtet. In der Nachschau: Hätte er Ihnen davon berichten müssen?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, ich gehe mal davon aus, dass der Dienst überhaupt zu dieser Frage frühzeitig, und zwar schon mit Beginn des Jahres 2005, hätte berichten müssen. Im April/Mai hat ja das Ganze begonnen. Und damals hätte man das schon mal - das wäre wahrscheinlich auch der entscheidende Zeitpunkt gewesen, um sich mit der grundsätzlichen Frage auseinanderzusetzen - seitens des Dienstes mit der Fach- und Dienstaufsicht besprechen müssen.

Nina Warken (CDU/CSU): Und Sie haben keine Kenntnis darüber, wie man dann seitens des Dienstes reagiert hat gegenüber den Amerikanern?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Habe ich keine Kenntnis.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt hatten wir schon vorhin besprochen, dass es dieses Gespräch gab im Januar 2008 im Bundeskanzleramt; war wohl auch zur Vorbereitung einer Reise bzw. um auch zu besprechen, dass die Amerikaner eben den Wunsch hatten, die Kooperation auszuweiten. Sie haben an dem Gespräch teilgenommen, der Zeuge Uhrlau, die Zeugen Urmann und der Herr von Brandis, damals Vizepräsident des BND. Der Herr Uhrlau konnte sich nicht erinnern, dass bei diesem Gespräch Firmennamen gefallen sind wie zum Beispiel EADS und Eurocopter. Ihren Aussagen entnehme ich jetzt auch, dass Sie die nicht gehört haben, weil Sie gesagt haben, Sie haben es erst später gehört.

Es wurde aber über diese Skepsis ja gesprochen, die man hatte, nämlich das Projekt, die Kooperation auszuweiten. Können Sie da jetzt noch mal konkreter werden, wie man die Skepsis begrün-



Nur zur dienstlichen Verwendung

det hat? Zum einen ja schon auch mit dem Hintergrund, dass die Kooperation ausgenutzt wird eben auch, um solche Begriffe einzusteuern, bzw. ausgenutzt wurde. Zum anderen meinte der Herr Uhlrau aber auch, es hätte einen anderen Schwerpunkt auch des Gesprächs gegeben und es gäbe andere Gründe, die dann dazu geführt haben, dass man letzten Endes die Kooperation auch nicht ausweiten wollte. Können Sie das so bestätigen?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, um das ganz klar zu sagen: Da teile ich die Erinnerung von Herrn Uhlrau. Diese Begriffe sind in dem Gespräch nicht genannt worden. Es ist überhaupt nicht über Begrifflichkeiten und Einsteuerungen gesprochen worden, sondern es ist über das gesprochen worden, was ich vorhin schon gesagt habe: im Hinblick auf diese politischen Fragen, die hier eine Rolle gespielt haben, und die Schwierigkeiten, die in einem konkreten Projekt bis vor kurzem im Bereich der G 10 existierten.

Nina Warken (CDU/CSU): Also, auch der Begriff „Selektor“ oder „Suchbegriff“ - - Mit solchen Dingen hat man sich da nicht auseinandergesetzt?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, ich darf vielleicht noch mal versuchen, auch aus meiner Erinnerung, wie das Ganze angefangen hat. Es ist so gewesen, dass Anfang Dezember des Jahres 2007 der damalige DNI da war und ganz allgemein gesagt hat, man muss mehr zusammenarbeiten vor dem Hintergrund, dass die Kommunikation bei Voice-over-IP nicht mehr leitungsgebunden ist, dass das Internet eine zunehmende Rolle spielt, und dass man hier etwas gemeinsam unternehmen könnte. Auf diesem allgemeinen Niveau ist das in der - - vom DNI damals angeführt worden. Daraufhin hat der Chef des Kanzleramtes damals gesagt: Darüber müssen wir mal sprechen. - Er wollte ganz allgemein über das Internet und die Aufklärungsmöglichkeiten im Internet reden. Und der Anstoß war dieses Gespräch mit dem DNI. Aber er wollte darüber reden, was - - wie der BND das einschätzt.

Und dann hat es ja das, was ich vorhin schon gehört habe, die schriftlichen Unterlagen, gegeben,

und dann eben auch in dieser Skepsis ist das Ganze nach meiner Erinnerung besprochen worden beim Chef BK Anfang des Jahres 2008. Und daraus sind auch Fragen entstanden aus dem Kanzleramt, nämlich vor dem Hintergrund: Gibt es irgendwelche Probleme - soweit ich mich jetzt erinnere - mit der Grundlage, die eine Zusammenarbeit bildet? Und da haben wir ja dann auch eine schriftliche Antwort des Bundesnachrichtendienstes bekommen, dass es keine Probleme gibt; oder jedenfalls sind Probleme nicht angeführt worden. In der Diskussion ging es wirklich vor allem um die entscheidende Frage der technischen Abhängigkeit, der Gleichwertigkeit in gemeinsamen Projekten: „Kann man daran auch mal denken, so eine Intensivierung der Zusammenarbeit dann durchzuführen, wenn wir im gleichen Zuge auch in den Vereinigten Staaten einen Zugang bekommen?“ und, und, und. Das hat damals die Diskussion beherrscht, die Frage „Selektoren“ nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Gab es dann, gerade auch zu den Fragen „gleichwertiger Zugang in den USA“, konkrete Ergebnisse auch?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Na ja, das Ergebnis ist das, was der Bundesinnenminister, der jetzige Bundesinnenminister und damalige Chef des Kanzleramtes auch gesagt hat: dass er dann nicht entschieden hat, eine weitere Verfestigung und neue Kooperationsmöglichkeiten - - dass die nicht weiter verfolgt werden.

Nina Warken (CDU/CSU): In dem Gespräch ging es - so hat es der Herr Uhlrau uns gesagt - auch um diesen Schwachstellenbericht, den der Herr Dr. Urmann im Jahr 2007 habe anfertigen lassen; das sei ausführlich auch diskutiert worden, und die Feststellungen darin seien der eigentliche Grund dafür gewesen, dass man dann auch diese weitergehenden Wünsche eben zurückgewiesen hat. Ist das so zutreffend? Ist Ihnen der Schwachstellenbericht bekannt?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Der ist mir erst bekannt seit Frühjahr dieses Jahres. Diesen Schwachstellenbericht kenne ich nicht, habe ich auch damals nicht kennengelernt. Gesprochen wurde über die Schwierigkeiten, die ich vorhin



Nur zur dienstlichen Verwendung

schon gesagt habe: G 10 - - und dass daran ein Projekt dann auch endgültig beendet worden ist.

Nina Warken (CDU/CSU): Wie erklären Sie sich das dann, dass Herr Uhrlau sagt, es sei über diesen Schwachstellenbericht gesprochen worden? Oder ist da vielleicht darüber gesprochen worden, ohne dass Ihnen der Bericht vorliegt, und es waren lediglich die Inhalte, die man dann diskutiert hat? Jetzt, wo Sie den Schwachstellenbericht kennen: Waren das diese Punkte, die darin dann auch aufgeführt sind?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, ich habe definitiv keine Erinnerung, dass darüber gesprochen worden ist - - und schon gar nicht vorgelegt worden ist.

Nina Warken (CDU/CSU): Laut einer *Spiegel*-Veröffentlichung zu diesem Gespräch, über das wir hier sprechen, wollte der Minister damals wissen, ob man den Amerikanern eine andere Zusammenarbeit hinsichtlich Informationsgewinnung anbieten könne, und der BND habe aber abgewunken. Und man hat dann im Prinzip auch die Zusammenarbeit auslaufen lassen, „Eikonal“ beendet. Ist das so zutreffend, was berichtet ist? Bezieht sich das - -

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, dass der Minister gefragt hat, ob so etwas möglich erscheint, das ist klar. Aber das ist nicht in dem Gespräch endgültig beschieden worden, weil das auch gar nicht geht. Üblicherweise ist nach solchen Gesprächen, dass man dann noch mal darüber nachdenkt, vor allem der BND auf kluge Gedanken kommt. Das war das Ergebnis des Gespräches.

Nina Warken (CDU/CSU): Konkret die Gründe, warum man denn dann tatsächlich entschieden hat, keine Ausweitung zu machen, keine andere Kooperation und auch dann die Operation „Eikonal“ langsam austrocknen zu lassen - so hat es der Herr Uhrlau zumindest genannt -, können Sie dazu doch noch mal konkreter was sagen?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Na ja, bei der einen Operation, die Sie jetzt bezeichnet haben, ist es so, wie ich schon mehrere Male gesagt habe: Es

gab da die Problematik, dass zwar es letztlich gelingt, G-10-behaftetes Material auszuscheiden, aber dass es zu lange dauert und dass deswegen die Effektivität des Projekts nicht mehr vorhanden war und dass dann deswegen das Projekt beendet worden ist - im Sommer 2008, wenn ich das richtig sehe. - Das war das eine.

Das andere war dann: Nachdem die Besprechung vorbei war und der Bundesnachrichtendienst nach meiner Erinnerung auch keine Vorschläge, keine neuen Vorschläge gemacht hat, ist vonseiten des Ministers entschieden worden, dass wir keine weitere Verstärkung in dem Bereich, so wie sie der DNI McConnell angesprochen hat, durchführen.

Nina Warken (CDU/CSU): Wann genau wurde dann die Entscheidung getroffen, „Eikonal“ auslaufen zu lassen?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Das hat sich dann, glaube ich - -

Nina Warken (CDU/CSU): Und wer hat sie getroffen?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Das ist dann auf der Ebene besprochen worden, auf der Arbeitsebene - nach meiner Erinnerung - zwischen Bundesnachrichtendienst und NSA, und man ist dann gemeinsam übereingekommen, dass es keinen Sinn mehr hat, wobei ich glaube, mich erinnern zu können, dass die Amerikaner diejenigen waren, die den Anstoß gegeben haben.

Nina Warken (CDU/CSU): Der Herr Uhrlau hat es „austrocknen“ genannt; man habe die Operation langsam austrocknen lassen, und es sei seiner Meinung nach besser gewesen, als einen sofortigen Stopp zu machen, das kleinere Übel. Können Sie uns erläutern, was er damit gemeint haben kann? Hätte es vielleicht Probleme gegeben mit der US-Seite? Welche Probleme hätte es geben können, wenn man einen sofortigen Stopp der Operation veranlasst hätte?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Nein, ich glaube, dass - - Also, ich kann natürlich jetzt nicht interpretieren, was der Zeuge Uhrlau sagt. Aber nach



Nur zur dienstlichen Verwendung

meiner Erinnerung ist es so gewesen, dass es ein Zwiegespräch zwischen den beiden Diensten war, was man aus dem Projekt noch machen kann und ob es doch noch was bringt. Und letztlich ist dann eben entschieden worden, zu sagen: Nein, wir haben keine andere Möglichkeit, schnell G 10 auszufiltern, und deswegen hören wir auf.

Nina Warken (CDU/CSU): Und eine Reaktion der Amerikaner? Ist Ihnen die bekannt?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Na ja, es ist ja mit Zustimmung der Amerikaner so erfolgt.

Nina Warken (CDU/CSU): Da gab es dann keine Probleme, Unmutsäußerungen, dergleichen?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Soweit ich mich erinnere, nicht; auch mir gegenüber in den Gesprächen, die ich mit den Amerikanern hatte, nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Im selben *Spiegel*-Artikel, den ich schon zitiert hatte - der ist also vom 16. Mai dieses Jahres; hieß „Alles ungefiltert“ -, wird geschrieben, dass man mithilfe der NSA später eine Kabelerfassung in einem anderen Land realisiert habe. Geschrieben wird da genau:

Man schöpfte nun doch wieder gemeinsam Daten ab, aber eben nicht mehr auf deutschem Boden.

Können Sie das bestätigen? Stimmt es, dass man nach „Eikon“ keine Kabelerfassung des BND gemeinsam mit der NSA in Deutschland mehr gemacht hat? Und gibt es diese im Ausland realisierte Kabelerfassung?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Frau Abgeordnete, da habe ich ein bisschen Schwierigkeiten, zum einen, weil ich befürchte, das eine ist nicht Gegenstand dieses Untersuchungsausschusses; zum anderen handelt es sich natürlich um operative Angelegenheiten. Von daher bitte ich, jedenfalls für den Teil, den ich beantworten kann, darum, das in geheimer Sitzung zu beantworten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich frage mal kurz nach: Welcher Teil ist das, und welcher ist nicht Untersuchungsgegenstand?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Das, was nicht, wie es im Einsetzungsbeschluss heißt, die Five Eyes umfasst.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das wäre?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Dazu kann ich nichts sagen.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, was die ausländische Erfassung über die Five-Eyes-Staaten hinaus betrifft. Habe ich es richtig verstanden?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Sie haben es viel besser ausgedrückt, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Super. Ich wollte nur noch mal, dass wir klar sind, nicht gleich in der eingestuften Sitzung sind und dann nichts mehr übrig bleibt.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, alles klar. Danke.

Nina Warken (CDU/CSU): Dann komme ich da auch später drauf zurück. - Jetzt komme ich noch mal auf ein anderes Thema, und zwar: In der zweiten Jahreshälfte 2013 - damals waren Sie der für Sicherheitsfragen zuständige Staatssekretär im Innenministerium - hat das Innenministerium Hintergrundinformationen erstellt zu den Snowden-Enthüllungen. Die wurden immer wieder in kurzen Abständen auch aktualisiert. Lagen Ihnen diese Informationen vor jeweils? Haben Sie da sich auch in die Erarbeitung eingebracht?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Das ist nach meiner Erinnerung auf Arbeitsebene gemacht worden. Teilweise habe ich sie auch gehabt. Also, ich kann mich erinnern, ich glaube, an eine Chronologie, die erstellt worden ist, was seitens der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Bundesregierung unternommen worden ist, weil ja alle Ressorts in gewisser Weise in ihrer Zuständigkeit damals tätig geworden sind. Daran kann ich mich erinnern.

Nina Warken (CDU/CSU): Wir haben eine Fassung vom 19. Dezember 2013. Darin wird berichtet, dass die NSA eine Vereinbarung vorgeschlagen habe, deren Zusicherungen mündlich bereits mit der US-Seite vereinbart seien.

Keine Verletzung der jeweiligen nationalen Interessen ...

Keine gegenseitige Spionage ...

Keine wirtschaftsbezogene Ausspähung ...

Keine Verletzung des jeweils nationalen Rechts ...

seien da die wesentlichen Punkte gewesen. Der Kanzleramtschef habe den Präsidenten des BND im August 2013 gebeten, dieses Angebot aufzugreifen und Verhandlungen mit der NSA zu beginnen. Der Präsident des BND habe darüber am 4. November 2013 mit dem NSA-Chef und dem US-Geheimdienstkoordinator ein Gespräch geführt. Wissen Sie, auf wessen Information diese Berichterstattung in diesem Hintergrundpapier des BMI denn beruht hat, und können Sie die Information so bestätigen?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ich kann bestätigen, dass ich das auch gelesen habe, dass ich allerdings direkt nicht in diese Verhandlungen damals - bis auf den Termin Anfang August und mein Telefonat mit dem Weißen Haus im Januar oder Februar - eingebunden war. Ich nehme an, dass das durch Abfrage bei den Ressorts entstanden ist, weil einfach eine Gesamtchronologie gemacht werden sollte.

Nina Warken (CDU/CSU): Vor dem Hintergrund, wie Sie in die Verhandlungen dann eingebunden waren: Gibt es einen Anlass, zu zweifeln an dieser Information, wie sie in dem Bericht steht?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, für mich nicht, weil ich ja bei der Besprechung am 05.08. dabei war und ja da die Frage eben aufgegriffen

worden ist, ob man an ein solches Abkommen denken könne. Und die Frage ist nicht von uns aufgegriffen worden, und es gab auch keine Vorbereitungsgespräche, sondern das war ein Angebot der US-Seite.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut. - Dann hätte ich im Moment keine weiteren Fragen. Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit ihren Fragen. Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein. Entschuldigung. - Wir sind - - Jetzt kam das durcheinander.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Frau Renner guckte mich auch zu Recht an. Wir gehen jetzt in die zweite Fragerunde. Da beginnt natürlich die Linke.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt. Ich dachte - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir waren noch in der ersten. Entschuldigung, Herr Kollege Ströbele. Jetzt haben Sie bei mir einen gut. - Frau Kollegin Renner beginnt aber trotzdem jetzt.

Martina Renner (DIE LINKE): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Fritsche, ich würde gerne fragen zu Ihrer Zeit als Abteilungsleiter 6 im Bundeskanzleramt. Wir hatten ja hier schon die Kollegen Vorbeck, Müller und Kurz, und da sind doch einige Fragen noch offengeblieben. Es geht insbesondere ganz grundsätzlich um die Problematik, wie Rechts-, Fach- und Dienstaufsicht denn auch überhaupt organisiert ist.

Erst einmal ist uns aufgefallen, dass es offenbar so ist, dass Gruppe 62 und Gruppe 61 nicht über denselben Informationsstand verfügen. Es ist hier



Nur zur dienstlichen Verwendung

vorgetragen worden, dass das Need to know des BND sich quasi ins Bundeskanzleramt vorsetzt und dass die Gruppe 62 zum Beispiel zu konkreten Operationen nichts sagen kann.

Nun meine Frage an Sie: Sie als Chef, Sie wussten aber alles, oder setzt sich das dann noch bis zur Abteilungsleiterenebene fort? Also, kann ich Sie jetzt zu den konkreten Operationen etwas fragen?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, ganz grundsätzlich ist es, dass natürlich das Prinzip Need to know auch für die Fach- und Dienstaufsicht gilt. Aber ich denke, in jedem Fach- und Dienstaufsichtsbereich ist es auch so, dass, wenn mehrere Unterabteilungen existieren, einfach aufgrund der Kapazität jetzt nicht jeder das gesamte Wissen in dem Bereich hat und haben muss.

Ich habe allerdings - und das gebe ich auch zu - so weit wie möglich für Transparenz gesorgt, weil es eben auch gemeinsame Besprechungen zwischen den Gruppen gab. Das hat es vorher in dem Maße - ist mir jedenfalls gesagt worden - nicht gegeben. Und da sind Dinge besprochen worden, die eben für alle Gruppen, für beide Gruppen interessant sind, was die Tätigkeit der Fach- und Dienstaufsicht angeht.

Was meine Person angeht, da muss man sicher unterscheiden, dass natürlich in der Hierarchie auch ich dann unterrichtet werde, wenn es besonders wichtig ist, wichtig erscheint. Wenn wir ein laufendes Verfahren haben, dann wird das natürlich auch von den Referaten mit der Behörde besprochen. Also, von daher kann ich Ihnen nicht versprechen, dass ich zu allem etwas sagen kann, aber ich hoffe.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Dann mal ganz konkret: Bei den Operationen wurde ja Technik eingesetzt, die durch die ANDs übergeben wurde. War Ihnen das jeweils bekannt, welche Technik dort bereitgestellt wird, ob die zertifiziert ist, was der Zweck dann auch der Kooperation ist unter Einsatz dieser Technik? Darüber waren Sie im Bilde?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, es ist, glaube ich, nicht meine Aufgabe als Abteilungsleiter, bis

ins Kleinste Verästelungen, dass hinsichtlich der Technik - -

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, nein. Ich rede nicht von kleinsten Verästelungen. Ich rede zum Beispiel über die BSI-Zertifizierung. Ich rede jetzt nicht über Verästelungen.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Über die BSI-Zertifizierung bin ich sicher mal unterrichtet worden; ich weiß es nicht mehr genau, kann ich Ihnen jetzt auch wirklich nicht sagen. Dass ich allgemein über das Projekt unterrichtet war und dass wir ja auch gefragt haben damals, wenn Sie sich erinnern, ob die zugrundeliegende Vereinbarung richtig und notwendig ist oder ob sie noch angepasst werden soll - - und der Dienst ja geantwortet hat, dass das keiner Anpassung bedarf, und bei der Gelegenheit auch nichts gesagt hat zu etwaigen Problemen.

Martina Renner (DIE LINKE): Die Grundlage der Kooperation wäre nämlich dann genau mein nächstes Thema gewesen. Bei „Eikonal“ haben wir erst diesen privatrechtlichen Vertrag „Transit“ zwischen der Deutschen Telekom und dem BND und später die G-10-Legende. Welche Grundlage gab es für den Abgriff bei MCI WorldCom in Hilden mit dem Operationsnamen „Glotaic“? Können Sie uns das sagen, was dort die Grundlage war? Es muss Ihnen ja als Rechts- und Fach- und Dienstaufsicht bekannt gewesen sein. Grundlagen müssen Sie ja prüfen der Kooperation.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Es gibt zwei Möglichkeiten. Entweder bewegen wir uns im G-10-Gesetz-Bereich - dann brauchen wir Anträge dazu, und das ist die Aufgabe der G-10-Kommission -, oder wir bewegen uns im Allgemeinen - Tätigkeit nach dem Bundesnachrichtendienstgesetz des Dienstes, wenn es um die sogenannte Routine-, strategische Fernmeldeaufklärung geht -, und da spielt dann eine Rolle, was die Bundesregierung in Abstimmung für Ziele angibt, also im Hinblick - - was aufgeklärt werden soll. Das sind ganz grundsätzlich die - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Ich hatte aber jetzt nicht nach den - - Also, mein Problem ist: Ich habe nur acht Minuten - ja?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja, ja. Ich - -

Martina Renner (DIE LINKE): Da brauche ich keine grundsätzlichen Ausführungen, sondern ich habe jetzt nach der Grundlage der Operation „Glotaic“ gefragt. Was war die Grundlage für diese Kooperation? Das zu prüfen, ob das sozusagen zulässig ist, ist ja tatsächlich Sache der Rechts-, Fach- und Dienstaufsicht.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Richtig. - Aber ich kann mich jetzt nicht erinnern im Einzelnen, was dazu mit mir besprochen worden ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. - Das ist interessant. Also, wenn wir konkret werden, kann sich hier nie jemand erinnern.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, Frau Abgeordnete, darf ich noch mal zwei Dinge sagen?

Martina Renner (DIE LINKE): Also, ganz allgemeine Ausführungen können wir hier stundenlang bekommen, und da können wir gerne bis 24 Uhr reden - ja?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Nein. - Frau Abgeordnete, noch mal: Es geht darum: Wenn wir alle gewusst hätten, dass die Punkte, die hier gefragt werden, im Untersuchungsausschuss mal eine Rolle spielen, dann hätten wir uns alle Vermerke gemacht. Aber das ist das tägliche Geschäft gewesen, mit dem wir uns beschäftigt haben. Und dieses tägliche Geschäft führen wir auch nach wie vor so. Und ich bin auch nicht bereit, derzeit über alles, was ich schreibe oder bespreche, Vermerke zu machen. Das will ich noch mal ganz deutlich sagen: Das ist die Schwierigkeit jedes Zeugen in Untersuchungsausschüssen, dass ihm vorgehalten wird, er kann sich nicht erinnern. Wenn er gewusst hätte, dass es einen Untersuchungsausschuss gibt, hätte er unter Umständen diese Punkte besonders hervorgehoben. Diese Problematik will ich wirklich mal deutlich - -

Martina Renner (DIE LINKE): Also, jetzt kann ich - - Ich kann das so - - Dass es untergegangen ist, weil man dazu sich keine Vermerke gemacht hat, das glaube ich zu diesem Vorgang nicht. Das war - - Dem Bundeskanzleramt muss es klar gewesen sein, dass es eine ganz besondere Kooperation ist, nicht nur wegen dem Partner, sondern auch, weil es ein Abgriff bei einem US-Provider war mit der Problematik, dass möglicherweise Kommunikationsverkehre von US-Bürgern dort drin sind. Und das kann nicht so sein, dass man sagt: Wenn ich das gewusst hätte, dass das irgendwann mal Thema wird, hätte ich mir da vielleicht einen Vermerk zu gemacht. - Sie wissen ganz genau, dass diese Operation im BND und im Bundeskanzleramt natürlich eine besondere Relevanz hatte neben der Operation „Eikonol“. Also, davon können wir fest ausgehen. Warum das so ist, diese Koordinaten habe ich Ihnen jetzt genannt - ja? So.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Und ich antworte zu dem konkreten Vorhaben, dass Sie gesagt haben, dass ich mich nicht mehr erinnern kann, in welcher Weise ich da eingebunden war.

Martina Renner (DIE LINKE): Waren Sie denn eingebunden?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ich kann Ihnen aus meiner Erinnerung hierzu nichts sagen, weder noch, weder Ja noch Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Kannten Sie die Operation?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Bewusst geworden ist mir das jetzt bei der Vorlage der Akten an diesen Ausschuss.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie viele gemeinsame Operationen mit der CIA kennen Sie, wo es um Fernmeldeaufklärung geht?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, Frau Abgeordnete, ich glaube, wir sind jetzt neben dem Untersuchungsthema. Es geht um - -

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, nein, es geht mir darum: Wenn es eine singuläre war, dann



Nur zur dienstlichen Verwendung

kennt man sie, wenn man das jeden Tag macht, mit der CIA irgendwo sich ans Kabel zu robben, dann kennt man sie möglicherweise nicht. Aber deswegen meine Frage, um einzuordnen, ob man das wirklich vergessen kann. Wenn das eine singuläre Aktion war, würde es für mich ziemlich naheliegen, dass man das weiß, weil es sehr untypisch oder auch problematisch ist, wenn man an einen US-Provider geht. Also noch mal meine Frage: Wieviel Kooperation mit der CIA, wo es um Fernmeldeaufklärung ging, gab es denn? Wie oft sind Sie denn mit der CIA gemeinsam ans Kabel gegangen?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, ich glaube jetzt, wenn wir in die Einzelheiten über Operationen gehen, dann bewegen wir uns schon wieder, -

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe doch keine Einzelheiten gefragt.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: - auch über die Frage, wieviel Fähigkeiten wir haben und wie oft wir Kooperationen durchführen, in einem Bereich, der nicht in öffentlicher Sitzung besprochen werden kann.

Martina Renner (DIE LINKE): Gibt es eine weitere Kooperation mit der CIA, wo man ans Kabel gegangen ist?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Nach meiner Kenntnis nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Und deswegen muss diese Operation sicherlich auch in der rechtlichen und operativen Bewertung im Bundeskanzleramt ein Thema gewesen sein.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Frau Abgeordnete, dem kann ich folgen; aber ich kann nicht folgen, dass ich mich deswegen jetzt erinnern soll. Sie sagen, da muss ich mich erinnern; ich sage, ich kann mich nicht erinnern.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir kommen nachher noch mal dazu, weil sonst werden Sie das noch dreimal wiederholen. - Können Sie sich denn grundsätzlich daran erinnern, dass das

Bundeskanzleramt beteiligt sein muss, wenn es darum geht, Dateianordnungen zu erlassen?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Bei der Anordnung von Dateien? - Ja, klar.

Martina Renner (DIE LINKE): Und ist da der Abteilungsleiter 6 beteiligt, oder wer macht das?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Das macht in meiner Zeit als Abteilungsleiter 6 in der Regel - - höchstens bis zum Gruppenleiter, der dafür zuständig ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Welcher der Gruppenleiter war das, 21 oder 62, Herr Runge?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ich glaube, das war 61.

Martina Renner (DIE LINKE): Der war für die Dateianordnung verantwortlich?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Der hatte in seiner Zuständigkeit das Referat.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, ich frage ja nicht - - Also, das BfDI hat sich ja mit der Frage der fehlenden Dateianordnungen noch mal beschäftigt. Die rechtliche Regelung ist ja derart, dass solche Dateianordnungen notwendig sind, um diese Dateien betreiben zu können. Diese Dateianordnungen werden vom Bundeskanzleramt genehmigt. Deswegen: Wer ist denn für die Genehmigung der Dateianordnungen für den BND zuständig? - Da sagen Sie jetzt: Das waren Herr Wenckebach und Herr Bartodziej.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Darüber hinaus: Die haben auch die Genehmigung erteilt als Gruppenleiter?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ob sie als Gruppenleiter die Genehmigung erteilt haben oder nicht oder der Referatsleiter, der sich regelmäßig damit beschäftigt, oder die Referatsleiterin, das kann ich Ihnen jetzt nicht sagen. Aber in der Regel ist es so, dass die Referate die Arbeit betreiben, und



Nur zur dienstlichen Verwendung

die Gruppenleiter und der Abteilungsleiter dann, wenn es herausgehobene Dinge zu besprechen gilt, einbezogen werden.

Martina Renner (DIE LINKE): Der Referatsleiter erteilt für das Bundeskanzleramt die Genehmigung?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ich kann - -

Martina Renner (DIE LINKE): Wer erteilt im Bundeskanzleramt die Genehmigung?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Meines Erachtens der Referatsleiter hier. Also das kann - -

Martina Renner (DIE LINKE): Sie haben nicht - -

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Um das noch mal zu sagen: Wir haben ein hierarchisches System. Das Bundeskanzleramt erteilt die Genehmigung. Da spielt es aus meiner Sicht nicht die entscheidende Rolle, ob das jetzt der Referatsleiter, der Gruppenleiter oder der Abteilungsleiter ist oder gar der Chef des Kanzleramtes.

Martina Renner (DIE LINKE): Wer weiß das denn, wer das macht? Oder macht das keiner? Na ja, Sie wissen, diese Dateianordnungen fehlten ja zum Teil. Ich komme jetzt mal zum Ausgangsthema unseres heutigen Tages, was ja auch Gegenstand unserer Beratungssitzung war: Die Selektoren, sowohl die vom BND als auch die der NSA, vielleicht auch von anderen, laufen ja in Dateien. Die Frage ist ja: Gibt es zu diesen Dateien, in denen die Selektoren laufen, Dateianordnungen? Wissen Sie etwas darüber?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also soweit ich weiß, gibt es da keine Dateianordnung.

Martina Renner (DIE LINKE): Gibt es keine Dateianordnung?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Nein. Also wir haben doch jetzt erstmals Anfang dieses Jahres oder im Frühjahr dieses Jahres das ausgedruckt, also händisch gesehen. Das war immer hinterlegt in der entsprechenden IT der zuständigen Abteilung.

Martina Renner (DIE LINKE): Also es findet dort eine Datenverarbeitung statt, wo Daten ausgeleitet werden an einen AND, ohne dass eine Dateianordnung existiert?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Die Dateianordnung ist meines Erachtens dann von Bedeutung, wenn es um die Verarbeitung der Daten innerhalb des Bundesnachrichtendienstes - - eine Rolle spielt. Das ist aber hier ja noch nicht erfolgt, sondern hier geht es ja um die Frage: Welche Selektoren werden an den Abgriff gesetzt und was folgt dann daraus?

Martina Renner (DIE LINKE): Es war aber so - vielleicht wissen Sie das nicht -: Es gibt zwei Dateien in Bad Aibling, das eine ist die für die Wahlverkehre, das andere für die Internetverkehre. Und die Selektoren - das sind immer dieselben vom BND als auch von der NSA - werden in diese Dateien eingestellt. Das heißt, wenn man für diese Dateien keine Dateianordnung hat, dann ist die Datenverarbeitung, die ja stattgefunden hat, auf jeden Fall in Teilen - - entbehrt sie der rechtlichen notwendigen Grundlage.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, wie gesagt, ich bin skeptisch. Ich glaube, dass im Bereich der Listen, von denen wir jetzt sprechen, das nicht gilt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das müssten wir im Detail in der nächsten Fragerunde klären.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir kommen jetzt in der zweiten Fragerunde zur Fraktion der Union. Frau Kollegin Warken.

Nina Warken (CDU/CSU): Wir wollen heute ja vor allem die aktuellen Fragen, die sich uns stellen, mit Ihnen klären. Da haben Sie jetzt ein paar mal auf die nichtöffentliche Sitzung verwiesen. Darauf würden wir gern zurückkommen und erhoffen uns da auch noch weitergehende Antworten. Wir haben jetzt im Moment in der öffentlichen Sitzung keine Fragen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann sind wir bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Jetzt Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Herr Fritsche, ich komme noch mal zurück auf die Kenntnis im Bundeskanzleramt 2008 zu den Problemen mit der NSA und den Begehrlichkeiten der NSA. Wir haben darüber - das ist Ihnen ja bereits schon vorgehalten worden; ich will Ihnen da noch weitere Sachen vorhalten - mit Herrn Uhlrau gesprochen, sehr ausführlich. Er hat sich etwas allgemein ausgedrückt, aber er hat gesagt: Das war im Kanzleramt 2008 bekannt, dass es da Probleme gab, und das war letztlich auch - ich fasse das jetzt mal zusammen, bevor ich das vorlese - der Grund, warum der BND, aber auch das Bundeskanzleramt dann keine neuen Kooperationen in dieser Hinsicht mit der NSA eingehen wollten; so zusammengefasst. Ist das auch Ihrer Erinnerung? - Und zwar hat er ausdrücklich gesagt, es ging bis zum damaligen Chef des Bundeskanzleramtes.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ich kann das wiederholen, was ich hier schon ein paarmal gesagt habe, was die Begründungen dafür waren, dass letztlich eine Intensivierung - es geht nur die Frage der Intensivierung der Kooperation und nicht um die Beendigung bestehender Kooperationen - - was da die Rolle gespielt hat. Da hat zum einen die Rolle gespielt die industriepolitische Frage, die ich jetzt schon ein paarmal angesprochen habe, und zum anderen die Erfahrung in dem einen Projekt, in dem die G-10-Dinge nicht so schnell herausgefiltert werden konnten, wie sie herausgefiltert werden sollten, um das Projekt zeitnah weiterzuführen. Das ist nach meiner Erinnerung quasi die Conclusio gewesen, weswegen Chef BK dann gesagt hat: Diese Intensivierung machen wir jetzt nicht. - Er hat sie ja auch nicht für alle Zeiten negiert, sondern im Hinblick darauf, was McConnell, der DNI, Anfang Dezember gesagt hat.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hatte nichts damit zu tun, wollen Sie jetzt sagen, dass nach Ihren Erfahrungen die NSA

Begehrlichkeiten hatte hinsichtlich der Datengewinnung, die jedenfalls nicht mit deutschen Interessen übereinstimmten?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Das hatte nichts mit der Frage zu tun, die diesen Ausschuss beschäftigt, was die konkreten Selektorenlisten angeht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Lassen wir die mal; da kommen wir gleich noch drauf.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Gut. - Nein, hatte damit nichts zu tun. Ich tue mich jetzt ein bisschen schwer, weil Sie natürlich öffentlich etwas sagen, was man gut mit dem, was in geheimer Sitzung möglich wäre, beantworten könnte, mehr als das, was ich jetzt öffentlich sagen kann: Dass wir eine Erfahrung in einem Projekt haben, dass wir da die Probleme mit G 10 hatten, dass deswegen, wie Herr Uhlrau gesagt hat, das Projekt ausgetrocknet worden ist und dass industriepolitische Fragen und vor allem die Frage der Gleichheit, nämlich: „Können wir auch in den Vereinigten Staaten ähnliche Zugriffe haben?“ - - dass das letztlich die Entscheidung war, dass man das nicht machen wollte - oder dazu geführt hat, dass man das nicht machen wollte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt komme ich etwas konkreter auf das, was Herr Uhlrau dazu gesagt hat. Er hat erklärt, Herr Urmann habe ihn damals unterrichtet, dass es da Probleme gibt in dem Sinne, wie ich das gerade erwähnt habe. Er, also Herr Uhlrau, geht auch davon aus, dass er auch mit Ihnen darüber gesprochen hat, war da aber nicht ganz sicher. Aber er hat dann gesagt:

Aber der Sachverhalt, um den es ging und der dann auch zu der eindeutigen Position des damaligen Chefs des Kanzleramtes geführt hat, nicht in eine Vertiefung einzutreten,

- also ein bisschen anders ausgedrückt, als Sie das sagen -

spricht Bände.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nun ist das eine etwas ungenaue Formulierung, aber wir haben da auch nachgefragt; das halte ich Ihnen dann gleich vor. Können Sie damit etwas anfangen, dass auch die Reaktion von Herrn de Maizière, die er ja jetzt schon öffentlich gemacht hat, dass er nach einer Sitzung des PKG erklärt hat, er habe keine Einzelheiten gewusst, aber er habe ja Konsequenzen gezogen damals - - Meinte er möglicherweise - - Können Sie das so bestätigen?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ich kann mich an das erinnern, was ich jetzt, glaube ich, schon ein paarmal hier gesagt habe, was die Gründe dafür sind, warum Herr Chef BK - damals, jetzt Bundesinnenminister - de Maizière gesagt hat, dass er die weitere Intensivierung nicht befürwortet, und deswegen dem BND sagt, dass hier nicht weitere Gespräche durchgeführt werden sollen. Das waren zum einen die industriepolitische Frage und zum anderen die Erfahrung mit einem konkreten Projekt, das dann, weil es nicht schnell genug zeitnah die G-10-Bereinigung gegeben hat, eingestellt worden ist. Das hat in Gesamtzusammenchau dazu geführt, dass diese Entscheidung von Chef BK gefallen ist.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe Herrn Uhlrau dann noch mal danach gefragt, was das heißt: „spricht Bände“. - Da hat er auch erst relativ allgemein geantwortet - ich lese Ihnen das mal vor; das ist Seite 42 des vorläufigen Protokolls:

„Das spricht Bände“:

- sagt er auf meine Frage, was das denn heißt -

dass bekannt war, dass der BND und das Kanzleramt hinsichtlich der Interessenlagen, die mit dem deutschen Recht nicht immer kompatibel sind, auf einem gemeinsamen Fußballfeld gewesen sind.

Das sagt Herr Uhlrau. Kann man auch jetzt sehen - - Also können Sie damit etwas anfangen?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ich will jetzt nicht Zeugenaussagen interpretieren. Ich meine, sonst

müsste man Herrn Uhlrau fragen, warum er als Abteilungsleiter 6 dann auch das Projekt mit NSA befürwortet hatte. Ich kann das nicht beurteilen, was Herrn Uhlrau dazu getrieben hat, dass er das gesagt hat. Für mich ist nur wichtig, was nach meiner Erinnerung die entscheidende Frage war: Warum hat Chef BK das damals beendet? - Und das sind die Gründe, die ich jetzt hier schon ein paarmal gesagt habe.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt komme ich zum Abschluss meines Vorhalts. - Ich habe mich damit auch nicht zufriedengegeben, sondern habe noch weiter nachgefragt, weil ein „gemeinsames Fußballfeld“ kann man ja auch so oder so interpretieren. Ich habe gefragt, ob das heißt

dass die NSA durchaus über das, was der BND zu tun pflegt oder auch tun darf, hinaus Begehrlichkeiten - ich nenne das immer Begehrlichkeiten -, also Interessen hatte.

Darauf hat Herr Uhlrau genickt. So ist das in dem Protokoll auf Intervention des Vorsitzenden dann auch festgehalten.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Das ist aber jetzt nicht überraschend; denn auch in meiner Zeit als Vizechef des Inlandsdienstes haben wir, wenn es uns aufgefallen ist, amerikanische Nachrichtendienstler, wenn sie hier jemanden anwerben wollten und wir haben das entdeckt, auch nach Hause geschickt. Das ist ja nichts Neues. Das ist schon, jedenfalls in meiner Tätigkeit, seit Mitte der 90er-Jahre bekannt. Von daher haben wir trotzdem ein gemeinsames Projekt gemacht und trotzdem dieses gemeinsame Projekt durchgeführt. Dass man aber insgesamt davon ausgehen muss, dass nationale Interessen bei der Tätigkeit von Nachrichtendiensten eine Rolle spielen, das ist, glaube ich, vorhin auch schon in der Frage von Herrn von Notz, glaube ich, beinhaltet gewesen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber mir geht es jetzt - das mag ja alles sein - ganz konkret darum, ob damals im Bundeskanzleramt bekannt gewesen ist, als Sie verzögert



Nur zur dienstlichen Verwendung

haben oder das nicht weiterverfolgt haben mit der Intensivierung der Beziehungen in diesem Bereich - - ob das so zu verstehen war, dass das im Bundeskanzleramt bekannt war und dass man deshalb das nicht gemacht hat, weil man sah: Die wollen da ja auch Sachen haben, die wir ihnen gar nicht geben wollen.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Um das noch mal zu sagen: Es war nicht bekannt - das habe ich vorhin ja schon mal gesagt -, was Herr Uhlrau sich zu erinnern meint, dass er gesagt hat, die beiden Firmen und die Institutionen aus einem Nachbarland, dass die hier bekannt gewesen sind. Das meine ich auch ausschließen zu können, weil ich das dann schriftlich von ihm verlangt hätte. Das schließe ich aus. Und was das andere angeht, dann muss ich noch mal wiederholen: Es gab ein gemeinsames Projekt. In diesem Projekt hat es Schwierigkeiten gegeben - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das haben wir schon gesagt. Ich muss auch auf die Zeit achten - -

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja, aber das ist das, was mich damals bewogen hat und woran ich mich erinnern kann, warum Chef BK das damals nicht weiter verfolgt hat.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt komme ich noch mal zu den Selektoren, also in die Neuzeit, wenn man so will, in das Jahr 2015. Waren Sie daran beteiligt beim Auffinden oder beim Sicherstellen dieser Selektorenlisten?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, Herr Abgeordneter, ich kann natürlich dazu antworten, auch wenn es nicht mehr im Untersuchungszeitraum ist, und um die Frage der Aufklärung von Akten, die dem Untersuchungsausschuss zur Verfügung gestellt werden sollen - - Ganz allgemein kann ich sagen, dass ich im März dieses Jahres genauso wie alle anderen im Kanzleramt davon erfahren habe und dass wir dann auch die Frage der Maßnahmen, die wir unmittelbar ergriffen haben, die Weisungen, die wir ja heute schon besprochen haben, als der Vorsitzende vorhin dazu gefragt

hat - - So ist es. Aber beim Auffinden war ich nicht dabei.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir wieder die Fraktion wechseln.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine Frage noch?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Eine hatten Sie gut. - Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sagen, was in den Selektorenlisten drinsteht, und ob das, was da drinsteht, was Sie gelesen haben, vermute ich, nach Ihrer Auffassung gegen Vereinbarungen von BND und NSA oder Deutschland und USA verstößt?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ich denke, das ist ein Punkt, der noch weiter aufgeklärt wird in dem Verfahren, das auch noch besprochen wird zwischen Bundesregierung und dem Ausschuss.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe Sie nach Ihrer Meinung gefragt.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ich glaube, ich bin als Zeuge hier und nicht, um meine Meinung darzustellen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihre Bewertung.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Auch nicht meine Bewertung. Ich bitte um Nachsicht, Herr Abgeordneter.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Ströbele ist anscheinend nachsichtig. - Dann kommen wir zur nächsten Fraktion, zur Fraktion der SPD, und schauen, ob Kollege Flisek auch so nachsichtig ist.

Christian Flisek (SPD): Herr Fritsche, jetzt nur damit wir das noch mal sortiert bekommen. Sie haben gesagt: Chef BK hat die Entscheidung getroffen, keine Intensivierung der Kooperationsprojekte. - Können Sie noch mal genau sagen:



Nur zur dienstlichen Verwendung

Was waren jetzt die Gründe? - Nicht nur Stichworte, sondern noch mal erstens, zweitens, drittens.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Industriepolitik.

Christian Flisek (SPD): Was heißt Industriepolitik?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also abhängen - - dadurch, dass wir weiter abhängig werden in diesen technischen Fragen von dem großen Partner. Die Frage der Gleichbehandlung, also die Frage: Können wir, wenn wir schon so etwas zustimmen in Europa oder gar auf deutschem Boden, das nicht auch in den Vereinigten Staaten machen? Gibt es hier Signale, dass die Amerikaner so etwas anbieten? - Und die letzte Frage war - das war für mich auch mit das Entscheidende -, dass ein aktuelles Projekt ja, wie Herr Uhr lau gesagt hat, ausgetrocknet worden ist, weil die G-10-Frage nicht befriedigend gelöst werden konnte, jedenfalls was den Zeitfaktor angeht.

Christian Flisek (SPD): Wenn Sie jetzt sagen Industriepolitik, andererseits sozusagen auf Augenhöhe die Frage der Gleichheit: Hat Deutschland jemals gegenüber den Amerikanern gefordert, in den USA auch einen Kabelzugriff zu bekommen?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Nach meiner Kenntnis ist das in Gesprächen zwischen den Zuständigen durchaus mal angesprochen worden, also auf Fachebene.

Christian Flisek (SPD): Ich sage mal, diese Agenda, die Sie mir jetzt schildern als Entscheidungsmatrix für die Entscheidung des Chefs BK, unterscheidet sich nach meinem Dafürhalten schon sehr grundlegend von dem, was wir bisher gehört haben, was die Gründe waren, warum man überhaupt solche Kooperationsvereinbarungen eingegangen ist. Uns wurde hier immer erzählt: Es ist halt ein Geschäft. Wir sind total abgehängt - Hardware, Software, Know-how -, die Amerikaner sind hochgerüstet; das gilt auch für den GCHQ und andere. Wir wollen davon profitieren. Deswegen gibt es - das ist der Deal - Informationen gegen Hardware, Software und Know-

how. - Das war doch die Geschäftsgrundlage. Warum hat man das plötzlich geändert?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Für verschiedene Projekte war das die Geschäftsgrundlage. Aber es steht natürlich den politisch Verantwortlichen frei, auch bei der Frage der weiteren Intensivierung solcher Projekte - Machen wir das neu, weiter? - zu sagen: „Nein, jetzt erst mal nicht“, und zwar aus den Gründen, die ich geschildert habe. Das sind eben Gründe, die über das hinausgehen, was Nachrichtendienste auf ihrer Fachebene miteinander besprechen, sondern hier haben auch politische Gründe eine Rolle gespielt.

Christian Flisek (SPD): Und dass man den Amerikanern nicht mehr so recht über den Weg getraut hat - ich formuliere das jetzt mal ein bisschen zugespitzter -, dass man da vielleicht Skepsis hatte, dass man nicht mehr alles im Griff hat und überblickt, was die so auch im Rahmen von Kooperationsprojekten veranstalten, das war kein Grund?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Das war nicht der entscheidende Grund. Dass man das bei jeder Kooperationsvereinbarung, auch wenn man Kooperationen intensiviert, mit im Auge behalten muss, das ist selbstverständlich. Alles andere wäre ja auch blauäugig. Nichtsdestotrotz sind solche Projekte durchgeführt worden und werden auch weiterhin durchgeführt. Also von daher halte ich das für etwas ganz Selbstverständliches.

Christian Flisek (SPD): Ich bewerte das jetzt so, dass es doch eine relative Zäsur ist, diese Entscheidung mit dieser Begründung, die Sie mir gerade genannt haben, im Verhältnis zu den Motiven, warum man das ursprünglich überhaupt eingegangen ist. Jetzt stelle ich mir die Frage: Wenn man aufgrund dieser Motivationslage sagt: „Ich treffe die Entscheidung; ich entscheide mich so“ - sicherlich, man kann das ja so machen, wenn man die Möglichkeiten hat -, gab es da nie einen Anhaltspunkt, auch mal in Bezug auf die weiteren Kooperationen - Stichwort Bad Aibling, Satellitenkommunikation - hinzuschauen und zu sagen: „Wir müssen da jetzt mal ordentlich gucken als Fachaufsichts- und Rechtsaufsichtsbehörde, wie dort operativ gearbeitet wird“?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Da hatten wir zu der Zeit ja keine Veranlassung. Wir haben ja vor dem Hintergrund des Gespräches, das ja zwischen dem BND und dem Chef des Kanzleramtes geführt worden ist, auch noch mal zu dem MoA Fragen gestellt, ob hier Entwicklungsbedarf besteht. Wir haben nicht von uns aus gesagt: „Auch dieses Projekt wird jetzt vollständig gestoppt hinsichtlich - - was auf der Grundlage des MoA noch möglich ist“, sondern wir haben uns nur mit der Frage der Intensivierung beschäftigt.

Weil Sie gesagt haben „Zäsur“. - Zäsur wäre es gewesen, die Amerikaner hätten uns schon ein ganz konkretes Angebot gemacht und hätten gesagt: Dort, an der Stelle, mit euch, mit den technischen Geräten und Dingen. - Und wir hätten dann gesagt: Nein, das machen wir nicht. - Sie müssen sich auch mal erinnern, vor welchem Hintergrund das gelaufen ist: Der DNI war Anfang Dezember 2007 da und hat gesagt: Also Internet, das wird jetzt das Problem der Zukunft, wir müssen mal gemeinsam überlegen, wie wir das Ganze in Zukunft in den Griff bekommen. - Und vor dem Hintergrund dieser allgemeinen Überlegungen - es gab kein konkretes Angebot - hat Chef BK gesagt: Das muss ich mal mit dem Bundesnachrichtendienst besprechen. - Die Besprechung hat stattgefunden, und dann hat er gesagt: Dann geht mal solchen Signalen im Moment nicht weiter nach. - Also wir haben nicht ein definitives Angebot bekommen, wo wir gesagt haben: Das lehnen wir ab.

Christian Flisek (SPD): Wie haben denn die Amerikaner darauf reagiert, als der Chef BK seine Entscheidung bekannt gegeben hat?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Das ist auf Dienstebene kommuniziert worden. Chef BK hat jetzt nicht den Chief of Staff im Weißen Haus angerufen und ihm das gesagt, sondern auf Dienstebene ist dann - so ist mir berichtet worden - das besprochen worden. Die Amerikaner haben gefragt: Können wir was? - Und dann haben wir gesagt: Jetzt nicht.

Christian Flisek (SPD): Noch mal zurück zu meiner Frage, dass man da irgendwo an einer Stelle mal gesagt hat: Wir schauen uns irgendwo - - Das

ist ja eine Grundskepsis, die auch da war. Ich meine, das ist ja eine negative Entscheidung, ein Anliegen der Amerikaner, einen Vorschlag, so unkonturiert er auch gewesen sein mag - - Aber es war ja bisher immer die Philosophie beim BND: Wenn die amerikanischen Partner kommen, dann hört man mal gut hin, weil man ist ja interessiert, von denen was zu bekommen. - Jetzt hat sich das gewandelt, auf oberster Stelle scheinbar, und man hat jetzt mal etwas negativ, abschlägig - - man hat gesagt: Nein, das machen wir jetzt nicht, zumindest nicht jetzt. - Wenn diese Skepsis da ist - ich frage noch mal deswegen ausdrücklich -, gab es da nie irgendwelche Überlegungen und Bestrebungen, mal zu sagen: „Die sollen uns mal über die laufenden Kooperationsprojekte, wie das läuft, berichten, ob es irgendwo Anhaltspunkte gibt, dass vielleicht irgendwo Dinge, die wir auch als Rechtsaufsichtsbehörde zu kontrollieren haben - - dass die da nicht so richtig laufen“?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Der einzige Hinweis, den wir damals entnommen haben - das galt unausgesprochen -, war der Hinweis, dass das in dem einen konkreten Verfahren hinsichtlich G 10, der zeitlichen Folge des Ausfilterns, nicht klappte, und das war ja dem Kanzleramt bekannt. Weitere Nachfragen, die uns veranlasst hätten, aufgrund irgendwelcher Aussagen, die getroffen worden sind - - habe ich nicht gesehen.

Christian Flisek (SPD): Das heißt aber, diese Aufsichtsfunktion wird nur dann ausgeübt oder führt zu konkreten Maßnahmen, wenn Ihnen vom Objekt der Aufsicht irgendeine Meldung gemacht wird.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: So ist es. Nur so kann Fach- und Dienstaufsicht funktionieren. Sonst müssten wir die gleiche Anzahl von Personen hinter den zu handelnden Personen haben. Fach- und Dienstaufsicht bedeutet ja nicht eine hundertprozentige Kontrolle.

Christian Flisek (SPD): Nein, die Ansicht teile ich nicht. Ich glaube, das ist reichlich überzogen, was Sie jetzt da gerade geschildert haben, weil ich glaube, man kann natürlich eine Aufsicht auch in der Form beispielsweise ausüben, dass



Nur zur dienstlichen Verwendung

man proaktiv strukturierte Kontrollen beispielsweise über Stichproben macht. Da müssen Sie nicht hinter jeden Mitarbeiter noch einen zweiten Kontrolleur stellen. Diese Auffassung teile ich überhaupt nicht, die Sie gerade gesagt haben.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Deswegen habe ich auch einleitend gesagt, Herr Abgeordneter, dass wir ja regelmäßige Jours fixes haben zwischen den zuständigen Fachreferaten in der Fach- und Dienstaufsicht und den zuständigen Abteilungen im BND, wo alle Probleme besprochen werden können.

Christian Flisek (SPD): Was aber offensichtlich nicht funktioniert.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Da muss ich allerdings erwarten, dass seitens des Dienstes das auch angesprochen wird.

Christian Flisek (SPD): Aber jetzt überlegen Sie doch noch mal eines: Es kann ja Motivationslagen innerhalb des Dienstes geben, die einfach dazu führen, dass man kein Interesse hat, gewisse Dinge anzusprechen, weil Sie ja die Aufsichtsbehörde sind. Ich sage mal, wenn Aufsicht so funktioniert, wie wir uns das als Parlamentarier vorstellen würden, dann müssten Sie dem Objekt der Aufsicht, nämlich dem Dienst, hin und wieder auch mal das Leben schwermachen. Das ist ja sozusagen kein Synchronschwimmen, das da stattfinden sollte, sondern das ist ein zwar durchaus auf den Erfolg gerichtetes Gemeinsames, aber doch im Sinne von Checks and Balances usw. ein Gegeneinander.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Herr Abgeordneter Flisek, da sind wir doch gar nicht auseinander. Aber wir müssen, wenn wir reagieren, natürlich auch die Informationen haben. Wir haben - das gilt für jede Fach- und Dienstaufsicht - ein grundsätzliches Vertrauen in die Arbeit, die dort - und das ist übrigens auch die Grundlage von Fach- und Dienstaufsicht, sonst müssten wir das alles verdoppeln - in die Tätigkeit der Behörden, die zu beaufsichtigen sind. Wir geben diesen Behörden die Chance, indem wir eben solche Jours fixes durchführen. Sie können sicher sein, dass

es nicht nur harmonisch ist, auch in den Bereichen, die wir dann besprechen mit dem Dienst; denn der Dienst hat ja unter Umständen eine andere Vorstellung, wie das Ganze gelöst werden soll, als die Fach- und Dienstaufsicht. Aber das ist die Konfliktlinie. Die Konfliktlinie ist nicht, dass wir Pressing Groups machen und sagen: Jetzt gehen wir da mal rein und machen die 100-Prozent-Kontrolle. - So ist die Fachaufsicht nicht.

Christian Flisek (SPD): Ich rede nicht über eine hundertprozentige Kontrolle. Ich rede beispielsweise darüber, dass man hergeht und sagt - - Vielleicht fangen wir mal so an. Sie teilen vielleicht die Einschätzung, die ich habe, dass Dinge wie zum Beispiel eine Kooperation von deutschen und amerikanischen Nachrichtendiensten, wenn da irgendwo richtig etwas schief läuft - wir haben ja jetzt immerhin den Untersuchungsausschuss hier im deutschen Parlament -, dass so etwas geeignet ist, die Legitimationsgrundlage für die Arbeit von Nachrichtendiensten nachhaltig zu beschädigen. Das ist ein existenzielles Thema. Teilen Sie das?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Das teile ich. Diese Einschätzung teile ich.

Christian Flisek (SPD): Wenn wir bei dieser Einschätzung beisammen sind, dann stelle ich mir die Frage, ob man sozusagen in der Aufsichtsfunktion einzig und allein darauf vertrauen kann, dass einem - in welchen Jours fixes auch immer - vom Objekt der Aufsicht, also vom Dienst selber, über Probleme Meldung gemacht wird. Ich unterstelle niemandem dort - - Noch mal: Das sind alle Beamte, dass die versuchen, einigermaßen korrekt ihren Job zu machen; davon gehe ich aus. Aber ich bin auch nicht naiv und glaube, dass Ihnen als Aufsichtsbehörde dann bei diesen Gelegenheiten jedes Problem, das vielleicht gemeldet werden müsste, auch gemeldet wird. Deswegen frage ich Sie aus der Perspektive der Aufsichtsbehörde: Bleiben Sie dabei, dass Sie sagen: „Das ist ein geeignetes Kontrollmodell“? Denn Sie sind ja in der Kontrolle des Dienstes die erste Instanz. Wenn das Ganze hier aufschlägt, dann ist es ja meistens wirklich zu spät.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: So ist es, Herr Abgeordneter. Nichtsdestotrotz haben wir natürlich Untersuchungsausschüsse, weil das eben teilweise so läuft. Aber ich sage es noch mal im Hinblick auf die Fach- und Dienstaufsicht: Die Fach- und Dienstaufsicht geht nicht in ein vollständiges Kontrollinstrumentarium über, sondern die Fach- und Dienstaufsicht unterstützt - und da gibt es auch Probleme genug - die Behörde. Aber die Behörde ist nach wie vor selbstständig. Die Behörde hat eine Amtsleitung. Die Amtsleitung hat die Tätigkeit des Dienstes oder dieser Organisation zu vertreten. Wir haben eine unterstützende Pflicht als Fach- und Dienstaufsicht. Etwas anderes ist gar nicht möglich. Deswegen sage ich, dass das, was wir bisher machen, was man durchaus auch, wenn wir jetzt hier Verstärkungen kommen in der Abteilung 6 und im Kanzleramt - - dass wir das intensivieren können, dass wir aber das Angebot an den Dienst haben, diese Jours fixes durchzuführen mit jeder Abteilung und dass wir, wenn wir Probleme erkennen und die vom Dienst ja auch angesprochen werden - - Es ist ja nicht so, dass der Dienst jedes Problem unter den Teppich kehren will, sondern es werden die Probleme angesprochen. Wir werden das ja natürlich auch hinsichtlich unserer parlamentarischen Kontrollgremien verwerten müssen und müssen dazu auch Stellung nehmen. Das sind - unabhängig jetzt von diesem Untersuchungsausschuss natürlich - vor allem das Parlamentarische Kontrollgremium und die G-10-Kommission. Da müssen wir ja dann - - Hier wird die Bundesregierung hinsichtlich der Tätigkeit der Nachrichtendienste kontrolliert, und da tun wir unser Bestes, um die Informationen zu bekommen. Aber wir haben nicht ein grundsätzliches Misstrauen, dass etwas uns nicht gesagt wird.

Christian Flisek (SPD): Die andere Frage ist ja auch die Kehrseite der Medaille. Die Aufsichtsbehörde, die sozusagen tätig ist, ist ja nun nicht irgendjemand, das ist das Bundeskanzleramt. Da gibt es einen Chef BK, daneben gibt es die Regierungschefin, die auch dort sitzt. Wissen Sie, wir haben hier auch einen Enquete-Teil, wir müssen uns über die grundsätzlichen Konstellationen Gedanken machen, sollen am Ende Vorschläge machen. Ich stelle mir natürlich auch die Frage, ob

aufgrund dieses speziellen Zuschnitts dieser konkreten Aufsichtsbehörde vielleicht die Stimmung auch ein bisschen so ist, dass man sagt: Die wollen gar nicht alles wissen. - Die Dinge sind ja auch politisch zum Teil sehr brisant. Wenn sie meistens dann ans Tageslicht kommen - - Need to know kriegt dann noch mal einen ganz besonderen Akzent, weil man dann eben sagt: Der, der es wissen soll, bei dem soll es im Zweifel auch mal bleiben. - Und das sind diese Konstellationen - - Ich stelle mir ganz offen die Frage - das sage ich Ihnen, Herr Fritsche -, ob diese Konstellation, die wir haben, dass das Kanzleramt die Aufsicht führt in dieser Gesamtschau, ob das der Weisheit letzter Schluss ist.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Darüber bin ich gerne bereit mit Ihnen zu diskutieren. Aber ich bin ja heute Zeuge. Ich glaube aber nicht, dass die Abteilung 6 als Ressort - in dem Sinne ist das Kanzleramt ja Ressort, weil es die einzige Geschäftsbereichsbehörde ist - - dass es hier einen Unterschied gibt zu den anderen Ministerien, wo ja auch ein Minister an der Spitze steht und ein Staatssekretär. Das kann ich vergleichen, weil ich in einem anderen Ressort tätig war, im Bundesinnenministerium. Da ist genau die gleiche Frage: „Wie wird Fach- und Dienstaufsicht durchgeführt?“ zu stellen. Ich glaube nicht, dass es - - Jedenfalls für mich sage ich ganz deutlich: Ich habe als Abteilungsleiter 6 und jetzt als Beauftragter für die Nachrichtendienste des Bundes immer gesagt - und das habe ich auch in die Abteilungen heruntergegeben -: Wir wollen alles wissen, wenn es Probleme gibt. - Aber es ist nicht so, dass wir sagen: Das könnte ja politisch heikel werden. - Das nützt uns nichts. Wie man an diesem Untersuchungsausschuss sieht, gibt es ja dann trotzdem parlamentarische Aufklärung, und dann müssen wir bereitstehen.

Christian Flisek (SPD): Das, was die besonderen Vorkommnisse sind: Wie wird denn sichergestellt - so etwas kann ja mittlerweile bei solchen Kooperationsprojekten tatsächlich nicht nur in der Unterabteilung, sondern wirklich bei jedem operativ tätigen Mitarbeiter - - Herr Dr. T. beispielsweise war derjenige, der als erster ein besonderes Vorkommnis realisiert hat -, dass jeder



Nur zur dienstlichen Verwendung

Mitarbeiter, beispielsweise im Bundesnachrichtendienst, eine klare Handhabung, Anweisung an der Hand hat, dass er in seinem alltäglichen Geschäft in der Lage ist zu beurteilen: Was ist ein besonderes Vorkommnis, das ich hochmelden muss, und was ist es nicht?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Es gibt hierzu die Allgemeine Dienstanweisung für den Bundesnachrichtendienst, wo das Ganze drinsteht. Aber wir haben - da gebe ich Ihnen recht - natürlich keinen Werkzeugkasten im Sinne von: Insbesondere ist das und das ein besonderes Dienstvorkommnis. - Sondern was öffentlichkeitswirksam sein könnte - wie man sieht, ist es ja öffentlichkeitswirksam, jedenfalls der Vorfall, über den wir jetzt grundsätzlich sprechen - und was von politischer Bedeutung ist - - und das wird auch in Besprechungen in der Hierarchieebene von oben nach unten im Bundesnachrichtendienst weitergeleitet. Wenn ich den Bundesnachrichtendienst besuche, mache ich das, und zwar nicht jetzt nur mit der Amtsleitung, ich gehe auch in die Abteilungen, dann mache ich das mit den Abteilungen auch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssen wir zur nächsten Fragerunde kommen. Es beginnt wieder die Fraktion Die Linke mit Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich mache da weiter, wo ich aufgehört habe, nämlich bei der Frage, wie Dienst-, Fach- und Rechtsaufsicht funktioniert; da hatte sich ja Herr Flisek auch gerade bemüht. Ist denn die Ausleitung von Daten an andere AND ein Thema für die Rechtsaufsicht?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: In der Allgemeinheit würde ich das jetzt nicht sagen. Wir haben nicht nur eine Ausleitung, sondern haben natürlich Informationen, die an andere Nachrichtendienste gegeben werden, sei es in der Regel als sogenannte bearbeitete Informationen, also sogenannte Finished Intelligence, und wir haben natürlich ein besonderes Projekt gehabt, wo ja das Kanzleramt seit 2002, wenn ich richtig informiert war, bishin zur Entstehung der Grundlage, die da existiert, mit eingebunden war.

Martina Renner (DIE LINKE): Das heißt, Sie kennen auch das MoA?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ich kann es nicht auswendig, aber ich habe mir das angesehen.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau, Sie waren da eingebunden. Darin wurde auch geregelt, was passiert, wenn man sich an bestimmte Dinge nicht hält, was den Grundrechtsträgerschutz angeht usw.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: So ist es. Und nachdem ich als Abteilungsleiter 6 2005 angefangen habe, existierte diese Grundlage ja schon. Ich habe nicht gehört, dass die Kautelen, die innerhalb dieser Grundlage festgelegt sind, an irgendeiner Stelle schief laufen. Es ist keine Information hier gegeben worden, wo wir hätten nachjustieren können. Ich sage noch mal: Wenn ich mich richtig erinnere, habe ich Anfang 2008 durch den zuständigen Referatsleiter nachfragen lassen, was im Zusammenhang mit dem MoA existiert, ob es geändert werden muss, ob es hier Probleme gibt, und die Antwort war Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Würden Sie sagen, das, was im MoA formuliert ist, ist auch die Grundlage für die Ausleitung von Metadaten? Oder ist das nur eine Grundlage für die Ausleitung von sogenannten Meldungen oder Erfassungen?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also ich gehe von beidem aus.

Martina Renner (DIE LINKE): Von beidem. - Wenn es die Ausleitung von Metadaten außerhalb von MoAs gibt, also wie zum Beispiel bei „Gloaic“, was ist dann die Grundlage?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Auf „Gloaic“ präzise beziehen können wir uns hier nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich beziehe mich nicht präzise, ich frage nach Metadaten und die Grundlage für deren Ausleitung.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Unabhängig von der Operation „Glo“.

Martina Renner (DIE LINKE): Bei Kabelansätzen, wenn Metadaten erfasst und ausgeleitet werden an einen AND der Five Eyes, was ist die Grundlage?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: In der Regel gehe ich davon aus, dass es hier ähnliche Grundlagen gibt wie in dem konkreten Projekt.

Martina Renner (DIE LINKE): „Eikonol“?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: In dem konkreten Projekt, das wir jetzt besprechen, aufgrund dessen dann in Bad Aibling der Austausch erfolgt ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber bei „Glotaic“ war es ja in Rheinhausen, es war ja gar nicht in Bad Aibling.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Noch mal, Frau Abgeordnete, ich tue mich ein bisschen schwer, in der offenen Sitzung hierzu etwas zu sagen. Unabhängig davon, dass ich natürlich jetzt Akten gelesen habe - - aus meiner Erinnerung allerdings dazu nichts sagen kann.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann mal ganz allgemein: Für die Ausleitung von Metadaten aus Kabelansätzen, was brauche ich da? Was sagt da die Rechtsaufsicht des BND?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Für die Ausleitung von Metadaten?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aus Kabelansätzen.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Wenn es den BND betrifft: Die rechtlichen Grundlagen, die er hat, entweder das BND-Gesetz - - also in der Regel, wenn es um Routine geht, das BND-Gesetz, und was die anderen Fragen angeht, wenn es ein gemeinsames Projekt geben sollte, die Vereinbarungen, die in diesem gemeinsamen Projekt niedergelegt werden.

Martina Renner (DIE LINKE): Das heißt, für jedes gemeinsames Projekt braucht es eine gemeinsame Vereinbarung?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Das kann auch mündlicher Art sein. Das muss nicht unbedingt schriftlich sein.

Martina Renner (DIE LINKE): Es finden Kooperationen auf mündlicher Basis statt?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ich habe gesagt, es kann auch mündlicher Art sein. Ich habe nicht gesagt, dass es so ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Andersherum: Zu den Projekten in Ihrer Zeit als Abteilungsleiter 6, gab es dort jeweils eine schriftliche Grundlage wie das MoA - kann aber auch ein Letter of Agreement sein, kann „Transit“ sein -, gab es für alle Projekte schriftliche Grundlagen?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ich kann mich nur erinnern, dass damals das MoA mir bekannt war. An sonstige kann ich mich jetzt nicht erinnern.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie funktioniert denn Kontrolle, ob das, was man mit dem Partner vereinbart, auch tatsächlich funktioniert, wenn man es nicht schriftlich vereinbart?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Kontrolle findet ja nicht gegenüber dem Partner vordringlich statt, sondern gegenüber dem, was der eigene Dienst macht im Zusammenhang mit dem Partner. Wir können nicht den Partner kontrollieren. Das ist ja etwas, was die Fach- und Dienstaufsicht machen muss; aber dazu braucht sie Hinweise, dass es hier fehlerhaft läuft.

Martina Renner (DIE LINKE): Gab es bei - - Wir wissen ja, dass es bei „Eikonol“ Hinweise gab: G-10-Problematik und Ähnliches. Sie haben ja selbst die Geschichte erzählt, dass es deswegen zu Ende gegangen ist.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: So ist es.

Martina Renner (DIE LINKE): Gab es diese Hinweise bei „Glotaic“ auch?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ich habe schon ein paarmal gesagt: Zu diesem Projekt kann ich mich nicht erinnern.

Martina Renner (DIE LINKE): Gab es bei „Eikonol“ andere Hinweise außer der G-10-Problematik?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ich habe dazu ja Gespräche mit den Verantwortlichen im Bundesnachrichtendienst geführt. Ich habe dazu auch Gespräche mit den Amerikanern geführt. Andere Hinweise - - Es war konzentriert auf die Frage G 10.

Martina Renner (DIE LINKE): Die Frage Ausforschung des europäischen Auslands, insbesondere der EU-Staaten, war kein Thema?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Diese Frage war kein Thema.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist es denn sozusagen erlaubt, rechtmäßig, wenn der BND europäische Staaten aufklärt? Ich meine immer EU-Staaten, wenn ich „europäische Staaten“ sage.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Um das noch mal zu sagen: Für den BND ist entscheidend, was die Bundesregierung dem BND als Hausaufgaben in sein Heft schreibt, weil die rechtliche Grundlage ja hier sich mit sicherheitspolitischen - - außenpolitisch bedeutsamen Dingen beschäftigt. Der BND hat in diesem Zusammenhang selbstverständlich auch die Aufgabe, zum Beispiel Sanktionsumgehungen, Proliferation, organisierte Kriminalität oder Terrorismus zu bekämpfen. Da ist es durchaus möglich, dass auch europäische Adressen in dem Zusammenhang eine Rolle spielen müssen.

Martina Renner (DIE LINKE): Was ist mit Adressen von Institutionen, Regierungen, Behörden, Parlamenten?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Wenn wir jetzt in die Tiefe gehen zu der Frage, was alles in den Listen stehen könnte - -

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, es geht nur um die Rechtmäßigkeit.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Gut, das kommt auf die Institution an.

Martina Renner (DIE LINKE): Auch eines EU-Staates?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Nein, es kommt darauf an, ob der Aufgabenbereich des Bundesnachrichtendienstes eröffnet ist für seine Tätigkeit. Da spielen die Kautelen eine Rolle: Terrorismus, Proliferation, Sanktionsumgehung, organisierte Kriminalität. In der weiten Welt dann - das trifft nicht für Europa zu -: Allgemeinpolitische Aufklärung; denn das ist ja auch eine Aufgabe des Bundesnachrichtendienstes, die jetzt von besonderer Bedeutung ist, was den Konflikt Russland/Ukraine angeht.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber für das Feld „Allgemeinpolitische Aufklärung“ würden Sie ausschließen, dass man EU-Staaten ausspioniert?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Das sehe ich von dem, was die Bundesregierung in Auftrag gibt, nicht gedeckt.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber es gibt Fälle, wo sich Institutionen, Parlamente oder Regierungen von EU-Staaten in den anderen Bereichen verdächtig gemacht haben: Proliferation, Drogenhandel - -

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Wenn es so sein sollte, handelt der Bundesnachrichtendienst gerechtfertigt.

Martina Renner (DIE LINKE): Da gibt es nämlich eine ganz interessante Aussage von Herrn Schindler, der ja im November 2013 verfügt, mündlich mit einer Weisung, dass ab sofort europäische Interessen zu schützen seien. Auf die Nachfrage, ob sich das auf die NSA-Selektoren bezieht, sagt er: Nein, das bezieht sich auf die eigenen Selektoren, die des BND. - Das lässt den Rückschluss zu, dass man es vor November 2013 bei den europäischen Interessen nicht so genau



Nur zur dienstlichen Verwendung

genommen hat. War der Schutz europäischer Interessen Thema vor November 2013?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist dann die letzte Frage in der Runde.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Jedenfalls bei mir nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Wir kommen jetzt zur Fraktion der CDU/CSU. Herr Kollege Wendt.

Marian Wendt (CDU/CSU): Die Unionsfraktion hat derzeit keine Fragen. Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Fritsche, Sie haben hier eingangs gesagt, dass es zu Fehlern gekommen ist im Hinblick auch auf die Dinge, die Sie jetzt im März 2015 festgestellt haben. Sind das denn Fehler des Bundeskanzleramts, der Rechts- und Fachaufsicht, oder Fehler des BND?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Solche der Rechts- und Fachaufsicht kann ich nicht entdecken.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also Sie sagen, die Schuld liegt zu 100 Prozent beim BND.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also das möchte ich ausdrücklich relativieren. Es gilt das, was ich in meinem Eingangsstatement gesagt habe. Es geht darum, dass wir wirklich engagierte Mitarbeiter beim Bundesnachrichtendienst haben und dass hier in diesem Fall versäumt worden ist, die Fach- und Dienstaufsicht entsprechend zu unterrichten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ist also ein Unterrichtsproblem gegenüber dem Bundeskanzleramt. Sie würden in-

sofern auch sagen, dass der BND eine Bringschuld hat und das Bundeskanzleramt keine Holschuld.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ich habe in dem Sinne, wie ich vorhin versucht habe, Fach- und Dienstaufsicht zu erläutern - - gibt es natürlich auch Bring- und Holschulden. Aber Holschuld bezieht sich auf die Fach- und Dienstaufsicht: Wenn sie ein Problem erkannt hat und zu dem Problem etwas sagen kann, dann hat sie die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, mit dem Bundesnachrichtendienst darüber zu reden, wie das verbessert werden kann. Aber wenn ich - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sehe ich ganz genauso. Sie haben das ja vorhin schon angesprochen, und da würde ich gerne einsteigen, bei dem Begehren des DNI. Sie haben gesagt, die Dinge, die vom BND diesbezüglich zurückkamen, seien überwiegend unkritisch gewesen. Sie haben eben schon eine Akte vorgehalten bekommen; die würde ich Ihnen auch gerne vorhalten. Weil Sie sich auf diese Rückmeldung bezogen haben und damit ja auch etwas über den Inhalt gesagt haben, traue ich mich, das jetzt auch mal in abstrakter Form zu tun. Es gab eine Rückmeldung an den Chef des Bundeskanzleramts - meiner Ansicht nach ist hier Ihre Paraphrase drauf - vom 17. Januar 2008. Darin steht, dass im Hinblick - -

RD Philipp Wolff (BK): Können Sie erst mal kurz sagen, um welches Dokument es sich handelt und ob es eingestuft ist oder nicht?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Klar ist das eingestuft. Alles, Herr Wolff, was von Relevanz ist und was hier diskutiert werden müsste, stufen Sie ja leider ein, damit es nicht diskutiert werden kann. Ich sage Ihnen aber trotzdem gerne - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich glaube, die Einstufung bezieht sich darauf, dass es dann in eingestufter Sitzung diskutiert werden kann.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber dann darf sich Herr Fritsche nicht auf die Rückmeldung hier beziehen und den



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sachverhalt falsch darstellen. Dann entsteht hier ein völlig falsches Bild in öffentlicher Sitzung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Deswegen halten wir ihm die Akte jetzt auch vor.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau das tun wir. Also, was soll das? Das tue ich ja gerade.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Herr Abgeordneter von Notz, da bin ich Ihnen dankbar für den Hinweis, da werde ich künftig aufpassen und noch weniger in öffentlicher Sitzung sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ganz reizend von Ihnen, Herr Fritsche.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich muss erst mal stoppen. Ich habe jetzt die Zeit gestoppt. Kann ich zumindest die Fundstelle bekommen, dass ich es auch nachvollziehen kann?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr gern. Das ist die Tagebuchnummer 51/14. Es ist die Seite 22, dort gibt es ein Schreiben vom 17. Januar 2008. Ich hatte ihm eben die Akte gezeigt und auch die Stelle. - Mir ist vor allen Dingen daran gelegen, dass die Dinge, die in öffentlicher Sitzung gesagt werden, zutreffend sind.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Mir auch.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In diesem Schreiben des BND - ich abstrahiere das jetzt mal, um ein Gegenbild zu entwerfen - steht überhaupt nicht drin, dass der BND da kein Problem sieht, dass er kein Problem mit Wirtschaftsspionage sähe oder ein Problem mit Übergriffigkeiten der NSA oder dass dieses Ansinnen eventuell sogar zum Vorteil von Deutschland sein könne. Das steht da alles überhaupt nicht drin. - Können Sie sich an dieses Schreiben erinnern?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Darf ich da noch mal - - Entweder haben Sie mich falsch verstanden, oder ich habe mich falsch ausgedrückt. Ich habe nicht gesagt, dass das unkritisch - so waren ja Ihre einleitenden Bemerkungen - gesehen worden ist, sondern ich habe gesagt, dass über das, was vonseiten des BND in die Diskussion gebracht worden ist, im Kanzleramt diskutiert worden ist. Das bedeutet nicht, dass gesagt worden ist: „Das ist alles Mist“, oder: Das ist alles richtig.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In nichtöffentlicher Sitzung werden wir das nachher gemeinsam lesen; das ist natürlich viel kommoder für alle Beteiligten. - Aber ich sage Ihnen: Das ist an Deutlichkeit nicht zu überbieten, was hier steht. Deswegen: Sie sprachen vorhin an im Hinblick auf Wirtschaftsinteressen und meinten damit irgendwie industriepolitische - -

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: So ist es.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sozusagen der Umstand, dass eventuell auch Wirtschaftsinteressen in anderer Hinsicht berührt worden sein könnten, das ist Ihnen gänzlich unbekannt gewesen bis März 2015?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Um es noch mal zu sagen: Ich habe ja vorhin versucht, in Abgrenzung zur Konkurrenzspionage die Wirtschaftsspionage zu erläutern.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das meine ich nicht, Herr Fritsche.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja, gut. Damals haben nach meiner Erinnerung allein die industriepolitischen Interessen und der Gleichklang zwischen den Vereinigten Staaten - jetzt in der nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit - und der Bundesrepublik Deutschland und die Erfahrungen in dem einen Projekt eine Rolle gespielt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gibt Schreiben, die Sie abgezeichnet haben, in denen steht das explizit anders drin, dass es nämlich tatsächlich Übergriffigkeiten gab. Ist das eine Erfahrung aus „Eikonol“ gewesen? Und



Nur zur dienstlichen Verwendung

wenn das so ist, Herr Fritsche, dann frage ich Sie jetzt noch mal: Wie können Sie sagen, dass dieser Umstand, dass es Probleme gibt in dem Verhältnis der Kooperation, dass Ihnen das erst im März 2015 klargeworden ist?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Herr Abgeordneter, es geht bei dem, was 2015 bekannt geworden ist, das, was Ihnen auch bekannt ist, um die Frage der Listen aus dem gemeinsamen Projekt. Mehr kann ich dazu nicht sagen. Und das ist im März 2015 bekannt geworden. Das andere, was in den Vermerken, die Sie zitieren, steht, ist ganz genereller Art. Von daher war hier überhaupt keine Möglichkeit, entsprechende Rückschlüsse auf das, was jetzt im März 2015 bekannt geworden ist, zu ziehen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Sommer 2013 sind Sie ja mit einer Delegation in die USA gereist. Korrekt?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Richtig.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In Reaktion auf die Snowden-Veröffentlichung?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Auch richtig.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was haben Sie denn aus den Snowden-Unterlagen so rausgezogen an Erkenntnissen? Was war denn das Problem? Warum wollte man denn ein No-Spy-Abkommen verhandeln?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Das Problem war, dass ja nach den Behauptungen von Snowden hier auch Angriffe stattgefunden haben. Ich wiederhole noch mal: nach den Behauptungen von Snowden. Ich habe die Unterlagen alle im Internet gesehen und kann nicht verifizieren, ob diese Unterlagen auch so richtig sind, die dort vorgelegt worden sind, dass nach den Behauptungen von Snowden hier Tätigkeiten der amerikanischen Nachrichtendienste stattgefunden haben. Das sollte mit den Amerikanern zum einen in einer Sachverhaltsaufklärung - - Das war auch mein Bestreben bei allen Gesprächen bis Ende

vorletzten Jahres, bis ich dann ins Kanzleramt gekommen bin und sich das hinsichtlich des Abkommens ja dann auch nicht weiter realisiert hat, jedenfalls was die politische Komponente angeht. Da habe ich mit allen gesprochen. Das Wichtigste für uns ist Sachverhaltsaufklärung: Wir müssen wissen, was denn tatsächlich von Snowden in Richtung Deutschland indiskretioniert worden ist, damit wir uns auch darauf vorbereiten können und nicht immer überrascht am Montag oder mit den Vorabs bei *Spiegel* und *Focus* erkennen, was Herr Snowden geruht, in die Presse zu tun. Das war das eine.

Das andere war, dass wir in diesem Zusammenhang Anfang August nach Washington gereist sind, mit den dortigen Verantwortlichen im nachrichtlichen Bereich und in der Schnittstelle, also DNI, zwischen Politik und Nachrichtendiensten gesprochen haben. Das war unser Hauptanliegen, hier Auskünfte zu bekommen. In dieser Diskussion ist vonseiten der Amerikaner angeboten worden, von dem DNI, dass man hier an Verhandlungen über ein Abkommen denken könnte, dass hier deutsches Recht auf deutschem Boden gelte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil der Gedanke - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Zeit ist zwar schon um, aber eine Frage ist sicherlich noch möglich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist sehr nett; ich hätte eigentlich noch zwei. - Weil der Gedanke, dass die Amerikaner sich auf deutschem Boden nicht an deutsches Recht halten, einen aus den Snowden-Unterlagen förmlich ansprang?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Nein, weil der Gedanke, dass die öffentliche Diskussion in Deutschland diesen Eindruck vermitteln könnte, so ist, dass es auch im Interesse der Vereinigten Staaten ist, das mit uns gemeinsam in so ein Abkommen zu gießen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also war No Spy ein Placebo für die Öffentlichkeit, und es bedurfte der Sache gar nicht, weil eigentlich nach dem, was Ihnen die Amerikaner dann in den USA erzählt haben, alle Bedenken der Datenabflüsse, der Übergriffigkeiten für Sie danach ausgeräumt waren?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: So würde ich das nicht beurteilen, Herr Abgeordneter.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das denke ich - -

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Nein, es geht nicht um ein Placebo, sondern es ging tatsächlich um Verhandlungen zu einem realen Abkommen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber dann muss es doch ein reales Problem geben.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Es gab eine Diskussion hier in Deutschland über Probleme mit den Amerikanern. Vor dem Hintergrund haben wir mit den Amerikanern die Diskussion gesucht, um ein solches Abkommen dann, nachdem sie es uns angeboten haben, nicht wir von ihnen gefordert haben, hinzubekommen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wir kommen jetzt zur Fraktion der SPD. Frau Kollegin Mittag.

Susanne Mittag (SPD): Herr Fritsche, wann haben Sie das Wort „No Spy“ zum ersten Mal gehört?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ich kann mich erinnern, dass es im Zusammenhang meines Erachtens mit den Äußerungen vom damaligen Chef BK eine Rolle gespielt hat.

Susanne Mittag (SPD): Welchen? Und wann war das?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Im Zusammenhang mit den Äußerungen, die er nach Sitzungen des Parlamentarischen Kontrollgremiums in die Presse gegeben hat. Damals war es ja üblich, dass

Chef BK und die Entsprechenden der Fraktionen aus dem PKG sich vor die Presse gestellt haben im Juli und August des Jahres 2013.

Susanne Mittag (SPD): Wir hatten ja vorhin davon gesprochen, dass sich sozusagen schon einige Jahre vorher - das war zu Anfang des Gesprächs - so eine gewisse Skepsis aufgebaut hatte, also es sollte die Kooperation nicht erweitert werden. Das ist ja auch nachvollziehbar, wenn man so die einen oder anderen Akten liest. Das hat sich in den Jahren danach ja nicht gerade gelegt, sondern das wurde beibehalten, eine gewisse Skepsis. War das dann nicht ziemlich merkwürdig, dass auf einmal, wo es ein No-Spy-Abkommen eigentlich gar nicht gab, auch nicht zwischen anderen Geheimdiensten, ein derartiges Abkommen geschlossen oder zumindest verhandelt werden sollte? Ich meine, Sie sind ja schon sehr lange in den Diensten drin, und dann weiß man ja ungefähr, was realistisch ist und was nicht, was sich gut anhört oder was zur Beruhigung dient. Wenn Sie das jetzt mal so abwägen mit Ihrer langjährigen Erfahrung: War da nicht auch Zweifel angebracht, ob das nicht der Situation geschuldet ist oder ob das wirklich eine realistische Möglichkeit hat?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, nachdem wir es nicht gefordert haben und der Vorschlag von den Amerikanern kam, kann ich nur sagen: Diese Chance hätten wir ergriffen.

Susanne Mittag (SPD): Die hätten Sie ergriffen, ja. Aber ich habe nicht gefragt, ob Sie die ergriffen hätten - das macht man natürlich -, sondern wie Ihre realistische Einschätzung nach Ihren jahrelangen Erfahrungen war, dass das auch ein bisschen kritisch zu sehen ist.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Nein, da sehen Sie meinen Gemütszustand von damals, den ich rekapituliere, und sage - ich habe das ja nicht erwartet, dass wir mit so einem Ergebnis bei dieser Besprechung herauskommen -: Ich habe keine Veranlassung gehabt, auch aufgrund meiner langjährigen Erfahrung, dass es sich hier nur um ein Placebo - wie Herr von Notz vorhin gesagt hat - handeln könnte, sondern ich bin von der realen - das hat sich ja dann auch in der Zeit des Herbstes



Nur zur dienstlichen Verwendung

gezeigt - Verhandlung zu einem solchen Abkommen ausgegangen.

Susanne Mittag (SPD): Gut. Dazu kommen wir nachher noch mal. - Diese Nichtausweitung, über die wir vorhin gesprochen haben, das hatte ja auch politische Gründe. Das sind ja nicht nur Fakten, sondern - in welche Richtung will man nunmehr mit der Zusammenarbeit gehen? - das kommt aus dem Bundeskanzleramt. Diese Veränderungen, die sind ja auch schon einige Jahre her, wo man sagt: Nein, das wollen wir jetzt lieber nicht ausbauen, das wird uns ein bisschen zu riskant. - Ist diese politische Änderung auch der BND-Führung kommuniziert worden?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja, klar. Das war ja Grundlage für die Entscheidung, die Chef BK getroffen hat - - war ja die Beteiligung des damaligen Präsidenten bei dieser Besprechung; Herr Urmann, der zuständige Abteilungsleiter, war ja auch dabei. Und dann ist kommuniziert worden, dass wir jetzt kein Interesse haben, mit neuen Projekten so etwas zu intensivieren.

Susanne Mittag (SPD): Das ging jetzt nur um neue Projekte. Aber das ist ja eine politische Ebene - das hatten Sie ja auch gesagt -, da ist ja dann sicherlich auch begründet worden, warum und wieso nicht. Das wird in diesen Besprechungen ja auch besprochen. Zu welcher Zeit ist das dann kommuniziert worden?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Unmittelbar, als Chef BK die Entscheidung im Februar/März getroffen hat.

Susanne Mittag (SPD): Welches Jahr?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: 2008, wenn ich mich richtig erinnere.

Susanne Mittag (SPD): 2008? - Nicht, dass wir aneinander vorbeireden.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja, 2008.

Susanne Mittag (SPD): Das haben Sie dann also kommuniziert. Sie haben ja die Dienst- und Fach-

aufsicht beim BND. Da muss ich mir ja auch irgendwie Gedanken machen: Wie kann ich denn diese Dienst- und Fachaufsicht rüberbringen, damit das auch die Mitarbeiter wissen? - Das haben Sie kommuniziert. In welchem Rahmen haben Sie das denn kommuniziert? Nur, dass Sie die Arbeit, die Kooperation nicht noch weiter ausbauen wollen, oder auch, dass Sie jetzt sagen: Aus den und den Gründen, und dass sich eine Grundeinstellung geändert hat - - Wir müssen da ein bisschen vorsichtiger umgehen. - Oder bezog sich das ausschließlich darauf: „Nein, wir wollen nicht noch mehr Kooperationsprojekte“?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Nein, es ging allein um die Frage der Intensivierung, und das ist so kommuniziert worden. Also nicht, dass mit bestehenden Kooperationen etwas Neues geschehen sollte.

Susanne Mittag (SPD): Diese sich ändernde Grundeinstellung, in welchem Rahmen ist die denn sozusagen dem BND kommuniziert worden, der Leitung? Das hätte dann ja auch - es war ja schon einige Jahre her - irgendwann mal eine Auswirkung haben müssen. Da scheint aus unseren Aussagen, die wir hier schon zu hören bekommen haben, immer noch die Intention zu sein, dass derartig skeptische Meldungen nach oben gar nicht gewollt waren.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ich kann es noch mal für meine Zeit wiederholen: Bei mir sind solche Meldungen gewollt.

Susanne Mittag (SPD): Gut, das sagen Sie jetzt hier und damals in Ihrem Büro. Aber es ist jetzt die Frage: Wie können Sie eine Dienst- und Fachaufsicht ausführen, wenn man, sagen wir mal, das, was man will, nicht entsprechend kommuniziert, damit die Empfänger das auch anständig umsetzen können?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: So, wie ich es vorhin auch schon mal erläutert habe. Meine Aufgabe war es damals als Abteilungsleiter 6, ist es heute auch als Staatssekretär, mit den Leuten im Dienst zu reden, also auch vor Ort zu sein und das original weiterzugeben, was wir wollen, und nicht nur über die Amtsleitung das nach unten



Nur zur dienstlichen Verwendung

zu geben. Wir machten beide Wege, aber ich mache es auch persönlich.

Susanne Mittag (SPD): Und wie ist das dann damals persönlich passiert? Also, haben Sie die Dienststellen besucht und gesagt: „Jetzt läuft es ein bisschen anders“, -

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Nein.

Susanne Mittag (SPD): - oder in welchem Rahmen - - oder so eine Personalversammlung besucht und gesagt: „Wir haben unsere ... (akustisch unverständlich) geändert“, oder wie ist es denn dort angekommen?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, Frau Abgeordnete, warum - - Es ging ja um die Intensivierung, und Herr Uhlrau war bei diesem Gespräch dabei mit Chef BK. Da hat Chef BK dann noch mal diese Hausaufgabe gegeben, die vorher eine Rolle gespielt hat, und hat dann im zeitlichen Zusammenhang entschieden, dass wir keine weitere Intensivierung wollen. Nachdem wir noch kein konkretes Projektangebot hatten, mussten wir ja nicht irgendwo jetzt auf die Amerikaner offensiv zugehen, sondern wenn solche Gespräche gekommen sind, habe ich dem Herrn Uhlrau gesagt: Sie können sich erinnern, diese Besprechung, es läuft so, wie Chef BK es damals angedeutet hat. - So, und so ist es gegangen. Nachdem, wie gesagt, kein konkretes Projekt vorstand, ist das die Leitlinie für die Amtsleitung gewesen, und die Amtsleitung hat das - davon gehe ich aus - auch so umgesetzt.

Susanne Mittag (SPD): Gut. Also, Ihr Gespräch war ausschließlich mit der Amtsleitung, -

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: So ist es.

Susanne Mittag (SPD): - und Sie haben jetzt - -

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: In diesem Fall schon. Aber Sie hatten ja vorhin gefragt, ob wir was wissen wollen oder nicht wissen wollen, und auf die Frage habe ich geantwortet, dass es eine meiner Hauptaufgaben ist, dass ich alles wissen möchte und dass ich deswegen auch als

Fach- und Dienstaufsicht im Dienst mit den Abteilungen rede und dort auch mit einem möglichst breiten Mitarbeiterbereich, um diese Botenschaft auch nach - - dort reinzubekommen.

Susanne Mittag (SPD): Im Nachgang dazu, hätten Sie es, sagen wir mal, anders - - heutzutage, nach den Erkenntnissen, die man jetzt hat, anders organisiert, oder halten Sie es trotzdem so für ausreichend, sagen wir mal, für eine entsprechende Dienst- und Fachaufsicht so zu sorgen?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, dass wir vor dem Hintergrund von konkreten Erfahrungen an Stellschrauben arbeiten müssen, das habe ich vorhin gesagt. Das ist auch die Aufgabe der Dienst- und Fachaufsicht, und es ist ja hier auch schon gesagt worden, dass es ja Vorschläge im Enqueteteil auch von diesem Untersuchungsausschuss dafür geben wird. Aber für die konkrete tägliche Arbeit, nämlich dass - - wenn ich helfen will oder eine Weisung geben muss, dass es in die und die Richtung läuft, brauche ich einen Hinweis, und dafür muss der Hinweis aus dem Dienst kommen. Das gilt aber nicht nur für den BND, sondern für jede Fach- und Dienstaufsicht.

Susanne Mittag (SPD): Ja, danke.

Christian Flisek (SPD): Gut, ich würde weitermachen. - Herr Fritsche, ich würde ganz gerne noch mal zum Thema No-Spy-Abkommen mit Ihnen - - eingehen wollen. Wann - - Oder ist Ihnen bekannt, dass aus diesem - - Oder ich frage ganz anders: Welche Rechtsnatur nach Vorstellung der Bundesregierung sollte so ein No-Spy-Abkommen denn haben?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, da waren wir noch in den Gesprächen, um die - - Es sind ja sowohl auf politischer Ebene als auch auf nachrichtendienstlicher Ebene Gespräche geführt worden. Wenn es Abkommen auf nachrichtendienstlicher Ebene gibt, dann sind die nicht völkerrechtsbindend; das ist so. So haben wir ja Vorbilder auch in dem MoA, das in diesem Untersuchungsausschuss eine Rolle spielt. Und was auf politischer Ebene dann rausgekommen wäre, ob das da eine politische Begleitung gewesen wäre, also eine po-



Nur zur dienstlichen Verwendung

litische Sprache, oder ein völkerrechtliches Abkommen, so weit war es, glaube ich, wie es dann eingestellt worden ist, was die Qualität, was die rechtliche Qualität angeht, noch nicht.

Christian Flisek (SPD): Wer hat denn verhandelt? Also, Herr Schindler hat gesagt, es wurde vor allen Dingen auf Diensteebene verhandelt.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Das ist richtig. Nach meiner Kenntnis - da bin ich aber nicht eingebunden gewesen, das ist nur vom Hörensagen - hat allerdings auch die - - hat es Verhandlungen zwischen dem Weißen Haus und dem Kanzleramt, aber nicht im Bereich der Abteilung 6, gegeben.

Christian Flisek (SPD): Die Verhandlungen auf politischer Ebene, also zwischen dem Weißen Haus und dem Kanzleramt, die hatten das Ziel, dass daraus ein völkerrechtlicher Vertrag werden soll?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Da müssten Sie die Verhandelnden fragen. So weit war ich nicht eingebunden.

Christian Flisek (SPD): Weil Sie gesagt haben - ich gebe Sie richtig wieder -: Im Frühjahr 2014 waren diese Verhandlungen - - sind die dann beendet worden, -

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja, wie gesagt - -

Christian Flisek (SPD): - sämtliche Verhandlungen beendet worden.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Nein. Auf dienstlicher Ebene laufen nach wie vor solche Verhandlungen.

Christian Flisek (SPD): Auf dienstlicher - - Nach wie vor laufen auf dienstlicher Ebene solche Verhandlungen? Und sind die erfolversprechend?

(Zuruf: Natürlich!)

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Wenn ich - - Also, ich kann natürlich keine Prognosen abgeben. Ich

sehe nur das Verhalten der Verhandelnden - darüber wird mir berichtet, weil ich nicht persönlich eingebunden bin -, und ich bin deswegen nicht absolut pessimistisch.

Christian Flisek (SPD): Jetzt frage ich noch mal so, damit wir - - Also, das No-Spy-Abkommen ist ja eh ein ganz komisches Etikett. Würde so ein MoA, wo Details der Kooperation geregelt sind, worauf man Rücksicht zu nehmen hat, würde so etwas für Sie den Begriff No-Spy-Abkommen ausfüllen?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, ich gehe mit Ihnen in eine Richtung: Den Begriff halte ich für unglücklich. Aber das Abkommen, das mit diesem Begriff bezeichnet wird und das angestrebt werden sollte, das würde den Begriff ausfüllen.

Christian Flisek (SPD): Also, auf meine Frage bezogen: Also, so ein MoA, das da so -

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja.

Christian Flisek (SPD): - wechselseitige Pflichten -

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja.

Christian Flisek (SPD): - anlässlich einer Kooperation regelt, -

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: So ist es.

Christian Flisek (SPD): - aber dann auch sagt, darauf und hierauf ist Rücksicht zu nehmen, -

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: So ist es.

Christian Flisek (SPD): - das wäre aus Ihrer Sicht ein No-Spy-Abkommen? Also es muss - - Ein No-Spy-Abkommen, so wie Sie es jetzt verstehen würden, müsste nicht unbedingt ein No-Spy-Abkommen dergestalt sein, dass sich beide Staaten quasi verpflichten, sich wechselseitig nicht aususpionieren?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ich will so was nicht ausschließen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Das wäre auch ein No-Spy-Abkommen. Aber man könnte auch etwas ein No-Spy-Abkommen nennen, was weit darunter liegt?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, ich will so was nicht grundsätzlich ausschließen. Aber was auf der Ebene der Dienste in so einem MoU, MoA ausgehandelt werden würde, würde ich auch so bezeichnen.

Christian Flisek (SPD): Weil ich mir ja dann die Frage stelle, warum verhandeln - - Also, wenn das so was ist, ja, dann hat man ja schon eins gehabt.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Das - -

Christian Flisek (SPD): Verstehen Sie? Dann hat man auf Diensteebene ja eins gehabt.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ich stelle mir in dem Abkommen eine grundsätzliche Frage der Zusammenarbeit zwischen den US-Diensten und den bundesdeutschen Diensten vor und nicht bezogen ein bloßes - - Grundlage auf ein bestimmtes Projekt, sondern das sollte ja grundsätzlicher Art sein.

Christian Flisek (SPD): Also, es sollte projektübergreifend sein?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: So ist es.

Christian Flisek (SPD): Aus Ihrer Einschätzung heraus, was im Prinzip jetzt im Bereich der Selektoren ja scheinbar passiert ist, ja - ich meine, Sie wissen mehr als wir -: Hätten Sie Vertrauen in die amerikanische Seite, dass, welche Pflichten da auch immer geregelt sind, die auch wirklich eingehalten werden?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also - -

Christian Flisek (SPD): Also, ich sage mal jetzt plastisch: Wenn man sich verpflichtet beispielsweise, die jeweiligen Staatsbürger zu schützen, nicht die jeweiligen politischen, außenpolitischen, sonstigen Interessen zuwiderlaufen - - Das setzt natürlich voraus, dass das mal irgendwo

definiert ist. Hätten Sie das Vertrauen, dass die Amerikaner, so sie denn so ein Abkommen mal abschließen, dann tatsächlich sich auch daran halten?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, ich gehe davon aus, dass wir auch weiterhin, jetzt unabhängig von einer solchen Art von Abkommen, mit den Amerikanern zusammenarbeiten und auch vielleicht weitere Abkommen für konkrete Projekte, wenn ein solches generelles Abkommen nicht möglich erscheint, abschließen werden, nicht nur, weil wir darauf angewiesen sind, sondern weil wir grundsätzlich kein Misstrauen haben.

Ich gehe auch bei der Frage, die hier in Rede steht, was an Selektoren eingesteuert worden ist, nicht von einem bösen Willen aus, sondern von Dingen, die hier in der Organisation eine Rolle spielen, und insoweit - und das kann ich ja natürlich nur in der geheimen Sitzung machen - haben wir Ihnen ja auch ein entsprechend eingestuftes Testat vorgelegt, in dem die Art und Weise, wie das Ganze gestanden ist und was unter Umständen als Fehler bezeichnet werden kann, für Sie dargelegt ist und testiert worden ist.

Christian Flisek (SPD): Ist Ihnen denn ein solches Abkommen in irgendeiner Form bekannt? Gibt es so was, -

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ein so - -

Christian Flisek (SPD): - nicht jetzt nur zwischen Deutschland und einem anderen Dienst oder Staat, sondern überhaupt? Ist Ihnen irgendwo ein existierendes No-Spy-Abkommen bekannt?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Hierzu kann ich nichts sagen.

Christian Flisek (SPD): Wieso nicht?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Weil das aus meiner Sicht zum einen natürlich nicht untersuchungsgegenständlich ist, weil es nicht die Five Eyes betrifft - -

Christian Flisek (SPD): Weil?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Weil es nicht die Five Eyes betrifft und auch nicht die massenhafte Datenausspähung. Zum anderen ist das ein ganz sensibler Kernbereich der Zusammenarbeit, weil es nicht nur die Dienste betrifft.

Christian Flisek (SPD): Ja, Herr Fritsche, ich verstehe den Einwand. Aber zum einen - - Dann fasse ich es so konkret: Ist Ihnen beispielsweise - damit wir dann darüber Klarheit haben - zwischen den Five-Eyes-Staaten ein No-Spy-Abkommen bekannt?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Soweit ich orientiert bin - ich habe die Unterlagen ja nicht einsehen dürfen -, geht es nicht so weit, dass auch zwischen den Five-Eyes-Staaten - also, ich habe so was ja in Gesprächen mit Vertretern der Five-Eyes-Staaten gehört - - dass hier so etwas existiert.

Christian Flisek (SPD): Das ... (akustisch unverständlich)

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, in dem Sinn, wie wir es bisher besprochen haben, was No Spy angeht.

Christian Flisek (SPD): Also, dann wäre es im Prinzip so, dass hier zwischen Deutschland und den USA was Einmaliges geschaffen werden würde, wenn so was zustande gekommen wäre?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: So ist es.

Christian Flisek (SPD): Jetzt erläutern Sie mir mal aus Ihrer Sicht - - Weil man geht ja nicht in so eine Verhandlung rein, ohne da irgendwo die Motivationslagen abzuklopfen beim jeweiligen Vertragspartner. Ich meine, Deutschland ist ein Staat beispielsweise, aus dem einer der Attentäter von 9/11 seinen Ausgang gefunden hat, ja. Warum sollten die USA, wenn sie mit keinem anderen Land der Welt ein solches Abkommen haben - ich unterstelle das jetzt mal - - Selbst im Five-Eyes-Verbund mit den Staaten, mit denen sie auf das Engste kooperieren, -

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Herr Abgeordneter - -

Christian Flisek (SPD): - haben sie so was nicht. Warum sollten sie jetzt - - Ich will ja nur die Motivationslage verstehen.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja, ja, ja.

Christian Flisek (SPD): Warum sollten sie dann mit Deutschland so was abschließen?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, zur Motivationslage der Amerikaner kann ich natürlich nichts sagen. Ich kann nur sagen, dass ich so etwas aufgenommen habe bei meinem Besuch im August 2013 und dass ich nicht davon ausgegangen bin, dass es ein Placebo ist oder wir nur hingehalten werden sollen und irgendwann dann gesagt wird: Das haben wir gar nicht so gewollt. - Das ist das, was ich gedacht habe. Was die Amerikaner bewegt, kann ich Ihnen nicht sagen.

Christian Flisek (SPD): Ja, ich kann, ohne jetzt konkret zu werden, auch nur berichten aus Gesprächen, die wir führen, auch auf parlamentarischer Ebene mit einschlägigen Kolleginnen und Kollegen drüben, und die sagen, so was würden die USA nicht machen, weil das komplett den außenpolitischen Interessen der Vereinigten Staaten widerspricht. Und wir haben natürlich die Frage zu klären - - Ich sage ja so - - Da mache ich ja keinen Hehl daraus, weil es ja auch in der Zeitung stand. Ich habe das als eine Nebelkerze bezeichnet im Wahlkampf, weil ich glaube, da ist was aufgebauscht worden, was bei näherem Hinsehen keine Substanz hatte.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, „Nebelkerze“ - ich bin jetzt insoweit vielleicht nicht als Zeuge, aber - - würde ich dann beurteilen, wenn es von uns initiiert worden wäre und die Amerikaner gesagt haben: Na ja, wir können mal reden, bis über die Wahl, und anschließend hören wir auf. - Das Gegenteil ist der Fall. ... (akustisch unverständlich)

Christian Flisek (SPD): Kann ja sein, dass es so war. Kann ja sein, dass man gesagt hat: Mensch, jetzt kommt da aus eurem Bereich so ein blöder Whistleblower; das ist euer - - Ihr habt Bockmist gebaut; wir haben jetzt hier mitten in unserem Bundestagswahlkampf Riesenprobleme. - Also,



Nur zur dienstlichen Verwendung

ich stelle jetzt nur mal eine Version dar. Ich habe dafür keine Anhaltspunkte. Aber dass man sagt - - So, und dann sagen die Amerikaner - das sind ja immer ganz pragmatische Menschen -: Was können wir denn für euch tun? - Und dann sagt man: „Ja, komm, lass uns mal über so ein No-Spy-Abkommen verhandeln“, und dann sagen die auf Diensteebene: Ja, gut, können wir tun, aber entscheiden muss es das Weiße Haus. - Und selbst, als man Präsident Obama mal gebeten hat, er soll nur mal den Begriff „No Spy“ in den Mund nehmen - - Einen Teufel hat er getan. Dann, sage ich, hätte allen Beteiligten und Beobachtern ja klar sein müssen: Das wird doch nichts.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Herr Abgeordneter, Sie haben ja richtig bemerkt, das ist eine Version, die Sie sich vorstellen können. Ich habe nur das zu sagen als Zeuge, was ich erlebt habe, und da habe ich weder ein Vorfühlen von unserer Seite bei den Amerikanern in Erinnerung - und ich schließe das auch aus -, noch ist es von uns in irgendeiner Weise initiiert worden, sondern die Amerikaner haben es uns angeboten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich glaube, so hat das der Zeuge auch schon mehrmals jetzt eben gesagt. - Wir müssten in die neue Frage-
runde kommen.

(Zuruf des Abg.
Christian Flisek (SPD))

Es beginnt in der jetzt vierten Runde die Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

(Christian Flisek (SPD):
Was war das denn für ein
Kommentar jetzt? Den
Kommentar spare ich mir
bei Ihnen aber demnächst
auch - -)

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Fritsche, wir hatten hier als Zeugen Herrn Landefeld, einer der Geschäftsführer des DE-CIX-Knotens in Frankfurt, und er hat uns berichtet, dass es einen Fragebogen - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt muss ich mal ganz kurz fragen. - Ich höre hier einen Zwischenruf vom Kollegen Flisek. Können Sie den noch mal wiederholen?

Martina Renner (DIE LINKE): Oh, jetzt ist noch Streit unter Männern. Ich bin noch nicht dran.

Christian Flisek (SPD): Ich würde Ihnen anraten, meine Befragung nicht zu bewerten, weil ich glaube, das obliegt nicht dem Vorsitzenden, das zu tun, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich hatte gesagt, der Zeuge hat das schon mehrmals gesagt. Sehen Sie darin eine Bewertung?

Christian Flisek (SPD): Darin sehe ich eine massive Bewertung, und ich fordere Sie auf, sich diesbezüglich zurückzuhalten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank, Herr Kollege Flisek, für diese Äußerung. - Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Es muss schön in der GroKo sein.

(Heiterkeit - Zurufe)

Ich war jetzt bei einem anderen Thema. Herr Landefeld hat berichtet, dass es einen Fragebogen der Bundesnetzagentur gab im Sommer 2013, den wohl alle Provider beantworten sollten, und er sei von Ihnen angerufen worden, und Sie hätten erklärt, dass er diesen nicht beantworten dürfe. Ist das so richtig?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Das ist falsch.

Martina Renner (DIE LINKE): Mensch, Herr Uhr-lau sagt uns das Falsche, Herr Landefeld das Falsche; das wird ja alles noch ganz lustig.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ich kann es ja nicht ändern.

Martina Renner (DIE LINKE): Er hatte dann wohl auch ein Gespräch im Bundeskanzleramt. Können Sie sich daran erinnern?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, 2013 war ich ja nicht im Bundeskanzleramt, -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: - sondern war Innenstaatssekretär.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Wolff meldet sich.

RD Philipp Wolff (BK): Ich will nur kurz darauf hinweisen: Ich glaube, da hat es sich nicht um Herrn Staatssekretär Fritsche, -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

RD Philipp Wolff (BK): - sondern um den Abteilungsleiter 6 im Bundeskanzleramt gehandelt, und Herr Staatssekretär Fritsche weist zu Recht darauf hin, dass er 2013 nicht im Bundeskanzleramt war.

Martina Renner (DIE LINKE): Stimmt. - Okay, dann ist das so weit richtig. Aber ich sage es mal ein bisschen allgemeiner. Haben Sie in Ihrer Zeit im Bundeskanzleramt als Abteilungsleiter 6 mal von Anrufen oder Schreiben oder Hinweisen von Telekommunikationsunternehmen, Providern, Netzknoten gehört, die sich an Sie gewandt haben, weil man gesagt hat: „Da gibt es irgendwie Begehrlichkeiten des BND; da haben wir mal Nachfragebedarf beim Bundeskanzleramt“?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, ich denke nicht, dass das untersuchungsgegenständlich ist; aber ohne Anerkennung einer Rechtspflicht bin ich gerne bereit, dazu mich zu äußern.

Ich habe nach meiner Erinnerung ein Gespräch mit Herrn Landefeld gehabt. Da ging es aber nicht um die Frage, die hier den Untersuchungsausschuss berührt, sondern da ging es um die allgemeine Frage, ob Zugangsmöglichkeiten im Rahmen von genehmigten G-10-Maßnahmen gewährt werden oder nicht, und ich habe ihm damals die Rechtslage des G-10-Gesetzes erläutert, und dann hat er - er war mit zwei anderen, glaube ich, bei

mir im Büro - erklärt, dass sie diese Rechtslage künftig einhalten.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Dann war ja die Frage doch vorhin richtig und auf den richtigen Abteilungsleiter 6 dann - -

(RD Philipp Wolff (BK)
meldet sich zu Wort)

- Nein, Herr Wolff, das war nur ein anderer Zeitraum, aber der Vorgang, den gab es - ja? - Und - - So weit okay.

Sie haben dann gesagt: „Okay, das ist nur G 10; das muss er machen“, und dann hat er gesagt, er macht es. Was war denn konkret das Bedenken, was dort geäußert wurde, dass man zu dritt zu Ihnen kommt?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, ich denke, die haben vorher mit dem Bundesnachrichtendienst geredet, und der hat das Gleiche gesagt, also die Rechtslage geschildert, und dann haben sie gesagt: Na, das wollen wir aber vom Kanzleramt auch noch mal hören. - Und es war nach meiner Erinnerung auch kein konfrontatives Gespräch, sondern ich habe die Rechtslage erläutert, und dann haben die gesagt: Wenn es so ist, dann machen wir das.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir wissen ja durch das Projekt „Eikonol“ - und das wusste ja auch der BND; deswegen hat er ja den schönen Begriff der G-10-Legende verwandt -, dass man die G-10-Anordnungen dazu genutzt hat, um im Windschatten die Routineverkehre, wie es der BND nennt, also die Transitleitungen, zu dupeln und zu erfassen. War das denn eine Sorge, die dort in dem Gespräch mit Herrn Landefeld vorgetragen wurde, dass man die G-10-Anordnung als Türöffner benutzt und vielleicht an die Transitverkehre will, weil man die Strecken analysiert hatte, die übergeben waren, und da waren vielleicht innereuropäische oder innerdeutsche Strecken dabei, und da war man als DE-CIX etwas beunruhigt, was das wohl stattfindet? War das der Anlass für das Gespräch?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Der Anlass für das Gespräch waren die konkreten G-10-Maßnahmen, die das G-10-Gesetz vorsieht, und weitere Themen sind in diesem Gespräch nicht behandelt worden.

Die Frage, ob es hier Legendenwesen gibt, möchte ich ganz einfach zurückweisen. Das ist jetzt eine Frage, die - -

Martina Renner (DIE LINKE): Beim Geheimdienst vollkommen undenkbar - nicht?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja, -

Martina Renner (DIE LINKE): Die kommen sogar mit Legendenamen.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: - aber nur bei Operationen im menschlichen - - im HUMINT-Bereich. Aber hier geht es ja um die Frage, die vor allem derzeit ja auch mit den zuständigen Gremien besprochen wird, und das ist eine rechtliche Frage.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, ich will Ihnen sagen, das gibt es auch im SIGINT-Bereich. Es wird auch unter Legende irgendwie bei Providern ans Kabel gegangen. Da gibt man vor, Leistungserschleichung irgendwie zu kontrollieren, und macht was ganz anderes. Es gibt Tarnfirmen, die mit Legende irgendwie als Verbindungsknoten dienen usw. mehr. Das gilt auch für den SIGINT-Bereich.

Aber ich bleibe mal noch mal bei Herrn Landefeld - -

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Darf ich dazu - - Das sind alles operative Details. Aber ich sage Ihnen, dass das alles mit Einverständnis des Providers stattfindet.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie? MCI WorldCom Deutschland hat das Okay gegeben, dass man unter der Legende - -

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ich will hierzu, zu operativen Dingen, in der öffentlichen Sitzung nichts sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich denke, Sie kennen „Glotaic“ - - Sie kennen doch „Glotaic“ nicht, und jetzt erzähle ich Ihnen die Geschichte von „Glotaic“, dass man eben unter der Legende irgendwie Leistungserschleichung dort - - und in Zukunft unterdrücken will und dafür ein technisches Gerät -

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ich habe - -

Martina Renner (DIE LINKE): - dort einbaut, und jetzt -

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ich habe gesagt - -

Martina Renner (DIE LINKE): - sagen Sie, -

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): - dass das mit Wissen des Providers geschehen ist, so eine Operation, wo Sie mir vor drei Stunden gesagt haben, dass Sie zu der gar nichts wissen.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Frau Abgeordnete, ich habe nicht gesagt, dass das in dieser Operation geschehen ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Es ist aber in dieser Operation geschehen, und woher haben Sie denn das Wissen?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Dann vielleicht auch.

Martina Renner (DIE LINKE): Also macht man das öfter so, dass man unter dieser Legende ans Kabel geht?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Nein. Es gibt ganz einfach die Frage - - Es geht jetzt nicht um Routine, sondern es geht um die Frage, wie Provider damit umgehen, dass der BND rechtlich zulässigerweise beim Provider tätig wird.

Martina Renner (DIE LINKE): Und das weiß der Provider in jedem Fall?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Davon gehe ich aus.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Das hat Ihnen der BND gesagt: Wenn wir als Legende drangehen, dann mit Wissen - - Von wem beim Provider? Eines einzelnen Mitarbeiters, den man vielleicht auch noch führt, oder des gesamten Hauses?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ich gehe davon aus, ohne dass ich jetzt konkrete Erinnerungen dazu habe, dass diejenigen, die verantwortlich sind beim Provider, das wissen.

Martina Renner (DIE LINKE): Wissen Sie, dass wir das nicht richtig aufklären können, weil wir einen derjenigen Mitarbeiter von MCI WorldCom, der uns dazu Auskunft geben könnte, nicht hören können, weil uns verweigert wird, dass wir den Namen dieses Mitarbeiters bekommen, um ihn als Zeugen zu - -

RD Philipp Wolff (BK): Es geht jetzt um eingestufte Sachverhalte, glaube ich, Frau Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, genau.

RD Philipp Wolff (BK): Da kann man - -

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist auch ein skandalöser Vorgang.

RD Philipp Wolff (BK): Das ändert - -

Martina Renner (DIE LINKE): Das muss man einfach auch noch mal sagen, ja.

RD Philipp Wolff (BK): Das mag aus Ihrer Sicht so sein, ändert nichts an der Einstufung.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - So. Herr Landefeld hat also sich nur die G-10-Anordnung erläutern lassen. Dabei - - Gut. Ging es dann auch bei diesem Gespräch ganz konkret - - Es gibt ja eine Anlage zur G-10-Anordnung; da stehen ja die konkreten Strecken drin. Ging es auch bei dem Gespräch um ganz konkret die Strecken, also dass man gesagt hat: Hier, Bundeskanzleramt, hier ist was - ich mach jetzt mal einfach irgendwie ein - - was weiß ich, Lissabon-Luxemburg - - Das ist jetzt wirklich nur - - also hat überhaupt nichts mit den Unterlagen zu tun.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja, ich verstehe das, dass das nur hypothetische Strecken sind, -

Martina Renner (DIE LINKE): Nur hypothetisch.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: - die Sie benennen.

Martina Renner (DIE LINKE): Hat man dann von dem Provider so konkret nachgefragt, dass man sich jetzt nicht erklären kann, was - - dass diese Strecke auf diese G-10-Anordnung hin erfasst werden soll?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Noch mal, Frau Abgeordnete: Nach meiner Erinnerung ging es vor allem darum, dass die grundsätzliche Zugangsmöglichkeit in G-10-Fällen bei dem Provider geschaffen werden sollte und er darüber mit dem Bundesnachrichtendienst geredet hat und er gesagt hat: „Das will ich noch mal von der Dienst- und Fachaufsicht im Kanzleramt hören“, und das habe ich gemacht.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist dabei auch gesagt worden, dass es auffällig ist, dass dort auch innerdeutsche Strecken dabei sind?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ich kann es nur wiederholen: Es ist um die G-10-Problematik gegangen -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ja.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: - und nicht um Einzelheiten in diesem Verfahren.

Martina Renner (DIE LINKE): War das das einzige Gespräch, in dem mal ein Provider Nachfragen hatte im Bundeskanzleramt?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also nach meiner Erinnerung in meiner Zeit, -

Martina Renner (DIE LINKE): Klar.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: - und das war jetzt vor allem als Abteilungsleiter 6, das einzige Gespräch.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Wir haben Sie ja heute hier noch mal in verschiedenen Funktionen quasi als Zeugen. Wir switchen ja auch in den Zeiten immer so ein bisschen hin und her.

Ich gehe ja jetzt davon aus, dass die Selektorenproblematik als grundsätzliche Frage natürlich hier untersuchungsgegenständlich ist und auch angesprochen werden kann. Wir diskutieren hier seit ein paar Tagen auch ein bisschen darüber, welchen Einstufungsgrad diese Selektoren denn eigentlich haben. Wissen Sie - zu dem Zeitpunkt, wo sie von der NSA geliefert wurden, im BND eingestellt wurden -, wie diese Selektoren eingestuft waren?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja, nach meiner Erinnerung Geheim.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ein Zeuge hat hier ausgesagt, die waren NfD.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ich weiß nicht, welcher Zeuge das wann gesagt hat; nach meiner Erinnerung Geheim.

Martina Renner (DIE LINKE): Das war der Dr. T., wenn ich das richtig aus dem - - Ja, hinter mir wird genickt. Das sind die, die das alles noch genauer wissen als ich. Das war der Dr. T., ja.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ich kann nur sagen: Nach meiner - -

Martina Renner (DIE LINKE): - - Erinnerung waren die immer Geheim?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Geheim.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn die Geheim sind, was heißt das dann? Dürfen die Unterlagen kopiert werden, so einfach auf den Kopierer hingelegt werden und - -

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Wenn die Dinge eingestuft sind, dann gilt die VSA, und dann gelten die Kautelen unter der VSA.

Martina Renner (DIE LINKE): Und was heißt das dann, wenn man zum Beispiel die Daten entweder als Datei kopiert oder das Papier kopiert, wenn die ausgedruckt werden?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, das ist jetzt auch keine Frage an einen Zeugen, sondern eher an einen Gutachter insoweit. Es ist ganz einfach nach der - - Es muss registriert werden, wie viele Exemplare es gibt. Deswegen gibt es meines Wissens auch besondere Geräte, wo das kopiert werden kann, und dann muss das Ganze in Büchern vertaktet werden, und es muss gesagt werden, -

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: - wer von wem das bekommen hat; der muss gegenzeichnen; wir brauchen das Vier-Augen-Prinzip und, und, und.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist super, weil wir suchen ja noch die 2000er-Liste, und da spielt natürlich eine Rolle - -

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Frau Renner - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe noch kurz eine Nachfrage. - Wenn die kopiert wurde, wenn das vermerkt ist, kann man ja derer vielleicht noch irgendwie habhaft werden. Jetzt zu der Selektoren- - Letzte Frage jetzt: Diese Ablehnungsliste, 40 000, ja, die wir nicht bekommen, die soll ja ausgedruckt im Bundeskanzleramt bei Ihnen im Tresor liegen. Ist das die einzige Kopie, oder wie oft ist die eigentlich mittlerweile schon kopiert worden?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ich habe nur dafür gesorgt, dass im Kanzleramt zu einem gewissen Zeitpunkt die Selektorenliste mit einem Stichtag, was damals in den Systemen ist, liegt. Ich hoffe und gehe davon aus, dass im BND das ebenfalls erfolgt ist, weil ich nicht nur eins haben will.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie viele Exemplare gibt es von dieser Liste?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Kann ich Ihnen im Übrigen nicht sagen; meines Wissens nur die zwei.

Martina Renner (DIE LINKE): Es gibt zwei ausgedruckte Exemplare der 40 000er-Liste?

(Der Zeuge nickt)

- Gut.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Gut, danke. - Die CDU/CSU hat - -

Nina Warken (CDU/CSU): Im öffentlichen Teil keine Fragen.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Keine Fragen? - Dann geht es weiter zu den Grünen. Herr Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Herr Fritsche, erinnern Sie sich noch daran, dass im Juli 2013 die Bundesregierung eine Reihe von Fragen formuliert hat, die an die NSA gestellt werden sollten?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ich erinnere mich, dass zu dem Zeitpunkt eine Reihe von Fragen an viele formuliert worden sind. Ich kann jetzt nicht genau hinsichtlich NSA das eingrenzen. Ich kann mich selber erinnern, dass ich als Staatssekretär im Innenministerium die Botschafter von Großbritannien und von USA angeschrieben habe. Ich habe bei allen Gesprächen um Sachverhaltsaufklärung gebeten, die ich mit amerikanischen Vertretern, aber auch mit - - ja, mit amerikanischen Vertretern im Wesentlichen geführt habe. Das ist das, was ich in Erinnerung noch habe.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, mir kommt es jetzt zuerst mal auf die NSA an. Erinnern Sie sich, dass eine Reihe von schriftlichen Fragen - nicht Gespräche, sondern schriftliche Fragen - an die NSA überbracht worden sind, wie auch immer?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, ich gehe mal davon aus, auch wenn ich mich jetzt persönlich - - Aber ich gehe davon aus, dass solche Fragen gestellt worden sind.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Gehen Sie von aus?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erinnern Sie sich daran, dass die Überbringer dieser Fragen zurückgekommen sind aus den USA und gesagt haben, die können noch nicht beantwortet werden, weil die NSA noch ein bisschen Zeit braucht, weil da Dokumente heruntergestuft werden müssen?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Daran kann ich mich erinnern, weil das der Anlass war unserer Reise Anfang August nach Washington und wir ja gesagt haben, also erstens, Sachverhaltsaufklärung brauchen wir, und zweitens die Deklassifizierung der Unterlagen, damit wir die überblicken können.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Sind denn diese Fragen inzwischen beantwortet?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Nach meiner Kenntnis nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht? Sind denn die Herabstufungen gemacht worden, die Ihnen da zugesagt worden sind?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Nach meiner Kenntnis nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht? Haben Sie noch mal nachgefragt? Das ist jetzt bald zwei Jahre her.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Wir haben, glaube ich, auf allen Schienen nachgefragt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nachgefragt. Und? Was war die Antwort?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Kein Ergebnis. Wie die einzelne Antwort war, weil ich jetzt bei Gesprächen, wenn ich gesprochen habe - - Es ist das Übliche, das dann gesagt wird: Wir sprechen noch mal mit der Zentrale und mit den politischen Verantwortlichen. - Also, da kriegt man ja nie definitiv eine Ablehnung: „Wir machen das nicht“, sondern: „Wir werden noch mal darüber reden“.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, und jetzt sind Sie Anfang August dann selber dort gewesen.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erinnern Sie sich daran, dass zu Ihnen oder zu wem auch immer, auch in der Öffentlichkeit, der Chef, damalige Chef der NSA, Herr Alexander, gesagt hat, selbstverständlich halten sie sich in Deutschland an Gesetz und Recht?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, zu den Inhalten kann ich nur in geheimer Sitzung etwas sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Geheimhaltung, auch wenn das öffentlich war?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ich habe keine Kenntnis, dass etwas öffentlich war.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie nicht. - Gab es denn eine Verpflichtung der NSA, sich in Deutschland an Gesetz und Recht zu halten, wenn sie hier tätig werden?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Eine Verpflichtung - - Sonst hätten wir ja nicht das Angebot bekommen, ein solches Abkommen abzuschließen für die Zukunft.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Natürlich gilt für uns - das ist ja generelle Grundlage -, nicht nur für die NSA: deutsches Recht auf deutschem

Boden. Hier muss man sich an deutsches Recht halten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja. Stand das auch in Vereinbarungen, zum Beispiel MoA?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Zu Inhalten von MoAs und MoUs kann ich hier in offener Sitzung nichts sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja; also war das - - Dann frage ich vielleicht allgemeiner: War das nur ein Grundsatz, von dem Sie ausgehen, oder stand das auch irgendwo?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, für die konkreten Projekte gab es Regularien, die die gegenseitige Rechtssphäre zu berücksichtigen hatten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Stimmt das denn Ihrer Meinung nach? Halten die sich immer an deutsches Gesetz und Recht, Ihrer Kenntnis nach jetzt, nach dem, was Sie als Chef in den verschiedenen - - oder als führender Mitarbeiter an den verschiedenen Stellen erfahren haben?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, es ist ein völkerrechtlicher Grundsatz, dass man, wenn man jemanden erwischt, der Spionage in Deutschland betreibt, dass man den auch hier entsprechend behandelt, und ich habe vorhin einleitend gesagt, dass in meiner Zeit als Vizepräsident des BfV wir das bei einem Vertreter US-amerikanischer Nachrichtendienste festgestellt haben und entsprechend vorgegangen sind.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Und was jetzt diese Selektoren betrifft oder die Begehrlichkeiten, die sich aus diesen Selektoren ergeben, entsprach das deutschem Gesetz und Recht und deutschen Interessen, so wie es, glaube ich, im MoA stehen soll?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, ich habe vorhin die Frage schon beantwortet, dass ich skeptisch bin, ob hier ein Rechtsverstoß vorliegt; aber das wird ja auch derzeit geprüft. Aber wir haben



Nur zur dienstlichen Verwendung

Grundlagen gehabt, und wenn ich das richtig sehe, sind die Grundlagen insoweit nicht eingehalten worden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, warum wollten Sie eigentlich eine Vereinbarung abschließen, wenn die eh nicht eingehalten werden?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Sehen Sie, Herr Abgeordneter, das hätte ich erwartet. Wenn wir zu so einem Abkommen gekommen wären, dann wäre in der Öffentlichkeit sicher gesagt worden: Was habt ihr überhaupt so ein Abkommen abgeschlossen? Ihr könnt denen ja sowieso nicht trauen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: So läuft die Geschichte nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sondern?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Nein, damals ist zum einen aus dem politischen Raum gefordert worden, dass wir endlich so ein Abkommen abschließen - das möchte ich mal deutlich sagen -, und zwar quer durch alle Fraktionen und Parteien, und wir haben uns auch angestrengt, dass es zu einem solchen Abkommen kommt,

(Martina Renner (DIE LINKE): Na ja!)

und ich wiederhole noch mal: Der Vorschlag kam nicht von deutscher Seite, sondern von US-amerikanischer.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Jetzt kommen wir darauf. Also, Sie sagen, es macht trotzdem Sinn, obwohl das sowieso nicht eingehalten wird.

(Lachen des Zeugen)

Wie war das denn? Wurde vorgeschlagen, ein No-Spy-Abkommen, stand da - - Oder wurde das

mündlich oder schriftlich in den Raum gestellt, No-Spy-Abkommen, oder ging es darum, dass man eine erneute Regelung abfasst - so soll das in einer Urkunde stehen, die veröffentlicht worden ist -, die so etwa eine Regelung enthält wie dieses MoA?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ich glaube, ich habe das vorhin schon mal in anderen Fragen beantwortet, dass es verschiedene Schienen gab, auf denen gesprochen worden ist, dass aber zu dem Zeitpunkt dann auch noch, bevor es dann im Frühjahr 2014 nicht mehr weiterverfolgt worden ist, jedenfalls auf politischer Schiene - - dass insoweit gesprochen worden ist über die Inhalte, aber noch nicht über die formalen Fragen, in welche Form das Ganze dann gegossen wird.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das hatten Sie ja alles schon gesagt, -

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - sondern der Sprachgebrauch interessiert mich. Wurde da gesagt: „Verhandelt doch mal!“, oder: „Wir regen an“, oder: „Wir machen das Angebot für Verhandlungen für ein No-Spy-Abkommen“, oder - weil das ist ja doch ein kleiner Unterschied -: „Wir regen an oder machen ein Angebot; ihr solltet mal darüber reden, so was Ähnliches zu machen, wie diese MoA-Regelung gewesen ist“, sogar unter Bezugnahme auf die MoA?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Es ist angeboten worden, hierüber zu reden. Über die Einzelheiten kann ich Ihnen gerne in nichtöffentlicher Sitzung etwas sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wieso eigentlich?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Weil diese Sachverhalte eingestuft sind.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Wieso ist das eingestuft?

(Lachen des Zeugen)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie haben doch jetzt die ganze Zeit frei von der Leber weg geredet über das, was Sie in den USA besprochen haben. Wieso das plötzlich jetzt - -

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Über die konkreten - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben auch über die angeblichen Angebote geredet.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Über die konkreten Formen der Umsetzung - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, danach habe ich jetzt nicht gefragt.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja. - Doch, Sie haben gefragt, in welche Richtung die Verhandlungen gegangen sind. Das ist wirklich innerer Kernbereich, und das kann ich hier nicht sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also wollen Sie nicht.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Es geht nicht nur ums Wollen, Herr Abgeordneter, sondern es geht auch darum, dass es gewisse Regularien gibt, an die man sich zu halten hat und aus vernünftigen Gründen zu halten hat.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie denn mal mündlich wenigstens - - Also, die schriftlichen Fragen wurden ja schon nicht beantwortet. Wir kennen die ja; die sind ja auch damals zum Teil veröffentlicht worden, diese Fragen, die gestellt worden sind. Da ging es ja auch darum, was denn nun daran richtig ist, was von Snowden behauptet wurde oder was sich aus den Papieren, den Dokumenten ergab. Haben Sie denn mal mündlich, wenn Sie da jetzt den Kollegen in den USA gegenüber sitzen, gesagt: „Sagt uns mal, habt ihr irgendwelche Zugriffe auf Daten deutscher Bürger, und wenn, von wie vielen?“

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und? Was wurde gesagt?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Das kann ich Ihnen - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie viele?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Das kann ich in eingestufte Sitzung sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das können Sie in eingestufte - - Also, waren es zehn oder tausend oder Millionen?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Jedenfalls nicht millionenfach.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht millionenfach. Bei den Selektoren sind wir ja schon bei Millionen. Das wissen Sie ja.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja, aber Sie sprechen jetzt von deutschen Bürgern.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber - -

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Suchbegriffe sollen es vier Millionen - - oder sagen wir mal, Selektoren, aus denen sich dann Suchbegriffe ableiten.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Herr Abgeordneter, auch das ist ein Punkt, den ich gerne in nicht-öffentlicher Sitzung mit Ihnen bespreche, soweit es sich nicht um die konkreten Inhalte der Selektorenlisten handelt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das müssten wir dann auch in der nächsten Runde, wenn, vertiefen. - Aber wir kommen jetzt zur nächsten Fraktion, der Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Herr Fritsche, ich würde ganz gern jetzt noch mal mit Ihnen einen Bereich besprechen, der auch gestern bei der Vernehmung von Herrn Schindler angesprochen wurde



Nur zur dienstlichen Verwendung

und zur Sprache kam, und zwar die Frage, ob wir im Bereich der Überwachung von Routineverhalten derzeit mit dem geltenden Rechtsrahmen, der dafür vorgesehen ist, und mit dem dafür vorgesehenen Kontrollregime gut aufgestellt sind nach Ihrer Meinung. Also, ich frage Sie mal ganz offen: Glauben Sie, dass wir da was ändern müssen?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Das hat die Bundesregierung bereits erklärt, vor dem Hintergrund - - Es gibt zum einen für das Parlamentarische Kontrollgremium eine Stellungnahme, was die rechtlichen Fragen angeht im Hinblick darauf, was die Sachverständigen Ihnen am Anfang dieses Untersuchungsausschusses - -

Christian Flisek (SPD): Jetzt frage ich Sie aber als Zeugen.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja.

Christian Flisek (SPD): Also, Sie legen ja immer Wert darauf, -

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja.

Christian Flisek (SPD): - dass Sie als Zeuge gefragt werden -

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja, ich wollte - -

Christian Flisek (SPD): - und jetzt nicht als Sprachrohr der Bundesregierung, -

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ich wollte - -

Christian Flisek (SPD): - sondern ich frage Sie als Zeugen.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ich wollte nur ausfragen und Ihnen das erläutern. Es muss eine klarstellende Regelung geben.

Christian Flisek (SPD): „Eine klarstellende Regelung“: Was heißt das denn?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: In dem mehr steht als bisher im Bundesnachrichtendienstgesetz zu der Frage der Routineaufklärung, welche Hintergründe ... (akustisch unverständlich)

Christian Flisek (SPD): Also, bisher wird das ja rechtlich alles an der Aufgabennorm festgemacht.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: So ist es.

Christian Flisek (SPD): Das ist ja das Einzige sozusagen. Ich habe das gestern in dem Gespräch, sage ich mal, mit Herrn Schindler auch als Notnagel bezeichnet.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Gut, um es noch mal zu sagen: Wir halten es für eine klarstellende Regelung. Wir halten die derzeitige Regelung ganz grundsätzlich für nach wie vor einschlägig, und wir sind aber zur Überzeugung gekommen, dass vor dem Hintergrund der öffentlichen Diskussion eine solche klarstellende Regelung sein muss.

Christian Flisek (SPD): Und Ihnen ist es ja auch bekannt, welche Interpretationen man beim Bundesnachrichtendienst sozusagen in Anwendung dieser jetzigen Regelung getroffen hat. Also, es gibt ja sozusagen zum einen bei der Satellitenüberwachung - - Wir nennen das hier die „Weltraumtheorie“ - das ist Ihnen ja auch ein Begriff -, also, dass man sagt, na ja, wenn man da in Bad Aibling Satellitenkommunikation erfasst, dann würde man das eben nicht in Deutschland machen, weil die Datenerfassung irgendwo im Weltraum stattfindet.

Andererseits bei den Kabelzugriffsprojekten, beispielsweise in Frankfurt, sagt man: Das ist gar nicht Deutschland, sondern wenn es um Routineverkehre geht, dann ist das quasi - - weil es nur von Ausland-Ausland Daten sind, ist das virtuelles Ausland, ja, bis hin auch zu der Auffassung, Metadaten, also Telefonnummern, IP-Adressen, seien per se nicht personenbeziehbar, nicht personenbezogen.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Richtig.

Christian Flisek (SPD): Ich meine, da ist ja überall die Tendenz da, sich auch dem Anwendungsbereich deutschen Rechts zu entledigen. Halten Sie das angesichts der Debatte, die wir führen - das ist ja eine sehr intensive Debatte, auch um die Frage: auf welcher Legitimationsbasis arbeitet



Nur zur dienstlichen Verwendung

der Bundesnachrichtendienst - - Halten Sie das, unabhängig von der Frage jetzt, ob das rechtmäßig oder rechtswidrig ist, noch rechtmäßig oder schon rechtswidrig - das will ich jetzt gar nicht führen - - Aber halten Sie das eigentlich für einen tragbaren Zustand?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Deswegen ist die Bundesregierung bestrebt, hier eine rechtliche Klarstellung zu geben.

Christian Flisek (SPD): Und Sie meinen, dass man mit einer rein klarstellenden Regelung dort auskommt? Also, ich habe Sie so verstanden: Man geht dann einfach mal her und schafft eine Befugnisnorm - so wäre es ja wohl -, -

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: So ist es.

Christian Flisek (SPD): - und dann hat es sich.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: So ist es. ... (akustisch unverständlich)

Christian Flisek (SPD): Glauben Sie nicht beispielsweise, dass man im Bereich der Routineverkehre die Frage, wer so was anordnen darf und wer dann über so was zu entscheiden hat, beispielsweise auch einer Kontrollinstanz zuzuordnen hat?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Herr Abgeordneter, die Bundesregierung, wenn sie denn das jetzt so weiterverfolgt, wird einen Vorschlag machen, und der geht dann ins Parlament, und in der parlamentarischen Diskussion - das ist jedenfalls meine Erfahrung mit allen Novellen, die ich erlebt habe - gibt es dann Veränderungen, Vorstellungen, ob man zusätzliche Kontrollgremien einführt, ob man Berichtspflichten schafft. Das wird die parlamentarische Diskussion dann zeigen.

Christian Flisek (SPD): Jedenfalls, den Umstand immerhin - - Ich meine, wir haben ja momentan durchaus keine gute Stimmung in der G-10-Kommission.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Das ist so.

Christian Flisek (SPD): Ja, das sehe ich auch so. Die G-10-Kommission, die ja recht klein ist, aber immerhin auch von Leuten, die, ich sage mal, alle Parteien, die im Bundestag vertreten sind, dort repräsentieren - - sagen ja einmütig und einhellig: Also, das, was bei den Routineverkehren da läuft, und die Art und Weise, wie wir sozusagen da in den Dienst genommen worden sind mit G-10-Anordnungen, das lassen wir uns nicht länger gefallen. - Wie ist denn da der aktuelle Diskussionsstand bei Ihnen im Hause?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Deswegen wundert mich ein bisschen die derzeitige Verärgerung in der G-10-Kommission, weil wir der G-10-Kommission bereits letztes Jahr angeboten haben, dass wir künftig in den normalen Anträgen für - - also, nach dem G 10, § 3, § 5, § 8, dass wir insoweit auch die Routinemaßnahmen, wenn die dort stattfinden, mit in den Antrag aufnehmen. Das ist diskutiert worden.

Christian Flisek (SPD): Was hat Sie denn davon abgehalten, das einfach zu machen?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Da spreche ich jetzt natürlich über Inhalte der Diskussion in der geheim tagenden G-10-Kommission.

Christian Flisek (SPD): Das habe ich mir schon fast gedacht. Aber grundsätzlich können Sie das nachvollziehen, dass die G-10-Kommission sagt: Eine G-10-Anordnung hat eigentlich einen anderen Zweck.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Die G-10-Anordnung ist die G-10-Anordnung, und mehr hat die G-10-Kommission nach den rechtlichen Grundlagen nicht zu genehmigen, und das hat sie bisher auch gemacht. Etwas anderes ist, ob die G-10-Kommission über ihre Zuständigkeit hinaus über die sogenannte Routine aufgeklärt wird, und das hat die Bundesregierung angeboten.

Christian Flisek (SPD): Aber Sie sehen jetzt in der Tatsache, dass man G-10-Anordnungen vornehmlich dazu benutzt hat, um Routineverkehre aufzuklären, darin sehen Sie kein Problem?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ich sehe kein Problem, weil das zum einen, was die G-10 - - jetzt im Verhältnis zur G-10-Kommission angeht, die G-10-Kommission für die G-10-Genehmigungen zuständig ist, und zum anderen muss ich Ihnen jedenfalls widersprechen in dem Punkt: Es ist nicht so, dass G-10-Maßnahmen beantragt worden sind, um dann Routine durchführen zu können.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na!)

Christian Flisek (SPD): Ist nicht so?

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Türöffner!)

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Es sind G-10-Maßnahmen durchgeführt worden nach dem G-10-Gesetz, und das betrifft die Einzelmaßnahmen nach § 3, die strategische Fernmeldeaufklärung nach § 5 und im Wesentlichen die in Entführungsfällen ... (akustisch unverständlich) den § 8.

Christian Flisek (SPD): Nein, wissen Sie, ich verstehe das alles manchmal nicht. Also einerseits - - Ich meine, wir haben uns das ja jetzt alles genau angeguckt, und es gibt - ich meine, da sind wir wahrscheinlich noch beisammen - im geltenden deutschen Recht keine Befugnisnorm und damit auch keine Möglichkeit, speziell für Routineverkehre eine Anordnung zu treffen; gibt es nicht. So. Und jetzt haben wir - - Wir diskutieren hier Projekte, wo es mit den Amerikanern darum geht, dass man ganz gezielt an Routineverkehre herangeht, und uns wird die ganze Zeit erzählt, dass man vor allen Dingen eines macht bei diesen Projekten, nämlich G 10 auszufiltern. Aber man geht mit einer G-10-Anordnung da ran. Aber man tut dann sozusagen vor allen Dingen eines und filtert G 10 raus. Verstehen Sie? Das kriege ich nicht zusammen.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ich schon.

Christian Flisek (SPD): Ja, und deswegen ist für mich der Punkt eben da, dass ich sage: Wir haben

hier einen Missbrauch von G-10-Anordnungen in der Vergangenheit gehabt. - Sie haben offensichtlich da einen anderen Standpunkt.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, mag sein, Herr Abgeordneter. Ich will es noch mal versuchen, meinen Standpunkt zu erläutern.

Es geht zum einen um die G-10-Maßnahmen - dann können wir gerechtfertigt auch G-10-geschützte Personen nach Genehmigung durch die Kommission aufgreifen -, und das andere geht darum, die sogenannte strategische Routine durchzuführen, die im Wesentlichen Ausland im Ausland ist und wo das Ziel auch Ausländer im Ausland sind, und dafür hat der BND zu sorgen, dass in dem Bereich G-10-relevante Personen, juristische und natürliche Personen, wenn sie hier hineingeraten, dann auch herausgefiltert werden.

Ich sehe hier einen definitiven Unterschied. Das eine ist die Genehmigung, um bewusst auf G-10-geschützte Personen zuzugreifen, und das andere ist der Schutz von G-10-geschützten Personen im Bereich der Routine.

Christian Flisek (SPD): Na ja, also gut, wir müssen ja auch nicht jeden Widerspruch aufklären, auflösen. Offensichtlich haben wir da eine unterschiedliche Bewertung.

Ein BND-Mitarbeiter hat hier als Zeuge - das ist absolut eines meiner Lieblingszitate - mal gesagt: Alles außerhalb von G 10 ist „zum Abschluss freigegeben“. Teilen Sie diese Einschätzung?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Diese Einschätzung teile ich nicht, weil es zum einen eine Befugnisnorm gibt und wir derzeit diskutieren, ob diese aus Klarstellungsgründen - das hat die Bundesregierung ja auch angekündigt - entsprechend verändert werden muss, und solche Formulierungen finde ich sowieso unpassend.

Christian Flisek (SPD): Ja, gut, jetzt unabhängig mal vielleicht vom unpassenden Charakter einer solchen Formulierung: Was außerhalb vom G 10 ist denn dann sozusagen aus Ihrer Sicht nicht zum Abschluss freigegeben?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja das, was nicht im Aufgabenprofil des Bundesnachrichtendienstes ist. Der Bundesnachrichtendienst hat Kernländer, hat Beobachtungsländer und er hat Nichtbeobachtungsländer; deswegen sind alle Informationen - egal ob in menschlichen Quellen durch HUMINT-Maßnahmen oder SIGINT-Maßnahmen - außerhalb dieser Schwerpunkte nicht in Ordnung und nicht gedeckt von der Rechtsgrundlage, weil die eben durch die Aufgaben der Bundesregierung konkretisiert wird in diese Richtung. Es gibt Schwerpunkte, was bestimmte Tätigkeitsfelder angeht, also Terrorismus, organisierte Kriminalität, Proliferation, und es gibt regionale Schwerpunkte, die die allgemeine politische Aufklärung angehen, und das sind die Rahmenrichtlinien.

Christian Flisek (SPD): Also das Aufgabenprofil ist für Sie die entscheidende Weichenstellung?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Das füllt das aus.

Christian Flisek (SPD): Aber grundsätzlich gibt es, sage ich mal, auch gerade bei Angehörigen von EU-Staaten - jenseits der Frage, ob sie jetzt im Aufgabenprofil drin sind oder nicht - keinen besonderen Schutz?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Kann es nicht geben, weil innerhalb von G-10-Anordnungen wir, auch wenn es um deutsche Staatsangehörige geht, die Proliferation betreiben oder Terroristen sind, dann den G-10-Antrag stellen, und im anderen Bereich, im Aufgabenprofil, verfolgen wir natürlich auch Terroristen und Proliferateure auch in Europa.

Christian Flisek (SPD): Ja. Ich habe das aber so verstanden, dass man dort grundsätzlich bisher auch ohne jede Anordnung tätig sein kann. Also man kann grundsätzlich - jetzt unabhängig, wie weitreichend das Aufgabenprofil ist; das ist ja alles strengstens geheim - - man kann dort Daten, ich sage mal, von Österreichern, Luxemburgern, Dänen frei abfischen, wie man will, ohne Probleme?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Dazu müsste ich die technischen Gegebenheiten erläutern; das kann ich gerne in geheimer Sitzung machen.

Christian Flisek (SPD): Also, Herr Schindler hat das hier gesagt. Der macht das offensichtlich.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Dann müsste ich ihn rügen, weil ich es nach wie vor für Geheim halte.

Christian Flisek (SPD): Sie müssten ihn rügen, dass er das gesagt hat, weil Sie es für Geheim halten?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ich halte es für eingestuft - jedenfalls ist das meine Kenntnis -; es sei denn, ich kriege einen Hinweis, dass das offen ist. - Herr Wolff?

Christian Flisek (SPD): Wir haben hier hoch-abstrakte Erörterungen. Ich weiß nicht, was daran geheim zu halten ist, aber - -

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja, ich bitte um einen Ratschlag.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Wolff dazu?

RD Philipp Wolff (BK): Sofern es um technische Einzelheiten geht, ist es natürlich eingestuft. Da kann ich mich auch nicht erinnern, dass Herr Schindler dazu gestern Angaben gemacht hätte.

Christian Flisek (SPD): Ich habe gestern Abend mit Herrn Schindler sehr ausführlich die Frage erörtert, insgesamt in seiner öffentlichen Vernehmung die Frage erörtert, wie er die Rechtslage in Bezug auf die Überwachung von Daten in EU-Staaten sieht, von EU-Bürgern, und da hat er deutlich gesagt: Das ist ohne jede Auflage rechtmäßig, das zu tun.

RD Philipp Wolff (BK): Da ging es aber nicht um - -

Christian Flisek (SPD): Wir haben nicht über das Aufgabenprofil geredet. Das habe ich ja gesagt: Das können wir auch gar nicht beurteilen, weil



Nur zur dienstlichen Verwendung

das nur ganz wenige Leute kennen. - Aber wir haben per se gesetzlich - das ist sozusagen die Frage -, wir haben per se keinerlei Schutzstandards, die über das Aufgabenprofil hinausgehen, für EU-Bürger vorgesehen beispielsweise?

RD Philipp Wolff (BK): Da ging es nur um die abstrakten Rechtsfragen, soweit mir erinnerlich - Geltung der EMRK, Geltung EU-Grundrechtecharta -, während es hier jetzt, glaube ich, um technische Details ging. Das ist meines Erachtens für eine Einstufung ... (akustisch unverständlich).

Christian Flisek (SPD): Ich finde die Debatte, die wir gerade führen, völlig untechnisch. Ich erwarte auch keine technischen Ausführungen, ich erwarte - - Noch mal: Wir haben hier Aussagen von BND-Mitarbeitern, die operativ bei der Kabelerfassung tätig sind und die uns sagen, solche Daten sind zum Abschuss freigegeben. Ich muss das einordnen, weil mein Eindruck einfach sich verfestigt - Fritsche, seien Sie mir nicht böse! -, dass Sie eben auch nicht alles wissen, was dort unten stattfindet. Sie können mir hier erklären, wie die Welt läuft - wenn unten einer sitzt und sagt: „Das ist zum Abschuss freigegeben“, muss ich doch dazu irgendwie eine Bewertung abgeben können. So, das möchte ich einfach wissen, ich möchte das einordnen können. Das muss darüber hinausgehen, dass man sagt: Ich würde das nicht so sprachlich formulieren. - Die Frage ist - was ist nach dem geltenden Recht, jenseits auch vom Aufgabenprofil -: Wie geht der BND mit Daten von Bürgern in EU-Staaten um?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Noch mal - ich habe es, glaube ich, schon gesagt; ich bin nur durch Ihre Fragestellung in die technische Richtung gedrängt worden; wenn das nicht eine technische Frage ist, dann wiederhole ich das, was ich gesagt habe -: Selbstverständlich sind europäische Einrichtungen oder natürliche Personen, wenn sie ins Auftragsprofil fallen, auch im Aufklärungsziel des Bundesnachrichtendienstes.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Und sie kommen in dieses Auftragsprofil rein - das können Sie natürlich jetzt nicht sagen - beispielsweise wann? Wenn terroristische Bedrohungen - -

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Terrorismus.

Christian Flisek (SPD): Terrorismus.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Wir haben den Hinweis, dass ein Terrorist in Frankreich mit französischer Staatsangehörigkeit einem Netzwerk angehört und er auf der Reise ist nach Syrien und Irak: Selbstverständlich ist das eine Aufgabe des Bundesnachrichtendienstes.

Christian Flisek (SPD): Na ja, sicher, das ist eine Aufgabe. Nur, mir geht es halt darum, was Sie auch an Daten abfangen grundsätzlich und erfassen.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Rechtlich zulässigerweise das, was den Terrorismusbezug hier betrifft. Da geht es im Wesentlichen darum: Informationen über Anschläge, Zeitpunkte oder Sonstiges. Das ist wichtig für den Schutz auch der Europäischen Gemeinschaft; denn wir wissen in der derzeitigen Terrorlage häufig nicht, ob der Anschlag dann in Deutschland stattfinden soll oder woanders.

Christian Flisek (SPD): Ich muss das jetzt noch mal wirklich - - Also nach Ihrer Aussage erfasst der BND nur dann Daten europäischer Bürger, also von Bürgern von EU-Staaten, wenn Sie konkrete Anhaltspunkte haben, dass diese Person entweder - - beispielsweise in einem terroristischen Netzwerk aktiv ist, nur dann? Ansonsten erfasst der BND Daten von EU-Bürgern nicht?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Wir sind jetzt in einem Bereich, der das Geheim eingestufte Aufgabenprofil der Bundesregierung betrifft. Dazu kann ich in öffentlicher Sitzung nichts sagen. Ich kann nur sagen: Es ist mehr als Terrorismus.

Christian Flisek (SPD): Wahrscheinlich auch schwere organisierte Kriminalität beispielsweise. Gut, das müssen wir wirklich mal in der eingestuften Sitzung klären. - Ich habe momentan keine weiteren Fragen in öffentlicher Sitzung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. Dann kommen wir jetzt zur Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ich habe mir jetzt das Protokoll von Herrn Landefeld noch mal geholt, und entweder täuscht sich Herr Landefeld oder Sie täuschen sich. Das müssen wir irgendwie klären. Es geht um dieses Schreiben der Bundesnetzagentur im August 2013 mit Fragen. Herr Ströbele fragt Herrn Landefeld, und Herr Landefeld sagt - - Wo fange ich an? Das ist viel Text.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Darf ich vielleicht versuchen, es abzukürzen? 2013 war ich nicht im Gespräch mit Landefeld.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, nein; aber vielleicht hat er ja trotzdem mit Ihnen telefoniert - nicht?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ach so.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, Landefeld sagt:

Das Bundeskanzleramt hat die Bundesnetzagentur, in Person Frau Henseler-Unger, angerufen und dort mitgeteilt, dass diese Fragen nicht gestellt werden dürfen und auch von den Unternehmen nicht abverlangt werden dürfen die Antworten.

„Ach so. Ah ja“, sagt Kollege Ströbele.

Dann antwortet Landefeld:

Das ist uns dann beim Treffen dort vor Ort in Bonn mitgeteilt worden, dass diese Fragen zurückgezogen werden und eben nicht

- „Ah ja“, sagt Kollege Ströbele -

zu beantworten sind von den Unternehmen.

Ströbele:

Und hatten Sie auch, also Sie persönlich, in der Zeit auch Kontakt zum Kanzleramt, auch über das - das haben Sie ja vorhin schon gesagt -

„Ja“, sagt Landefeld.

Ströbele:

Wording, was man jetzt noch - -

Zeuge Landefeld:

Ja, es könnte sein, dass ich einen Tag vorher den Herrn Fritsche angerufen habe und gefragt habe, was wir da eigentlich schreiben dürfen.

Ströbele:

Sie haben angerufen?

Landefeld:

Ja, was soll ich denn machen, wenn ich diese Fragen bekomme und nicht weiß, ob ich die Fragen - -

Ströbele:

... das ist kein Vorwurf.

Landefeld:

Nein, also, wir haben uns erkundigt, welche von den Fragen wir beantworten dürfen -

Kann es sein, dass, weil es den Kontakt in 2008 gab - damals hat man zu diesen G-10-Fragen diskutiert -, Herr Landefeld einfach in Erinnerung dieses Kontaktes - vielleicht haben Sie ihm ja auch Ihre Telefonnummer gegeben - dann Sie angerufen hat und gefragt hat, was er jetzt mit den Fragen der Bundesnetzagentur machen soll?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, er hat nicht mich angerufen. Ich gehe davon aus, dass er, weil er - das war aber, glaube ich, 2009 im Frühjahr - mit mir gesprochen hat, den Namen noch in Erinnerung hatte. Aber ich kann das nicht - -

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Wir haben ja demnächst den Kollegen Herrn Heiß hier, und



Nur zur dienstlichen Verwendung

dann werden wir ihn fragen, ob Herr Landefeld denn 2013 mit Herrn Heiß telefoniert hat. Wenn Herr Heiß sich an dieses Telefonat nicht erinnern kann, dann haben wir ein Problem: Dann stimmt entweder nicht das, was Herr Landefeld sagt, nicht das, was Sie sagen, oder das, was Herr Heiß sagt. Das werden wir dann klären mit Herrn Heiß. - Herr Wolff, -

RD Philipp Wolff (BK): Soweit mir erinnerlich - -

Martina Renner (DIE LINKE): - ach, ist mit Ihnen telefoniert worden?

RD Philipp Wolff (BK): Soweit mir erinnerlich, wurde das auch in der Vernehmung sogar noch geklärt -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja?

RD Philipp Wolff (BK): - zu einem späteren Zeitpunkt. Da hat er dann gesagt, dass er mit dem AL 6 im Kanzleramt telefoniert hat, und es wurde auch noch über die 2009er-Besprechung gesprochen.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

RD Philipp Wolff (BK): Aber das war später in der Vernehmung.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann sind wir ja froh, dann wird sich ja Herr Heiß daran erinnern in der ersten Juliwoche, wenn wir ihn hier haben.

Wir hatten ja vorhin diese Diskussion zur Rechts- und Fachaufsicht. Da würde ich Sie gerne fragen: Gibt es so etwas wie eine Dienstvorschrift, in welchen Fällen man wichtige Ereignisse - ich nenne sie jetzt mal: Ereignisse von besonderer Relevanz; Sie wissen den Terminus, der richtig ist - nach oben melden muss, also jeweils zum Abteilungsleiter, zum Präsidenten und Ähnliches?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, es gibt, weil Sie Fach- und Dienstaufsicht ansprechen, vor allem natürlich die grundsätzliche Berichtspflicht, die sich aus dem BND-Gesetz ergibt, gegenüber

dem Kanzleramt. Es gibt aber auch eine allgemeine Dienstanweisung, die festlegt, dass bedeutende Sachen - also politisch bedeutsam, medial bedeutsam und vor allem Dinge, die die Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern betreffen - dem Kanzleramt zu melden sind.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist schriftlich fixiert?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Die allgemeine Dienstanweisung liegt in schriftlicher Form vor.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wenn bestimmte Dinge in der Öffentlichkeit diskutiert werden - Sie haben ja das als Punkt genannt -, dann wird man aufgefordert, dazu zu berichten?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Im Idealfall vorher; denn es ist ja nicht so, dass das in der öffentlichen Diskussion aus heiterem Himmel fällt, sondern vorher ist wahrscheinlich auch schon der BND von irgendeinem Journalisten angerufen worden. Spätestens dann ist das natürlich eine Frage, dass auch das Kanzleramt zu unterrichten ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann musste man ja nur gucken, wann das erste Mal die Eurocop-ter/EADS-Problematik in der Presse stand.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Was soll ich - -

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, das ist eine interessante Frage.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Das ist eine Feststellung.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Weil daraus hätte sich ja dann nach Ihrer Auffassung jetzt eine Berichtspflicht abgeleitet, in der man auch hätte nach oben das melden müssen - ja?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Nein, ich meine - -

Martina Renner (DIE LINKE): Gut, dann gucken wir noch mal, wann das das erste Mal war.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Klar.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Was passiert denn, wenn jemand das unterlässt?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Sie meinen die Folgen für den persönlich oder sonst wie?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Na ja, natürlicherweise handelt es sich meistens um Beamte oder Soldaten. Wenn das so ist, dann muss natürlich je nach Schwere des Vorgangs darüber diskutiert werden, welche rechtliche Formen sind. Da gibt es die allgemeinen strafrechtlichen Fragen, und es gibt natürlich - wie immer im Beamtenrecht und im Soldatenrecht - Disziplinarfragen.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Und welche Fälle sind Ihnen bekannt, dass man bei unterlassener Meldung disziplinarisch aktiv geworden ist?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, es sind mir solche Fälle ganz allgemein - - Aber ich wüsste jetzt nicht einen konkreten Fall, den ich Ihnen nennen könnte.

Martina Renner (DIE LINKE): Es gab Fälle?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja, davon gehe ich aus.

Martina Renner (DIE LINKE): Also disziplinarische Maßnahmen, Versetzungen?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Davon gehe ich aus - ohne dass ich Ihnen jetzt einen konkreten Fall sagen kann.

Martina Renner (DIE LINKE): Wann hat sich denn das Bundeskanzleramt mal beschwert beim BND und hat gesagt: „Das haben wir jetzt zu spät auf dem Tisch“, in Ihrer Zeit als AL 6?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ach, das kann schon mal vorgekommen sein; aber mir ist jetzt jedenfalls kein exemplarisch herausgehobener Fall bekannt.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist immer unser Problem: wenn es konkret wird - nicht? Wen spricht man dann an: den Präsidenten oder den Abteilungsleiter?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Den Abteilungsleiter im BND meinen Sie?

Martina Renner (DIE LINKE): Nein. Wenn das BK -

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): - feststellt: „Uns ist irgendetwas nicht rechtzeitig gesagt worden“, gegenüber wem beschwert man sich als Bundeskanzleramt: gegenüber dem Präsidenten oder dem Abteilungsleiter?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Auch das kommt darauf an. Entweder ist es eine Kleinigkeit, aber trotzdem für die Fach- und Dienstaufsicht wichtig; dann macht es das Referat, meinerwegen sogar der Referent oder Sachbearbeiter. Wenn es bedeutendere Sachen sind, geht es bis nach oben in die Abteilungsleitung, und dann wird bei der Amtsleitung darüber gesprochen.

Martina Renner (DIE LINKE): Und das wird schriftlich auch niedergelegt? Das ist ja Ihr Prinzip: nichts mündlich.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ich kann mich gut erinnern an Dinge, wo ich zumindest Nachfragen gehabt habe und auch gesagt habe: Das ist nicht früh genug gesagt worden, ich möchte jetzt eine Aufklärung. - Das habe ich schriftlich gemacht als Abteilungsleiter 6.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay, also diese Vorgänge gibt es. Weil wir haben auch Herrn Schindler gefragt, ob er sich an Fälle erinnern kann, wo jemand wegen unterlassenem Melden belangt wurde. Er konnte sich da nicht so richtig dran erinnern. Das spielt ja in dem Zusammenhang der Selektorenprüfung für uns eine wichtige Rolle, weil ja ein Zeuge hier, D. B., sich - natürlich juristisch korrekt - auf sein Aussageverweigerungsrecht beruft, weil er Sorge hat, dass er nun dienstrechtlich belangt werden könnte.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wenn man aber in der Vergangenheit nie im BND jemanden für unterlassenes Melden belangt hat, dann ist die Sorge vielleicht zu nehmen dem Herrn D. B.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Frau Renner, da ist natürlich ganz allgemein das Verfahren einzuhalten, und solange es ein solches Verfahren gibt, hat er das gute Recht. Es spielt auch keine Rolle, ob es jemals im BND so etwas gegeben hat oder nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie bewerten Sie denn eigentlich den Umstand, dass Herr D. B. das Auffinden der Selektoren nicht gemeldet hat?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ich habe ja gesagt auch schon einleitend, dass das ein Fehler ist, der für die Zukunft behoben werden muss, und hier gibt es entsprechende Weisungen des Kanzleramts, dass über solche Dinge nicht nur die Amtsleitung zu unterrichten ist, sondern auch das Kanzleramt.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist denn in der Sache die Amtsleitung unterrichtet worden?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Nach meinem bisherigen Kenntnisstand wohl nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie kann das denn eigentlich passieren?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Tja, das muss eben mit solchen Weisungen künftig enger gezogen werden, vor allem im Dienst und dann auch gegenüber der Fach- und Dienstaufsicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber es gab ja vorher schon diese Weisung.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja. Aber es muss jetzt noch mal deutlicher gesagt werden: Auch Vorlagepflichten müssen hier sein.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir hatten von Zeugen gehört, dass es zuwiderlaufende, wie soll man das sagen, Philosophien im BND gibt: Die eine Philosophie ist eben, dass man so etwas anzeigen muss, und die andere Philosophie ist, dass

man es vielleicht besser für sich behält. Es hieß auch, es gibt auch Systeme der Abschottung, es gibt auch besondere Geheimschutzbestimmungen, die den Kreis über Streng Geheim noch hinaus eingrenzen können, es gibt Operationen, wo nur sechs Leute Bescheid wissen, und Ähnliches mehr. Wie funktioniert Fach-, Dienst- und Rechtsaufsicht in einer Bundesbehörde, in der es Räume gibt, in denen niemand das Licht einschaltet?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, das habe ich vorhin schon versucht - ich glaube, von der Frau Abgeordneten Mittag - - das noch mal deutlich zu machen: Ich bin der festen Überzeugung, dass es nicht zu einem Geheimverstoß kommt, wenn die Zuständigen - und der Kreis muss ja nicht groß sein - in der Amtsleitung und in der Fach- und Dienstaufsicht zu solchen Dingen unterrichtet werden. Das habe ich in den Dienst sowohl als Abteilungsleiter 6 als auch in meiner jetzigen Funktion kommuniziert. Ich habe vorhin auch gesagt, dass ich in den Abteilungen war und ihnen gesagt habe, dass ich das wissen will.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie sich denn jetzt heute mal die abgeschirmten Operationen angesehen, die in Ihrer Dienstzeit im BND gefahren wurden, also in der Zeit, als Sie AL 6 waren?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Dazu habe ich noch keine Zeit gehabt. Wir haben im Moment nicht nur diesen Untersuchungsausschuss, sondern auch mit den anderen uns kontrollierenden Gremien -

Martina Renner (DIE LINKE): Sie haben noch andere Probleme hier; wir lesen das parallel.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: - eine ansprechende und lange Liste dessen, was wir aufzuarbeiten haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir wieder wechseln. Wir kommen als Nächstes zur Fraktion der CDU/CSU.

Nina Warken (CDU/CSU): Keine Fragen in der öffentlichen Sitzung.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich würde anknüpfen in dem Fragenkomplex, den Frau Renner gerade abgefragt hat. Sie hatten vorherhin gesagt: „Wir wollen alles wissen als Fach- und Rechtsaufsicht“; so habe ich das verstanden. Jetzt ist das so: D. B., aber auch R. U. haben über ihre wochenlangen Löschkaktionen von Selektoren nichts berichtet. Wie ist denn Ihre Reaktion darauf als Fach- und Rechtsaufsicht?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Die Weisung, dass sie zu berichten haben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber jetzt auf diesen Vorfall im August 2013 und diese zwei an verantwortlicher Stelle arbeitenden BND-Mitarbeiter?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ich glaube, das ist in der bisherigen Diskussion und Beantwortung auch schon klar geworden: Es gibt zum einen, was die Beamten und Soldaten angeht, die Frage: „Inwieweit liegt hier ein persönliches Verschulden vor, und wie muss damit umgegangen werden?“, und für uns als Fach- und Dienstaufsicht ganz generell die Frage, dass solche Informationen eben nicht im Herzen gewogen werden können, sondern sowohl in der Hierarchie des BND nach oben müssen als auch zur Fach- und Dienstaufsicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hätten die Dinge gemeldet werden müssen seinerzeit?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und was soll jetzt diese Anordnung daran ändern, wenn sie schon damals hätten gemeldet werden müssen?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Das ist ja ganz klar, Herr Abgeordneter: Jetzt liegt der Fall einigermassen offen, und das ist Anlass für die Fach- und

Dienstaufsicht, noch mal ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass so etwas zu geschehen hat.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Schindler war hier gestern voll des Lobes über zumindest Herrn D. B., über den wir hier intensiv sprachen. Können Sie das verstehen?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ich kenne nicht die Motivation seiner Aussage von gestern; ich bitte um Nachsicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, am Ende des Tages ist es ja so, dass Herr D. B. das gemacht hat, was eigentlich die Fachaufsicht hätte machen müssen: Dem ist was aufgefallen, was Ihnen irgendwie entgangen ist, obwohl Sie nach Amerika gereist sind; der hat sich nämlich die logische Frage gestellt: „Irgendwo fließen hier Daten ab. Was passiert hier um Gottes willen?“, und ist auf die Idee gekommen, Selektoren zu löschen.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Dem muss ich widersprechen, Herr Abgeordneter: Die Fach- und Dienstaufsicht wird tätig - das habe ich jetzt schon an mehreren Stellen versucht zu erläutern -, wenn wir Hinweise darauf haben. Herr D. B. war sicher näher an der Sachlage, um diesen Hinweisen nachzugehen; nichtsdestotrotz entbindet ihn das nicht von der Pflicht, die Fach- und Dienstaufsicht zu unterrichten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Über diese Hinweise will ich jetzt mit Ihnen sprechen. Es gibt den Artikel im *Spiegel* vom 16.05.2015: „Alles ungefiltert“; vielleicht erinnern Sie sich. Dort steht - ich zitiere ein längeres Stück - - Also, Kontext ist:

Die USA wollten sich schon 2007 einen nahezu uneingeschränkten Zugang zu Daten aus dem deutschen Netz sichern - zum Entsetzen des BND.

Wir sprachen über den Vorgang. - Und in diesem Artikel steht Folgendes:



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ausdrücklich warnte der deutsche Geheimdienst vor „Wirtschaftsspionage gegen europäische Netzbetreiber und damit einhergehende mögliche Schäden für die europäische Wirtschaft“.

- alles in Anführungsstrichen -

Der Hinweis war nicht nur hypothetisch, tatsächlich hatte der BND zu diesem Zeitpunkt schon etliche Belege für die überbordende Neugier der NSA gesammelt. Das Fazit aus dem BND: „Eine umfassende Kooperation mit den USA auf europäischem Boden birgt damit das Risiko innereuropäischer politischer Verwerfungen.“

Im Kanzleramt jedoch kam die Mahnung nicht so an wie gewünscht. Man nehme die „betont skeptische Bewertung“ des BND zur Kenntnis, schrieb ein Mitarbeiter kühl an seinen Vorgesetzten, den damaligen Kanzleramtsminister de Maizière. Vom deutschen Geheimdienst werde seitens der Amerikaner „eine ‚hidden agenda‘ für möglich bis wahrscheinlich gehalten“ - darunter auch, so der Vermerk, „industriepolitische Interessen“.

Er gehe jedoch davon aus, „dass andere deutsche Sicherheitsbehörden dies anders bewerten“. Offenbar hoffte man im Kanzleramt, den BND umstimmen zu können: Sollte dieser bei seiner Haltung bleiben, werde er sich „argumentativ wappnen müssen“, heißt es in dem Schreiben.

So steht es im *Spiegel*. Da entsteht der Eindruck, Herr Fritsche, dass das Bundeskanzleramt nicht nur bösgläubig war, sondern dass man die große Kritik, die es innerhalb des BND gab an der Kooperation mit den USA, sogar versucht hat abzubügeln, kleinzureden, kleinzumachen. Können Sie dazu was sagen?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Na, ich habe, glaube ich, jetzt schon mehrere Male gesagt, auf verschiedene Fragen, dass es damals eine Diskussion gegeben hat, und ich habe von irgendjemandem, glaube ich, auch gehört, dass es zwei Fraktionen im BND gegeben haben soll: die einen dagegen, die anderen dafür. Diese Diskussion hat stattgefunden.

Und ich habe heute mehrere Male gesagt, dass vor allem auch bei der Ablehnung, die letztlich Chef BK im Hinblick auf eine Intensivierung der Zusammenarbeit an den BND gegeben hat, industriepolitische Fragen eine Rolle gespielt haben, eben auch die Frage der Erfahrung in dem einen konkreten Projekt, was die Zeitdauer der G-10-Ausfilterung angeht, und die andere Frage, ob nicht vonseiten der Amerikaner uns auch mal gewährt wird, dass wir in Amerika, in den USA, ein solches Projekt machen. Das hat in der Gesamtzusammenschau dann dazu geführt, dass Chef BK entschieden hat, dass wir jedenfalls eine Intensivierung nicht machen. Das heißt aber nicht, dass das, was an Zusammenarbeit bereits existierte und existiert, dass das mit den Vereinigten Staaten nicht gemacht wird.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das sage ich ja auch nicht. Ich sage: Wenn man dann im Sommer 2013 die Snowden-Papiere liest, müssen alle Alarmglocken angehen. Sie können nicht so tun hier, als wenn das Bundeskanzleramt wie die Jungfrau zum Kinde sagt: Was? Die Amerikaner? So was sollen die machen? Ist ja ungeheuerlich. Das kann ich mir gar nicht vorstellen.

Sie berichten hier von intensiven Diskussionen, widersprechen mit keinem Wort, dass das hier offensichtlich eine im BND vertretene Position war damals, 2008, und wollen trotzdem erzählen - ich komme zurück zu meiner Frage aus der letzten Runde -, dass die alleinige Schuld an den Fehlern, die es gegeben hat und die Sie erst im März 2015 attestieren wollen, der BND trägt? Da habe ich erhebliche Zweifel. Mir kommt es so vor, als würde das Bundeskanzleramt ein ganz billiges Blame Game spielen, es einfach dem BND umhängen wollen. Deswegen frage ich Sie noch mal: Bleiben Sie bei Ihrer Einschätzung,



Nur zur dienstlichen Verwendung

dass die Schuld für diese Fehler der BND allein trägt?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, ich bleibe bei meiner Einschätzung, dass Fehler im Bundesnachrichtendienst geschehen sind, und ich bleibe bei meiner Einschätzung, dass das, was Herr Uhr-lau gesagt hat hinsichtlich der Bösgläubigkeit - das wiederholen Sie ja jetzt auch im Zusammen-hang mit der Zitierung des *Spiegel*-Artikels -, dass ich das damals nicht gesehen habe und von Herrn Uhr-lau auch nichts gehört habe und von daher damals von keiner Bösgläubigkeit seitens des Kanzleramtes ausgegangen werden konnte gerade zu der speziellen Frage, was sich in Se-lektorenlisten verstecken könnte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Sind denn andere Fehler im Bundeskanz-leramt gemacht worden?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Es geschehen im-mer Fehler, Herr Abgeordneter.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): In diesem Zusammenhang, Herr Zeuge?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Aber ich sehe jetzt, was den Untersuchungsgegenstand und diesen Ausschuss angeht, im Moment keine.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Sie sehen keine Fehler im Bundeskanzler-amt in diesem Zusammenhang?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Soweit ich das überblicken kann, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Wann haben Sie denn zum ersten Mal von der Problematik der Selektoren gehört?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Dass diese Listen existieren? Im Frühjahr dieses Jahres.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Dass es Suchbegriffe gab, die eingespielt wurden, davon wussten Sie nichts?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, nach meiner Erinnerung habe ich eine Besuchsmappe bekom-men 2010 vom, weil ich damals ja im BMI war, Kanzleramt, und in dieser Besuchsmappe - ob ich das gesehen hatte, kann ich nicht mehr sagen; aber ich will es auch nicht ausschließen - hat et-was von den beiden Firmen, die heute schon mal die ganze Zeit erwähnt worden sind, gestanden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ja. Aber die Problematik, dass Suchbegriffe gegenseitig eingestellt werden bei Kooperationen, nicht nur in Bad Aibling, sondern bei den auch in Ihrer Zeit aktiven Projekten „Eikonol“, „Glotaic“, also gar nicht von dem Problem über-griffiger Selektoren, sondern erst mal das, was mit Suchbegriffen funktioniert, dieses Spiel der SIGINT, war Ihnen das bekannt?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Das war natürlich bekannt, weil vor dem Hintergrund - ich habe es schon mal gesagt - für uns damals das Haupt-problem war die Spam-Filterung, weil das gerade technisch am Anfang der Entwicklung war hinsichtlich paketvermittelter Verkehre.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Ja. Nur, es gab eben - deswegen wundere ich mich über diese - - Gegenüber anderen Kon-trollgremien hat man ja auch sehr vertieft erläu-tert, was für krasse Probleme man mit Spam hat - klingt ja erst mal harmlos -; aber es hat ja noch ganz andere Probleme gegeben. Ist Ihnen bekannt, dass im Jahr 2006 innerhalb des BND zur Überprüfung der Kooperationen, die man lau-fen hatte, vor allen Dingen „Eikonol“, man ein Gutachten für einen Separator in Auftrag gegeben hat, man ein Gutachten für einen Schwachstel-lenbericht in Auftrag gegeben hat und dass man ein Kontrollsystem installiert hat, um mal so zu checken, was da überhaupt für Daten abfließen?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Das ist mir bekannt, seitdem ich die Akten, seit Frühjahr dieses Jah-res, sehen konnte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Vorher haben Sie davon nie gehört?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Nein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und haben Sie - stimmt das? - als Reaktion auf dieses tatsächlich ja interessante Schwachstellengutachten die Erstellerin dieses Schwachstellengutachtens ins Bundeskanzleramt eingeladen?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Selbstverständlich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie denn den Ersteller des Separatorengutachtens und die Installateure des Kontrollsystems auch ins Bundeskanzleramt eingeladen?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ich hatte, wenn ich mich richtig erinnere, eine Besprechung, da war die Erstellerin dieses sogenannten Schwachstellengutachtens dabei.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und was war Gegenstand dieses Gespräches? Wie muss man sich das vom Setting vorstellen?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Na ja, nachdem die Fach- und Dienstaufsicht jetzt etwas zur Kenntnis genommen hat, das im Zusammenhang auch mit dem Untersuchungsausschuss steht - aber nicht nur, sondern das ist die Verpflichtung der Fach- und Dienstaufsicht -, wollte ich mit den Verantwortlichen - es war ja nicht nur die Dame allein - reden, was damals die Motivation war, wie das entstanden ist und, und, und.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und ist das hinreichend dargelegt worden?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ihre Sichtweise ist dargelegt worden. Es ist von - - Ich habe ja auch keine Folgerungen daraus ziehen können; denn wir sind ja im laufenden Verfahren der Sachverhaltsaufklärung, und das ist ein Stück, das dazu gehört. Das war jetzt nicht etwas, wo ich sagen könnte, das müssen wir jetzt korrigieren oder sonst was.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist die Einladung von der Zeugin K. L. auf Ihre Anweisung hin geschehen?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: So ist es.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehen Sie ein Problem darin, dass die Zeugin oder die Person K. L. wenige Wochen später hier bei uns Zeugin werden sollte?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Sehe ich nicht, weil ich nicht während eines laufenden Untersuchungsausschusses meine Fach- und Dienstaufsicht beenden kann. Das ist nun mal eine Aufgabe, und dem muss ich nachgehen. Ich glaube, wenn ich das nicht gemacht hätte, hätte man mir an anderer Seite den Vorwurf gemacht, dass ich mich jetzt zurücklehne, dem Untersuchungsausschuss das überlasse und die Fach- und Dienstaufsicht nicht mal hier - denn die Diskussion hat man ja heute gesehen - wahrnehme.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ich würde es extrem hilfreich finden, wenn Sie als Fach- und Dienstaufsicht auch die Teilnehmer des Kontrollsystems aus dem Jahr 2006 mal zu sich einladen und mit denen sprechen; das werden wir hier auch noch tun. - Gibt es denn von diesem Treffen mit Frau K. L. ein Protokoll?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ui! Da müsste ich jetzt - - Ich will es nicht ausschließen, kann sein.

(Martina Renner (DIE LINKE): Macht doch nichts!)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, wir hätten daran großes Interesse - ich weiß, das liegt dann wohl nicht mehr im Untersuchungszeitraum; den müssten wir dann notfalls erweitern -, weil natürlich, wenn man sich das Schwachstellengutachten durchliest - da stimme ich Ihnen völlig zu -, einem viele Gedanken kommen, was da eigentlich abgelaufen ist, und wenn das nicht nach oben weitergegeben wurde, dann haben wir da auch noch ein paar Nachfragen.

Noch einmal bezüglich des Kontrollsystems, von dem Sie ja schon gehört haben: Wissen Sie um Ergebnisse dieses Kontrollsystems?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir auch nicht.

(Heiterkeit beim BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und bei
der LINKEN)

Und das ist kurios, dass eben innerhalb des BND im Jahr 2006 da eine Spiegelung aller Daten irgendwie vorgenommen wurde, um zu gucken, was da eigentlich alles abfließt.

(RD Philipp Wolff (BK): Ist
das aus offenen Unterlagen,
Herr Abgeordneter?)

- Wir haben das hier schon hundertmal offen besprochen.

RD Philipp Wolff (BK): Inhaltlich, glaube ich, noch nicht. Wir haben den Begriff Kontrollsystem hier erörtert; aber der Rest wurde in eingestufteter Sitzung behandelt.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Wir sind ein eigenes
Kontrollsystem!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir sollten es jetzt nicht mehr ausdiskutieren, weil die Zeit schon lange abgelaufen ist. Aber eine Frage würde ich noch zulassen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Finden Sie es nicht komisch, Herr Zeuge, dass die Ergebnisse dieses Kontrollmechanismus aus dem Jahr 2006 sich nirgendwo in den Akten wiederfinden? Oder ist das so üblich, und würden Sie sagen, das kriegt TÜV von der Rechts- und Fachaufsicht?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, dazu weiß ich zu wenig von dem, was damals gelaufen ist. Bisher habe ich das nur gehört, dass es existiert hat. Aber mehr weiß ich noch nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben nur gehört, dass es existiert hat, Sie haben nichts von den Ergebnissen gehört?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ich habe, glaube ich, auch etwas zu Ergebnissen gehört; aber ich glaube, das kann ich in geheimer Sitzung sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Da bin ich sehr
gespannt!)

Dann kommen wir jetzt zur Fraktion der SPD.

Christian Flisek (SPD): Wir haben in öffentlicher Sitzung keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann sind wir bei der Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir haben ja vorhin die Frage diskutiert, wann ein Ereignis so gewichtig ist, dass es gemeldet werden muss, und Sie haben darauf abgestellt, dass es insbesondere dann der Fall ist, wenn in der Presse Dinge stehen, die von Relevanz sind, und dass man das am liebsten auch gerne vorher erfährt. Es ist natürlich die Frage: Man erfährt es vorher, weil sich das Medium an den BND gewandt hat. Das wäre jetzt der Weg. Oder erfährt man das noch auf anderen Wegen vorher?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Na, ich - -

Martina Renner (DIE LINKE): Also, weil ich erfahre die Sachen immer erst, wenn sie in der Presse stehen.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Nein. Ich habe ja das grundsätzliche Problem jetzt auch vor allem mit dem zuständigen Parlamentarischen Kontrollgremium, dass häufig Dinge, die im Dienst nicht als besonderes Vorkommnis gesehen werden - - und es auch, wenn es die Fachaufsicht erfährt, dort ebenfalls geteilt wird, dann aber, wenn



Nur zur dienstlichen Verwendung

sie in den Medien stehen, plötzlich ein besonderes Vorkommnis sind.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Das ist das grundsätzliche Problem in dem Verhältnis zwischen kontrollierten Diensten und dem Kontrollgremium. Davon kann der Vorsitzende Hahn, der hier neben Ihnen sitzt, sicher einiges beitragen.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Darf ich nicht!)

Wir haben uns aber bemüht, und dann bin ich für jeden Zugang dankbar, und ich will nicht erst durch eine Presseanfrage das erfahren, also, die dann beim BND in der Pressestelle war, und der BND sagt: „Ach, übrigens, da ist eine Anfrage, jetzt müssen wir es euch doch sagen“, sondern mein Bestreben ist, dass vor dem Hintergrund der allgemeinen Dienstvorschrift das schon frühzeitig gesagt wird, weil mein Bestreben auch ist, das Parlamentarische Kontrollgremium von solchen besonderen Vorkommnissen möglichst frühzeitig zu unterrichten und nicht erst aus der Presse.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Das gelingt nicht immer.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Aber das heißt, wenn Dinge in der Presse stehen, lösen sie eben oft auch Rückfragen beim Bundeskanzleramt, im BND aus, weil man sich dann natürlich rückversichert: Was ist denn das, ist das richtig, müssen wir da jetzt irgendwie darauf reagieren usw.?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und Sie haben ja ausgeführt, dass Ihnen - jetzt auch noch mal bestätigt eben auf die letzten Fragen von Bündnis 90/Die Grünen - diese Selektorenproblematik eben erst im Frühjahr 2015 wirklich aufgegangen ist, aufgefallen ist, bekannt geworden ist. Und deswegen möchte ich Ihnen jetzt gerne einen Artikel aus der *Süddeutschen Zeitung* vorhalten,

vom 04.10.2014. Der Artikel heißt „Codewort Eikonale“, und in dem Text heißt es:

Risiko und Nutzen wurden all die Jahre immer wieder abgewogen, auch weil die Amerikaner sich offenbar an die vereinbarten Spielregeln hielten. ... 2005 fiel auf, dass die Amerikaner die gemeinsame Arbeit dazu missbrauchten, um nach Informationen über EADS, Eurocopter und französische Behörden zu suchen.

Das heißt, das muss ja der Zeitpunkt gewesen sein, zu dem man - spätestens und nicht erst im März 2015 - EADS- und Eurocopter-Problematik zur Kenntnis genommen hat. Was ist denn auf den Artikel hin dann passiert, im Oktober 2014? Sie sind ja heute noch Kontrolleur.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja, auf den Artikel ist nur das passiert - - Der Artikel fußt ja im Wesentlichen auf Unterlagen, die diesem Ausschuss zur Verfügung gestellt worden sind, und in dem Zusammenhang ist dann auch dieser Artikel entstanden. Nach meiner Kenntnis -

Martina Renner (DIE LINKE): Meinen Sie?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: - sind diese Fragen nicht mit Selektorenfragen verknüpft worden, und wenn ich das noch richtig in Erinnerung habe, ist hier auch gesagt worden, dass das einige Zeit zurückliegt und dass das behoben wurde.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie wurden ja heute auch schon gefragt, wann Sie das erste Mal EADS, Eurocopter und Ähnliches in den Unterlagen gelesen haben.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: So ist es.

Martina Renner (DIE LINKE): Was haben Sie denn da geantwortet?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: 2010.

Martina Renner (DIE LINKE): Hm.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ich kann mich zwar konkret nicht erinnern, aber ich schließe es nicht aus.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Aber jetzt steht ja hier nicht das Wort „Selektoren“; aber es steht der Vorgang der Selektoren - ja?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Hm.

Martina Renner (DIE LINKE): Was ist denn - - Und es ist ja auch hier noch einmal mit den französischen Behörden ziemlich konkretisiert. Was ist denn daraufhin vor März 2015 unternommen worden? Hat man da schon angefangen, Unterlagen zu suchen?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Kann ich Ihnen nicht sagen, weil von 2005 bis 2009 war ich der Abteilungsleiter 6 im Kanzleramt, dann war ich Innenstaatssekretär, und seit Januar letzten Jahres bin ich wieder im Kanzleramt, um mich mit der Frage, mit dem Untersuchungsausschuss und dem Gegenstand des Untersuchungsausschusses zu beschäftigen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber nun liegen ja die Selektoren bei Ihnen im Tresor. Sie sind ja eine wichtige Person. Die Geschichte geht ja so: Man fängt erst an zu suchen, nachdem wir im Februar den entsprechenden Beweisantrag BND-26 hier beschließen.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Hm.

Martina Renner (DIE LINKE): Man hat also auf Grundlage dieser Veröffentlichung im Oktober 2014 nicht mal rumgefragt, was da Sache ist?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Na ja, die Unterlagen, die die Grundlage für diesen Artikel sind, sind ja über das Kanzleramt zur Verfügung gestellt worden, und es hat keine Verknüpfung mit Selektorenlisten gegeben.

Martina Renner (DIE LINKE): Wissen Sie, das kann ich mir alles gar nicht vorstellen, weil es war - - Es muss doch klar gewesen sein, ob man das jetzt Selektoren oder Suchprofile oder Kommunikationsmerkmale oder egal was nennt, dass

diese Problematik nur bemerkt werden konnte - 2005, 2008, 2010, 2011 und wann auch immer - auf Grundlage von nicht zulässigen Selektoren. Das muss doch - - Also, das muss doch für beide Seiten, BK wie BND, absolut sinnfällig gewesen sein, dass es nur so zu diesen - ja? - Vorkommnissen gekommen ist. Deswegen: Ich verstehe diese Geschichte am Ende nicht, dass dieser Untersuchungsausschuss einen Beweisantrag irgendwie beschließt und man dann plötzlich sagt: Och, Selektoren! Haben wir gar nicht gewusst, dass die Amerikaner so was machen. - Das kann ich wirklich nicht verstehen.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Es ist aber so, wie ich es bisher gesagt habe, Frau Abgeordnete: In der Zeit, in der ich in der Verantwortung dafür war, ist dieser Begriff nicht aufgefallen, und im Übrigen ist im - - ist auch - - und ich glaube, das kann ich nur -

Martina Renner (DIE LINKE): Wir müssen uns doch nicht an den Begriffen festhalten.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: - in geheimer Sitzung sagen - - ist, glaube ich, auch in dem Zusammenhang zum einen beschrieben worden, dass es lange Zeit zurückliegt, und zum anderen, dass es behoben wurde.

Martina Renner (DIE LINKE): Dass es behoben wurde?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Es ist so gut behoben worden, dass man jetzt die Ausleitung von Ergebnissen aus der Interneterfassung eingestellt hat. - Also das zur Frage „behooben“.

(Zuruf)

- Behoben ist da gar nichts. - Aber ich kann es immer noch nicht glauben.

Also, jetzt noch mal einen anderen Weg: Die Amerikaner stellen das ja nicht nur beim BND ein, sondern auch bei anderen Kooperationspartnern, mit denen man auch verbunden ist über Seniors SIGINT usw. - ja? Also, wir sind ja nicht



Nur zur dienstlichen Verwendung

das einzige Land, wo NSA-Selektoren durch die Datenbanken laufen - ja? Tauscht - - Wie sieht es denn aus, irgendwie - - Also, man muss sich doch unter den ANDs - - Aber Sie sind ja auch in der Sphäre, wo man - Single Point of Contact und so was - nicht? - ganz oben mitspielt -

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Aber nur für diesen Untersuchungsausschuss.

Martina Renner (DIE LINKE): - na ja, genau -, aber ganz oben mitspielt irgendwie, wo man sich vielleicht ja auch mit anderen, befreundeten Nachrichtendiensten mal darüber unterhält, was die NSA da mit ihren Selektoren macht, weil man diese Probleme seit 2005 ja hat in Deutschland.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, Frau Abgeordnete, so unterhalten sich Nachrichtendienste nicht. Es gibt zwar - -

Martina Renner (DIE LINKE): Die Politiker aber vielleicht.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Nein, es gibt - eben die SIGINT Seniors - multilaterale Treffen, wo aber generelle Probleme besprochen werden. Wenn es um konkrete Projekte oder Operationen geht - das gilt ja auch für menschlichen Bereich, im HUMINT-Bereich -, dann ist es meistens bilateral. Vor dem Hintergrund der Terrorgefahr haben wir in den letzten Jahren allerdings auch gelernt, dass es multilateral sein kann. Aber es ist nicht so, dass bei SIGINT-Seniors-Treffen konkrete Operationen, jedenfalls in der - - generell besprochen werden und vor allem nicht die anderen gefragt werden: Was haltet ihr eigentlich davon?

Und um das zu sagen, was Sie unterstellen: Ich habe keine definitive Kenntnis, dass diese Selektorenliste in anderen Projekten eine Rolle spielt oder mit anderen Partnern geteilt wird. Es mag vieles an Plausibilitäten dafür geben - da gebe ich Ihnen recht -, nur definitive Kenntnis haben wir nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Es gibt ja auch Länder, die haben sich dagegen entschieden. Das weiß man nicht als Bundesregierung?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, das liegt wohl in der nationalen Hoheit der jeweiligen Länder.

Martina Renner (DIE LINKE): Da - - Weil ich gehe noch mal zurück. Es war ja zu Recht, dass Herr von Notz noch mal mit Echolon usw. wirklich noch mal die Historie bemüht hat - ja? Es gab sehr früh schon Hinweise darauf, dass US-Amerikaner gegenüber europäischen Staaten, Regierungen, Unternehmen Spionage betreiben wollen und sich dafür technisch hier bereit machen - nicht?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, wenn Sie Echolon ansprechen, dann war damals die Diskussion, wenn ich mich richtig erinnere, eine andere, dass die jeweiligen Stationen, -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: - die Echolon angeblich bilden sollten, in jeweils Nationalstaaten waren und damals die Frage gestellt worden ist: Was geschieht dort? - Das war die Hauptfrage, die damals eine - - nach meiner Erinnerung eine Rolle gespielt hat.

Martina Renner (DIE LINKE): Ach, ich kann Ihnen da einen alten Artikel raussuchen - ich finde ihn wahrscheinlich jetzt gar nicht so schnell -, da kommt ganz konkret schon die Frage, ob die USA, die NSA, Wirtschaftsspionage betreiben, im Zusammenhang mit Echolon.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Gut, aber diese Frage habe ich ja auch versucht vorhin schon mal aufzugreifen. Wirtschaftsspionage im Sinne von Know-how-Abfluss und davon, einen Wettbewerbsvorteil jemandem zu verschaffen, das ist natürlich in Staaten, die - egal was man den Vereinigten Staaten in der Öffentlichkeit vorwirft - grundsätzlich demokratisch sind und auch eine Marktwirtschaft haben, nur sehr schwer vermittelbar für staatliche Dienste; denn wie soll - - Nehmen wir an, eine Blaupause von irgendetwas: An welche Firma soll die in den Vereinigten



Nur zur dienstlichen Verwendung

Staaten gehen, wenn ein amerikanischer Dienst hier Auftragnehmer sein sollte? Deswegen halte ich das für nicht nur unplausibel, sondern auch nicht für nachvollziehbar.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt ist die Zeit um.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich will das einfach nur - - Ja, das ist die letzte Frage.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich will es einfach nur noch mal auf den Punkt - - Ich finde, man hält sich zu viel an dem Begriff der Selektoren fest. Sie würden auch die Frage verneinen, wenn ich sage, dass es nicht zulässige Suchprofile, Suchmerkmale, Kommunikationsmerkmale - also, Sie wissen, was ich meine; ja? - gab, die vonseiten der NSA übergeben wurden und ins BND-System versucht wurden einzustellen oder eingestellt waren, und dass Sie das tatsächlich - also, selbst wenn ich von dem Begriff der Selektoren weggehe - - dass Sie das tatsächlich erst seit März 2015 wissen?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: So ist es.

Martina Renner (DIE LINKE): So ist es. - Okay. Weil wir haben ja noch andere Möglichkeiten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. - Ich gehe davon aus, die Union hat derzeit keine weiteren Fragen in öffentlicher Sitzung. - Dann kommen wir zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich komme zunächst noch mal zurück auf die Verhandlungen, die unter anderem Sie, aber vor allen Dingen Herr Schindler in den USA geführt haben, und Sie hatten ja schon erwähnt, dass ab Januar 2014 das dann zu Ende schien, sage ich mal etwas vorsichtig. Da möchte ich Ihnen vorhalten, weil das wird aus diesem Schreiben relativ deutlich, dass das Ganze, diese Verhandlungen, mindestens den Hautgout hatten, sage ich jetzt mit meinen Worten, dass das Ganze nur veranstaltet wurde, um die deutsche

Öffentlichkeit zu beruhigen. Ich will Ihnen das mal vorlesen, was ich in einem Schreiben vom 14. Januar 2014 gelesen habe und woraus sich das für mich ergibt, und das soll auch über Ihren Schreibtisch gegangen sein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was ist das für eine Materialnummer?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist MAT A BK-7/1b.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist das eingestuft, oder - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist nicht Geheim.

(Zuruf: NfD!)

- NfD.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Aber VS-V?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Das ist also an die Frau Bundeskanzlerin gerichtet, und dann über, über, über; da kommen Sie dann auch vor, Staatssekretär Fritsche, und da - - Ich will das ein bisschen abkürzen, weil das sind zwei Seiten. Also:

Die Verhandlungen mit den USA zu einer Vereinbarung zwischen BND und NSA ... haben einen kritischen Punkt erreicht.

Und dann kommt eine ganze Seite, wo der Punkt beschrieben wird, und dann kommt die Bewertung:

Die USA setzen sich mit ihrer klar negativen Aussage zu der angestrebten Vereinbarung zwischen BND und NSA in Widerspruch zur Zusage des ... NSA-Chefs, Keith Alexander, ...

Jetzt kürze ich wieder ab: Die US-Haltung scheint



Nur zur dienstlichen Verwendung

... damit festzustehen. Sie sind nicht bereit, den völligen Abschluss von unilateralen SIGINT-Aktivitäten der NSA innerhalb von Deutschland zuzugestehen. Dies wäre auch im internationalen Kontext ein echtes Novum gewesen und wäre, -

- da wurden Sie ja vorhin schon vom Kollegen Flisek nach gefragt -

- nach US-Aussagen, auch über das zwischen den „five-eyes“ Vereinbarte hinausgegangen.

So, und jetzt kommt das, was mit der Öffentlichkeit zu tun hat. Es geht dann da weiter, was man noch machen könne. - Zum Schluss heißt das dann:

Hinweise auf einen möglichen Abbruch der Verhandlungen zu einem Abkommen zwischen den Diensten haben bereits für Negativschlagzeilen in der Presse gesorgt ...

- Zitat *Süddeutsche Zeitung*, 14.01.14 -

... und erste kritische Reaktionen aus dem Deutschen Bundestag hervorgerufen.

So, was macht man jetzt?

Deshalb erscheint es nicht angebracht, bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt vom Ende der Verhandlungen zu sprechen.

Unsere Haltung müsste den Amerikanern zeitnah übermittelt werden. (?)

Und dann kommen noch unten handschriftliche Zusätze, von denen ich nicht weiß, von wem sie stammen. „Das macht dann Sinn“, hat dann einer da unten dazugeschrieben:

Das macht dann Sinn, wenn die politischen Erklärungen als Verbesserung gegenüber dem Status quo gewertet werden. (?)

Also, offenbar - das hatten Sie ja vorhin auch schon so angedeutet - - Sie haben zwar gesagt: „Wir haben dann noch weitergemacht“, aber Sie haben der Öffentlichkeit mindestens da nicht gesagt, dass Sie selber oder in Ihrem Hause selber die Meinung vorherrschte, zu sagen: „Da wird nichts daraus, das geht eigentlich auch gar nicht, das machen die mit niemandem“, und in der Öffentlichkeit haben Sie das aber - ich sage es mal vorsichtig - mindestens verschoben.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Aber, Herr Abgeordneter, das verstehe ich jetzt nicht, wie Sie das sagen können. Also, Sie haben ja begonnen, dass das Ganze ein Fake ist. Ich habe jetzt -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, das andere - -

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: - mehrere Male versucht, zu sagen, dass es solche Verhandlungen gegeben hat, und ich habe auch gesagt, dass die dann im Frühjahr des Jahres 2014 auch letztlich durch die Äußerung nicht nur von Herrn Steinmeier als Außenminister, sondern auch durch Herrn Seibert als Regierungssprecher quasi beendet wurden. Aber am 14.01. war es noch nicht so, und selbstverständlich gibt es Vermerke, in denen in Vorlagen an die Spitze des Hauses gesagt wird: Das ist so; das ist ein kritischer Punkt; wir müssen noch mal darüber reden. - Deswegen haben wir Vorlagen; es muss ja darüber diskutiert werden. Es ist ja nicht so, dass die Vorlage geschrieben wird und die Kanzlerin und Chef BK zeichnen ab und sagen: „So ist es“, sondern darüber muss diskutiert werden, und wenn ich mich richtig erinnere, hat es - der 14.01. war, glaube ich, mein erster Tag in der neuen Position im Kanzleramt - da auch ein Gespräch beim Chef BK gegeben, und es gibt auch noch ein Telefonat - das habe ich vorhin angedeutet -, wo es jedenfalls zu einem etwas späteren Zeitpunkt noch nicht vollständig beendet war. Aber dann, als Seibert das gesagt hat - ich glaube, März, April -, dann stand es jedenfalls aus Sicht der Bundesregierung fest, dass wir hier keine politische Erklärung mehr hinbekommen.

Aber ich sage noch mal: Es hat den Anlass dafür, dass man überhaupt darüber spricht, Anfang



Nur zur dienstlichen Verwendung

August 2013 gegeben, und den Anlass hat nicht die Bundesregierung und haben auch nicht deutsche Vertreter gesetzt, sondern das haben die Amerikaner gesetzt, dass man in solche Verhandlungen - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wollen wir jetzt nicht wiederholen. Da gibt es ja auch andere Darstellungen, jedenfalls auf der politischen Ebene, wie Sie wissen; das ist ja veröffentlicht.

(Tankred Schipanski
(CDU/CSU): Wieso nicht?)

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja, aber ich bin hier Zeuge und sage das, was ich will.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Jetzt komme ich noch mal zu einem ganz anderen Punkt. Bei den Problemen mit der G-10-Filterung, haben Sie ja auch gesagt, ist - - Da haben Sie immer gesagt, dass das nicht schnell genug geht. Das sei das Ihnen bekannte Problem gewesen. Ist es nicht in der Sache so gewesen, und wussten Sie das nicht damals auch, dass diese Filterung eben nicht vollständig möglich ist, dass es gar nicht geht, dass es technisch nicht geht? Eine Frage, die auch an anderen Orten immer wieder gestellt worden ist: Wie sicher filtern diese G-10-Filter eigentlich aus?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Richtig. Darüber sind wir schon seit einiger Zeit, und zwar seit Jahren, mit der G-10-Kommission im Gespräch, und es gibt dazu auch schon Rechtsprechung, die damit umgeht. Wenn zum Beispiel ein deutscher Staatsangehöriger, der mit „dot.com“ oder mit einer anderen Endung - also nicht „de“, wo er sofort ausgefiltert wird - und mit einem nichtdeutschen Namen - - und womöglich auch nicht mit deutscher Zunge redet - - Und wenn man das erst hinterher feststellt, dann gibt es die sogenannte G-10-Positivliste, wo das, wenn es erkannt worden ist, eingegeben worden ist, und wenn es während der Auswertung erkannt wird - das ist auch von der Rechtsprechung anerkannt worden -, dann ist es unmittelbar zu löschen. Das ist die eine Problematik, die wir permanent auch

mit der G-10-Kommission insoweit besprechen und besprochen haben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, es soll technische Probleme geben, überhaupt zu einer vollständigen - -

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Das wäre jetzt der zweite Punkt gewesen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ich habe mit den Amerikanern damals geredet, und es ging um die Frage. Wir haben es - - So haben es mir die Fachleute des BND erklärt: Wir sind technisch nicht in der Lage, es hundertprozentig technisch mit Filtern auszufiltern. Deswegen müssen wir händisch in die Listen rein oder in die Dinge, die dort gesteuert werden, rein, und diese händische Durchsuchung ist dann 100 Prozent sicher, aber sie dauert 24 Stunden, und das ist mit den Amerikanern besprochen worden. - Dann haben die Amerikaner gesagt: „Wir brauchen hier das schneller“, und das hat dann - - so, was ich - - an den Gesprächen war ich wieder selbst nicht dabei - - was mit dem Dienst oder zwischen den Diensten besprochen worden ist - zu der von Herrn Uhrlau zitierten Austrocknung geführt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der dritte Punkt: Haben Sie mal was davon gehört, dass im Bundesnachrichtendienst - wir entnehmen das möglicherweise Schriftstücken - ein Risiko, ein erhebliches Risiko gesehen wurde, wenn das rauskommt, was da in Bad Aibling gemacht worden ist, nein, nicht in Bad Aibling, vor allem in „Eikonol“ in Frankfurt?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja, ich habe in der Vergangenheit öfter mal die dankenswerten Hinweise von BND-Mitarbeitern gelesen, dass es ein politisches Risiko sei. Aber bei allen Operationen, die über den Tisch des Kanzleramtes gegangen sind, haben wir im Kanzleramt entschieden, dass wir das goutieren, und dann ist das auch gemacht worden, unabhängig von Bemerkungen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sagen, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Fragezeit wäre damit zu Ende.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - worin das Risiko gesehen wurde?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Da habe ich, ehrlich gesagt, nicht mit dem Sachbearbeiter, der das geschrieben hat, gesprochen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt kämen wir zur Fraktion der SPD, wenn es noch Fragen gibt in öffentlicher Sitzung.

Christian Flisek (SPD): Wir haben in öffentlicher Sitzung keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke schön. - Dann sind wir bei der Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner?

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe im Moment keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann sind wir bei der Union.

Nina Warken (CDU/CSU): Auch keine.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und schon sind wir wieder bei Bündnis 90/Die Grünen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Diese Rituale!

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Kollege Ströbele hat das Mikro noch an.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich habe nur noch zwei Fragen. - Also, diese Rituale kosten eigentlich nur Zeit. Aber gut, Sie sind der Vorsitzende.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, man nennt das Demokratie, wenn es andere Fraktionen noch gibt, Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sind der Vorsitzende. - Gut, also, ich wollte nur darauf - - Das habe ich ja noch mal gesagt. Stand das nicht in diesem Schreiben, Vermerken drin, das Risiko, worin das Risiko gesehen wurde? Ging es um die Öffentlichkeit, ging es um das Ausland?

RD Philipp Wolff (BK): Ich gehe davon aus, das sind offene Vermerke. Oder sind das eingestufte Vermerke?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sind eingestufte Vermerke. Deshalb halte ich sie auch nicht vor, sondern ich sage ja - - Oder waren es politische Probleme, die da gesehen worden sind?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja, nachdem ich jetzt von dem Vertreter der Bundesregierung auf der Bank gerügt worden bin, kann ich auch nicht weiter zu diesem in offener Sitzung etwas sagen. Deswegen bitte ich um Nachsicht; gerne in eingestufte Sitzung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, dann kommen wir dann nachher noch mal darauf zurück. - Die letzte Frage von mir ist: Ist denn gegen den Herrn D. B. mal erwogen worden oder tatsächlich durchgeführt worden ein Disziplinarverfahren irgendeiner Art? Weil Sie sagen ja: Der hat einen Fehler gemacht.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Soweit ich weiß - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder kommt das unter Menschen - -

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Soweit ich orientiert bin, ist das Verfahren so, wie es in jedem Disziplinarverfahren sein kann - das muss ja nicht heißen, dass es dann zu einem entsprechenden Ergebnis kommt -, dass es hier die sogenannten Vorermittlungen gibt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vorermittlungen, hm. Aber sind Sie nicht näher informiert?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Üblicherweise laufen die einige Zeit, und er hat natürlich auch gewisse Rechte, bis hin zu anwaltlicher Vertretung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da kann ich nahtlos anknüpfen. Kann es sogar sein, dass Herr D. B. an der Aufklärungsarbeit, die Sie gerade voranbringen, aktiv teilnimmt?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Wie soll ich die Frage verstehen? Was heißt „aktiv teilnimmt“?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, Teil der Aufklärungsleute ist, die versuchen, Fakten zusammenzutragen, um den Dingen auf den Grund zu gehen.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Selbstverständlich hat jeder, der in der TA etwas dazu leisten kann und aussagen kann, die Pflicht, dass wir diesen Sachverhalt aufklären.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist total selbstverständlich. Nur, Sie sprachen jetzt das Disziplinarrecht an und sagen: „Das Bundeskanzleramt hat keine Schuld; der BND war es, und es war eben D. B., der nicht weitergemeldet hat“, und der ist Teil Ihrer Aufklärungsarbeit. Das ist schon irgendwie kurios. Finden Sie das nicht?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, es geht hier um Informationen und Wissen aus einem relativ langen Zeitraum, wie Sie sicher zugeben werden, und ich glaube, dass uns sonst vorgeworfen werden würde, dass wir nicht alle Informationsquellen, die wir haben, zur Sachverhaltsaufklärung nutzen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hm. Also, Sie sehen da keinen Widerspruch.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ich sehe keinen Widerspruch.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es könnte sein, dass ihn eisenhart jetzt das Disziplinarrecht dann noch trifft bald?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Herr Abgeordneter, das ist eine Bewertung. Wir müssen das Verfahren abwarten. Das kann ich nicht beurteilen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na gut. - Wir sprachen ja eben über die Ladung von K. L. Und jetzt sagen Sie mir doch noch mal: Wann haben Sie denn von diesem Schwachstellengutachten genau erfahren?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, das Datum kann ich Ihnen natürlich - - oder kann ich Ihnen nicht sagen. Ich glaube, das war im zeitlichen Zusammenhang mit dem ersten - - innerhalb der ersten zwei, drei Wochen, als das bei uns bekannt geworden ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann ist das denn bekannt geworden?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ich kann mich noch gut erinnern: am 13.03. dieses Jahres, einem Freitag.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist aber ein Widerspruch, Herr Fritsche. Vielleicht überdenken Sie die Daten noch mal genau. K. L. war bei uns im Untersuchungsausschuss am 18.12., kurz vor Weihnachten, als Zeugin geladen, und die Einbestellung ins Bundeskanzleramt war ein paar Wochen vorher - so steht es bei uns in den Protokollen -, also ein paar Wochen vor dem 18.12.2014.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Das kann nicht sein, weil wir ja das erst im März erfahren haben und dann in dem Zusammenhang mit den Leuten gesprochen haben. Vielleicht aus anderem Grund; ich weiß es nicht. Aber jedenfalls mit dem Punkt, den Sie meinen, kann das nicht sein.

RD Philipp Wolff (BK): Es geht um den Schwachstellenbericht, glaube ich. Da reden Sie jetzt, glaube ich, aneinander vorbei.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ach so.



Nur zur dienstlichen Verwendung

RD Philipp Wolff (BK): Der Zeuge ist -

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Nicht um die Selektorenliste?

RD Philipp Wolff (BK): - bei der Selektorenproblematik, und Sie waren beim Schwachstellenbericht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, alles hängt mit allem zusammen.

RD Philipp Wolff (BK): Das war im Herbst letzten Jahres. - Genau, da hatten wir die Daten auch schon mal fixiert.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist Frau K. L. noch mal geladen worden wegen Selektoren?

RD Philipp Wolff (BK): Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Fritsche, Frau K. L., die Zeugin K. L. - - Wir klären das auf: Frau K. L. war damals eine sehr junge Beamtin im BND, die da 2006 diesen etwas überraschenden Auftrag bekommen hat, Schwachstellen in dem System zu finden, und wirklich viele Schwachstellen gefunden hat, und die ist vor dem 18.12.2014 ins Bundeskanzleramt zum Rapport, würde ich mal sagen, bestellt worden.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Hm.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das muss noch im Jahr 2014 gewesen sein. Damit ergibt sich natürlich ein Widerspruch im Hinblick auf die Problemkenntnisse des Bundeskanzleramts; das liegt nämlich deutlich vor März 2015.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Deswegen frage ich Sie noch mal: Kann es sein, dass Frau K. L. nicht schon im Jahr 2014, nämlich im Dezember oder vielleicht sogar November 2014, intensiv darüber berichtet hat im Bundeskanzleramt, was das Problem - - wie die

Probleme bei der Operation „Eikonol“ genau aussahen, wie Metadaten weitergeflossen sind, ohne dass man wusste, was drin ist, und Ähnliches?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, nach meiner Erinnerung habe ich nach dem Märzzeitpunkt, den ich Ihnen genannt habe, darüber gesprochen. Das war ein Teil der Aufarbeitung der Fach- und Dienstaufsicht. Dass das in 2014 schon gewesen sein soll - nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Würden Sie mir zustimmen, wenn ich die Schlussfolgerung ziehe, dass sich, wenn dieses Treffen mit Frau K. L. im Bundeskanzleramt schon 2014 war, bezüglich Ihrer Aussage, dass Sie erst im März 2015 von der Problematik erfahren haben, ein gewisser Widerspruch ergibt?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ich kann Ihnen nur sagen, dass ich erst im März 2015 von der Problematik erfahren habe.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch von der Problematik, die im Schwachstellenbericht benannt ist?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Nach meiner Erinnerung hat es in dem zeitlichen Zusammenhang dann die Besprechung gegeben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann ich ganz kurz unterbrechen?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir suchen die Stelle oder die Aussage von K. L. einmal heraus. In dem Zusammenhang haben wir das - vielleicht erinnern sich ja einige Kollegen - besprochen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich glaube, das Missverständnis ist zwischen Schwachstellenbericht und der Frage Entdeckung von Selektorenlisten, dass da, glaube ich, jetzt Sachverhalte durcheinandergebracht werden, wenn ich es richtig verstehe.



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja, aber der Zeuge muss sich doch an das Gespräch mit der jungen Beamtin erinnern, wo eben die Probleme innerhalb - - Bitte?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich habe nur gesagt, keine Ahnung, was der Zeuge inhaltlich - - Ich wollte nur sagen: Vielleicht ist das der Dissens - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie haben ja gerade den Zeugen erläutert; deswegen - - Also, wenn Sie keine Ahnung haben, was er meint, dann würde ich mich dazu nicht äußern, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein. Ich wollte auf einen möglichen Dissens hinweisen zwischen dem Schwachstellenbericht und dem Auftreten der Selektorenlisten, und das könnte hier der Grund sein, warum der Zeuge sich an das eine oder andere nicht erinnern kann, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - weil er vielleicht auf dem falschen Dampfer ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das kann passieren, und wir können ja versuchen, das aufzuklären.

Ich habe die Aussage von Frau K. L.; das kann ich hier nicht genau sehen. - Ach so, das ist Seite 119 von 147, öffentliche Aussage, und dann sagt die Zeugin K. L.:

Also, ich war vor ein paar Wochen im Bundeskanzleramt, weil ich gebeten worden bin, einen Mitarbeiter zu begleiten, weil der Herr Fritsche geladen hatte und irgendwie man wissen wollte, wie bestimmte Passagen in dem Bericht zu verstehen sind.

Bericht ist der Schwachstellenbericht. - Ich zitiere weiter:

Und da sollte ich als Autorin mitkommen und ihm helfen beim Verständnis. Da habe ich den Bericht in Stücken gesehen, weil der ist ja eingestuft. Deswegen darf ich den ja selber eigentlich auch gar nicht haben.

- „Eigentlich“; das ist lustig.

Da sind mir noch mal Passagen untergekommen. Aber das war es dann auch. Also, mehr Vorbereitung, so gesehen, habe ich nicht gehabt.

Also, es ging offensichtlich darum, wie sich die Zeugin vorbereitet hatte auf die Sitzung.

Und dann fragt die Kollegin Renner noch mal nach:

Jetzt hatte ich den Anfang akustisch tatsächlich nicht richtig verstanden. Wann waren Sie bei Herrn Fritsche?

Dann sagt die Zeugin:

Vor ein paar Wochen. Ich weiß es nicht mehr genau.

So, und das war eben diese - - Ich habe es mir aufgeschrieben. Die Zeugin war am 18.12.2014 bei uns als Zeugin im Untersuchungsausschuss. Also, das heißt, sie muss im November, so würde ich denken, November, vielleicht auch schon ein bisschen früher, aber irgendwie da im Jahr 2014 im Bundeskanzleramt in einer großen Runde gewesen sein und über diesen Schwachstellenbericht berichtet haben und auch über Selektoren und Ähnliches.

RD Philipp Wolff (BK): Eben nicht über Selektoren. Das stand auch zu keinem Zeitpunkt irgendwie in Rede, dass die über Selektoren berichtet hätte, und ich glaube, dadurch entsteht jetzt auch das Missverständnis. Da geht es überhaupt nicht um die Selektorenproblematik, sondern es geht um „Eikonol“ und den Schwachstellenbericht, der damals im Rahmen des Beweisbeschlusses vorgelegt wurde.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Zeuge Wolff,

(Martina Renner (DIE LINKE): Oh!)

Sie waren, glaube ich, -

RD Philipp Wolff (BK): Ich versuche, hilfreich zu sein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - bei dem Treffen - -

RD Philipp Wolff (BK): Ich war bei dem Treffen auch dabei.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie waren bei dem Treffen, glaube ich, auch anwesend.

RD Philipp Wolff (BK): Ja, war ich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Deswegen zügeln Sie sich; denn wir wollen Sie vielleicht sowieso noch mal hören, als Zeugen zu der Sache. Also - -

Gut, ich relativiere das mit den Selektoren. Dafür müssten wir das Protokoll dieser Sitzung sehen, irgendwann Ende 2014, was da genau Gegenstand war. Aber die Probleme bei „Eikonal“, die stehen in diesem Schwachstellenbericht auf dramatische Weise drin; das wird Herr Wolff wohl bestätigen können. Und deswegen frage ich Sie noch mal, Herr Fritsche, im Hinblick auf die Bösgläubigkeit des Bundeskanzleramtes: Bleiben Sie dabei, erst im März 2015 ein Problembewusstsein bekommen zu haben?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Dabei bleibe ich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Noch mal ganz grundsätzlich zu den Operationen: Können Sie mir erklären, wozu die Operation „Glotaic“ eigentlich diente?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ich weiß nicht, ob ich in offener Sitzung dazu etwas sagen kann.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Allgemein kann man das schon sagen!)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So grundsätzlich: Also, wir haben das Problem - Herr Wolff hat es, glaube ich, auch -, dass also selbst der Leiter der Operation „Glotaic“ des BND uns nicht beantworten konnte, was das sollte.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, ich bin bis vor kurzem sozialisiert worden, dass ich nicht mal den gesamten Begriff nennen darf, sondern nur die drei Anfangsbuchstaben, und deswegen bin ich ein bisschen überrascht, dass das hier in offener Sitzung insgesamt benannt wird, und von daher habe ich schon Schwierigkeiten - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann stelle ich Ihnen die Frage anders: Ist Ihnen bekannt, dass bei der Operation „Glo“ - -

(Heiterkeit)

Ich sage Ihnen jetzt mal ganz kurz zur Erklärung, ja, weil ich nämlich die Geheimhaltung grundsätzlich auch schätze: Ich komme mir als Abgeordneter irgendwie hochgradig albern vor, wenn Begriffe, die in allen Zeitungen dieses Landes frei kommuniziert werden - - ich als gewählter Abgeordneter sozusagen von dem Bannstrahl betroffen bin, sie nicht aussprechen zu dürfen. Das finde ich irgendwie albern. Aber ich will mich trotzdem gerne daran halten.

Also, die Operation „Glo“, wozu diente die eigentlich? Also, was war der Sinn und Zweck dieser Operation? Das hat uns bisher niemand richtig erklären können, warum man da in Düsseldorf an die Glasfaser gegangen ist und was man da eigentlich genau gemacht hatte und welche Rolle das Bundesamt für Verfassungsschutz gespielt hat, welche Rolle der BND gespielt hat. Haben Sie darüber Kenntnis?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, ich habe nur allgemeine Erkenntnisse jetzt auch durch das Aktenstudium, nicht aus eigener Erinnerung, was diese Operation „Glo“ angeht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das war doch, als Sie sozusagen in die Verantwortung gekommen sind im Jahr 2005 als Leiter der Abteilung 6 im Bundeskanzleramt.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Dezember 2005, ja wohl.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Dezember 2005, bis Dezember 2009, danach ja auch noch in Verantwortung in ganz ähnlichem Bereich. Aber nehmen wir mal jetzt nur dieses Fenster. Da waren das doch wesentliche Operationen einfach. Also, ich glaube Ihnen sofort, dass Sie jeden Tag wichtige Dinge und auch wichtige andere Dinge auf dem Tisch hatten und dass Sie als Leiter der Abteilung 6 ganz viele komplizierte und schwierige Entscheidungen treffen müssen. Aber im Hinblick auf SIGINT und die Umstellung, wie man Fernmeldeaufklärung in Zeiten der Digitalisierung und des Internets macht, waren doch „Glo“ und „Eikonol“ die wesentlichen Geschichten, die der BND gemacht hat, und deswegen müssten Sie doch eigentlich eine Erinnerung dahin gehend haben, worum es da zumindest grob ging.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, zur Operation „Glo“ habe ich keine Erinnerung. Für mich war auch in der Zeit, in der ich Abteilungsleiter 6 war, die Grundsatzproblematik von Bedeutung, also Wechsel von Leitungsvermittelt zu Paketvermittelt, und in dem Zusammenhang die Operation - - die andere Operation, die Sie benannt haben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und was war denn der Kern der Kooperation „Eikonol“?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja, Austausch von Informationen, die auch - und davon sind wir ja ausgegangen - den BND betreffen in seinem Aufgabenprofil, und vor allem natürlich - das haben die Amerikaner ja auch immer wieder betont - Terrorismusbekämpfung. Das hat uns alle bewegt in diesen Zeiten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das glaube ich; es waren ja auch die

schlimmen Anschläge in Madrid und London. Aber was war Kern sozusagen dieser Kooperation, was war das Neue, was war der Deal? Was war vielleicht auch, ich will gar nicht sagen: das Risiko, sondern das Wagnis oder irgendwie das, was man da gemacht hat?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Na, das, was der Mehrgewinn ist, wenn Nachrichtendienste zusammenarbeiten: Das Wissen wird zusammengelegt, und unter Umständen spielt auch Technik eine Rolle.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Und im Hinblick auf die Technik wurde etwas angeboten, das man selbst mit Zugang kompensieren konnte?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Das mag ein Aspekt gewesen sein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und bei diesem Zusammenlegen von Informationen oder von Erkenntnissen, wie ist das genau gelaufen, jetzt im Hinblick zum Beispiel auf die Suchbegriffe? Hat man die denn zusammengelegt?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Insoweit war ich in die Operation nicht eingebunden, sondern ich habe - das habe ich aber schon mehrere Male heute gesagt - mich mit der Problematik beschäftigen müssen, was mit dem G-10-Filter passiert und ob das klappt, und das war die entscheidende Frage. Zu anderen Punkten habe ich keine Hinweise bekommen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber aus der G-10-Praxis, die man ja kannte - - Letztlich handelte es sich hier - - Also, korrigieren Sie mich, wenn ich das falsch verstehe. Aber ich würde eben sagen, letztlich handelt es sich bei diesem Selektorensystem um eine Form der Rasterung. Man nimmt bestimmte Begriffe, und man sucht einen Datenstrom aus, man rastert. Und Sie kennen ja aus Ihrer Zeit aus dem Bundesamt und den darauffolgenden Verantwortlichkeiten die Problematik auch gerade im Hinblick auf G-10-Genehmigungen. Da wird ja, wenn



Nur zur dienstlichen Verwendung

man rastert - - Praktisch jeder Begriff muss da teilweise genehmigt werden.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Hm.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und deswegen die Frage im Hinblick auf die Rechts- und Fachaufsicht, die das Bundeskanzleramt ausübt.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, mit dem Begriff der Rasterung habe ich Schwierigkeiten, weil die politische Diskussion, die zur Rasterung stattfindet, hier in Deutschland stattfindet, nämlich vor dem Hintergrund, dass wir gegen deutsche Staatsangehörige vorgehen, und da haben Sie recht, das ist für mich vor allem in meiner Tätigkeit als Innenstaatssekretär natürlich von einer Diskussionsbedeutung gewesen, weil wir da auch Erfahrungen negativer Art, glaube ich, vor allem auch aus dem Länderbereich hier in meiner Zeit diskutiert haben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Aber in dem Bereich der strategischen Fernmeldeaufklärung habe ich den Begriff noch nie verwandt und höre ihn jetzt von Ihnen. Hier gilt es ja vor allem, dass anhand des Aufgabenprofils des BND nach den so genehmigten - - wenn es eine G-10-Maßnahme in § 5 ist, auch mit den Kautelen, die dort im G-10-Gesetz stehen, also nur einen bestimmten Prozentsatz dort aufzugreifen, und bei der Routine innerhalb des Aufgabenprofils hier in die Ströme gegangen wird, um Terrorismus, Proliferation aufzuklären.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es wird in die Ströme gegangen mit bestimmten Begrifflichkeiten, mit denen man dann eben bestimmte Sachen ausfiltert. Das ist doch praktisch das, was passiert, und da ist es ja jetzt nicht total verwegen, einen Vergleich zu Rasterung herzustellen.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ja, ich habe nur - - Ich bitte um Nachsicht. Das ist ja jetzt auch nicht eine Frage, die ich als Zeuge zu beantworten

habe. Aber ich habe eben den Begriff belegt vor allem im Innenpolitischen und im Bereich der inneren Sicherheit. Das ist aber nur am Rande.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Aber finden Sie nicht, dass im Hinblick auf diese Problematik - - Also, bei der Aufgabenerstellung des - - Also, bei der Erstellung des Aufgabenprofils der Bundesregierung - - An diesen Prozessen werden Sie ja in den letzten Jahren irgendwie auch beteiligt gewesen sein, und da werden ja so Töpfe gebildet, wenn ich das richtig verstanden habe hier - das ist, glaube ich, kein Geheimnis -, wo man eben sagt, da steuern unterschiedliche Ministerien zum Beispiel unterschiedliche Begriffe ein; das können auch Telefonnummern sein oder irgendwie Worte, Namen. So, und das werden ja Selektoren.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: So läuft das nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ohne jetzt zu tief in die Geheimnisse des nach wie vor geheimen Aufgabenprofils einzugehen, werden Thematiken und Regionen benannt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Also keine Telefonnummern, keine Faxnummern oder so, sondern das ist dann Aufgabe eventuell eines Dienstes, dieses Aufgabenprofil dann herunterzubrechen?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: So ist es.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Aber wenn man jetzt eben eine Kooperation eingeht - das macht total Sinn - mit einem ausländischen Nachrichtendienst, mit den USA, und die steuern eben auch Selektoren ein, muss man dann nicht eigentlich, wenn man das ernst nimmt, diesen Gedanken G-10-Filterung und so, jeden einzelnen Begriff eigentlich prüfen



Nur zur dienstlichen Verwendung

und eventuell sogar von der G-10-Kommission genehmigen lassen, um sich rechtskonform zu verhalten?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Das ist die Diskussion, die wir vorhin schon geführt haben, die ich vor allem mit dem Abgeordneten Flisek geführt habe. Wir sind ja derzeit in einer Diskussion, wo auch die Bundesregierung bestrebt ist, die Befugnisnorm für die Nicht-G-10-betroffene - so ist die Haltung der Bundesregierung - Routineaufklärung auf eine neue Rechtsgrundlage zur Klarstellung zu stellen. Das ist ein Ergebnis der Diskussion, die auch hier in diesem Ausschuss geführt wird und noch werden wird und die auch mit der G-10-Kommission geführt worden ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie würden mir zustimmen, wenn ich sage, dass im Hinblick auf die Rechtskonformität das zumindest eine sehr bedenkenswerte Praxis wäre, zu sagen: „Wir müssen uns die Dinge im Detail angucken und eventuell auch im Detail genehmigen lassen“?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Es geht vor allem erst mal um die Frage, als Rechtsgrundlage eine klarere Befugnisnorm zu bekommen als die allgemeine Befugnisnorm, die im BND-Gesetz steht und die die Bundesregierung für ausreichend hält. Aber vor dem Hintergrund der Diskussion, die auch die Gutachter ja geführt haben zu Beginn dieses Ausschusses, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: - sagt die Bundesregierung: Wir brauchen eine klarstellende Regelung, nämlich die sich konkret auf die strategische Fernmeldeaufklärung bezieht, also die Routine, nicht die im Sinne des § 5.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich verstehe. - Und würden Sie mir zustimmen, dass es im Hinblick darauf, was in den letzten Jahren in der G-10-Kommission gelaufen ist, Stichwort „G-10-Legenden“ - das habe ich mir nicht ausgedacht; das steht so in den Akten

drin -, eventuell zu bestimmten Fehlentwicklungen gekommen ist, die die G-10-Kommission heute tatsächlich berechtigt empört zurücklässt?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ob sie sie zeitlich heute empören muss, verstehe ich nicht ganz, weil ich bereits letztes Jahr der G-10-Kommission angeboten habe, dass wir vor dem Hintergrund der normalen G-10-Anträge, für die die G-10-Kommission zuständig ist, nicht für die Routine - das kann ja in der politischen Diskussion im Parlament anders werden vor dem Hintergrund, wenn die Bundesregierung so eine Rechtsgrundlage einführt - - Da habe ich der G-10-Kommission angeboten, dass wir bei jedem Antrag auch gleichzeitig feststellen, bestätigen, ob bei diesem Provider Routine auch anfällt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ab jetzt?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Ab letztem Jahr.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Als Konsequenz von Edward Snowden?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Als Konsequenz der Diskussion, die erfolgt und die immer noch anhält.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Stimmen Sie denn der Kritik der G-10-Kommission zu, dass, wenn man G-10-Genehmigungen beantragt und bestimmte Strecken beantragt, auf denen man der G-10-Kommission suggeriert, dass es einem um die G-10-Verkehre geht, tatsächlich beantragt man die Strecken aber, weil es einem um die dahinterliegenden ungeschützten Routineverkehre geht - - dass diejenigen, die da jahrelang diese Genehmigungen erteilt haben, sich betrogen fühlen. Ist das für Sie nachvollziehbar?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Für mich ist nachvollziehbar, dass wir eine bessere Informationspolitik gegenüber der G-10-Kommission jetzt an den Tag legen müssen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wussten Sie, dass diese G-10-Genehmigungen in dieser Form beantragt wurden?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: In welcher Form? Sie sind ja beantragt worden nach § 3, nach § 5 und nach § 8, und es gibt ja auch Grundlagen, warum dort auch nach diesen Paragrafen zulässigerweise, nämlich gegen G-10-Rechtsträger vorgegangen wird, und es ist nicht die erste Pflicht, zu sagen: „Ich brauche jetzt mal so einen Antrag, damit ich bei der Routine hinkomme“, sondern es gibt Erkenntnisse aus den Anträgen, die nach §§ 3, 5 und 8 gestellt werden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber Sie haben meiner Ansicht nach falsche Tatsachen vorgespiegelt. Mir fällt immer schwer, dafür Gleichnisse zu bilden. Aber tun wir mal so, als wenn ein Eingriff in den Straßenverkehr irgendwie grundrechtlich geschützt wäre und Ihnen würde es darum gehen, Lkws zu erfassen, Sie erklären aber der zuständigen Kommission zur Genehmigung von Pkw-Erfassungen: „Ich will jetzt auf die A 20 gehen, weil da so interessante Pkws unterwegs sind“, und tatsächlich wollen Sie auf die A 20 gehen, weil es Ihnen um die Lkws geht. Würden Sie sich da als Kontrollgremium - ein Perspektivwechsel hilft ja manchmal; ich versuche es auch ab und zu - - Wenn Sie jetzt Abgeordneter wären, Herr Fritsche, oder Mitglied der G-10-Kommission, würden Sie sich da auch hinter die Fichte geführt vorkommen, wenn ich es harmlos sagen soll, wenn Sie über Jahre erzählt bekommen: „Ich will auf die und die Strecken wegen der G-10-Verkehre“, und sich nachher rausstellt, tatsächlich wollte man in einer Kooperation mit den Amerikanern, von der die G-10-Kommission nichts wusste, die Routineverkehre mittels dieser G-10-Genehmigungen abfassen?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Herr Abgeordneter, zwei Dinge dazu: Zum einen ist die G-10-Kommission nach den rechtlichen Vorgaben zuständig für die Genehmigungen nach §§ 3, 5 und 8 innerhalb des G-10-Gesetzes, nicht zuständig für die Routineaufklärung. Dafür ist die G-10-Kommission nicht zuständig. Ich habe aber Verständnis, dass vor dem Hintergrund der Diskussion,

die wir führen - - Deswegen haben auch Vorgängerregierungen die G-10-Kommission dazu nicht unterrichtet, allgemein unterrichtet, nicht im einzelnen Fall. Die G-10-Kommission ist mehrere Male darüber unterrichtet worden, dass es strategische Fernmeldeaufklärung, also Routineaufklärung, neben den §-5-Aufklärungen gibt. Das wusste die G-10-Kommission. Der Punkt, den wir jetzt aufgreifen und den ich letztes Jahr aufgegriffen habe, ist, dass wir jetzt bei den einzelnen Anträgen, für die die G-10-Kommission zuständig ist, nicht für die Routine, da auch sagen, ob der Provider genutzt wird für die Routine. Das ist letztes Jahr mit der G-10-Kommission besprochen worden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil es vorher nicht korrekt gelaufen ist.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Weil es vorher nicht aus der Sicht der Bundesregierung in der Zuständigkeit der G-10-Kommission lag, weil die zu genehmigen hat die §§ 3, 5 und 8.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber man hat es dennoch gemacht?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Man hat im Bereich der Routine nach meiner Kenntnis ja auch nicht eine Anordnung gehabt, sondern dann hat man ja auch Verträge mit den Providern abgeschlossen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber man hat, wenn die Provider gesagt haben: „Da sind aber ganz, ganz viele G-10-Verkehre auch drauf und paketvermittelte Dienste; wir können es gar nicht mehr sagen; Strecken in dem Sinne gibt es nicht mehr“, gerne mal eine G-10-Genehmigung vorgelegt.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, man hat die G-10-Genehmigung sicher vorgelegt, um G 10 abgreifen zu können, weil man das sonst nicht darf.

(Christian Flisek (SPD): Das bewerten wir anders!)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, G 10 hat man nach dem, was Unterlagen hergeben, ausgefiltert - damit hat man



Nur zur dienstlichen Verwendung

wahrscheinlich auch irgendwas gemacht -, aber der Beifang war eigentlich das G 10, und worum es einem ging nach der Streckenauswahl, waren eben die Routineverkehre.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also noch mal: Aus dem, was in der Diskussion derzeit geführt wird, hat die Bundesregierung die Folgerung gezogen, der G-10-Kommission künftig so etwas zu sagen, und das ist schon vor einem guten Jahr geschehen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber die Jahre davor ist es eben nicht korrekt gelaufen.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Nein, aus Sicht der Bundesregierung ist es korrekt gelaufen, weil die Bundesregierung davon ausgeht, dass die G-10-Kommission nur zuständig ist für Genehmigungen von §§ 3, 5 und 8 und nicht für die Routineverkehre. Das ist die Haltung gewesen, und das ist rechtlich, meine ich, nicht zu beanstanden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kennen Sie den Fall mit der Deutschen Telekom, dass die gesagt hat: „Ihr könnt hier nicht mehr weiter zugreifen; hier braucht es eine G-10-Genehmigung; wir hatten irgendwie nur einen Vertrag abgeschlossen, und schafft uns die G-10-Genehmigung ran“? Die Ursünde würde ich das jetzt mal nennen.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Der Fall, wüsste ich jetzt nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war vor Ihrer Zeit, glaube ich, aber das spricht sich ja manchmal rum, wie man es so macht. Und haben Sie davon mal gehört?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, nach meiner Kenntnis nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist Ihnen bekannt, dass, als diese ganzen Kooperationsprojekte gestartet wurden, im Bundeskanzleramt die Einsicht erwachsen ist, so im Jahr 2003, 2004, also bei der Vorgängerregierung, ja, -

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Hm.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - dass man eigentlich, um diese Kooperation zu machen, eine Gesetzesänderung bräuchte? Haben Sie davon schon mal gehört oder gelesen?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, diese Diskussion ist an mir vorbeigegangen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das glaube ich; aber vielleicht ist sie nachträglich noch mal bei Ihnen vorbeigekommen.

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie nie drüber gelesen oder nie gehört, dass es da eine sehr, wie ich finde, belastbare rechtliche Einschätzung gab, dass man das eigentlich alles nicht machen kann, sondern dass man einfach das Gesetz ändern müsste, um das zu legalisieren, was man hier plant?

Zeuge Klaus-Dieter Fritsche: Also, das ist mir nicht bekannt. Mir ist nur bekannt, als ich in der Zuständigkeit war, dass es die Projekte, die Sie ja benannt haben, insbesondere „Eikonol“, gab und dass ich die Grundlagen für ausreichend gehalten habe. Die Diskussion im Vorfeld kenne ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ganz herzlichen Dank für die Antworten; ich habe erst mal keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wenn es keine weiteren Fragen mehr gibt, die in öffentlicher Sitzung beantwortet werden können, müssen wir einen Beschluss zum Ausschluss der Öffentlichkeit fassen. Ich schlage folgenden Beschluss vor:

Für die weitere Vernehmung des Zeugen Klaus-Dieter Fritsche am heutigen Tag wird die Öffentlichkeit gemäß § 14 Absatz 1 Nummer 4 des Untersuchungsausschussgesetzes ausgeschlossen, weil besondere Gründe des Wohls des Bundes entgegenstehen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wer dem so zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. - Herzlichen Dank. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Ich sehe, das ist einstimmig so beschlossen.

Bevor die nichtöffentliche Vernehmung des Zeugen Klaus-Dieter Fritsche folgt, wird zunächst Herr Minister Dr. Thomas de Maizière in öffentlicher Sitzung vernommen.

Herr Fritsche, ich bedanke mich schon mal insoweit für Ihre Aussagen, für Ihre Bereitschaft, uns Rede und Antwort zu stehen. Ich bitte darum, auf die nichtöffentliche Sitzung oder eingestufte Sitzung zu warten, und ich würde nun bitten, Herrn Dr. de Maizière in den Sitzungsaal zu bringen.

Die Sitzung ist für fünf Minuten unterbrochen.

(Unterbrechung von
17.55 bis 18.05 Uhr)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vernehmung des Zeugen Dr. Thomas de Maizière

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich eröffne die Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses erneut.

Begrüßen darf ich unseren Zeugen Herrn Minister Dr. Thomas de Maizière. Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herzlichen Dank, dass Sie unserer Ladung gefolgt sind und dem Ausschuss für eine Vernehmung zur Verfügung stehen.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundstagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht.

Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Dr. de Maizière, vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem darauf hinzuweisen, dass möglicherweise strafrechtliche Folgen eintreten können bei einem Verstoß gegen die Wahrheitspflicht. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst

oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit gegebenenfalls auch Disziplinarverfahren.

Sollten Teile Ihrer Aussagen aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen Beschluss nach § 14 oder § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes fassen kann, also dann in eingestufte Sitzung fortfahren kann und die Fragen dann in nichtöffentlicher oder eingestufte Sitzung an Sie richten kann. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz darstellen. Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie gemäß § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen. Im Anschluss daran erhalten die Mitglieder des Ausschusses das Wort für die Befragung. Dies geschieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich darf Sie dann nun bitten, sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Dr. Thomas de Maizière, geboren am 21. Januar 1954, von Beruf Jurist, und zu laden über das BMI in Alt-Moabit in Berlin.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wie ich es gerade angekündigt



Nur zur dienstlichen Verwendung

habe, möchte ich Ihnen zu Anfang die Gelegenheit geben, gemäß § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern. Möchten Sie dies?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann haben Sie jetzt das Wort, Herr Minister.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ja, Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, nach meinem Verständnis soll es in meiner Zeugenaussage im Schwerpunkt um die Vorgänge gehen, mit denen sich der Untersuchungsausschuss in den vergangenen Monaten befasst hat. Das betrifft vor allem meine Zeit im Bundeskanzleramt vom November 2005 bis zum Oktober 2009.

Lassen Sie mich aber als Bundesinnenminister Folgendes voranstellen: Unser Land sieht sich heute mehr denn je einer Vielzahl schwerwiegender Bedrohungen ausgesetzt, nicht nur im Bereich des internationalen Terrorismus. Wir dürfen bei der Betrachtung der Gefährdungslage unseres Landes eines nicht aus dem Auge verlieren: Keine nationale Sicherheitsbehörde ist diesen Herausforderungen alleine gewachsen. Die Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschland sind in der Bekämpfung dieser Bedrohungen keine Gegner, sondern enge Partner, die seit Jahrzehnten auf einer gemeinsamen Wertebasis vertrauensvoll zusammenarbeiten.

Dass wir in der Vergangenheit keine schwerwiegenden Anschläge zu verzeichnen hatten, verdanken wir auch Glück, das wir hatten, verdanken wir auch der Professionalität der deutschen Sicherheitsbehörden, aber auch der Informationen durch die US-Seite. Diese Zusammenarbeit hat sich bewährt. Sie dient der Sicherheit und Freiheit unserer Bürgerinnen und Bürger, übrigens auch unserer Soldatinnen und Soldaten, Polizistinnen und Polizisten im Ausland. Sie liegt damit im nationalen Interesse unseres Landes. Niemand sollte diese zentrale Zusammen-

arbeit infrage stellen. Dieser Verantwortung müssen wir gemeinsam gerecht werden. Das Wohl unseres Landes ist Bundestag und Bundesregierung¹ gleichermaßen und gemeinsam anvertraut.

Damit aber keine Missverständnisse entstehen, möchte ich auch in aller Deutlichkeit Folgendes sagen: Die Arbeit von Nachrichtendiensten unterliegt selbstverständlich Grenzen. Diese sind angesichts des technischen Fortschritts schwieriger zu definieren als früher. Was in jedem Fall nicht geht, ist eine Vorgehensweise von Nachrichtendiensten, bei der Mitte und Maß nicht beachtet werden. Es gibt sicherlich berechtigte Zweifel, ob die NSA in der Vergangenheit diesem Anspruch immer gerecht wurde. Umso mehr begrüße ich nun die in den Vereinigten Staaten geführte Debatte um eine Reform der Nachrichtendienste.

Lassen Sie mich nun zu den einzelnen Themenkomplexen kommen, die Gegenstand ihrer Untersuchung sind und Bezüge zu meiner Verantwortlichkeit als Chef des Bundeskanzleramtes haben. Zu meiner damaligen Tätigkeit als Chef des Bundeskanzleramtes gehörte neben einer Vielzahl anderer Aufgaben, wie sie ja alle wissen, auch die Aufsicht über den BND sowie die Koordinierung der Nachrichtendienste. Unterstützt wurde ich dabei durch die zuständige Abteilung 6 im Bundeskanzleramt. In den vier Jahren meiner Tätigkeit erreichten mich Entscheidungsvorlagen, bloße Unterrichtungen oder Fragen zu einer Vielzahl von Themenkomplexen im Zusammenhang mit der Arbeit des BND.

Ich möchte einige davon kurz erwähnen, um das Spektrum meiner Befassung sowie den politischen Kontext der hier relevanten Sachverhalte zu verdeutlichen. In meiner Amtszeit kam es zu mehreren Entführungen deutscher Staatsbürger im Ausland, die ich hier nicht alle aufzählen kann und möchte. In meine Amtszeit fielen auch große Projekte. Nennen möchte ich die Entscheidung über den BND-Umzug nach Berlin, genau genommen den Teilumzug, sowie eine große organisatorische Umstrukturierung im BND, mit der wir strukturell auf die neue Bedrohungslage

1) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

durch den internationalen Terrorismus reagiert haben.

Daneben gab es zahlreiche andere internationale Baustellen und Krisenherde, die den BND und das Bundeskanzleramt beschäftigt haben. Exemplarisch genannt seien hier der Libanon-Krieg im Jahre 2006 mit der anschließenden UNIFIL-Mission unter deutscher Beteiligung oder das iranische Atomprogramm.

Ein weiteres Thema, das auch heute ja noch von großer Bedeutung ist, waren Fragen der IT-Sicherheit und des IT-Schutzes. Ich wurde etwa als Chef des Bundeskanzleramtes gemeinsam mit den sogenannten Sicherheitsressorts der Bundesregierung über sicherheitsrelevante Entwicklungen informiert wöchentlich in den Nachrichtendienstlichen Lagen oder im Rahmen themenbezogener Briefings. Diese beinhalteten beispielsweise, dass ich zuweilen auch zur Lage der IT-Sicherheit unterrichtet wurde, etwa über Bedrohungen der Informationsinfrastrukturen, Gefahren im Zusammenhang mit dem Einsatz von IT-Produkten, Möglichkeiten der Computersabotage und -spionage und vertrauenswürdige Dienstleister im IT-Bereich.

Es versteht sich von selbst, dass ein Chef des Bundeskanzleramtes in aller Regel nicht in operative Einzelheiten des BND eingebunden wird. Das war auch vor meiner Zeit so und vermutlich auch danach.

Die Kooperation mit der NSA im Bereich der strategischen Fernmeldeaufklärung, die den Schwerpunkt Ihrer Beweisaufnahme und der öffentlichen Berichterstattung seit Sommer 2013 ausmacht, stand nach meiner persönlichen Erinnerung und der Aktenlage des Bundeskanzleramtes seinerzeit nicht im Mittelpunkt meiner Arbeit. Erst seit der Berichterstattung rund um das Thema Snowden hat dieses Thema für alle ein ganz anderes Gewicht, nicht nur in Deutschland.

Lassen Sie mich nun zu dem Thema kommen, auf dem in den vergangenen Monaten der Fokus Ihres Interesses lag.

Es ist mittlerweile allgemein bekannt, dass die damalige Kooperation zwischen BND und NSA am Standort Bad Aibling auf einem sogenannten Memorandum of Agreement basierte, das im Jahre 2002 unter meinem Amtsvorgänger abgeschlossen wurde. Die Vereinbarung dieser Kooperation halte ich auch im Nachhinein im Grundsatz für richtig.

Als ich Ende November 2005 meine Arbeit im Bundeskanzleramt aufnahm, lief die Operation „Eikonol“ bereits. Auch die entscheidende G-10-Anordnung wurde vor meiner Amtszeit im Oktober 2005 beantragt und von der G-10-Kommission genehmigt. Offenbar bedurfte es aus Sicht des BND mit meinem Amtsantritt keiner Entscheidung mehr. Jedenfalls wurde ich als Chef des Bundeskanzleramtes auch in der Folgezeit nach meinen Erinnerungen und nach der mir bekannten Aktenlage des Bundeskanzleramtes nicht mehr entscheidend mit dieser Operation befasst. Auch die eigentliche Entscheidung, die Operation einzustellen, wurde mir lediglich mittelbar zur Kenntnis gegeben.

Allgemeine Kenntnis von der Operation und Bad Aibling erlangte ich im Zusammenhang mit Gesprächen, die ich im Zeitraum Ende 2007/Anfang 2008 mit dem damaligen Direktor der US-Nachrichtendienste, McConnell, dem sogenannten DNI, führte. Darüber habe ich das Parlamentarische Kontrollgremium in seiner Sitzung am 6. Mai umfassend in geheimer Sitzung unterrichtet. In diesem Gespräch ging es hauptsächlich um sicherheitspolitische Themen, die damals eine Rolle spielten, insbesondere das Iran-Dossier. Am Rande ging es um die Gefährdung des Internets und den Schutz kritischer Infrastrukturen.

Die US-Seite äußerte damals spezielle Wünsche nach einer Ausweitung der Kooperation im Bereich der strategischen Fernmeldeaufklärung. Dazu kann ich in öffentlicher Sitzung leider nicht mehr sagen, worauf sich diese speziellen Wünsche bezogen. Ich habe es in der Sitzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums umfassend vorgetragen. An dieser Stelle nur so viel: Dabei ging es nicht um Selektoren.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Der BND riet von dieser gezielten erweiterten Kooperation ab und begründete dies mit abstrakten Risiken, die sich in der Zusammenarbeit zwischen Nachrichtendiensten grundsätzlich aufbauen können und sorgfältig mit dem Nutzen einer Zusammenarbeit abgewogen werden müssen. Im Ergebnis sind wir auf die konkreten Wünsche der US-Seite nach dieser verstärkten Zusammenarbeit gerade nicht eingegangen und haben davon Abstand genommen. Die Einschätzung des BND und unsere Entscheidung halte ich weiterhin für richtig. Auf diese Thematik und - anders als öffentlich dargestellt - nicht auf die Selektorenproblematik bezogen sich auch Zitate aus den geheimen Akten des Bundeskanzleramts, die jüngst Gegenstand der öffentlichen Berichterstattung waren.

Im Raum stand die Behauptung, dass ich aufgrund meiner damaligen Tätigkeit als Chef des Bundeskanzleramts seit 2008 Kenntnis von angeblicher Wirtschaftsspionage durch US-Nachrichtendienste, das heißt konkret der Verwendung von Selektoren zum Zwecke der Spionage gegen deutsche und europäische Unternehmen durch die NSA, gehabt haben soll. Gestützt wurde diese Behauptung auf Vorgänge, die mir im Jahre 2008 vorgelegt wurden bzw. vorgelegt worden sein sollen und die angeblich entsprechende Hinweise enthielten. Noch einmal: Diese Dokumente beziehen sich auf die eben von mir erwähnten Gespräche mit der US-Seite wegen einer weitergehenden speziellen Kooperation bzw. eines entsprechenden Kooperationswunsches und eben nicht auf die Selektorenproblematik.

Das Bundeskanzleramt hat die entsprechend eingestuften Dokumente Ihnen und auch dem Parlamentarischen Kontrollgremium vorgelegt. Es gab keine Hinweise an mich, dass die NSA die Selektoren „EADS“, „Eurocopter“ oder „Französische Behörden“ verwendet. Wie ich der Presse entnehmen konnte, hat Herr Schindler das ebenfalls bestätigt, als er hier vor etwa vier Wochen ausgesagt hat, dass die zuständige Fachabteilung des BND erst 2010 die Amtsleitung des BND über entsprechende Erkenntnisse informiert hat.

Der Vollständigkeit halber möchte ich an dieser Stelle noch erwähnen, dass ich eine Operation, die Presseberichten zufolge auch „Glo“ genannt wird und ebenfalls Gegenstand Ihrer Untersuchung ist, nicht kenne. Meiner Erinnerung nach war ich mit einer solchen Operation schlicht nicht befasst. Auch in den mir jetzt vom Bundeskanzleramt vorgelegten Akten konnte ich dazu nichts finden. Ich kann daher zu dieser Operation keinen Aufklärungsbeitrag leisten.

Ich möchte nur noch etwas Grundsätzliches zu möglichen Spionagetätigkeiten der US-Dienste in Deutschland und entsprechenden Aufklärungen durch unsere Dienste sagen. Zum einen war es natürlich schon vor der Snowden-Veröffentlichung bekannt, dass die Interessen amerikanischer Nachrichtendienste nicht immer mit denen anderer Staaten - auch nicht den deutschen - deckungsgleich sind. Das entspricht ein Stück weit dem Wesen von Nachrichtendiensten und muss folglich in diesem Bereich immer in Betracht gezogen werden. Zum anderen hat für unsere Spionageabwehr die Beobachtung von gegnerischen Nachrichtendiensten selbstverständlich eindeutig Priorität. Das war damals so und ist auch heute weiterhin so. Und das Bundesamt für Verfassungsschutz leistet hier eine unverzichtbare Arbeit.

In den Anfangszeiten der Bundesrepublik Deutschland standen die Bedrohungen durch die Nachrichtendienste des Ostblocks, insbesondere durch das Ministerium für Staatssicherheit, im Vordergrund. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs befand sich die gesamte Intelligence Community in einer Phase der Umorientierung und Neufindung - die deutschen Nachrichtendienste eingeschlossen. Die Ereignisse vom 11. September 2001 stellten eine weitere Zäsur dar.

Ich erspare uns Einzelheiten, aber möchte kurz an Folgendes erinnern: Nach dem 11. September wurde uns plötzlich bewusst, dass wir die Dimension der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus auch in Deutschland unterschätzt hatten und unsere Sicherheitsbehörden sich auf diese neue Bedrohung umfassend einstellen mussten. Die personellen Ressourcen wurden vor diesem Hintergrund immer stärker



Nur zur dienstlichen Verwendung

von der Spionageabwehr abgezogen. Die damit einhergehende Aufgabenpriorisierung bildete sich zwangsläufig in nach Staaten und Gefährdung differenzierten Beobachtungsintensitäten ab.

Es ist nicht zu beanstanden, wenn Aktivitäten von Nachrichtendiensten befreundeter Staaten in Deutschland mit geringerer Intensität beobachtet werden als Aktivitäten gegnerischer Nachrichtendienste. Es ist so und dürfte eigentlich für niemanden eine Überraschung sein. Die Amerikaner waren und sind in Sicherheitsfragen unser Hauptverbündeter. Die Spionageabwehr hat daher seit Jahrzehnten und bis zum Sommer 2013 nicht in besonderer Weise die Aktivitäten der US-Dienste in den Blick genommen. Gleichwohl haben die Dienste auch in der Vergangenheit bei den Amerikanern - der gesetzlichen Aufgabe folgend - keineswegs weggeschaut.

Dass die Bundesregierung bei tatsächlichen Ereignissen nicht untätig bleibt, erkennen Sie auch daran, dass erst kürzlich ein Mitarbeiter der US-Botschaft die Bundesrepublik verlassen musste. Bei konkretem Verdacht war das auch früher so - meist in Form einer stillen Ausweisung².

³Die US-Seite hat wiederholt versichert, dass sie zur Förderung ihrer heimischen Unternehmen keine Wirtschaftsspionage gegen hiesige Unternehmen betreibt. Ich habe gerade erst am Rande eines sogenannten G-6-Treffens bei Dresden mit Loretta Lynch, der amerikanischen Justizministerin, gesprochen. Sie hat mir nochmals bestätigt, dass die USA keine Spionage betreiben, um US-Unternehmen oder US-Wirtschaftsbranchen einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen.

Zum Thema Wirtschaftsspionage gab es in den vergangenen Wochen einige Unklarheiten und Missverständnisse. Das betrifft in erster Linie die Frage nach der Definition. Die Begrifflichkeiten sind hier gelegentlich durcheinandergeraten. Naheliegend und für jedermann verständlich ist doch etwa, dass wir die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen bekämpfen müssen und

Nachrichtendienste zu diesem Zweck auch verdächtige Unternehmen in den Blick nehmen müssen. Diese Proliferationsbekämpfung ist von der Wirtschaftsspionage zu unterscheiden, die darauf abzielt, heimischen Unternehmen Wettbewerbsvorteile zu verschaffen.

Generell gilt: Nicht immer, wenn Unternehmen von Nachrichtendiensten beobachtet werden, handelt es sich also um Wirtschaftsspionage. Weitere Gründe, warum Unternehmen in den Fokus von Nachrichtendiensten geraten können, sind etwa auch die Bekämpfung von organisierter Kriminalität, internationalem Waffenhandel oder Verstöße gegen Embargoregelungen. Auch ein einzelner Mitarbeiter eines Unternehmens kann in den Fokus geraten, wenn es sich beispielsweise um einen Terrorverdächtigen handelt.

Selbstverständlich war immer davon auszugehen, dass die NSA diese genannten Bereiche weltweit aufklärt, insbesondere auch Interesse an einer Proliferationsbekämpfung in Europa haben dürfte und über entsprechende Möglichkeiten verfügt. Das hätte zum Beispiel auch deutsche oder europäische Rüstungsunternehmen betreffen können.

Mit der Bekämpfung der Proliferation beschäftigt sich im Übrigen seit 1989 der Ressortkreis „Ausfuhrkontrolle“ im Bundeswirtschaftsministerium. Ziel dieses Kreises ist die Koordinierung der Proliferationsbekämpfung zwischen den Ressorts und mit den Sicherheitsbehörden. Hier findet ein regelmäßiger Informationsaustausch statt. Das beinhaltet auch Erkenntnisse über deutsche Unternehmen, die wir von befreundeten Nachrichtendiensten erhalten haben. Auch Hinweise von US-Seite gehen dort ein. Von daher ist diese Art der Tätigkeit der Nachrichtendienste im Ressortkreis bekannt und in Ordnung. Es ist geradezu ihre Pflicht.

Ich halte fest:

Ich habe keine Erinnerung daran, dass US-Dienste Wirtschaftsspionage zur Erlangung von

2) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.

3) vgl. Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wettbewerbsvorteilen für amerikanische Unternehmen betreiben. Dies entspricht im Übrigen auch der amerikanischen Rechtslage.

Das Thema Wirtschaftsspionage beschäftigt die Bundesregierung nicht erst seit den Snowden-Veröffentlichungen. Gerade auch das Bundesinnenministerium nimmt das Thema ernst und hat 2007 einen Ressortkreis „Wirtschaftsschutz“ aufgesetzt, an dem eine Vielzahl von Behörden beteiligt sind - auch das Bundeskanzleramt und der BND. Der Ressortkreis „Wirtschaftsschutz“ bündelt die Erkenntnisse der Bundesregierung im Bereich der Wirtschaftsspionage und erarbeitet im Zusammenwirken mit der Wirtschaft auf deren Bedürfnisse abgestellte Gegenmaßnahmen. Dort geht es im Schwerpunkt um die Bedrohungen aus China und Russland. Auch in diesem Kontext habe ich keine Erinnerung daran, dass Erkenntnisse über US-Dienste dahin gehend bestanden, diese betrieben Wirtschaftsspionage zur Erlangung von Wettbewerbsvorteilen für ihre nationalen Unternehmen.

Die Große Koalition hat das Thema Wirtschaftsschutz in ihrem Koalitionsvertrag politisch weiter aufgewertet und vereinbart, eine nationale Strategie für den Wirtschaftsschutz zu erarbeiten. Ich betrachte den Schutz des Know-hows unserer Unternehmen als eine Aufgabe von gesamtstaatlichem Interesse und als Erfolgsfaktor für die deutsche Wirtschaft. Daher erarbeitet mein Haus seit einem Jahr zusammen mit den großen Wirtschaftsverbänden und den Sicherheitsbehörden Maßnahmen zum Schutz vor Wirtschaftsspionage.

Vor dem Hintergrund Ihres Untersuchungsauftrages ist noch wichtig, dass ich im vergangenen Jahr als Konsequenz aus den Snowden-Veröffentlichungen die Neuausrichtung der Spionageabwehr und die damit verbundene Stärkung des sogenannten „360-Grad-Blicks“ auf den Weg gebracht habe, um auch über die weiterhin bestehenden Hauptbedrohungen hinaus Verdachtsfällen verstärkt nachgehen zu können. Ich bitte um Verständnis, dass ich mich hier zu Einzelheiten der gegenwärtigen Beobachtungspraxis nicht im Untersuchungsausschuss äußern kann. Nur so

viel: Die Aufklärungsaktivitäten der Spionageabwehr des Bundesamtes für Verfassungsschutz richten sich seit dieser Erweiterung auf den 360-Grad-Blick grundsätzlich gegen Spionageaktivitäten aller fremden Nachrichtendienste ohne Festlegung auf bestimmte Staaten oder ohne Ausschluss bestimmter Staaten. Dies schließt die USA ein.

Der Fokus der deutschen Spionageabwehr liegt nach wie vor auf den gegnerischen Nachrichtendiensten. Eine systematische und damit besonders ressourcenintensive Bearbeitung kann auch künftig nur hinsichtlich der Nachrichtendienste erfolgen, deren Zielrichtungen in besonderer Weise gegen die Interessen der Bundesrepublik Deutschland gerichtet sind. Nach meiner Meinung sollte auch hier im Untersuchungsausschuss nicht aus dem Blick geraten, dass die bedeutsamen nachrichtendienstlichen Gefährdungen nach wie vor eben von anderen als unseren westlichen Verbündeten ausgehen.

Meine Damen und Herren, ich fasse noch einmal zusammen:

Erstens. Die Zusammenarbeit mit den US-Diensten ist von zentraler Bedeutung. Sie dient der Sicherheit und Freiheit unser Bürgerinnen und Bürger.

Zweitens. Nachrichtendienste - auch die US-amerikanischen - müssen aber Maß und Mitte beachten.

Drittens. Als Chef des Bundeskanzleramts habe ich keine Kenntnis von den Selektoren erlangt.

Viertens. Spezielle Wünsche der US-Seite in den Jahren 2007/08 nach Ausweitung einer Kooperation haben wir wegen der damit verbundenen Risiken abgelehnt.

Und fünftens. Mir lagen und liegen keine Erkenntnisse vor, dass US-Dienste deutsche Unternehmen aufklären, um US-Unternehmen Wettbewerbsvorteile zu verschaffen.

Das beendet meine einführende Stellungnahme.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sehr geehrter Herr Minister, herzlichen Dank für das Eingangsstatement. - Wir kommen jetzt zu den Fragen der Fraktionen. Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit würde ich vorschlagen, dass wir direkt in die Fragerunde der Fraktionen gehen, damit wir heute auch noch die Chance haben, alle Fragen zu stellen. Daraus ergibt sich folgende Reihenfolge bei der Befragung: Zuerst beginnt die Fraktion der CDU/CSU, gefolgt von der Fraktion Die Linke und danach die Fraktion der SPD und dann die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. - Und ich gebe Frau Kollegin Warken zuerst das Wort.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, vielen Dank. - Herr Minister, ich möchte zunächst auch zu den Fragen kommen, die uns jetzt derzeit aktuell im Ausschuss interessieren. Sie haben schon einige Ausführungen zum Thema Wirtschaftsspionage gemacht. Vielleicht können Sie noch ergänzend erläutern.

Im Jahr 2005, als Sie Chef des Bundeskanzleramts wurden, das Amt von Herrn Dr. Steinmeier übernommen haben: Welchen Informationsstand hatte man damals im Kanzleramt zum Thema Wirtschaftsspionage? Hat Ihr Vorgänger Ihnen zu diesem Thema irgendetwas berichtet?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ich muss zunächst sagen, dass Herr Steinmeier die Rolle - - seine Rolle gegenüber früheren Phasen verändert hatte. Früher gab es neben oder unter dem Chef des Bundeskanzleramts eine andere Konstruktion, die sich um den BND kümmerte. Herr Steinmeier hat die Rolle des - als Chef BK - Beauftragten für die Nachrichtendienste und Koordinators übernommen, hat auch ND-Lagen und Ähnliches eingeführt, und ich habe, als ich ins Amt kam, das für richtig gehalten und diese Funktionsbündelung, wenn man so will, übernommen.

Im Übergabegespräch, was wir seinerzeit hatten - sowohl unmittelbar bei der Amtsübergabe, auch später im Auswärtigen Amt, als ich ihn einmal besucht habe -, spielte das Thema Wirtschaftsspionage keine besondere Rolle. In den wöchentlichen Lagen, die wir dann natürlich hinterher

hatten - immer dienstags, wie Sie wissen -, spielten solche Fragen eine Rolle, aber immer im Blick auf andere Staaten, insbesondere China.

Nina Warken (CDU/CSU): Gab es konkrete Hinweise, als Sie Chef des Kanzleramts wurden, dass die NSA die im Jahr 2002 begonnene Kooperation missbrauchen könnte, etwa zur Wirtschaftsspionage oder auch für sonstige Aktionen, die gegen deutsche Interessen waren?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Nein, gab es nicht. Ich habe auch über die Konstruktion dieses MoA und Bad Aibling erst im Zusammenhang, wie sich aus den geheimen Akten ergibt, mit dem Gespräch mit Herrn McConnell erfahren. Also das war Ende 2007/Anfang 2008.

Nina Warken (CDU/CSU): Ihnen wurde also dann nicht über laufende Operationen berichtet, und über „Eikonol“, wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie dann auch erst Ende 2007 erfahren. Oder wann haben Sie davon erfahren?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ende 2007/Anfang 2008 im Zusammenhang mit den Vermerken, von denen die Rede ist. - Ich will noch mal unterstreichen, wie meine Vorgänger auch - Plural wohl gemerkt -, dass die Einbindung in Einzeloperationen ganz unüblich war. Es gab Ausnahmen, zum Beispiel bei Geiselnahmen deutscher Staatsbürger.

Nina Warken (CDU/CSU): Bei „Eikonol“ handelt es sich ja um eine Kabelerfassung in Deutschland, und eine der zentralen rechtlichen Fragen - dazu hatten Sie vorhin auch schon ausgeführt - war ja der Umgang mit Routineverkehr, der bei einer G-10-Erfassung sozusagen als Beifang anfällt.

Wir haben in der Beweisaufnahme erfahren, dass das Thema zum Beispiel am 20. Oktober 2004 in einer Besprechung im Kanzleramt thematisiert wurde - noch zu Zeiten von Herrn Steinmeier. Dort wurde dann entschieden, dass der BND eine G-10-Anordnung beantragen soll, um Zugang eben zu diesen paketvermittelten Daten zu erhalten. Das geschah dann auch im Oktober 2005, und die Rechtsfrage, ob der BND dann diesen



Nur zur dienstlichen Verwendung

Beifang, die anfallenden Routineverkehre, ebenfalls erheben und auswerten dürfe, wurde dann im Kanzleramt bejaht. Es wurde auch entschieden, dass die G-10-Kommission darüber nicht zu informieren war oder keine Stellungnahme von der G-10-Kommission erbeten werden soll.

Das haben Sie ja so vorgefunden, diese Sachlage, haben Sie gesagt. Also, die rechtliche Problematik wurde Ihnen dann schon geschildert -

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): - zu Ihrem Amtsantritt - oder?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Das habe ich auch so vorgefunden. Könnte den Eindruck erwecken, als sei mir das irgendwie vorgetragen worden. Das ist nicht der Fall. Ich habe den Gesamtkomplex erst im Zusammenhang mit den Gesprächen 2007/2008 erfahren.

Nina Warken (CDU/CSU): Und wie haben Sie diese Rechtsauffassung damals beurteilt, als Sie davon erfahren haben? Würden Sie das heute anders beurteilen?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Auch in den Unterlagen, die Sie ja kennen, die Geheim eingestuft sind, taucht das Wort „Routineverkehr“ nur einmal in Klammern auf. Da wird auf diesen Sachverhalt, den Sie hinweisen, gar nicht - - darüber wird gar nicht aufmerksam gemacht. Und G-10-Anträge im Einzelnen wurden zu meiner Zeit auch dem Chef des Bundeskanzleramts nicht vorgelegt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich möchte nur kurz darauf hinweisen, dass wir aus eingestuften Akten natürlich nicht berichten können in diesen Sitzungen. Weil wenn sich das einmal eröffnet, dann stellt sich die Frage: Wo ist das Ende?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Deswegen bitte ich - die eingestuften Unterlagen -, dann daraus nur in den eingestuften Sitzungen zu berichten.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Beziehen Sie das auf das, was der Minister gesagt hat, oder auf das, was Frau Warken vorgehalten hat?)

- Ich beziehe es grundsätzlich darauf, weil ich die Sorge sah, dass sich hier möglicherweise ein Sachverhalt eröffnet, der dann ein Bericht aus eingestuften Unterlagen wird. Und bevor das eintritt, habe ich die Wortmeldung gemacht, damit das gar nicht erst eintritt und sich Herr Wolff nicht melden muss.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, nur bei den Steinmeier-Belastungen eben wurde - - hat niemand eingegriffen!)

Nina Warken (CDU/CSU): Alles aus öffentlich, alles öffentlich.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alles öffentlich! Sehr gut!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - Frau Warken darf auch weitermachen.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht können Sie noch mal das Aktenzeichen sagen, Frau Kollegin! - Gegenruf des Abg. Tankred Schipanski (CDU/CSU): Im *Spiegel*!)

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, Sie hatten vorhin schon ein Gespräch erwähnt, das Sie mit dem amerikanischen Geheimdienstkoordinator McConnell geführt haben, Ende 2007, der den



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wunsch an Sie herangetragen hatte, eine bestehende Kooperation auszuweiten, und laut *Spiegel* vom 16. Mai 2015 habe es dann am 22. Januar 2008 bei Ihnen im Kanzleramt auch ein Gespräch gegeben. Der Zeuge Uhrlau, damals BND-Präsident, hat teilgenommen in Begleitung seines Abteilungsleiters Urmann, des Vizepräsidenten von Brandis. Können Sie sich an dieses Gespräch erinnern mit diesen Teilnehmern am 22. Januar 2008?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ja. - Ich möchte gern noch mal kurz etwas zu diesem Besuch sagen, weil es auch, Herr Vorsitzender, dann öffentlich berichtet wurde. - Der Hauptgegenstand dieses Besuches war nicht der Wunsch nach einer speziellen weiteren Kooperation, sondern das sogenannte Iran-Dossier. Sie werden sich vielleicht erinnern, dass unter Führung von dem damaligen DNI die amerikanische Seite plötzlich eine Einschätzung, Assessment, vorgenommen hatte, die zu dem Ergebnis kam, dass die iranische Seite weit weg von dem Bau einer Atombombe sei.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich muss jetzt mal fragen, ob dieses Dossier eingestuft ist. Wir suchen es gerade.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Nein. Das, was ich jetzt berichte, ist sozusagen -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

(Tankred Schipanski
(CDU/CSU): Ist Zeitungswissen!)

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: - presseöffentlich, weil nämlich, Herr Vorsitzender, dieses Assessment auf seiner Europareise plötzlich in der Zeitung stand. Und dann haben wir in den Gesprächen über dieses Assessment gesprochen, und am Rande hat er eine spezielle weitere Kooperation angeboten, die ich jetzt in öffentlicher Sitzung nicht weiter vertiefen kann.

Nina Warken (CDU/CSU): Und über diese Kooperation haben Sie dann mit den Herren, die ich eben genannt habe, im Januar gesprochen?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: In der Nachbereitung zu diesem Gespräch haben wir dann ein Gespräch geführt. Den Inhalt dieses Gespräches kann ich in öffentlicher Sitzung nicht wiedergeben. Es gibt dazu ein Ergebnisprotokoll.

Nina Warken (CDU/CSU): Der Zeuge Uhrlau hat uns auch in Teilen in öffentlicher Sitzung über dieses Gespräch berichtet, er habe seitens des BND Bedenken vorgetragen gegen diese gewünschte Ausweitung der Kooperation. Können Sie uns sagen, welche Bedenken da konkret seitens des BND geäußert wurden?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Es trifft zu, dass der BND-Präsident Bedenken geäußert hat. So war auch der Ratschlag der Abteilung 6 im Bundeskanzleramt, und die Bedenken hatten zur Grundlage eine allgemeine, nicht konkrete Einschätzung über damit verbundene Risiken. Oder, um es mal umgangssprachlich zu sagen: Er hat vor gewissen Übergrifflichkeitsmöglichkeiten für die Zukunft der US-Seite gewarnt - gerade weil das, worum es ging, sensibel ist. Und das ist einer der Gründe, warum wir dann diese Zusammenarbeit, diese erweiterte Kooperation abgelehnt haben.

Nina Warken (CDU/CSU): Der Zeuge Uhrlau, auch der Zeuge Fritsche eben haben beide gesagt, dass es nur ganz allgemein über mögliche Übergrifflichkeiten, über mögliche Wirtschaftsspionage ging, dass konkrete Begriffe - EADS und Eurocopter - nicht gefallen seien. Haben Sie dieselbe Erinnerung?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Der Herr Fritsche hat uns vorhin auch gesagt, es sei im Schwerpunkt auch nicht über diese Themen gegangen, sondern der Schwerpunkt der Besprechung seien industriepolitische Gründe gewesen, aus denen dann auch der BND eben seine Bedenken hergeleitet hat - industriepolitische Gründe in dem Sinne, dass man sich in der Zusammenarbeit, in der Kooperation nicht immer auf Amerikaner verlassen soll, sondern dass man auch eigenes technisches Know-how entwickeln sollte -, und, ja, das sei auch einer der Gründe gewesen, zu sagen: keine



Nur zur dienstlichen Verwendung

Kooperation, sondern lieber Entwicklung von eigenem Know-how. Können Sie sich daran auch erinnern?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Auch das deckt sich mit meinen Erinnerungen; aber das kann ich jetzt in öffentlicher Sitzung nicht näher begründen.

Nina Warken (CDU/CSU): Und ein weiterer Punkt in diesem Gespräch sei auch die G-10-Filterung gewesen und die Tatsache, dass es eben rein technisch nicht möglich war, eine 100-prozentige Filterung zu erreichen, sondern dass es auch eine händische Filterung erfordert hat, die natürlich sehr langwierig war, und dass das eben auch einer der Punkte und der Gründe war, weshalb der BND Bedenken geäußert hat. Haben Sie daran auch Erinnerung?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Auch das deckt sich mit meiner Erinnerung. Vor allen Dingen habe ich daraus entnommen, dass der BND im Blick auf durch den Artikel 10 des Grundgesetzes geschützte Rechtsgüter immer sehr achtsam war.

Nina Warken (CDU/CSU): Und die Warnhinweise des BND haben Sie dann also ernst genommen und auch entschieden, dass dem Wunsch der Amerikaner da nicht nachgekommen werden soll?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Wir haben das zusammen entschieden, und ich habe das aber selber dann meinem Gesprächspartner nicht übermittelt; das ist wahrscheinlich auf Dienstebene erfolgt. Ich bin dann ja kurz danach in die USA geflogen und habe verschiedene Gespräche geführt, darunter auch erneut mit Herrn McConnell. Da hat er sich für die Zusammenarbeit mit dem BND bedankt und ist auf weitere dieser Wünsche nicht weiter eingegangen - und ich dann natürlich auch nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Haben Sie irgendeine Reaktion der Amerikaner mitbekommen auf diese - ich sage es mal - Ablehnung der Wünsche?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Nein. Das ist auch nicht unüblich, dass man Wünsche äußert und nicht jeder Wunsch erfüllt wird. Das gilt auch für die Zusammenarbeit zwischen Diensten.

Nina Warken (CDU/CSU): In dem *Spiegel*-Artikel, den ich eben schon erwähnt habe, heißt es weiter, dass Sie in diesem Gespräch mit den Vertretern des BND, über das wir gesprochen haben, wissen wollten, ob man den Amerikanern „notfalls eine andere ‚Zusammenarbeit hinsichtlich Informationsgewinnung‘“, so heißt es im *Spiegel*, anbieten könne. Aber auch das habe der BND, ja, nicht empfohlen. - Können Sie dazu Näheres sagen? Wurde eine andere Zusammenarbeit konkret ins Auge gefasst? Ist so was erfolgt schließlich?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Wir haben eine Kompensation erwogen, aber auch die kann ich in öffentlicher Sitzung nicht vortragen.

Nina Warken (CDU/CSU): In demselben Artikel steht noch, dass man da mithilfe der NSA später eine Kabelerfassung in einem anderen Land realisiert habe. Es steht da konkret:

Man schöpfte nun doch wieder gemeinsam Daten ab, aber eben nicht mehr auf deutschem Boden.

Können Sie das bestätigen? Stimmt das, dass es nach „Eikonal“ keine Kabelerfassung des BND mit der NSA in Deutschland gab, aber eine realisierte Kabelerfassung im Ausland?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Es meldet sich Herr Akmann.

MR Torsten Akmann (BMI): Das ist nicht Untersuchungsgegenstand; das hatten wir ja vorhin schon bei Herrn Fritsche.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN): Das ist streitig!)

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ich habe jedenfalls daran keine Erinnerung.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Also, Sie können keine Aussage dazu treffen, dass es nach „Eikonale“ keine Kabelerfassung des BND gemeinsam mit der NSA in Deutschland gab?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Also, wie gesagt - - Ich will dazu jetzt nichts sagen, weil, wenn es nicht Untersuchungsgegenstand ist, ist es auch nicht von meiner Aussagegenehmigung erfasst. Dann bleibe ich mal lieber bei der - -

Nina Warken (CDU/CSU): Ich glaube, der Herr Akmann meinte aber die -

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Bitte?

Nina Warken (CDU/CSU): - Auslandskooperation. - Ihr Einwand bezog sich aber auf die Auslandskooperation und nicht auf die - -

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Sollten wir noch mal - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: In nicht-öffentlicher Sitzung kommen wir vielleicht dazu.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Genau, in nicht-öffentlicher Sitzung, weil es da einen entsprechenden Hinweis gibt; aber deren Umsetzung ist mir nicht weiter in Erinnerung.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut, dann übergebe ich mal an den Kollegen. - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich hätte im Rahmen der Zeit der Union noch ein, zwei grundsätzliche Fragen, und ich will mal beginnen einfach mit Ihrer Zeit, als Sie gewechselt sind ins Kanzleramt 2005, vom Vorgänger übernommen haben. Würden Sie sagen, die Zeit von Herrn Steinmeier als Chef BK war eine ganz andere, war anders geprägt, als Sie das im Kanzleramt waren, 2005? War die anders geprägt, gerade durch natürlich die Anschläge vom 11. September?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Da muss man sagen, ich wurde Chef des Bundeskanzleramts als Landesminister. Ich war zwar Mitglied im Vermittlungsausschuss, kannte viele Leute, aber ich

hatte keine operative Erfahrung im Bund. Das Gleiche galt übrigens für Herrn Steinmeier, der als Chef der Staatskanzlei Chef des Bundeskanzleramts wurde. Ich sage das deswegen, weil wir uns dann in unterschiedlichen Funktionen später darüber ausgetauscht haben, wie der Unterschied zwischen Landesebene und Bundesebene ist. Und ich habe eine Weile gebraucht, auch um die Fülle der Aufgaben eines Chefs des Bundeskanzleramts sozusagen voll auszufüllen, etliche Monate; denn das ist schon eine andere Liga. Und dazu gehörte auch das Thema „BND und Sicherheitslage“.

Und da muss ich zunächst einmal sagen, dass die Veränderung der ND-Lage und dann der Präsidentenlage, über die ja hier in anderem Zusammenhang schon oft die Rede war, durch Herrn Steinmeier als Konsequenz aus dem 11. September in der Terrorbekämpfung für mich absolut einleuchtend war und ein sehr wichtiger Fortschritt, glaube ich, in der Professionalisierung der Arbeit der Bundesregierung im Ganzen. Dass dort also die Präsidenten und die Staatssekretäre aller Ressorts sitzen - in der ND-Lage; in der Präsidentenlage dann ohne Mitarbeiter -, dass dort jeweils Sachverhalte vorgetragen werden, die alle betreffen: Das hat zu einer wirklich erheblichen Verbesserung der Vernetzung der Ressorts geführt.

Dabei ging es im Schwerpunkt um Abwehr gegen Terror. Es ging um die großen Krisenherde - von zentraler Bedeutung immer Israel und der Libanon -, es ging um Geiselnbefreiung, soweit nicht der Krisenstab sozusagen in die operativen Einzelheiten bezogen war, und dann später, als es um die Finanzkrise ging, ging es auch um sozusagen wirtschaftspolitische Entwicklungen in der Welt: Was würde das bedeuten für den Ölpreis? Was würde das bedeuten für den Nahen Osten? Was würde das bedeuten für die Stabilität und alldem? Die Spionageaktivitäten etwa spielten eine absolut untergeordnete Rolle - und wenn, immer im Blick auf China und Russland. Und - -

So. Von daher fand ich diese Form der Zusammenarbeit, die ich von Herrn Steinmeier übernommen habe, sehr richtig und gut. Und ich habe



Nur zur dienstlichen Verwendung

dann - auch daran will ich kurz erinnern - gemerkt, als es dann um einen Untersuchungsausschuss ging im Blick auf die Freilassung eines Guantanamo-Häftlings, wo Herr Steinmeier und ich auch Zeugen waren, wie schwierig solche Entscheidungen sind und wie schwierig es ist, bestimmte Entscheidungen vier, fünf Jahre später aus der Situation heraus, in der man als Chef des Bundeskanzleramts agiert hat, sozusagen im Nachhinein zu verstehen. Und das gilt für alles, was Chefs des Bundeskanzleramts machen, und hier auch.

Man muss sich immer sozusagen in die jeweilige Zeit reinversetzen und in das Entscheidungsumfeld von Dingen. Und da war eben die Welt nach Snowden und vor Snowden eine vollständig andere für uns alle - in der ganzen Welt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. Dahin ging nämlich meine Frage. Wenn wir zugrunde legen, dass wesentliche Abkommen, über die wir ja reden - MoAs etc. -, aus der Zeit von Herrn Steinmeier noch kommen, dann hätte ich jetzt gefragt, ob im Jahre 2005 und danach Sie Anlass hatten, das infrage zu stellen. Man war ja jetzt einige Jahre weg von den Ereignissen vom 11. September. - Aber ich habe Sie so verstanden: Sie haben das als richtig bewertet, auch die organisatorischen Aspekte richtig bewertet, und hatten keinen Anlass, die Dinge im Jahre 2005 und danach zu hinterfragen, als dass man jetzt im Grunde wieder eine Neuausrichtung nehmen müsste.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Nein, das habe ich für richtig gehalten. Ich habe auch die stark der amerikanischen Seite gegenüber offene Haltung, was Zusammenarbeit angeht - auch nach dem Irakkrieg -, die mein Vorgänger gemacht und durchgeführt hat, für richtig gehalten und habe sie seitdem auch in Ausschüssen oder in der Öffentlichkeit stets verteidigt und für richtig gehalten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gab es denn dann bei der Amtsübernahme durch Sie und auch durch Herrn Fritsche in einer ähnlichen Zeit Grund, Dinge zu überprüfen, zu sagen: „Wir schauen uns jetzt mal die Kooperationen an, wir

schauen mal, ob da bestimmte Dinge einfach angepasst werden müssen“? Oder war das eigentlich von der Sicht geprägt: „Das läuft rund“?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ich hatte jedenfalls keinen Anlass, das grundsätzlich auf den Prüfstand zu stellen. Ich fand richtig, dass die Amerikaner mit uns eng zusammenarbeiten und wir mit den Amerikanern.

Wir waren in Afghanistan. Ich darf daran erinnern, dass kurz - im ersten Monat, glaube ich - nach meiner Amtszeit wir eine erste Entführung hatten, und allein das Lagebild über Ort der Geisel und Ähnliches mehr war ganz eindeutig auf Hinweise und Zusammenarbeit mit den Amerikanern zurückzuführen. Auch die Fragen, die damit im Zusammenhang stehen - welche Varianten und Optionen es für die Lösung solcher Fragen gibt -, waren, weil da auch amerikanische Truppen in der Gegend stationiert waren, immer eng abgestimmt mit der amerikanischen Seite. Es war - - Ich hatte keinen Anlass, das zu überprüfen, und es hat auch niemand vorgetragen, das zu verändern.

Ich darf mal daran erinnern, dass der damalige Abteilungsleiter 6, Herr Uhrlau, von mir zum Präsidenten des BND gemacht worden war - auch das ist ja ein starkes Zeichen der Kontinuität - und Herr Fritsche vom BfV dann auf meinen Vorschlag zum Abteilungsleiter 6 geworden ist. Und auch in der Zeit danach gab es zwischen Herrn Steinmeier und mir, zwischen den Staatssekretären im AA, also insbesondere Herrn Scharioth und Herrn Fritsche und alldem, engste Zusammenarbeit und größte Übereinstimmung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: War das für Sie wichtig, dass gerade Herr Fritsche, der Kenntnisse aus dem nachrichtendienstlichen Bereich mitbrachte, AL 6 wurde, und wie würden Sie die Aufgabenverteilung zwischen Ihnen und dem AL 6, also Herrn Fritsche, beschreiben?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Das war mir natürlich wichtig. Ich war, wie gesagt, ein -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Deswegen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: - Landesminister - - zwar Innenminister, gewesen, aber erstens nicht sehr lange und dann in einem natürlich überragend bedeutenden, aber faktisch natürlich kleinen Bundesland. Und vieles dieser Welt war mir, wenn man so will, neu.

Und die - - Dann war mir auch wichtig, dass - wir waren Große Koalition - - Die Große Koalition war schwierig zustande gekommen. Es gab nicht von vornherein Vertrauen auf allen Seiten zwischen den handelnden Personen. Und deswegen war mir sehr wichtig, dass im Bereich der Sicherheit, also zwischen Kanzleramt, Außen und Verteidigung und Innen, eine ganz enge Zusammenarbeit entsteht und vertrauensbildende Maßnahmen, damit dort nicht jetzt Parteipolitik gemacht wird. Und dem diene auch die Versetzung, wenn man so will, von Herrn Uhrlau als Präsident des BND, die deswegen ausgelöst war, weil Herr Schäuble Herrn Hanning als Staatssekretär haben wollte, der vorher Präsident des BND war. Und auch Herr Hanning war dann sozusagen in den Präsidentenlagen dabei. Es war sehr viel Kontinuität, die dann zwischen denen war.

Und ich wollte dann jemanden haben, der auch aus der Szene kommt. Ich kannte Herrn Fritsche gar nicht vorher. Er war mir empfohlen worden. Er hat sozusagen einen guten Background und wurde dann Abteilungsleiter 6. Und Abteilungsleiter 6 war dann - - Also, ich war der Beauftragte, wie Herr Steinmeier; aber faktisch ist natürlich vieles von dem, was dann früher ein Staatssekretär gemacht hat - Schreckenberger oder der Parlamentarische Staatssekretär Schmidbauer usw. - - hat dann faktisch Herr Fritsche gemacht.

Wir hatten vor allen Dingen zu tun in der ersten Zeit - das habe ich deswegen auch erwähnt - mit der Entscheidung über den BND-Umzug nach Berlin, der nicht annähernd so vorbereitet war, wie er schien. Und das war ein kompliziertes Stück Arbeit, das auch mit dem Haushaltsausschuss, mit der CSU usw. in trockene Tücher zu bringen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Frau Warken hat noch eine Anmerkung?

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, nur weil der Kollege von Notz vorhin unterstellt hat, ich zitiere aus geheimen Akten. - Es hat sich dabei um einen Auszug aus dem zum Beweisbeschluss BND-17 vorgelegten Ordner 190 des Bundeskanzleramts gehandelt, dort die Blattnummern 11 bis 13, offen. Das wurde auch am 23.04.2015 in der Sitzung verteilt als Kopie.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, ganz herzlichen Dank. - Wir kommen jetzt zu den Fragen der Fraktion Die Linke, und Frau Kollegin Renner beginnt, nehme ich an.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Innenminister, ich würde gerne noch mal ein paar Nachfragen zu Ihren Eingangsstatements stellen, weil ich an einigen Stellen doch das Gefühl hatte, dass es sich da lohnt, noch mal genauer jetzt nachzufragen.

Bezogen auf die Operation „Eikonol“ hatten Sie ausgeführt, dass Sie die entscheidende G-10-Anordnung nicht kennen, weil sie vor Ihrer Zeit war. Kennen Sie denn weitere G-10-Anordnungen, die im Zusammenhang mit „Eikonol“ dann beantragt wurden?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Nein. Die G-10-Anträge - sowohl vom Kanzleramt wie dann ja auch vom BMI - sind nicht auf meiner Ebene - - oder haben mich nicht erreicht. Die ist vom AL 6 an den Staatssekretär im Innenministerium gegangen und von dort dann weiter behandelt worden.

Martina Renner (DIE LINKE): Und das Wort „entscheidend“ spielte dann noch mal eine Rolle.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Das Wort „entscheidend“ - -

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, ich sage Ihnen das. - Das Wort „entscheidend“ spielte dann noch mal eine Rolle, weil Sie sagten: Ich war „nicht mehr entscheidend mit dieser Operation befasst“.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Aber - -

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Das Wort „entscheidend“ - da haben Sie natürlich genau zugehört - bezieht -

Martina Renner (DIE LINKE): Na ja, deswegen sitze ich ja hier.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: - sich darauf, dass ich mich jetzt nicht damit irgendwie dicke tun wollte, ich hätte entschieden, „Eikonol“ einzustellen: Das ist - - trifft nicht zu, sondern ist dann im Zusammenhang mit den Geheim eingestuften Unterlagen, die Sie kennen - - Daraus geht hervor, dass dann „Eikonol“ nicht besonders ergiebig ist und nicht fortgesetzt worden ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Na ja, zum Ausgang des Projekts „Eikonol“ haben wir jetzt, ich glaube, mittlerweile fünf mögliche irgendwie Varianten gehört, wie die Geschichte zu Ende geht.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ich war jedenfalls an der Entscheidung nicht befasst. Das ist - -

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. - Also, es war nicht ergiebig, wir haben die G-10-Problematik nicht in den Griff bekommen, wir haben irgendwie mitbekommen, dass dort irgendwie Sektoren laufen, die - -

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Wie auch immer: Ich war an der Entscheidung nicht befasst.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau, Sie waren damit nicht befasst. - Und jetzt komme ich nämlich genau zu dem Punkt. Sie sitzen ja hier als Chef BK für die Zeit, die wir ja mit einer Reihe von Kooperationsprojekten untersuchen, und ich frage mich die ganze Zeit - und das habe ich ja auch schon heute Morgen den Zeugen zuvor gefragt -, wie denn tatsächlich Rechts-, Fach- und Dienstaufsicht organisiert ist, wenn - so auf jeden Fall unser Eindruck, nachdem wir Herrn Müller, Herrn Kurz, Herrn Vorbeck, Herrn Fritsche gehört haben - niemand im Bundeskanzleramt sich mit diesen Operationen, der Zusammenarbeit, der Weitergabe von Daten, der eingesetzten Technik,

den zugrundeliegenden vertraglichen Verpflichtungen etc. befasst.

Deswegen - - Also zum Beispiel - ich sage mal ganz klar - diese Operation „Glo“ kennt kein Mensch im Bundeskanzleramt. Also keiner, der hier saß, kennt die. Eine Operation, die absolut singulär ist - das hat auch Herr Fritsche eingeräumt -, weil sie mit einem US-amerikanischen Dienst, nämlich der CIA, eingefädelt wurde, mit dem man sonst nicht gemeinsam ans Kabel geht - und auch noch bei einem US-Provider und auch noch unter Legende -, kennt kein Mensch im Bundeskanzleramt. Kann einem niemand beantworten die Frage, auf welcher vertraglichen Grundlage das überhaupt stattgefunden hat: Gab es dafür einen privatrechtlichen Vertrag mit dem Unternehmen, wie „Eikonol“? Gab es dafür einen Letter of Agreement oder sonst was?

Das finde ich ziemlich bedenklich, weil das würde ja bedeuten, dass es Bereiche im BND gibt, bei denen Eingriffe in Grundrechte - Fernmeldegeheimnis ist ein Grundrecht -, Datenverarbeitung im Sinne des Bundesdatenschutzgesetzes und Ähnliches mehr stattfinden, wo die zuständige Rechts-, Fach- und Dienstaufsicht null zu weiß.

Wenn ich Sie jetzt frage: „Kennen Sie die Operation ‚Glo‘?“, werden Sie mir wahrscheinlich sagen: Kenne ich auch nicht.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Habe ich in meinem Eingangsstatement gesagt.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau, haben Sie auch gesagt. - Kennt niemand, kennt auch nicht Ihr AL 6; niemand. Wie geht das denn? Also, wie geht es, dass die zuständige Rechts- und Fachaufsicht nicht weiß, was dort gemacht wird?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Also, zunächst will ich gerne bestätigen, dass ja viel dafür spricht, wenn es die zuständige Abteilung nicht weiß, dass es dann auch der Chef des Bundeskanzleramtes nicht weiß. Das ist ja irgendwie logisch, Frau Abgeordnete.

Martina Renner (DIE LINKE): Na ja, na ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ich habe - - Na gut, dann spricht viel dafür, sagen wir mal so.

Martina Renner (DIE LINKE): Kann aber auch anders sein. Man überspringt manchmal auch Ebenen. Also, ich beschäftige mich lange genug mit Geheimdiensten, um zu wissen, dass es Situationen gibt, wo man auch Ebenen überspringt; -

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Das stimmt.

Martina Renner (DIE LINKE): - aber gut.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Das stimmt; das ist auch - - Das ist auch in bestimmten Fällen so. Ich war Zeuge im Edathy-Untersuchungsausschuss; da gab es eine Informationskette Ziercke/Fritsche/Friedrich, nicht Dienstweg. Das ist in besonderen Einzelfällen möglich und auch richtig. Deswegen kann es durchaus sein, dass es da eine direkte Information gibt. Das war in Geiselnahmen übrigens auch schon mal - - in dem einen oder anderen der Fall. Aber ich will zu der Aufsichtsfrage gerne etwas sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Hm.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Natürlich ist - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich möchte noch mal ganz kurz unterbrechen, -

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - weil der Vorhalt nicht richtig war. Der Zeuge vorher hat deutlich gesagt - wir haben es gerade im Protokoll recherchiert -, zur Operation „Glo“ kann er was sagen, aber in eingestufte Sitzung. Er hat nicht gesagt, das kenne er nicht, dazu könne er nichts sagen.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja!)

Martina Renner (DIE LINKE): Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, nein, das ist schon wichtig, dass der Vorhalt stimmt.

MR Torsten Akmann (BMI): Nein, Entschuldigung, er hat gesagt - -

(Zuruf: Lesen Sie es noch mal vor!)

Er kennt sie nur im Rahmen der Aktenaufbereitung, hat er gesagt.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Er kennt sie nicht aus seiner Zeit als AL 6 im Bundeskanzleramt. Er hat jetzt im Rahmen - -

(Zuruf: Der Vorhalt!)

- Wir reden ja jetzt 2005 bis 2009 irgendwie und die Rechts- und Fachaufsicht, und deswegen - - Er hat jetzt davon gelesen, wie andere auch. Aber damals, als er es hätte wissen müssen, weil es eben eine besondere Operation ist, mit vielen rechtlichen Wagnissen, hat er nichts davon gewusst.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ich kenne sie nicht. Von daher - -

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Sie kennen sie auch nicht; hätte ich auch gar nicht anders erwartet.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: So, jetzt aber - - Zur Aufsicht würde ich gern noch mal etwas sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Hm.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Generell: Wir reden über große Behörden, -

Martina Renner (DIE LINKE): Hm?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: - 6 000, BND. Wir haben das Bundeskriminalamt, wir haben das Bundesamt für Verfassungsschutz, und natürlich ist es prinzipiell richtig, eine gestufte Verantwortung zu haben, und es ist auch nicht richtig, unabhängig von der Frage, ob ein - - ob das Informationssammeln - - ab wann die grundrechtsrelevant ist - das will ich jetzt mal nicht zwischen uns diskutieren - - nicht richtig, dass jeder



Nur zur dienstlichen Verwendung

Grundrechtseingriff vom Ministerium entschieden werden muss. Da gibt es ganz viele Durchsuchungen und sonstige Maßnahmen vom Bundeskriminalamt, die natürlich gemacht werden und wo das Innenministerium gar nicht oder vielleicht aus guten Gründen erst später informiert wird. Also, generell teile ich nicht Ihre These, zu sagen: Wenn ein Grundrechtseingriff - - muss irgendwie vorher oder - - die Aufsichtsbehörde einbezogen werden.

Aber ich will gerne generell etwas sagen. Natürlich gibt es bei der Aufsicht eine Bring- und eine Holschuld, zuerst allerdings - wir haben darüber im PKGr, Herr Abgeordneter Hahn, auch gesprochen - eine Bringschuld der Behörde, das heißt Meldung von besonderen Vorkommnissen, auch Meldung von Fehlern. Und ich erinnere mich sehr gut an einen Fall - ich kann das deswegen vortragen, weil das presseöffentlich war und ich es, glaube ich, sogar selber presseöffentlich gemacht habe -, dass ich einen bestimmten Fehler bei der Überwachung eines deutschen Staatsbürgers kritisiert habe, dass ich darüber, über diesen Fehler, nicht unterrichtet worden bin und den Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes einbestellt habe und ihm eine Gelbe Karte erteilt habe. Der eine oder andere wird sich vielleicht noch an den Fall erinnern.

Also: Bringschuld heißt: Wichtige und besondere Vorkommnisse einschließlich von Fehlern werden erst mal von der Behörde nach oben gemeldet, mitgeteilt. - So. Erstens.

Zweitens Holschuld: Holschuld besteht vor allen Dingen darin, dass man, wenn es Anhaltspunkte, wenn es Hinweise gibt, von mir aus auch von dritter Seite, dass irgendetwas nicht in Ordnung ist, der Sache nachgeht. Sie können aber nicht und schon gar nicht mit dem Personal, was da ist - da sage ich gleich noch einen Satz dazu - - können Sie nicht das laufende Geschäft oder einzelne Operationen des BND kontrollieren, in dieser Form.

Die nächste Bemerkung ist: Ich habe gesagt, im Zusammenhang mit einer gewissen Skepsis, was auch dieses amerikanische Angebot anging, dass Nachrichtendienste eben Nachrichtendienste

sind. Deren Interesse besteht darin, Nachrichten zu sammeln. Man könnte auch sagen: Das sind Jäger und Sammler, und die werden nicht gerne beim Jagen und Sammeln gestört. Deswegen ist die generelle Neigung, schon in dem eigenen Haus zu berichten, was geschieht, geringer ausgeprägt als in anderen, wahrscheinlich als im Lehrerkollegium.

Wir haben zum Beispiel, Herr Fritsche und ich, in der Organisationsreform, die ich eben erwähnt habe, entschieden, eine Veränderung vorzunehmen, die beim BfV lange schon galt, nämlich, die Trennung von Auswertung und Beschaffung aufzuheben. Es war beim BND so, dass der, der auswertete, nicht wusste und wissen durfte, woher der, der die Beschaffung machte, es weiß. Das heißt, Fehler von Beschaffung oder Übergriffe von Beschaffungsvorgängen wusste nicht mal der Auswerter. Wir haben das für falsch gehalten, weil natürlich die Zuverlässigkeit der Beschaffungsart und auch die Einschätzung vielleicht der Quelle oder so etwas für den Auswerter von fundamentaler Bedeutung ist. Dieses Prinzip - sozusagen Need to know; am besten sagt man nichts über das, was man weiß - ist sozusagen ein Prinzip, was strukturell Aufsicht erschwert.

Jetzt kommt noch hinzu - da hatte der Vorsitzende ja nach gefragt -, dass ich eine bestimmte Aufsichtsstruktur übernommen habe, die Herr Steinmeier schon verbessert hatte; unter Herrn Steinmeier wurden zwei Gruppen eingerichtet statt einer. Ich habe dann noch ein neues Referat eingerichtet, wie Sie wissen. Aber diese Struktur, diese Aufsichtsstruktur gab es seit Jahrzehnten so; die hatte eine gewisse Tradition. Und ich bin mir ganz sicher und halte es auch für richtig - und ist im Übrigen auch Ihr Untersuchungsausschuss -, dass im Lichte dessen, was noch im Einzelnen aufzuklären ist, über diese Tradition, die Jahrzehnte andauert, zu sprechen sein wird, und ich finde es richtig, dass es dazu Konsequenzen gibt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Nun bin ich jetzt Innenminister und nicht Chef BK, und deswegen



Nur zur dienstlichen Verwendung

wird sicher die Bundesregierung unter Führung des Chefs BK nach Würdigung Ihrer Ergebnisse dazu Vorschläge machen. Aber sozusagen für die Zukunft betrachtet wird sich da sicher einiges ändern müssen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Wir müssen wechseln. Wir kommen jetzt zur Fraktion der SPD. Ich weiß nicht, wer beginnt. - Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Herr Bundesminister de Maizière, ich würde jetzt gerne mal - - Ich habe mir zwar eigentlich einige andere Fragen jetzt am Anfang vorgenommen, aber Sie haben jetzt zum Schluss gesagt, dass als Ergebnis der Arbeit dieses Untersuchungsausschusses auch diese von Ihnen gerade geschilderte Tradition grundsätzlich zumindest mal einer kritischen Würdigung unterzogen werden sollte - jja?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ja.

Christian Flisek (SPD): Ich formuliere das jetzt mal so. - Das reizt mich natürlich, Sie persönlich zu fragen, als jemanden, der vier Jahre lang Chef der Aufsichtsbehörde über die Geheimdienste war und der, ich sage mal, auch jetzt in seiner Tätigkeit als Innenminister auch im Bereich der Spionageabwehr zumindest natürlich durch die Aufsicht über das Bundesamt für Verfassungsschutz zuständig ist - ja? Da würde mich natürlich reizen: Wie können Sie oder wie würden Sie sich denn eine solche erneuerte Geheimdienstaufsicht vorstellen?

Ich meine, Sie haben ja ein Prinzip, das die Aufsicht erschwert, angesprochen: Need to know. Wir haben aus meiner Sicht - ich habe ein anderes Problem - auch erkannt, dass es hier sehr viele Wechsel hin und her gibt, zwischen, ich sage mal, dem Objekt der Aufsicht und der Aufsichtsbehörde. Das mache ich jetzt nicht als Vorwurf gegenüber den einzelnen Mitarbeitern. Aber ich halte das auch für ein strukturelles Problem, weil man natürlich nicht permanent beispielsweise dort, meine ich - je nachdem, welche Funktion man hat -, die jeweilige Brille wechseln kann.

Und ich meine, wir haben hier eine Situation, jetzt konkret mit den Selektoren, wo man sich die Frage stellt: Wie kann es sein, dass auf Unterabteilungsebene Entscheidungen getroffen werden - ich formuliere das mal so -, die geeignet sind, bei der Öffentlichkeit, die wir vor allen Dingen nach Snowden haben zu diesem Themenbereich, die geeignet sind, der Legitimationsgrundlage eines Geheimdienstes den Boden unter den Füßen zu entziehen? Man stellt sich die Frage: Wie kann dann sozusagen auf Unterabteilungsebene so eine Entscheidung getroffen werden? Und Sie sprechen das Thema ja an, und deswegen würde ich Sie ganz gerne fragen: In welche Richtung - - Oder haben Sie eine Vorstellung, in welche Richtung eine solche Erneuerung gehen müsste?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Na ja, also, ich bin jetzt nicht mehr Chef BK; deswegen will ich mal generell als Innenminister oder als Mitglied der Bundesregierung dazu etwas sagen.

Zunächst zum Personal etwas: Wir haben sicher eine Schwäche in Deutschland, dass die Profis der Sicherheits-Community zu klein, zu wenig sind. Wenn Sie mal die Biografien Fritsche, Hanning, Uhrlau und noch ein paar andere nehmen, ja, das ist sozusagen - - Da gibt es noch ein paar andere, die - - Die waren immer sehr stark in dem Sicherheitsbereich tätig. Warum? Weil sie gut sind und weil es viele andere dieser Qualität nicht gibt. Das ist in Großbritannien, Frankreich, USA ganz anders.

Das bedeutet: Natürlich brauchen Sie auch für die Aufsicht Leute, die aus dem Amt kommen; sonst können Sie gar keine Aufsicht ausüben. Man muss schon wissen irgendwo, wo man fegen muss. Das muss man auch schon wissen; ein bisschen muss man die Räume kennen. So. Umgekehrt wäre es wichtig, dass wir mehr Rotation auch von außerhalb der Sicherheits-Community in diese Sicherheits-Community hineinkriegen, und das ist nicht so leicht, weil wir ja auch nicht sozusagen das Standing der Sicherheitsbehörden haben, wie das im Ausland der Fall ist. Mir ist mal gesagt worden - ich weiß nicht, ob das stimmt -, dass das Standing eines Mitarbeiters im britischen Nachrichtendienst mindestens so hoch



Nur zur dienstlichen Verwendung

ist oder höher als das des diplomatischen Dienstes. Davon sind wir weit entfernt.

Wenn wir also jetzt sagen würden, wir möchten mal gerne 50 oder 100 Top- - junge Referenten aus dem Auswärtigen Amt haben, die die nächsten zehn Jahre im Bundesnachrichtendienst sind, oder aus dem Innenministerium oder aus dem Umweltministerium oder Finanzministerium - nehmen wir mal Finanz- - Da wäre die Zahl der freiwilligen Meldungen gering.

Das heißt, das Erste ist in Antwort auf Ihre Frage: Wir müssen die Durchmischung und Rotation erhöhen, und wenn es nicht freiwillig geht, dann eben auch als Teil von Personalentwicklung durch Versetzung. Beamte sind versetzungsfähig.

Das Zweite ist: Ich finde grundsätzlich richtig, dass wir nur drei Dienste haben. Bei den Amerikanern gibt es 16 oder 18 und den DNI oben drauf; das führt zu vielerlei Problemen. Ich finde auch im Prinzip richtig, dass Abwehr innen und Aufklärung außen getrennt ist. Wir wissen trotzdem, dass wir auf Zusammenarbeit angewiesen sind, Stichwort Terrorgefahr⁴ [sic!]; das haben wir im Gemeinsamen Terrorabwehrzentrum usw. Die Grünen und die Linken kritisieren daran vieles. Aber auf Zusammenarbeit ist man angewiesen. Trotzdem ist die grundsätzliche Trennung richtig.

Man kann schon fragen - das will ich aber nur in Frageform machen, weil das wäre sonst von mir zu übergriffig -, ob eigentlich die Verortung des BND im Kanzleramt richtig ist. In anderen Staaten gehört es zum Auswärtigen Amt. Also, jedenfalls finde ich es zumal nicht ganz unlogisch. Ich mache jetzt keine Empfehlung in der Richtung, aber Innen ist zuständig für Abwehr von Gefahren, und der Außenminister, der ist zuständig für Aufklärung nach außen, durch Dienste und auf andere Weise. Macht jedenfalls - - Finde ich nicht ganz unlogisch.

Trotzdem bleibt dann - und das ist sozusagen das Dritte, die dritte Antwort, die ich geben möchte;

wer auch immer dann die Aufsicht hat, Herr Flisek -: Was soll da an operativen Dingen einbezogen werden? Herr Obama hat die Sachen - ich will das mal nicht - - die Operation bin Laden vielleicht nicht selbst geführt; er war dabei und hat sich filmen lassen. Ist das richtig?

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist alles total - -)

Wir haben bei Geiselnahmen - ich habe es schon mal gesagt - ein bestimmtes Verfahren innerhalb der Bundesregierung, dass wir bestimmte Entscheidungen, fundamentale Entscheidungen, auf Ministerebene treffen. Aber Einzeloperationen der Zusammenarbeit ist - - Jedenfalls, es ist - - Es macht schon viel Sinn, nicht alles dann auch auf gleich sozusagen politischer Ebene zu haben. Man muss auch mal sehen: Je höher in der Hierarchie, umso politischer wird es.

Jetzt sagt Frau Renner: Ja, das will ich ja gerade, dass die unten nicht so fachlich sich verselbstständigen. - Das verstehe ich schon. Jedenfalls ist die Frage nicht leicht zu beantworten: Was soll eigentlich an neuen Operationen von alldem wirklich vorher mit der Aufsicht besprochen werden oder nicht? Jedenfalls, das möchte ich schon noch mal sagen, und das nehme ich jetzt wirklich für die letzten Jahrzehnte in Anspruch: Klar war, dass die Konstruktion so war, auch wegen der Größenverhältnisse, dass jedenfalls das Kanzleramt von solchen operativen Einzelmaßnahmen - jetzt sage ich mal einen politischen Begriff - verschont sein sollte, und so haben auch sicher viele Präsidenten des BND agiert.

Christian Flisek (SPD): Also, ich interpretiere mal Ihre Aussagen jetzt dahin gehend, dass, ich sage mal, in dieser Aufsichtstradition, die sich über die Jahre entwickelt hat, sich eine Kultur entwickelt hat, die einerseits dafür gesorgt hat, dass beim Bundesnachrichtendienst man sich sehr gut überlegt hat jeweils - egal, unter wessen Führung -, mit welchen Dingen man sozusagen sich an die Aufsichtsbehörde wendet im Einzelfall, weil man davon ausgegangen ist: Da liegen

4) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

im Zweifel nicht die Ressourcen und auch nicht - - Es ist vielleicht eben auch nicht der Wille da, alles zu erfahren und zu wissen. Interpretiere ich das richtig?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ja, das ist jetzt Ihre Interpretation. Ich will mal bei meiner Aussage bleiben.

Christian Flisek (SPD): Ja, ja.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ich sage noch ein anderes Beispiel. Bei der Strukturreform des BND, Stichwort: Auswertung und Beschaffung zusammenzuführen, die wir in meiner Amtszeit gemacht haben, ging es um die Stellenverteilung, und ich hatte Bedenken dagegen, dass der Präsident des Bundesnachrichtendienstes einen, wie ich fand, sehr großen Leitungsstab, Leitungsbereich sich in dem Vorschlag für Organisation zugeteilt hatte. Ich fand das zu viel, -

Christian Flisek (SPD): Hm.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: - weil ich an sich einer bin, der für schlanke Leitungsstäbe ist, und da hat Herr Uhrlau mir vorgetragen, er braucht diesen Leitungsstab, damit er durch Aufsichtsstrukturen erfährt, was im BND wichtig ist; das wäre durch die lineare Organisation alleine nicht sicherzustellen. Das heißt, da - - Und das ist dann auch so erfolgt, und, wie gesagt, wir haben da Fortschritte gemacht. Aber da beginnt im Grunde schon mal die Aufsicht, und wenn Sie ja zu Recht gesagt haben: „Was macht ein Unterabteilungsleiter da?“ - das kenne ich jetzt alles nur aus der Presse -, dann fangen da erst mal die Fragen an, und dann sozusagen die nächsten Aufsichts... (akustisch unverständlich)

Langer Rede kurzer Sinn - ich bin ja jetzt hier nicht Sachverständiger, sondern Zeuge -: Ich glaube, dass es Anlass gibt, dann in Ruhe, wenn Sie noch ein Stück weiter sind oder wenn Sie fertig sind, über Aufsichtsstrukturen insbesondere beim BND, aber dann gerne auch beim BfV - also, das wird ja irgendwie parallel erfolgen - zu neuen Überlegungen zu kommen.

Christian Flisek (SPD): Ja, wir werden sicherlich Vorschläge machen. Sie haben es angesprochen: Sie sind mehr als Zeuge heute hier, wenngleich ich manchmal denke, auch aufgrund natürlich unseres Einsetzungsauftrages: Das geht ineinander über, -

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ja.

Christian Flisek (SPD): - weil Sie berichten ja auch hier über Ihre Wahrnehmung, Sie bewerten das ja.

Wie soll ich mir das vorstellen? Sie haben gesagt, Sie sind damals von der Landesebene auf die Bundesebene gewechselt, Sie sind gleich sozusagen Chef BK geworden. Sie haben gesagt, man braucht dort mehrere Monate, um sich auch einen Überblick über das Aufgabenspektrum einer solchen Behörde zu verschaffen. Wie arbeitet man sich da ein, auch gerade - - Mich interessieren natürlich jetzt nicht die Bereiche, die jetzt nicht den Untersuchungsgegenstand betreffen, sondern mich interessieren vor allen Dingen die Fragen, wenn es um die Aufsicht über die Geheimdienste geht. Lässt man sich dort dann vortragen, besucht man einzelne Referate oder - - Wie geht das methodisch, systematisch vor sich? Oder, ich sage jetzt mal, setzt man sich einfach ins Büro, macht weiter, wo der Vorgänger aufgehört hat, hat vielleicht noch ein Übergabegespräch und ist darauf angewiesen, was der einem an Problemen erzählt, und ansonsten ist der tägliche Job ausfüllend?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Na, das macht jeder - - Das macht natürlich jeder, wie er das für richtig hält. Ich habe zunächst einmal alle Mitarbeiter in ihrem Zimmer besucht. Dann habe ich mir von allen Abteilungen sozusagen Lageberichte, Übergabe- - also, Statusberichte habe ich es, glaube ich, genannt - vorlegen lassen, die dann auch zur Folge hatten: Was ist jetzt in Zukunft zu tun?

Dann habe ich - habe ich jetzt auch so als Innenminister gemacht, zum ersten und jetzt zum zweiten Mal - die nachgeordneten Einrichtungen besucht. Das bedeutet also, in dem Fall den BND. Ich bin zum BND gewesen, ich bin dort gewesen,



Nur zur dienstlichen Verwendung

wir hatten eine Personalversammlung, ich habe mit dem Personalrat gesprochen. Das Haupt- und einzige Thema war im Grunde der Berlin-Umzug - das muss man verstehen in der damaligen Sicht -, und dann ging es ja gleich los. Das war sozusagen eine laufende Einarbeitung, weil wir ja jeden Dienstag die ND-Lage haben und Präsidentenlage - - Oft dann nach der Präsidentenlage noch mit Herrn Fritsche oder mal mit Herrn Fritsche und Herrn Uhrlau einzelne Dinge besprochen - - also schon eine - - der Versuch einer systematischen, ja, Inaugenscheinnahme oder Übernahme dieses Geschäfts, aber, ehrlich gesagt, bei laufendem Geschäft, und ich kann Ihnen sagen, dass der Beginn einer Großen - - dieser Großen Koalition eins, wie Sie sich vielleicht erinnern, natürlich auch an allen Ecken und Enden und auch beim Chef BK die höchste Präsenz erforderte.

Christian Flisek (SPD): Und bei dieser Einarbeitung, wurde Ihnen da ein Überblick verschafft über laufende Kooperationsprojekte beispielsweise, -

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Nein.

Christian Flisek (SPD): - systematisch, -

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Nein.

Christian Flisek (SPD): - dass man dort - - Verschafft man sich denn überhaupt einen Überblick über Dinge, ich sage mal, die in der Bewertung für die Arbeit eines Geheimdienstes und damit natürlich auch für die Zuständigkeit einer Aufsichtsbehörde besonders riskant sind, verschafft man sich da einen Überblick, oder sagt man: „Das, was läuft, da, wo nichts gemeldet wird, da gehe ich jetzt auch nicht rein -

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Nein. Ich - -

Christian Flisek (SPD): - und erwarte Vortrag“?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ich habe jetzt diesen Statusbericht nicht mehr im Kopf, den die Abteilung da gemacht hat oder den ich von der Abteilung erbeten habe. Aber da ist natürlich ein

Punkt „besondere Vorkommnisse“ und „besonders Wichtiges“, und da kann ich mich jetzt nicht erinnern, dass das Thema „Eikonol“ oder irgendwelche speziellen Operationsformen von besonderer Bedeutung gewesen sind.

Zentral immer - - Oder sehr schnell wurde zentral das Thema Guantánamo. Das war ein besonderes Vorkommnis, wie Sie sich erinnern können. Sehr schnell kam Condoleezza Rice, und sehr schnell war der Wunsch, dass wir Guantánamo-Leute übernehmen, sehr schnell war die Frage: Wie war das Verhalten der Vorgängerregierung und unserer Regierung? Da hat Frau Merkel sich anders entschieden als die Vorgängerregierung im Blick auf el-Masri usw. Das spielte eine Rolle, und dann der Nahe Osten und Iran. Das waren, will ich mal so sagen, die besonderen Vorkommnisse.

Beim Nahen Osten war ein besonderes Vorkommnis das Thema Verhandlungen etwa über Geiseln, und Sie wissen - mehr will ich dazu in der Öffentlichkeit nicht sagen -, dass Deutschland da immer eine besondere und besonders konstruktive Rolle gespielt hat. Solche Arten von besonderen Vorkommnissen gab es schon und wurden berichtet, und: „Wie ist der Stand da?“ und so, aber jetzt nicht: „Wir haben folgende 10 oder 20 -

Christian Flisek (SPD): Okay.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: - operative Vorgänge mit den USA“ usw. usw., das nicht.

Christian Flisek (SPD): Sie haben ja geschildert, dass Sie dann in den Gesprächen, die Sie geführt haben, und auch aufgrund, ich sage mal, der Berichte, die Sie erreicht haben, entschieden haben, dass man dem Wunsch der Amerikaner nach einer Ausweitung der Kooperation, diesem Angebot, nicht nähertritt. In der zeitlichen Abfolge, wie sich das bei uns jetzt darstellt, ich sage mal, würde ich das schon zumindest als eine gewisse Zäsur interpretieren, weil, ich sage mal, bis zu diesem Zeitpunkt, natürlich ausgehend vor allen Dingen von den Ereignissen 9/11 2001, eher eine Phase war, wo man die Kooperation intensiviert hat, mit guten Gründen, -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Hm.

Christian Flisek (SPD): - auch auf der Basis dann des Versuches, von den Kompetenzen der amerikanischen Dienste stärker zu profitieren, und dann gab es auf einmal zum ersten Mal eine Situation, wo ein Projekt „Eikonol“ eingestellt worden ist, unbefriedigend, als unbefriedigend im Ergebnis bewertet wurde und Sie die Entscheidung getroffen haben als Chef BK, einem konkreten Angebot weitergehender Kooperation nicht näherzutreten. War das nicht mal - - Ich frage Sie deswegen: War das nicht mal ein Zeitpunkt, wo man sich einen Überblick hätte verschaffen können über sozusagen das, was überhaupt an Kooperationsprojekten existiert? Weil man fährt ja dann wahrscheinlich nach Washington, verhandelt darüber. Sie haben gesagt, Sie selber haben die Absage dann nicht erteilt, sondern das ist auf Diensteebene wohl erfolgt. Aber verschafft man sich da einen Überblick?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ja, die ... (akustisch unverständlich)

Christian Flisek (SPD): Ich frage - - Ich ergänze das noch: Oder hat man auch nicht vielleicht Angst, dass dann eventuell die Amerikaner enttäuscht sind und dass das negative Auswirkungen für bestehende Projekte haben könnte?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ich will zunächst mal in öffentlicher Sitzung, soweit ich das kann, kurz den Gang da schildern: Es war das Gespräch. Zur Vorbereitung des Gesprächs gab es diesbezüglich keine Unterlagen; ich wusste ja auch nicht, was er vorschlägt. Hauptinhalt Iran, dann die Frage: Kann man, können wir nicht noch besser zusammenarbeiten? Daraufhin, ganz in Ihrem Sinne, frage ich nach: Was meint er damit? - Vermerk, Gespräch; kennen Sie alles, oder gehe ich mal von aus, dass Sie es kennen. Mehr will ich dazu jetzt nicht sagen. Und in diesem ersten Vermerk steht auch drin, in Ansätzen, was es da gibt.

Damit gebe ich mich nicht zufrieden und sage - - mache einen Fragenkatalog: „Was findet da eigentlich statt?“, ganz in dem Sinne, wie Sie das

sagen, und in dieser Beantwortung dieses Fragenkatalogs steht ja möglicherweise nicht alles, aber stehen einige Dinge drin, die stattfinden - aber wenn man das sozusagen liest, auch gerade mit der Brille von heute liest, nicht so, dass da drin gestanden hätte: „Aber da waren lauter Übergriffe“, sondern so: Vorsicht vor mehr. Und das „Vorsicht vor mehr“ bezog sich auf einen besonderen Fall, den ich jetzt hier nicht schildern kann, einen besonderen Zugang, und da haben wir dann entschieden: Das geht zu weit, und das war vielleicht - - Ich weiß nicht, ob das eine Weg - - also, eine andere Position war. Ich kann nicht genau beurteilen, ob meine Vorgänger auch Wünsche nach besonderer Zusammenarbeit abgelehnt haben, möglicherweise ja, möglicherweise nein; ich kann das nicht beurteilen. Ich habe das aber nicht als besondere Entscheidung, die von irgendeiner Tradition abkehrt, empfunden.

Ich bin, wie Sie wissen, Atlantiker und ein großer Freund der deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit; ich habe das sehr deutlich gemacht. Aber das muss eben auch Grenzen haben. Man muss schon wissen, dass nicht nur Amerikaner nationale Interessen haben und wir auch, und das fand ich übergriffig, und da haben wir gesagt: Nein. - So, und das war der Grund der Entscheidung. Und wenn man da Angst hat in dem Fall, dass es da nicht weitere Kooperationen gibt, dann soll man es eben gleich lassen. Ich fand das jedenfalls damals richtig, aber habe das nicht als Wegscheide, als Bruch irgendeiner Entscheidungslinie von früher empfunden, weil ich das gar nicht wusste.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wir kommen jetzt zu den Fragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, und Herr Kollege von Notz beginnt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Tag, Herr Minister! Lassen Sie mich vorausschicken, gerade weil ich Sie auch als Minister sehr schätze, dass es mich etwas enttäuscht hat, dass wir diese Zeugeneinvernahme hier heute nicht in fernsehübertragener Sitzung machen können. Das Gesetz für unseren Ausschuss sieht das extra vor



Nur zur dienstlichen Verwendung

in Zusammenhängen, die von besonderer Relevanz sind, und ich hätte es gewünscht, dass das klappt. Leider haben Sie dem aber widersprochen. Ich will - -

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Sie können aber, dass Sie mich schätzen, auch trotzdem öffentlich sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wäre - - Bitte?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Die Tatsache, dass Sie mich schätzen, können Sie trotzdem öffentlich mitteilen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich hätte das gerne vor Kameras gesagt, ja, damit das möglichst bundesweit bekannt wird. So ist das hier so ein exklusiver Kreis. Aber sei's drum.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ob dir das was nützt?)

Um Ihre Freizeichnungsklausel in Ihrer Einleitung noch mal nachzufragen: Sie haben von „Glo“ und Selektoren - - Mit diesen Dingen hatten Sie nichts zu tun? Ist das das, was Sie gesagt haben am Anfang?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Nein, ich habe gesagt, mit „Glo“ hatte ich nichts zu tun; ich weiß bis heute nicht genau, was das ist. Über Selektoren und das ganze Prinzip, auch in dem Vermerk, der Geheim eingestuft ist, über das Prinzip der Selektoren ja nicht berichtet, wie Sie wissen, habe ich zum ersten Mal nach meiner Erinnerung gelesen im Zusammenhang mit einer Gesprächsvorbereitung auf ein Gespräch mit meiner britischen Kollegin, als ich zum zweiten Mal Innenminister war nach Snowden, als es dann um Prism und Tempora ging, und da tauchte in einem Vorbereitungsvermerk das Stichwort „Selektoren“ auf. Da habe ich das zum ersten Mal - - Wann war das? Also 13, 14 oder irgendwann. Vorher waren mir das Prinzip und der Begriff nach meiner Erinnerung gar nicht bekannt und vorgetragen worden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch ein Prinzip mit Suchbegriffen war Ihnen nicht bekannt?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Das kann ich jetzt aus dem Gedächtnis, ob auf irgendeinem der Vermerke mal das Wort „Suchbegriff“ auftaucht ist, nicht mehr sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also geht es - - Ja, was ich wissen möchte, ist: Geht es Ihnen um den Begriff „Selektor“ oder um das Prinzip, wie man SIGINT - -

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Nein, das Prinzip sozusagen war mir nicht klar. Klar war mir allerdings, weil das in den Unterlagen auftauchte, das Thema Filter, G-10-Filter. Das tauchte in den Unterlagen auf. Und dass der BND auf irgendeine Art und Weise filtert, technisch und dann händisch, das war allerdings in ein, zwei Fußnoten, wie Sie wissen, Gegenstand der Beratung. Aber meinerwegen: Kriterien für Selektoren, große, kleine, Ausgangsladung und was man jetzt alles liest, war nach meiner Erinnerung nicht Gegenstand von irgendwelchen Gesprächen oder Vorlagen an mich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde Ihnen gern einen Vorhalt machen aus einem *Spiegel*-Artikel vom 16. 05.2015, „Alles ungefiltert“, heißt er. Das habe ich eben schon gemacht. Die, die dies jetzt zum zweiten Mal hören, bitte ich, das zu entschuldigen. Die Unterschrift [sic!] ist: „Die USA wollten sich schon 2007“ - den Zusammenhang haben wir eben schon besprochen - „einen nahezu uneingeschränkten Zugang zu Daten aus dem deutschen Netz sichern - zum Entsetzen des BND“. Und da steht - ich zitiere -:

Ausdrücklich warnte der deutsche Geheimdienst vor „Wirtschaftsspionage gegen europäische Netzbetreiber und damit einhergehende mögliche Schäden für die europäische Wirtschaft“. Der Hinweis war nicht nur hypothetisch, tatsächlich hatte der BND zu diesem Zeitpunkt schon etliche Belege für die überbordende Neugier



Nur zur dienstlichen Verwendung

der NSA gesammelt. Das Fazit aus dem BND: „Eine umfassende Kooperation mit den USA auf europäischem Boden birgt damit das Risiko innereuropäischer politischer Verwerfungen.“

Im Kanzleramt jedoch kam die Mahnung nicht so an wie gewünscht. Man nehme die „betont skeptische Bewertung“ des BND zur Kenntnis, schrieb ein Mitarbeiter kühl an seinen Vorgesetzten, den damaligen Kanzleramtsminister de Maizière. Vom deutschen Geheimdienst werde seitens der Amerikaner „eine ‚hidden agenda‘ für möglich bis wahrscheinlich gehalten“, darunter auch, so der Vermerk, „industriepolitische Interessen“. Er gehe jedoch davon aus, „dass andere deutschen Sicherheitsbehörden dies anders bewerten“. Offenbar hoffte man im Bundeskanzleramt, den BND umstimmen zu können: Sollte dieser bei seiner Haltung bleiben, werde er sich „argumentativ wappnen müssen“, heißt es in dem Schreiben.

Zitat Ende. - Dazu frage ich Sie jetzt: Kann es sein, dass der BND seinerzeit sehr offen und klar die Probleme benannt hat und dass in dieser Deutlichkeit dem Bundeskanzleramt das Ganze eher unangenehm war und man auf eine zweite Meinung hoffte, die diese Zweifel und Kritik relativierte?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Herr Abgeordneter, die wesentlichen Zitate beziehen sich - ich will jetzt die Richtigkeit oder Nichtrichtigkeit der Zitate nicht kommentieren - auf Geheim und Streng Geheim eingestufte Unterlagen. Deswegen kann ich dazu nichts sagen in öffentlicher Sitzung. Richtig ist aber, dass wir entschieden haben, diese spezielle Kooperation nicht zu erweitern und nicht durchzuführen. Und, ehrlich gesagt: Dass man Ratschläge kriegt und denen nicht immer folgt, gehört zum Einmaleins des politischen Geschäfts.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist wohl wahr. - Aber haben Sie vielleicht diese spezielle Anfrage, die gestellt wurde, nicht erfüllt, aber stattdessen eine andere?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Das hat die CDU-Fraktion schon gefragt. Ich kann zu dem Punkt in öffentlicher Sitzung keine Angabe machen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und war Ihnen denn die Datenerfassung und -verarbeitung in Bad Aibling bekannt in Kooperation mit den Amerikanern?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Im Zusammenhang mit der Nachbereitung des Gesprächs mit Herrn McConnell und dem von mir vorhin auf eine Frage genannten Fragenkatalog wurde das, was da stattfindet, cursorisch beschrieben, allerdings, wie ich in meinem Eingangsstatement gesagt habe, ohne das sozusagen methodische Prinzip und ohne das Stichwort „Selektoren“ und ohne die Angabe irgendwelcher konkreten Firmennamen. All das haben wir in der Sitzung des PKGr ausführlich besprochen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Klar. - Nur die Frage ist natürlich, ob man, wenn man einen Ausbau der Kooperation ablehnt mit einer so klaren Ansage des eigenen Auslandsnachrichten-, -geheimdienstes, dann nicht mal die Frage stellt: Was machen wir eigentlich in den anderen Kooperationen, und bestehen diese Begehrlichkeiten und Übergriffigkeiten der NSA vielleicht in Kooperationen, die wir gerade noch betreiben?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ich habe ja extra nachgefragt, was es dort gibt, wie Sie der geheimen Unterlage entnehmen können, und dort wurde ja nicht nur, sagen wir mal, die Ablehnung begründet - ich sage es mal so; das kann ich, glaube ich, in offener Sitzung sagen -, sondern zugleich dargestellt, dass dort alles in Ordnung sei. Und das ist auch ein Punkt, den wir sicher in geheimer Sitzung dann noch mal vertiefen werden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meine Zeit neigt sich dem Ende - - Deswegen vielleicht, um auf Ihre Ausführungen gegenüber dem Kollegen Flisek einzugehen: Der Reformbedarf: Also, dieser BND-Vermerk seinerzeit hat offenbar nicht dazu geführt, grundsätzlich Reformen auszulösen im Bundeskanzleramt. Wir werden der Frage noch nachgehen, was mit Bösgläubigkeit ist oder nicht. Aber würden Sie denn sagen, dass diese Erkenntnis, dass ein enormer Reformbedarf besteht oder ein erheblicher Reformbedarf, dass Sie die genauso wie ich und alle anderen in diesem Land Edward Snowden zu verdanken haben, oder woraus sind Ihre Erkenntnisse in den letzten Monaten und Jahren entstanden, dass wir dort einen Reformbedarf haben?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Nicht Edward Snowden, aber der Debatte um Edward Snowden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil die Informationen, die Edward Snowden bekannt gemacht hat, eine Debatte ausgelöst haben, die uns dahin führt, dass wir Reformbedarf jetzt erkennen?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ich bleibe mal bei meiner Formulierung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ich bleibe bei meiner Formulierung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, die Debatte um oder nach Edward Snowden hat dazu geführt, dass Sie einen Reformbedarf heute erkennen, den Sie seinerzeit nicht erkannten?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Das ist so, und das sieht, glaube ich, ehrlich gesagt, jeder hier in diesem Raum so, vermute ich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das sehe ich auch so. Wir würden halt den Zeugen - insofern da sind wir ganz einer Meinung -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt können wir, glaube ich - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - Edward Snowden hier hören, weil er diese wichtige Debatte angestoßen hat; aber das ist ja aus verschiedenen Gründen leider nicht möglich. - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank, Herr Kollege von Notz. - Wir kommen zu den Fragen der Fraktion CDU/CSU. Frau Kollegin Warken.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja. - Herr Minister, Sie haben am 14. Januar 2014 in einem Fernsehinterview öffentlich erklärt, die Gespräche über ein No-Spy-Abkommen dauerten noch an. Das deckt sich auch mit dem, was wir in der bisherigen Beweisaufnahme mitgenommen haben. Zu Ihrem Interview gab es dann eine schriftliche Nachfrage des Kollegen von Notz, und in der Antwort erklärt Herr Staatssekretär Fritsche als Beauftragter der Bundesregierung für die Nachrichtendienste des Bundes, Sie hätten sich bei diesem Interview bezogen auf - ich zitiere - die zum Zeitpunkt der Äußerung noch andauernden Gespräche zwischen dem BND und der NSA, „die sich selbstverständlich fortlaufend über Modalitäten ihrer Zusammenarbeit austauschen“. Können Sie uns das bitte etwas genauer erläutern?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ja, die Debatte wird ja jetzt sehr stark im Lichte des Briefwechsels von Herrn Heusgen mit Frau Donfried betrachtet. Aber es ist so, dass Gespräche zwischen Regierungen und Diensten in einer solchen Frage nicht einfach nur über einen Kanal laufen, sondern über ganz viele verschiedene. Ich habe in etlichen Gesprächen auch darüber gesprochen oder danach gefragt.

Ich habe allerdings auch öffentlich zum Beispiel in der Münchener Sicherheitskonferenz gesagt, dass meine Erwartungen an ein solches No-Spy-Abkommen irgendwie nicht besonders hoch sind; denn entweder ist es nicht nötig, oder es war gebrochen worden. Also, von da weiß ich



Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht so genau, was sozusagen der sittliche Nährwert, wie man so schön sagt, eines solchen Abkommens gewesen wäre.

Aber trotzdem hat es diese Gespräche gegeben. Ich erinnere mich an ein Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister, ich glaube, im Februar 2014 nach der letzten Donfried-Mail, wenn ich jetzt einfach mal die Veröffentlichung der *Süddeutschen Zeitung* als wahr unterstelle; ich kenne den Briefwechsel nur aus der Zeitung. Auch da haben wir darüber gesprochen, und da hat der Botschafter mit keinem Wort gesagt: Wieso, Sie wissen doch irgendwie, die Verhandlungen sind beendet, warum fragen Sie mich überhaupt? - Wenn man jetzt Plan A nicht erreicht, dann gibt es vielleicht Wege, einen Plan B zu machen, so eine Art Übereinkunft zwischen den Diensten.

Oder aber - ich will ein anderes Beispiel sagen - Herr Obama hat im Zusammenhang mit dem Cyberdialog Herrn Podesta, John Podesta, den früheren Chef des Weißen Hauses, als seinen Chefberater für Big Data usw. benannt. Und Herr Steinmeier und Herr Podesta haben dann den Cyberdialog ins Leben gerufen in Abstimmung mit uns - eine sehr vernünftige Maßnahme. Ich habe dann mit Podesta gesprochen zweimal, in Berlin und in Amerika usw., und selbst da - das war Monate später - haben wir nicht das Wort „No-Spy-Abkommen“ vielleicht in den Mund genommen, aber: Gibt es zur Wiederherstellung von verlorenem Vertrauen im Cyberdialog rund um das Thema Dienste irgendetwas, was wir noch tun können? So. Da gingen auch die Gespräche weiter, sodass ich diesen Endpunkt irgendwie da mit dieser Mail gar nicht so richtig sehe. Und darauf bezogen sich dann auch meine Interviewäußerungen und Kleine Anfragen und was es da gibt.

Ich weiß nicht, ob andere Gesprächsebenen auch noch waren; ich weiß nicht, was Herr Steinmeier mit Herrn Kerry besprochen hat. Ich weiß nicht, was sonst noch gesprochen wurde. Ich habe mit Holder natürlich auch Kontakt gehabt. Also, es gab nicht irgendwie den Punkt, wo es hieß: „Da beginnen die Verhandlungen, und irgendwann sind die Verhandlungen mal irgendwie zu Ende,

und alle haben irgendwie die Klappe zu halten“, sondern die ganzen Gespräche über No-Spy-Abkommen oder in anderer Form Wiederherstellung von Vertrauen durch bilaterale Zusammenarbeit, auch in schriftlicher Form, gingen über Monate weiter.

Nina Warken (CDU/CSU): Sie haben jetzt über Gespräche und Verhandlungen auf verschiedenen Ebenen berichtet. Sie haben gesagt, es ging um No Spy, um Wiederherstellung von verlorenem Vertrauen. Können Sie ein bisschen konkreter sagen, über was man gesprochen und verhandelt hat, über welche Punkte?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Na ja, was der BND dann auf Diensteebene besprochen hat, weiß ich nicht genau. Das müssen Sie Herrn Schindler fragen oder haben ihn sicher dazu gefragt. Da kann ich jetzt im Einzelnen nichts zu sagen. Aber ich will mal sagen: Für mich waren zwei sehr wichtige Gesprächspartner in dem Zusammenhang Eric Holder und dann später John Podesta. Jetzt will ich mal sagen - und das ist auch so eine Art Zeitungswissen -, dass natürlich im Umfeld von dem amerikanischen Präsidenten es auch nicht immer eine Meinung gibt, sondern durchaus auch verschiedene Lager oder, sagen wir, Meinungsströmungen. Und da gibt es die Meinungsströmung einer Mehrheitsmeinung der Dienste, und da gibt es die Meinungsströmung der anderen, und die wurden von Holder und werden von Podesta angeführt, die schon gesehen haben: Da ist offenbar durch das, was geschehen ist, ein außenpolitischer Vertrauensschaden entstanden, und den kann man nicht durch Achselzucken überwinden, sondern durch Kooperation. Und da war - - Ich habe dann gesagt, dann stütze ich mich doch mal auf dieses Lager, bei dem anderen - - So. Da ist es jetzt nicht sinnvoll, dreimal das Wort No-Spy-Abkommen zu verwenden, sondern zu sagen: Gibt es denn andere Formen? Zum Beispiel haben wir in dem Zusammenhang vermutlich die Entscheidung bekommen von Eric Holder und Obama im Datenschutz, mit dem Umbrella-Abkommen mit den USA erstmals eine Klagemöglichkeit für Europäer



Nur zur dienstlichen Verwendung

vor amerikanischen Gerichten⁵ zu bekommen. Das ist jetzt nicht dasselbe; aber das gibt einen politischen Zusammenhang, dass man sagt: Wir müssen jetzt beim Thema Datenumgang miteinander irgendwie etwas gemeinsam machen. Auch die Verhandlungen jetzt über Safe Harbor, die die Kommission führt, die weit fortgeschritten sind, stehen in diesem Zusammenhang.

So, in diese Richtung, bezogen sich Gespräche dieser Art: Was gibt es für - - Ich weiß nicht, was Herr Steinmeier - - Sie werden ihn ja sicher fragen zu dem Cyberdialog. Steht da am Ende eines solchen Cyberdialogs ein Dokument oder so etwas, ja, wo man irgendwie miteinander umgeht? Das meine ich damit: andere Formen von vertrauensbildenden Maßnahmen, gegebenenfalls auch schriftlicher Art, die verlorengegangenes außenpolitisches Vertrauen wieder aufbauen.

Nina Warken (CDU/CSU): Vielen Dank. - Dann würde ich zunächst an den Kollegen abgeben.

Matern von Marschall (CDU/CSU): Vielen Dank. - Herr Bundesminister, Sie hatten vorhin darauf hingewiesen, dass Sie die aus Ihrer Sicht überfällige Aufhebung dieser Trennung zwischen Beschaffung und Auswertung dann durchgesetzt haben, wenn ich Sie richtig verstanden habe, vor allen Dingen, weil Sie es für wichtig halten, dass diejenigen, die auswerten, auch sich eine Einschätzung über die Qualität der Beschaffung selber verschaffen. Wir haben diese Tradition, von der Sie gesprochen haben und von der, wenn ich Sie richtig verstanden habe, Sie auch sagen, dass sie weiterhin stark ist, also weiterhin lebt, sagen wir mal, selbst wenn sie vielleicht formell versucht wird - - also aufgehoben zu werden, auch bei Zeugenvernehmungen in den vergangenen Wochen erlebt, und ich war wirklich konsterniert, weil ich hörte auf meine Frage hin dann vom Zeugen - ja, haben Sie sich denn gar nicht dafür interessiert, wo kommen eigentlich diese Dinge her? -: Nein, das hat mich nicht interessiert, das ist egal. Also ich will nur die Fakten; aber wie die beschafft worden sind, das interessiert mich eigentlich nicht. - Glauben Sie nicht,

dass das vielleicht auch ein wesentlicher Grund bei der möglichen Problematik der Meldung sogenannter besonderer Vorkommnisse sein kann, dass nämlich, wenn diejenigen, die also hier zwischen Beschaffung und Auswertung völlig isoliert, also abgekapselt, arbeiten, die Jäger und die Sammler, dann also praktisch gar nicht identifiziert wird, wenn ein mögliches Problem bei der Beschaffung, was jetzt nicht nur die Qualität der Daten angeht, sondern was eben auch vielleicht Verletzung von Interessen oder Grundrechtsschutz angeht - - dass das vielleicht ursächlich damit zusammenhängt?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Also, das halte ich - - Ganz gewiss ist das so. Es kommen noch ein paar andere Elemente hinzu. Bad Aibling war eine amerikanische Einrichtung und ist dann ja viele, viele Jahre nach der deutschen Einheit erst quasi übergeben worden. Ich weiß jetzt nicht genau, wie viele Mitarbeiter dieselben waren, aber ich vermute mal, ein hoher Anteil. Das heißt, die Mentalität, dass man jetzt nicht mehr deutscher Mitarbeiter einer amerikanischen Einrichtung, sondern derjenige ist, der die Einrichtung führt, und die anderen arbeiten zusammen, diese Mentalität muss sich ja erst mal irgendwie ein bisschen umsetzen.

Dann kommt noch hinzu, dass vieles - das ist meine Erfahrung gewesen als Chef BK - eine Generationenfrage war, weil ein nicht unerheblicher Teil der Personen, der Mitarbeiter, auch sehr guter Mitarbeiter, groß geworden ist im Kalten Krieg. Und im Kalten Krieg war immer das Trauma - Stichwort: Guillaume usw -: Wenn wir viel erzählen, dann ist das ganz schlecht, weil ja irgendwo einer von uns vielleicht einer von den anderen Gekauften ist. Das sitzt sozusagen, saß - saß! ob jetzt - - weiß ich nicht - ganz tief. Dass im Terrorkampf das gar keine Rolle spielt, weil es ziemlich unwahrscheinlich ist, dass al-Qaida irgendwie jemanden einschleust im BND, das war im Grunde erst etwas für die nächste Generation, die danach gekommen ist.

Und das dritte Argument, das war für mich auch ein entscheidendes Motiv, für den Berlin-Umzug

5) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

zu kämpfen, obwohl mir das viel Ärger auch in der Koalition mit der CSU gemacht hat: Die Ferne von Berlin, die Beschaulichkeit von Pullach, führt nicht gerade zu politischer Sensibilität, wichtige Vorkommnisse - - zu erkennen, wo etwas wichtig ist. Das spielt eine zentrale Rolle. So. Und neben dem, was Sie sagen, diese beiden anderen Elemente, also sozusagen Kalter Krieg, Vorsicht vor dem Nachbarn, vor dem Kollegen, deswegen Need to know, eine Generationsfrage und Trennung von Berlin führten auch dazu. Mentalitäten in Einrichtungen können Sie eben in der Organisationsreform nicht sofort von heute auf morgen verändern; das dauert Jahre.

Matern von Marschall (CDU/CSU): Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Minister, ich würde gern noch mal auf die Operation „Eikonol“ zu sprechen kommen. Als es um die rechtlichen Rahmenbedingungen der Operation „Eikonol“ ging und das Abgreifen von Daten am Kabel, gab es den Eindruck, dass auf der einen Seite die Deutsche Telekom neben den sonstigen rechtlichen Gegebenheiten gerne noch eine Bestätigung von höherer Stelle - und gemeint war da das Kanzleramt - haben wollte - vor Ihrer Zeit. Die gab es dann auch, und Herr Uhrlau hat hier ausgesagt, er hätte das unterschrieben. Das hat er in öffentlicher Sitzung ausgesagt. Sie waren nicht Kanzleramtsminister zu der Zeit; das war Herr Steinmeier. Aber gibt es aus Ihrer Erinnerung in Ihrer Zeit vergleichbare Sachverhalte, wo das Kanzleramt gebeten wurde, eine Art Bestätigung zu geben, dass rechtlich alles okay ist und man den Abgriff von Daten am Kabel schon machen könne. Ich formuliere es jetzt mit meinen eigenen Worten. Ich habe gar nicht präsent, wie es da irgendwo drinsteht in irgendwelchen Schreiben. Ist das aus Ihrer Erinnerung gängige Praxis gewesen, oder hat es das, als Sie Kanzleramtsminister waren, nach Ihrer Erinnerung so nicht gegeben?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Also, ich habe jedenfalls keine Erinnerung, dass man sozusagen zur Absicherung eines Rechtsrisikos irgendwie jedenfalls den Chef des Bundeskanzleramtes gefragt hätte. Für die Ebenen darunter kann ich das, ehrlich gesagt, nicht mit eigenem Wissen sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn Herr Fritsche so was machen würde oder gemacht hätte in Ihrer Zeit, hätten Sie erwartet, dass er Ihnen das sagt?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Das ist jetzt zweimal „hätte“, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Richtig, hebt sich gegeneinander auf.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Das ist ein bisschen schwer. Ich will jetzt nicht Herrn Steinbrück zitieren; aber es ist ein bisschen schwer zu beantworten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber Ihnen ist so was nicht -

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - erinnerlich? Halten Sie das für einen besonderen Sachverhalt, wenn es so gewesen ist?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Na ja, wenn eine nachgeordnete Einrichtung nicht sicher ist über die Rechtslage, dass sie dann das Ministerium fragt, auch ein bisschen sicher zum Selbstschutz vor kritischen Fragen, finde ich jetzt nicht zu beanstanden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Aber dann muss man nicht gleich zum Minister gehen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Richtig. Jetzt sind wir in der Zeit, wo die Post nicht mehr nachgeordnete Behörde ist, sondern Telekom, und es ging ja darum, dass die Telekom so etwas haben wollte anscheinend, also etwas für Dritte. Ist Ihnen das bekannt aus Ihrer Zeit?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Also jedenfalls ist es mir nicht erinnerlich, und ich habe auch in den Akten, die mir vorgelegt worden sind, nicht in Erinnerung, das da gesehen zu haben.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, danke schön. - Wenn die Union - - Frau Kollegin Warken?

Nina Warken (CDU/CSU): Nein. Also, mich interessiert vor allem jetzt noch das Gespräch Anfang Januar 2008, wo Sie ja schon ein paar Mal auf die nichtöffentliche Sitzung verwiesen haben. Da würden wir dann gern drauf zurückkommen. Wir haben in öffentlicher Sitzung momentan keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur Fraktion Die Linke. Herr Kollege Hahn.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Minister, ich komme noch mal zurück - Sie haben es ja mehrfach selber erwähnt - auf die Sitzung der Parlamentarischen Kontrollkommission. Sie haben sich danach öffentlich geäußert vor der Presse; deshalb kann ich das zitieren. Sie haben dort gesagt:

Ich habe als Kanzleramtsminister im Jahre 2008 nichts erfahren von Suchbegriffen der US-Seite, Sektoren oder Ähnlichem zum Zweck der Wirtschaftsspionage in Deutschland.

Dann geht das Zitat weiter:

Es wurden auch keine Firmen genannt. 2008 ging es vielmehr um den Wunsch der amerikanischen Seite nach Ausweitung der Kooperation, einer problematischen Kooperation, sagte de Maizière, und der BND habe davon abgeraten.

Weshalb ich das Zitat bringe, ist Folgendes: Sie sprechen nicht davon, dass die Ausweitung problematisch sei, sondern Sie sagen wörtlich: „Es ging um den Wunsch der Seite nach Ausweitung der Kooperation“, und sagen dann: „einer problematischen Kooperation“. Sie können das nachlesen, Sie können das auch nachhören im Fernsehen; das ist ja aufgezeichnet. Deshalb möchte ich Sie gerne fragen a): Was war denn problematisch an dieser Kooperation bis dato schon, und

wussten Sie also doch von Problemen? Sonst hätten Sie ja diese Aussage nicht treffen können.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Also, das halte ich jetzt für eine gewagte Auslegung. Mein Zusatz „problematische Kooperation“ bezog sich auf die von den Amerikanern erwünschte erweiterte Kooperation, und warum die problematisch ist, wissen Sie ja ganz genauso gut wie ich; das haben wir ja im PKGr erläutert.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Sie haben das aber anders gesagt. Sie haben es sogar zweimal wiederholt, diese Formulierung, dass es um eine problematische Kooperation geht. Deshalb meine Frage: Was war denn problematisch an der Kooperation?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Nein, mein Satz ist so auszulegen - so war er auch gemeint; so hat ihn auch jedermann verstanden, außer Ihnen jetzt -, dass die Erweiterung ein Problem gewesen wäre und wir deswegen das nicht gemacht haben.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Na ja, wir werden das ja sicherlich noch vertiefen im Laufe des Abends. - Aber Sie haben auch gesprochen von einer Bring- und einer Holschuld, dass also zum einen informiert werden muss durch den - in dem Fall - BND, dass es aber auch eine Holschuld gibt, dass man also bestimmte Dinge auch nachfragen, hinterfragen muss.

Nun hat ja der Kollege von Notz vorhin schon aus dem *Spiegel* zitiert; ich will das jetzt nicht noch mal vorlesen, und aus dem Dokument dürfen wir hier nicht zitieren, da es Geheim eingestuft ist. Aber ich möchte Sie dann schon doch noch mal fragen, da das ja nun öffentlich nachlesbar ist: Wenn ein Minister ein Papier auf den Tisch bekommt, in dem die Rede ist von möglichen - - oder Risiken innereuropäischer Verwerfungen, wenn die Rede von schweren Schäden für die Wirtschaft ist, muss man da als Minister nicht nachfragen, was da eigentlich passiert, was da läuft?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Also, das, was Sie jetzt zitieren, entspricht nach meiner Erinnerung nicht ganz genau dem, was da im Wortlaut in den geheimen Akten steht; das werden wir ja später noch im Einzelnen besprechen. Aber es ging vor allen Dingen um die Problematik dessen, was die Amerikaner wollten, und damit die Vermeidung von Risiken, die dadurch entstanden wären. Und ich habe alle diese Hinweise ja so verstanden, dass sie Folge eines, wie ich das vorhin mal gesagt habe, Übergriffspotenzials sein könnten, und wir das deswegen abgelehnt haben. Und ein konkreter Hinweis auf flagrante Verletzungen, insbesondere Firmennamen, findet sich eben - das kann ich wohl, glaube ich, in öffentlicher Sitzung sagen - in diesen Unterlagen gerade nicht.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Also, wir könnten die Akten natürlich auch jetzt vorlegen lassen, wir dürfen ja nicht zitieren aus diesen Dokumenten. Aber das, was ich vorgetragen habe aus dem *Spiegel*, wo das ja auch entsprechend steht, ist wörtlich enthalten.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Nicht dann, wenn der *Spiegel* etwas zitiert, trifft es erstens zu, -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nein, wir können es Ihnen ja zeigen.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: - und zweitens erlaubt es mir, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich würde dann auch die Uhr anhalten.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: - es zu bestätigen oder zu dementieren. Nicht, weil etwas in der Zeitung steht, nimmt es irgendwie die Geheimhaltung von dem Dokument.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das mag ja sein; aber wenn der Text identisch ist mit dem, den man Ihnen vorlegt, dann - -

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Dazu möchte ich jetzt nichts sagen, ob der Text identisch ist.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Dann bleibt es ja bei meiner Frage, ob man bei einer innereuropäischen Verwerfung - das ist ja ein schwerwiegender Punkt - - warum man da nicht hellhörig wird als Minister.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Also, wie ich beim PKGr berichtet habe - und Sie waren ja Vorsitzender dort - und auch in meiner Stellungnahme erwähnt habe, was ich gerne noch mal wiederhole, habe ich ja mehrfach nachgefragt in dem Gespräch, Fragenkatalog und all das. Und wenn es da konkrete Hinweise auf Firmen oder Verwerfungen gegeben hätte, dann hätte ich erwartet, dass mir die vorgetragen worden wären, genau, weil ich mehrfach nachgefragt habe.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Wir haben das ja jetzt vorliegen - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So, und jetzt hat Ihnen - -

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Wenn es mir vorliegt, nützt es ja nichts.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau, wir können -

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Das können wir jetzt auch in öffentlicher Sitzung deswegen nicht weiter kommentieren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - nicht aus dem Inhalt etwas besprechen, was gerade vorgelegt worden ist. Herr Kollege Hahn muss also so fragen, ob etwas bestätigt werden kann oder nicht bestätigt werden kann, wobei keine Ausführungen zum Inhalt gemacht werden können. Das ist das Prinzip des Vorhaltens von Akten.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ja, ja, genau.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ob Sie vielleicht ja bestätigen können, ob das, was da im *Spiegel* steht, dort auch steht - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und das geht natürlich nicht, -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und meine Frage - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - dann wäre es eine inhaltliche Bestätigung.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Eben.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nein, meine Frage ist nun aber ganz deutlich: -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, ganz deutlich geht das nicht.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): - Muss ein Minister nicht nachfragen, wenn ihm solche gravierenden Auswirkungen schriftlich zugearbeitet werden?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die nicht in Bezug auf einen *Spiegel*-Artikel gewertet werden können.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: So, und dann kann ich nur allgemein sagen: Ich habe das zum Anlass genommen, um nachzufragen. Da gibt es einen Fragenkatalog und die Antworten darauf. Und die Antwort darauf habe ich bereits gegeben, und mehr müssen wir dann in der vertraulichen Sitzung machen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Dann muss ich Ihnen entgegenhalten eine Aussage des Zeugen Uhrlau, den wir hier gehört haben. Da geht es nämlich auch um die Frage, was Sie denn wussten oder was man Ihnen mitgeteilt hat, und zwar verweise ich da auf die 53. Sitzung; das ist die Seite 16. Dort sagt der Zeuge Uhrlau:

... die Einbeziehung des Bundeskanzleramtes, die ist ja nicht 2010 erst erfolgt, sondern ...

- nach Aussage des Ministers de Maizière -

nach der Sitzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums ... dass weiter gehenden amerikanischen Wünschen er ...

- eben -

nicht gefolgt ist. Dieses betrifft den Zeitraum 2007 und 2008 ...

Das heißt, die Kenntnislage im Bundeskanzleramt über die Erfahrung mit der Kabelerfassung, die bestand ...

Und er setzt denn fort:

... und auch, die sich daraus ergebenden Probleme.

Das heißt, Herr Uhrlau sagt, dass 2007/2008 das Kanzleramt informiert war über - und er meinte ja Sie; er verweist ja auch auf Sie - die entsprechenden Erfahrungen mit der Kabelerfassung - die bestand also - und auch die sich daraus ergebenden Probleme. Welche Probleme waren denn das, die er Ihnen mitgeteilt hat, nach eigener Aussage?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Herr Hahn, ich habe jetzt die Aussage von Herrn Uhrlau - - kenne ich nicht.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich habe sie Ihnen ja gerade vorgehalten.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ja, ist ja klar. Ich wollte ja gerade den Satz noch weitersagen. - Und ich weiß aber, dass Herr Uhrlau bei dem Gespräch, was die Abgeordnete Warken schon erwähnt hatte, dabei war. Und nichts von alledem, was Sie da sagen, findet sich als Ergebnis dieses Gesprächs. Denn es heißt ja, dann hätte ich mir gewünscht, dass Herr Uhrlau mir das persönlich vorgetragen hätte, und ich weiß nicht, was er dazu gesagt hat.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Also hat Herr Uhrlau Ihnen nichts Diesbezügliches gesagt?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Uhrlau hat mir das gesagt, was in dem eingestuften Ergebnisvermerk drinsteht.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Na, auf den darf ich halt nicht Bezug nehmen, aber auf die Zeugenaussage von Herrn Uhrlau, und da kann ich auch auf die Seite 24/25 verweisen. Da hat der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Kollege von Notz Herrn Uhrlau befragt, und dort sagt er noch einmal, dass ja allein der Umstand, dass Sie das nicht weiter verfolgt haben, diese Erweiterung des Projektes, „Bände spricht“, ist die Formulierung, dass Sie nicht in eine Vertiefung dieser Kooperation eingetreten sind, dass ja die entsprechenden Informationen gegeben wurden, und deshalb ist daraus resultierend die eindeutige Position, die Sie dann eingenommen haben. Also, er sagt auch an anderer Stelle noch einmal - -

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Was werfen Sie mir jetzt eigentlich vor? Dass ich die erweiterte Kooperation nicht gemacht habe, oder was?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nein, das werfe ich Ihnen nicht vor, sondern ich frage, ob Ihre Aussage, die Sie gemacht haben zu Beginn, stimmt, dass Sie von den Problemen der Ursprungskooperation ohne Erweiterung nichts gewusst haben. Und wir haben den Zeugen Uhrlau, der davon gewusst - - der sagt, Sie haben im Kanzleramt bereits Ende 2007/Anfang 2008 davon gewusst, und zweitens haben Sie selbst gesagt, dass Sie - das Zitat habe ich Ihnen vorhin vorgelesen - von einer problematischen Kooperation geredet haben und nicht von einer problematischen Ausweitung der Kooperation.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Herr Hahn - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich lasse Ihnen die Fundstelle aus dem Protokoll gerade mal bringen, weil es etwas differenzierter von Herrn Uhrlau gesagt worden ist. Sie haben die Möglichkeit, die Fundstelle nachzulesen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Die wichtigere ist auf Seite 16.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich halte im Übrigen die Zeit an, dass das nicht von der Zeit abgeht, die zwar schon abgelaufen ist; aber trotzdem halten wir die Zeit an.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich habe dann nur noch eine - -

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Na klar. - In der Zwischenzeit meldet sich Herr Akmann.

MR Torsten Akmann (BMI): Ich will nur anmerken, hier geht es um die Problematik der G-10-Filterung, und da hat der Herr Minister vorhin schon was zu gesagt.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich habe das Wort „G-10-Filterung“ bei keiner Frage in den Mund genommen, und auch Herr Uhrlau verwendet das Wort „G 10“ hier nicht.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Also, es ging jedenfalls - das habe ich ja in meiner Eingangsstellungnahme eingangs gesagt - bei den Hinweisen auf Probleme gar nicht um Selektoren - tauchte gar nicht auf, weder mündlich noch schriftlich - und auch nicht in der Tat um einen Verstoß gegen das G-10-Gesetz, sondern um andere Dinge. Und das würde ich gerne noch mal sagen, Herr Abgeordneter Hahn: Sie fragen „davon“ oder „etwas gewusst“. Was ist jetzt „etwas“?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Na, die Probleme.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Nein, nein. Kommen wir ja zu, kommen wir drauf. - Der BND und das Kanzleramt haben allgemein auf Risiken hingewiesen, ohne konkreten Bezug oder Hinweise auf die Vergangenheit, ohne Hinweis auf Selektoren, und das, finde ich, ist richtig. Wenn der Chef des Bundeskanzleramtes beraten wird und wenn es heißt - - Wenn es um eine Erweiterung geht in einem, wie wir finden, problematischen Bereich, dann muss man die Risiken und die Chancen abwägen. Und die Risiken sind hoch. Deswegen haben wir entschieden, diese Zusammenarbeit nicht fortzusetzen. Ein Hinweis auf Firmennamen oder alles so etwas lag ja gar nicht vor. So. Und dennoch - und das ist ja sozusagen das, was Frau Renner und Sie immer fragen, Herr von Notz und andere - habe ich ja mit diesem allgemeinen Hinweis auf Risiken mich nicht zufriedengegeben, sondern gesagt: „Was findet da eigentlich statt?“, mit dem Fragenkatalog, den Sie in den Unterlagen kennen. Auch dort findet sich



Nur zur dienstlichen Verwendung

kein konkreter Hinweis auf Selektoren, auf Missbräuche von Selektoren oder auf Firmennamen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Herr Vorsitzender hat ja gesagt, ich habe nur noch eine Frage jetzt, aus den Zeitgründen. Deshalb muss ich sie noch mal -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn es eine kurze Frage ist, dann würde ich die zulassen. Machen Sie die kurze Frage; in dem Zusammenhang wäre das sinnvoll.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): - wiederholen: Aus welchem Grund haben Sie nach Vorlage dieser Unterlage nicht nachgefragt, wie denn der BND darauf kommt, dass es zu europäischen Verwerfungen kommen kann?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ich habe ja nachgefragt, indem ich gefragt habe: „Ich möchte mal wissen, was da los ist“, -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Danach haben Sie nicht gefragt.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: - und die Antwort des Fragenkataloges war für mich ausreichend.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Steht da was von europäischen Verwerfungen in Ihrem Fragenkatalog?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Das kann ich nicht sagen, und wenn ich es jetzt wüsste, dürfte ich es nicht sagen in offener Sitzung.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich kann es Ihnen auch sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber jetzt - - Sie dürfen es aber auch nicht sagen. - Und deswegen kommen wir jetzt zur Fraktion der SPD. Es stellt die Frage der Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Herr Bundesminister Dr. de Maizière, ich würde Sie jetzt ganz gerne noch mal abstrakter sozusagen fragen: Hatten Sie in

Ihrer Zeit als Chef BK Hinweise darauf bekommen, dass die NSA in Deutschland die Aufklärung auch deutscher Ziele verfolgt?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Es ist so, dass - - Ich habe ja was zu dem Begriff „Wirtschaftsspionage“ gesagt, im Sinne von „Schaffen von Wettbewerbsvorteilen“. Und ich habe auf diesen Ausschuss „Außenwirtschaft“ hingewiesen, und da läuft es so: Da sitzen unter Federführung eines Mitarbeiters im Wirtschaftsministerium andere Ressorts: Innen, Außen, Verteidigung - ich weiß nicht, wer noch -, und da sitzen auch der BND und das BfV. Und da wird im Blick auf Verstöße gegen das Außenwirtschaftsgesetz geredet: Was gibt es da? - Und da kommt zum Beispiel vor, dass gesagt wird: „Wir haben einen Hinweis von den Amerikanern“ - und die gibt es dann auch in schriftlicher Form -, „dass die deutsche Firma X gegen ein Embargo oder gegen ein Verbot verstößt oder Proliferation betreibt.“ Und dann wird eine deutsche Behörde - BfV in der Regel und wenn es im Ausland ist, der BND - gefragt: Geht der Sache doch mal nach. Was ist denn da los? - Und dann gibt es dazu gegebenenfalls nachrichtendienstliche Aufklärung, was ich alles für richtig halte. Und dann wird in der nächsten oder übernächsten Sitzung darüber berichtet, was da los war. Manchmal kommt was raus, manchmal kommt nichts raus.

Wenn Sie jetzt so allgemein fragen „Ziel“: Wenn dann sozusagen ein amerikanischer Hinweis, dass eine Firma X möglicherweise gegen Proliferation verstößt und dann deutsche Behörden sich umgucken, ob das stimmt - - dann ist, wenn Sie diese Frage so allgemein formulieren, ein amerikanischer Hinweis die Beschreibung eines deutschen Ziels. Aber das finde ich eine richtige und ordnungsgemäße Praxis und hat mit Wirtschaftsspionage im Sinne von Vorteilsverschaffung nichts zu tun, sondern das ist auch der gesetzliche Auftrag.

Christian Flisek (SPD): Nein, nein. Wir reden ja jetzt auch sehr allgemein, ob es solche Hinweise gab darauf, dass - -

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Und solche Hinweise, dass etwa in Dubai, über Dubai unsere



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sanktionen gegen den Iran getunnelt werden oder, sagen wir, umgangen werden, gab es häufiger mal. Aber auch auf amerikanische Firmen: Dass wir den Hinweis bekommen haben von deutschen Firmen: Guckt mal, die amerikanische Firma, die redet groß über Iran-Sanktionen, aber machen selber einen Umweg über Dubai. - Und dann sind wir versucht, der Sache auch nachzugehen. - In dem Sinne gab es dann konkrete Hinweise auf Firmen in dem einen oder anderen Fall, die mich auch als Chef BK erreicht haben; welche genau, weiß ich jetzt nicht mehr. Aber die Methode ist so, wie ich sie geschildert habe, und dies, finde ich, wie gesagt, ist unsere verdammt Pflicht und Schuldigkeit, so vorzugehen.

Christian Flisek (SPD): Wenn wir jetzt schon bei diesem Thema „Außenwirtschaft, Embargo, Proliferation“ sind: Gibt es da eine Eingrenzung dieses Proliferationsbegriffes, dem man folgt? Weil ich frage jetzt mal umgekehrt: Wenn ich beispielsweise - - Also, man stellt sich jetzt unter Proliferation natürlich vor, dass dort irgendwelche in der Ausfuhr kontrollierten Gegenstände geliefert werden und Embargos gebrochen werden vielleicht oder Ähnliches. Wenn ich jetzt zum Beispiel mal den ganzen Bereich Dual-Use-Güter dazunehme, also Güter, die sowohl beispielsweise militärisch wie auch zivil genutzt werden können, dann kann ich mir halt grundsätzlich mal vorstellen, dass ein sehr großer Teil der Exportwirtschaft in Deutschland, exportierenden Unternehmen in Deutschland, darunterfällt. Und ich stelle mir halt die Frage sozusagen: Wie kommen beispielsweise amerikanische Dienste an diese Informationen dran? Die müssen ja erst einmal eine Grundmenge irgendwo anschauen von Unternehmen, nicht nur in Deutschland, im Zweifel weltweit, um dann aufgrund dieser Grundmenge an Informationen über solche Unternehmen zu kommen, die eventuell proliferationsrelevant sind und Ähnliches. Und dann hängt natürlich die Frage im Raum: Wie weit dehne ich diesen Proliferationsbegriff? Mache ich ihn eng auf bestimmte, wirklich ganz klar relevante Güter, oder mache ich ihn beispielsweise weit?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ja, das kann ich nicht beantworten. Es geht klassischerweise um

Rüstungsgüter, dann um die Güter, die von Iran-Sanktionen betroffen sind. Aber, ich sage mal, ein typisches Beispiel dafür, was wir öfter hatten, auch als ich Chef BK war: Es kommt die Meldung: Ein Schiff fährt auf Zypern zu. Es spricht viel dafür, dass auf dem Schiff Waffen gelagert sind, die illegal meinetwegen ein Land im Nahen Osten erreichen sollen. Der Reeder dieses Schiffs ist ein Deutscher, die Flagge ist Trinidad Tobago oder irgend so ein Billig- - also ein Billig- - Weiß ich nicht, wie man das jetzt ausdrücken soll.

Christian Flisek (SPD): Niedrigsteuer.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Genau. - Ja, ich weiß nicht, ob der dann Schiffseigner ist oder wie. Der wirtschaftliche Profiteur ist ein deutscher Reeder; aber das Schiff fährt unter der Flagge von einem dieser Länder. So.

Was ist jetzt zu tun? Und in den Fällen wird dann oft auch mithilfe des BND - oft im Zusammenhang mit Zypern - geguckt: Stimmt das? Wie kommt man auf das Schiff? Kann man da irgendwas rauskriegen? Kann man das Schiff irgendwie aufhalten? Das ist Proliferationsbekämpfung und völlig richtig. Und solche Hinweise kommen dann mal vom BND, mal von den Amerikanern und von Israelis oder sonst wem.

Christian Flisek (SPD): Ich kann das völlig nachvollziehen, Herr Bundesminister. Ich stelle mir halt nur die Frage - ich meine, wir unterhalten uns jetzt sozusagen über die Ernte, die Treffer, wenn Sie so wollen, die genau auch dieses Ziel verfolgen, das ich genauso unterstütze, ja - - Nur die Frage, die ich mir natürlich stelle, ist: Wie kommt man dorthin? Ich sage mal: Was ist der Heuhaufen, in den beispielsweise ein amerikanischer Dienst greifen muss, damit er genau diese Treffer, die Sie jetzt gerade zurecht beschreiben, erzielt? Und wer ist da alles drin?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ja, das weiß ich nicht. Ich vermute mal, durch eine ziemlich umfassende Aufklärung durch die NSA, die weltweit stattfindet. So. Aber was jetzt unseren Proliferationsbegriff, nach dem Sie fragen - - Den kann ich jetzt jedenfalls aus dem Stand nicht de-



Nur zur dienstlichen Verwendung

finieren. Aber es kann natürlich nicht sein - sagen wir mal, vom Ergebnis her; da sind wir sicher einig -, dass über einen weiten Proliferationsbegriff plötzlich der Begriff der Wirtschaftsspionage sozusagen, der faktisch zu einem Vorteil für ein Unternehmen sein könnte, ein Trojaner ist - Proliferation ist ja Trojaner -, um doch faktisch Wirtschaftsspionage im Sinnes des Wettbewerbsvorteils zu verschaffen. Das dürfte nicht sein.

Christian Flisek (SPD): Ich will das ausschließen. Ich würde - - Das ist Teil natürlich auch der Intention, die ich verfolge. Wenn ich Anhaltspunkte habe, dass ich das ausschließen kann, dann wäre ich beruhigt. Es - -

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Aber ich habe umgekehrt keine Anhaltspunkte dafür, dass - -

Christian Flisek (SPD): Dass es so ist. Okay. - Wie bewerten Sie denn die auf Deutschland gerichtete Tätigkeit von US-Geheimdiensten außerhalb der Kooperationsprojekte, über die wir hier reden? Ich meine, Sie werden doch auch davon ausgehen, dass die Dienste sich nicht nur auf Kooperationsprojekte beschränken, wenn sie Deutschland als Aufklärungsziel definieren, sondern das ist eine darüber hinausgehende Tätigkeit. Haben Sie da Erkenntnisse darüber? Ist das weit mehr, oder ist das der weitaus größte Teil? Oder ist es eher - -

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Hätte ich gerne. Und wir haben darüber viel diskutiert in den letzten zwei Jahren. Die Amerikaner geben darüber keine Auskunft, ebenso wenig Großbritannien.

Christian Flisek (SPD): Aus der Spionageabwehr hat man auch keine Erkenntnisse?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Dazu habe ich ja gesagt: Die Spionageabwehr - ich habe es etwas langatmig und umständlich erklärt - hatte praktisch USA und Großbritannien, abgesehen von Zufallsfunden, nicht im Blick. Auch das war Tradition über Jahrzehnte. Und im Lichte der Debatten um 2013 habe ich dazu beigetragen, dass sich das ändert, wenn auch in der gestuften Form, die ich angedeutet habe.

Aber im Übrigen würde ich gerne auch noch mal etwas sagen, so neutral, wie ich das jetzt kann: Für einen wesentlichen Teil der amerikanischen Community ist das Sammeln von Informationen per se wertneutral.

Christian Flisek (SPD): Das ist uns bekannt.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Das heißt, ob das jetzt das Handy der Bundeskanzlerin ist oder das Handy von Lieschen Müller, ist sozusagen wertneutral, weil es ja eine Information ist, die interessant ist. Und die Debatte, die wir führen, ist bei einem nicht unerheblichen Teil der Community - - stößt geradezu auf Unverständnis. Das ist aber nicht unsere Tradition - damit ich jetzt nicht missverstanden werde. So. Und die haben mich jetzt nach meiner Meinung gefragt, und das ist die, die ich auch mehrfach öffentlich gesagt habe: Ich weiß nicht genau, was stattgefunden hat; aber wenn das stattgefunden hat - jetzt nicht Kooperationen, sondern an direkter Aufklärung, wie Sie gefragt haben, von dem man in den Zeitungen liest -, dann wäre das maßlos und unverhältnismäßig.

Christian Flisek (SPD): Ich meine, wir stellen uns die Frage, ob hier in der Nähe, auf dem Dach beispielsweise der amerikanischen Botschaft in Berlin, beispielsweise das Berliner Regierungsviertel ausgespäht wird. Die Frage stellen wir uns bezogen auf die USA, die Frage stellen wir uns bezogen auch durchaus auf unseren Partner in der EU, Großbritannien, und - -

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Die Frage stelle ich mir auch, und wir haben auch -

Christian Flisek (SPD): Aber es gibt keine Anhaltspunkte.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: - dort, nachdem wir den 360-Grad-Blick sozusagen begonnen haben, etwas gemacht; aber das ist gar nichts für die öffentliche Sitzung.

(Heiterkeit)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Da bin ich dann mal gespannt. - Letzte Frage, Herr Bundesminister: Haben Sie in Ihrer Amtszeit irgendwelche Hinweise denn darauf bekommen, dass die NSA gegen Vereinbarungen verstoßen hat, die mit deutschen Diensten geschlossen worden sind?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Nein, daraufhin habe ich keine Hinweise, auch keine Erinnerungen. Also etwa vor allen Dingen das, was Herr Schindler gesagt haben soll laut Presseinformation, dass schon die Ausgangsladung nach dem Abkommen nicht Ordnung war, ist mir in meiner Zeit nicht mitgeteilt worden.

Christian Flisek (SPD): Gut. Dann haben wir keine weiteren Fragen in öffentlicher Sitzung. - Herzlichen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur nächsten Fraktion: Bündnis 90/Die Grünen. Einer von beiden. Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich fange mal an; aber in fünf Minuten muss ich leider gehen, weil ich da drüben eine Rede halten muss. - Herr de Maizière, Sie missverstehen immer und wehren sich gegen den Vorwurf, auch öffentlich, auch nach der Sitzung des PKG, dagegen, gegen die Behauptung, dass Sie diese Ausdrücke „Eurocopter“, „EADS“ oder andere Firmen gekannt haben und nichts unternommen haben. Das war nach Ihrer Zeit, 2010, dass das dann in Vermerken auftauchte. Aber als Sie nach Washington gefahren sind zur Vorbereitung, da sind Ihnen - und das hat Herr Uhrlau uns hier auch bestätigt - vom Bundesnachrichtendienst auch Erfahrungen mitgeteilt worden, dass man bei der NSA sehr vorsichtig sein müsse, weil sie Interessen nachgehen, die - ich sage mal ganz vorsichtig - nicht deutsche Interessen sind oder vielleicht sogar deutschen Interessen zuwider sind. Und das ist die Frage an Sie. Sie hatten - und das hat Herr Uhrlau mehrfach betont; ich kann Ihnen da noch drei Vorhalte daraus machen - - hat Herr Uhrlau klar gesagt: Natürlich war das in der Spitze des Bundesnachrichtendienstes, aber auch im Kanzleramt bekannt. Und wenn wir die Vermerke, die wir Ihnen nachher in

geheimer Sitzung dann noch vorhalten können, lesen, dann steht das da auch drin. Und der Vorwurf besteht nicht darin, dass Sie möglichen zukünftigen Erweiterungswünschen der Amerikaner nicht stattgegeben haben - das war wahrscheinlich in Ordnung, war konsequent -, sondern dass Sie diese Information nicht zum Anlass genommen haben, mit Vehemenz der Sache nachzugehen: „Was ist denn das? Was sind das für Erfahrungen?“, und darauf beharrt haben, dass Herr Uhrlau oder wer auch immer das konnte Ihnen diese Fragen beantwortet. Das ist der Vorwurf, der im Raum steht.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ja, und was ist jetzt die Frage?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Frage ist, ob Sie das nicht auch so zugestehen müssen.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir hatten Anhaltspunkte. Und Herr Uhrlau hat das ja noch viel drastischer gesagt. Er hat ja gesagt: Diese Erklärung, die Sie nach der PKG-Sitzung abgegeben haben, die mache ja ganz deutlich, dass Ihnen diese Unregelmäßigkeiten - ich will keine anderen Ausdrücke, weil die dann im Vermerk drinstehen, nennen -, die bei der Arbeit, der Zusammenarbeit mit der NSA aufgetreten sind - - dass Ihnen das bekannt war. Das wird deutlich aus Ihrer Rede dort, wo Sie gesagt haben: Ich wusste so was, und ich habe ja sogar dann dafür gesorgt, dass da nicht Weiteres verabredet worden ist.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Herr Ströbele, das ist eine Unterstellung, und Sie waren in der Sitzung des PKGr dabei und wissen, dass das nicht stimmt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist genau - - Nicht - - Ach so, wir dürfen da ja nicht drüber reden; -

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Nein, nein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - sonst können wir uns ja gerne darüber auseinandersetzen.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Jetzt wollte ich ja gerade Ihre Frage beantworten. Das müssen Sie jetzt noch aushalten, auch wenn Sie gleich eine Rede halten müssen. - Ich habe auch in meinem Eingangsstatement gesagt: Sie suggerieren - und Herr Hahn macht das auch manchmal - mit dem Wort „etwas gewusst“, als hätten diese Hinweise, auf die wir in geheimer Sitzung noch mal zurückkommen, irgendetwas zu tun mit Selektoren und dem EADS und alldem. So. Und das stimmt eben nicht, sondern es gab allgemeine Hinweise, jetzt in meinem Vokabular, dass, wenn man nicht aufpasst, auch die amerikanische Seite übergriffig sein könnte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: So. Und da sind wir uns schon mal einig: allgemeine Hinweise. Und diese allgemeinen Hinweise waren für mich Anlass, eine erweiterte spezielle Kooperation nicht aufzunehmen, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: - was von Ihnen eigentlich gelobt und nicht getadelt werden müsste. Das ist der Sachverhalt. Und daraus jetzt im Umkehrschluss zu machen, mit dem Wissen von heute hätte ich also wissen müssen, dass damit Selektoren gemeint sind - was damit gar nicht gemeint war -, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: - das finde ich einfach unredlich; das muss ich Ihnen mal sagen.

Und dann ist der zweite Vorwurf, den Sie sagen, in Frageform gekleidet: Ja, aber Sie hätten wegen der allgemeinen Hinweise ja nachfragen müssen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: So, genau. - Und das habe ich aber auch im PKGr gesagt und heute auch schon dreimal gesagt: Ich habe ja mehrfach nachgefragt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber nicht - -

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Natürlich. - Und die Schilderung, insbesondere in dem Fragenkatalog, zeigt eindeutig, dass das, was jetzt hier Gegenstand der Untersuchung ist, mit den Selektoren und übergriffigen Selektoren möglicherweise und all das - ich kenne die Selektoren allerdings nicht - - dass davon mitnichten die Rede war, sondern da ging es vor allen Dingen um Filterung, um G 10 und Risiken im Blick auf den denkbaren Zugang, den ich verwehrt habe.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich gebe Ihnen recht: -

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: So, das ist ja auch schon mal was.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - Von Selektoren steht auch in den Akten, in diesem Zeitpunkt jedenfalls, nichts drin.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ja, damit ist Ihr Angriff zusammengebrochen, um das mal zu sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Doch.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch wenn Sie nachgefragt hätten, hätte man Ihnen die Selektoren - - oder eine Kommission eingesetzt hätten oder eine Untersuchung veranlasst hätten, hätte man Ihnen wahrscheinlich zu dem damaligen Zeitpunkt von Selektoren, vermute ich mal, nichts gesagt.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Also!



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber man hätte Ihnen gesagt: Die NSA ist unzuverlässig, die macht Sachen, die wir nicht wissen, und die arbeitet in der Zusammenarbeit gegen deutsche Interessen. - Das war der Vorwurf. Der basierte dann für Innenleute, also die das miterlebt haben 2005, auch auf EADS und anderen. Aber da wären Sie drauf gekommen, wenn Sie gesagt hätten: Jetzt sagt mir mal konkret, was werft ihr der NSA vor? Welche Erfahrungen sind gemacht worden? Was ist da konkret gemacht worden? - Und da Sie das nicht gemacht worden, ist zu diesem Zeitpunkt das auch nicht aufgefliegen, das mit den Selektoren oder auch mit anderen Geschichten.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Aber eben haben Sie doch gesagt, es wäre, selbst wenn ich nachgefragt hätte - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, der Name „Selektor“ kam da nicht vor. Oh, es reimt sich sogar.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Gut, das war jetzt keine Frage, sondern ein Kommentar. Das will ich jetzt nicht weiter kommentieren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich glaube aber, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat noch Fragen. Es sind nämlich noch zwei Minuten von der Zeit übrig.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, die wollen wir nutzen. Kollege Ströbele muss zu einer Rede. - Herr de Maizière, angesichts des Vorhalts, den ich Ihnen eben gemacht habe -

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Welchen? Den vom *Spiegel*?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - aus dem *Spiegel* -, zu dem Sie so nichts sagen wollen, -

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Dürfen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - ja, „dürfen“; also zum *Spiegel* können

wir beide Gott sei Dank noch was sagen in diesem Land; so weit sind wir noch nicht; also dazu könnte man schon was sagen -: Müsste man nicht, wenn das so zutrifft, wie es hier steht, die etwas gespreizte Definition von Wirtschaftsspionage, die Sie hier jetzt schon zweimal gebracht haben, irgendwie verifizieren und sagen: „Ganz offensichtlich findet aber schon Spionage mit wirtschaftlichem Hintergrund statt“?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Nein. Ich sehe nicht, dass man den Begriff der Wirtschaftsspionage deswegen verändern müsste. Im Übrigen gibt es da noch ein anderes Wort, auf das wir noch mal kommen, was mit Technologien zu tun hat.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Aber würden Sie denn denken, dass das legal ist, was hier beschrieben wird?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Nein, das ist nicht egal. Deswegen - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Legal, legal; nicht egal, legal. - Dass das legal ist?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Auf der Basis welcher Rechtsordnung?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Rechtsordnung, in der wir uns bewegen.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Der amerikanischen oder der deutschen?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, der Rechtsordnung, in der wir uns bewegen. Deutsches Recht auf deutschem Boden. Ist das legal? Weil die Frage ist ja: Sie nennen diese gespreizte Wirtschaftsspionagedefinition, die ich hier auch schon in unterschiedlichsten Facetten die letzten Tage genannt wurde. So. Aber das ist eigentlich wurscht. Die interessante Frage ist: Ist das legal, was hier der BND Ihnen beschrieben hat?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Also, Spionage auf deutschem Boden ist strafbar, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: - und Aufklärung im Ausland ist nicht strafbar. Und das ist sozusagen eine Frage der Perspektive. Das macht jedes Land in der Welt so, seit Hunderten von Jahren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir wechseln, weil der Kollege Ströbele schon die andere Zeit des Kontingentes verbraucht hat, und kommen jetzt zur nächsten Fraktion. Als Nächstes ist jetzt die Fraktion der CDU/CSU mit ihren Fragen dran, wenn noch Fragen im öffentlichen Teil bestehen. - Ich sehe, das ist nicht der Fall. - Dann kommen wir zur Fraktion Die Linke, und Herr Kollege Hahn hat noch Fragen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich will mal an den Kollegen von Notz anknüpfen, der jetzt eben nicht weiterfragen konnte. Sie haben gesagt: Das ist immer eine Frage der Perspektive. Aus amerikanischer Sicht ist das nicht strafbar, wenn sie hier agieren.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Und aus deutscher Sicht ist Aufklärung des BND in einem Land X auch nicht strafbar, sondern Aufklärung.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, und amerikanische Spionage in Deutschland nach deutschem Recht?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ist strafbar.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Aha. Genau darüber reden wir ja, -

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ja, ich weiß.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): - wenn der BND Beihilfe zu dieser Spionage geleistet hat.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ja, dann müsste ja mal die Frage stehen, ob es denn überhaupt um Spionage ging. Ich habe ja vorgetragen, dass nach

Auffassung der amerikanischen Seite sie Wirtschaftsspionage in dem von mir beschriebenen Sinne nicht betrieben haben, ich aus meiner Amtszeit keinerlei Erkenntnisse habe, dass es anders war. Deswegen liegt diese Form von sozusagen Strafbarkeit nach meiner Kenntnis nicht vor.

Dann habe ich weiter gesagt: Ob es andere Formen von Spionage, die nicht unbedingt Wirtschaftsspionage sind, zum Beispiel Abhören von Regierungstelefonen oder so etwas, gibt, war über Jahrzehnte nicht im Fokus Deutschlands aus, glaube ich, historisch verständlichen Gründen, von Zufallsfunden mal abgesehen. Dann hat man reagiert. Also, wir waren ja nicht blind und taub; aber man hat nicht gesucht. Das haben wir geändert Schritt für Schritt, wissend, dass unsere Angriffsgegner in diesem Zusammenhang weniger westliche Verbündete, sondern mehr andere Staaten sind, die ich auch erwähnt habe. Und alles, was da stattfände, wäre strafbar.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Also, wenn die *Süddeutsche Zeitung* - da wir ja wieder nicht aus Dokumenten zitieren dürfen - davon spricht, dass über 2 000 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und Institutionen von deutschem Boden mit Hilfe des BND über diese Selektoren ausgeforscht worden sein sollen, dann sind Sie auch der Meinung, wenn das passiert ist, dass das strafbar ist?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Also, ich bin jetzt kein - - Wenn ich das richtig weiß - wie gesagt, ich kenne die Selektoren nicht, und deswegen ist es jetzt eine hypothetische Antwort, die ich gebe -, waren die Aufklärungsziele alle im Ausland, -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Scheinbar nicht.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: - die Aufklärungsziele im Ausland, also die Firma X nicht mit ihrem Sitz in Deutschland, sondern mit ihrem Sitz in Pakistan oder so etwas. Und dann stellt sich die Lage ganz anders dar.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Da Sie eben selber noch mal auf die Filter hingewiesen haben: Sie



Nur zur dienstlichen Verwendung

haben gesagt, Sie haben von Selektoren nichts gewusst, aber dass es Filter gibt und dass Filterung stattfindet, das haben Sie gewusst?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Und zwar im Blick auf G 10, im Blick auf G-10-Ziele, nicht im Blick auf andere Formen von - -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Sie wussten also nicht, dass es mehrere Filter gibt, die hintereinander sind, unter anderem in einem Filter auch solche Positivselektoren?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Nein. Die Filter bezogen sich immer - das werden wir dann in nichtöffentlicher Sitzung ja noch mal vertiefen - - Die Hinweise, die da zum Teil in Fußnoten sind, beziehen sich auf G-10-Filter.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Hat es denn Vorgaben gegeben seitens des Bundeskanzleramtes, zum Beispiel auf bestimmte Auslegungen von Gesetzen oder auf bestimmte Handlungen des BND? Sie haben ja die Dienstbesprechungen angesprochen, die Präsidentenrunde, die Lagebesprechung und auch möglicherweise Dienst-Anweisungen. Also, so etwas wie die sogenannte „Weltraumtheorie“, von der Sie ja vermutlich inzwischen gehört haben, ist das etwas, was das Kanzleramt gebilligt hat?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Nicht nach meinem Wissen. Ich kann dazu nichts sagen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Also, dass der BND die Auffassung vertritt, alles außerhalb Deutschlands sei vogelfrei, was die Abhörmaßnahmen oder Ausforschung oder Ausspähung angeht, das hat nicht das Kanzleramt festgelegt?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Nein. Moment. Wir haben zu meiner Zeit - das würde ich gerne, Herr Flisek, auch noch mal im Blick auf Aufsicht sagen - im Blick auf den Vorfall, wo ich Ärger mit Herrn Uhrlau hatte, angewiesen, dass auch im Ausland Zielobjekte mit der Vorwahl 0049 oder mit dem Kürzel „de“ nicht mehr Aufklärungsziel des BND sein dürfen. Das war zu meiner Zeit. Ich weiß nicht mehr genau, wann das war. So. Von

daher ist meine Rechtsauffassung damals gewesen, dass deutsche Rechtsgüter im Ausland - Klammer auf - - Dann hieß es: Na ja, wenn jetzt aber ein Ausländer halt das deutsche Handy nimmt, dann haben wir vielleicht eine Sicherheitslücke. - Da habe ich gesagt: Ist mir egal; wenn da 0049 steht oder hinten das „de“ ist, ist Schluss mit Aufklärung. - Also, insoweit: Deutsche Rechtsgutträger im Ausland sind anders einzuschätzen. Aber die Vorstellung, dass alle Menschen und alle Institutionen außerhalb Deutschlands den gleichen Grundrechtsschutz genießen wie deutsche Staatsbürger oder deutsche Rechtsgüter, die teile ich, anders als Herr Papier, nicht.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und europäische Interessen, inwieweit haben die eine Rolle gespielt, und teilen Sie die Auffassung, wie sie hier geäußert worden ist: „Ein Österreicher wird bei uns behandelt wie ein Afghane“? Das ist hier wörtlich gefallen.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ja, Sie sagen jetzt im Passiv: „ist ... wörtlich gefallen“. - Ich kenne den Zusammenhang nicht; ich kann dazu nichts sagen und will dazu nichts sagen. Alle Menschen haben die gleiche Menschenwürde, und insoweit ist der Satz möglicherweise auf einer ganz hohen Abstraktionsebene richtig. Aber im Zusammenhang mit Diensten oder so will ich diesen Satz jetzt überhaupt nicht kommentieren.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Sie haben vorhin im Zusammenhang mit den Fragen vom Kollegen Flisek selbst das Wort „Trojaner“ in den Mund genommen, als es darum ging, dass man etwas unterjubelt oder - -

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ich habe versucht, dem Hintergrund der Frage von Herr Flisek nachzuspüren.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Richtig. Ich will das aber gerne aufgreifen, den Begriff, und auf die G-10-Kommission und auf den Umgang mit der G-10-Kommission noch mal zurückkommen. Sind Ihnen die Formulierungen „G-10-Legende“ oder „Türöffner“ im Zusammenhang mit Maßnahmen des BND bekannt?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ich habe das in der Vorbereitung auf meine Sitzung heute gehört, einschließlich des Ärgers der G-10-Kommission. In der Sache kann ich das nicht beurteilen - war vor meiner Zeit - und will deswegen es auch nicht bewerten.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Die Frage ist ja, ob das alles vor Ihrer Zeit war oder auch in Ihrer Zeit G-10-Maßnahmen beantragt worden sind, die genau solche Trojaner auch gewesen sind. Also, die Frage ist doch - -

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Jetzt unterstellen Sie, es wären Trojaner. Ich habe von dem - -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich würde die Frage gerne stellen; dann können Sie sie ja beantworten.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Bitte.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Die Frage ist, ob in Ihrer Zeit - ich habe auch „ob“ gefragt, ich habe nicht gesagt: „dass“ - auch mit Anträgen, die die Begründung hatten „Terrorabwehr“ quasi als Trojaner Beschlüsse der G-10-Kommission erwirkt worden sind, bei denen es eigentlich nur darum ging, überhaupt an das Kabel zu gelangen und dort Routineverkehre abzufischen.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Also, G-10-Anträge haben mich in meiner Amtszeit nicht erreicht. Daher kann ich dazu nichts sagen, wie sie formuliert waren. Und ich muss dieses Stichwort „G-10-Legende“ auch jetzt erst mal im Interesse meiner Mitarbeiter zurückweisen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das ist ja aus Papieren des BND, -

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ich weiß.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): - also, ich meine, das haben wir nicht erfunden.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Das kann schon sein; ist mir nicht bekannt. Aber mit G-10-Anträgen muss und wird hoffentlich im Prinzip verantwortungsvoll umgegangen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich möchte mal noch auf etwas anderes kommen - das war nun eindeutig in Ihrer Zeit -, und zwar im Zusammenhang mit der Reise in die USA, die im Februar 2008 stattfand. Und da gibt es ein Dokument vom Januar 2008. Ich sage das hier mal: MAT A BK-6a-3, Blatt 40. Und da das NfD ist, kann ich das auch jetzt hier vorhalten. Und zwar ist das eben in der Zuarbeit für Sie formuliert. Und dort steht:

Da derzeit ca. 40 Klagen gegen verschiedene US-Telekommunikationsfirmen wegen ihrer Zusammenarbeit mit Nachrichtendiensten laufen, fordert die Administration strafrechtliche Immunität für die betroffenen Unternehmen. Dies ist der kontroverseste Punkt dieses Gesetzentwurfes.

Ein Gesetzentwurf, FISA-Gesetzgebung NSA, in den Vereinigten Staaten. In dem Zusammenhang möchte ich Sie fragen, ob es entsprechende Überlegungen auch in Deutschland gegeben hat, dass, wenn also bekannt wird, dass Telekommunikationsunternehmen kooperieren mit Nachrichtendiensten, nicht nur auf der Basis G 10, sondern auch auf der Basis von Verträgen, die abgeschlossen werden, und das rauskommt und sie strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden könnten oder auch zivilrechtlich - - ob das eine Rolle gespielt hat, mögliche Konsequenzen in den Besprechungen zwischen Bundeskanzleramt und BND.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich würde gern dem Minister kurze Zeit geben, um das einzusehen.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ja, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Können Sie noch einmal die Materialstelle für alle sagen? Ich habe die Fundstelle nämlich jetzt so schnell nicht nachvollziehen können.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. André Hahn (DIE LINKE): MAT A BK-6a, dann 3, Blatt 40, ist die Fundstelle.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke schön.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ja, ich meine, das ist ein - - Das hatte ich jetzt nicht präsent, aber das ist eine vorbereitende Unterlage. Wenn man als Minister irgendwohin reist, dann kriegt man vorbereitende Unterlagen, und da wird ganz nüchtern geschildert, wie die Gesetzgebung in den USA ist: Im August 2007 trat der neue Act in Kraft. Das Gesetz regelt die Kommunikation usw. usw. Das ist eine ganz nüchterne Schilderung über einen Sachverhalt in den USA. Den habe ich vermutlich auf dem Flug gelesen, zur Kenntnis genommen. Aber für Deutschland waren da keinerlei Rückschlüsse draus zu ziehen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Vielleicht habe ich mich nicht richtig ausgedrückt, oder ich wiederhole es noch mal.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Meine Frage bezieht sich darauf, dass es ja eine Rechtsgrundlage gibt bei G-10-Maßnahmen, dass dann Telekommunikationsunternehmen per Gesetz verpflichtet sind, entsprechend zu unterstützen. Es gab aber auch Verträge mit Telekommunikationsunternehmen ohne G-10-Regelung. Und wenn das rausgekommen wäre, drohten ja auch hier zivilrechtliche oder strafrechtliche Konsequenzen, auch Schadensersatzforderungen gegenüber den Unternehmen, auch möglicherweise in Deutschland. Und deshalb war meine Frage, ob die Bundesregierung, das Kanzleramt oder der BND über solche Regelungen, also die Freistellung von Strafe bzw. die Übernahme der Kosten durch die Bundesrepublik, im Falle, dass es zu Schadensersatzforderungen kommt - - ob das eine Rolle gespielt hat bei Ihren Überlegungen.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Nach meiner Erinnerung nicht.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nach Ihren Erinnerungen nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Jetzt müssten wir wieder wechseln. - Als nächste Fraktion stellt jetzt die Fraktion der SPD die Fragen.

(Christian Flisek (SPD):
Keine weiteren Fragen!)

- Keine weiteren Fragen. - Dann kommen wir zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Wir konstatieren ja gemeinsam - so habe ich es zumindest verstanden -, dass in den letzten Jahren da nicht alles gut gelaufen ist beim BND, und Sie haben ja auch Reformbedarf angemerkt, festgemacht an den Diskussionen nach Snowden und, ich glaube, jetzt an den Dingen, die bekannt geworden sind um diese Selektorenpraktiken. Gebe ich Sie da treffend wieder?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ich finde, die Methode, dass Sie Ihre Art und Weise der Bewertung, die irgendwie auch was mit dem zu tun hat, was ich gesagt habe, mit der Suggestivfrage, ob ich das genauso zusammenfasse - - finde ich nicht in Ordnung. Dann gehen Sie nämlich raus und sagen: Der Herr Minister hat das und das gesagt. - In Wahrheit ist es Ihre bewertende Zusammenfassung dessen, was ich gesagt habe.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe das so zusammengefasst, und ich habe Sie gefragt: Gebe ich das treffend wieder? Dem scheinen Sie zu widersprechen.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Dann sage ich jetzt immer: Sie geben - - Ihre Bewertungen sind immer nicht - - sind unzutreffend. Ich möchte gerne bei meinen Bewertungen bleiben und nicht durch ein konkludentes Bestätigen Ihrer Bewertungen Sie im Wege der stillen Post dazu veranlassen, dass Sie in einem Monat im Deutschen Bundestag sagen: „Auch der Bundesminister de Maizière hat das und das ja gesagt“, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Deswegen frage ich Sie ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: - nur weil ich jetzt Ihrer Bewertung nicht einfach sofort zustimmen kann.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Minister, ich habe ganz viel Zeit, und ich kann das stundenlang machen.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ich auch.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, ich weiß. Und ich muss alle acht Minuten wieder meine Fragen abgeben und dann wieder einen Einstieg in das Gespräch finden.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ich finde es schöner, Sie fragen mich, und die Bewertung machen Sie dann, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: - ohne dass Sie immer die Bestätigung von mir verlangen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Deswegen habe ich Sie ja gefragt - - Na gut, okay. Also: Hat es in den letzten Jahren Fehlentwicklungen und Probleme beim BND im Hinblick auf die Materie, die wir hier besprechen, gegeben?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Das kann ich noch nicht abschließend bewerten, weil ich etwa die Selektoren nicht kenne. Nach dem, was ich höre, auch wie Herr Schindler im PKGr vorgetragen hat, war ein Teil der Selektoren nicht in Ordnung, und deswegen gab es da - was haben Sie gesagt? Fehler oder was? Versäumnisse? - das ist jetzt meine Bewertung -, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich bitte um Ihre Worte.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: - war das nicht in Ordnung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, war nicht in Ordnung.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: So. Wie weit das jetzt geht und so, das wird dann ja noch aufzuklären sein. Ich kann dazu nicht viel sagen, weil ich die Selektoren nicht kenne. Wenn aber der jetzige Präsident des BND sagt, dass schon die Ausgangslage und etliche nicht in Ordnung sind, dann übernehme ich diese Bewertung und sage: Dann wird es nicht in Ordnung gewesen sein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So. Und wir versuchen ja jetzt, der interessanten Frage nachzugehen, wer hieran vielleicht Schuld hat. Vielleicht hat ja niemand daran Schuld; so was gibt es auch. Dinge passieren einfach. Aber jetzt frage ich Sie nach Ihrer Kenntnislage und den Verantwortlichkeiten, die Sie hatten die letzten Jahre: Wo liegt denn der Fehler? Bei wem liegt denn der Fehler? Was hat nicht funktioniert?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Der Fehler ist - darüber haben Herr Flisek ja schon gesprochen und Frau Warken - die sozusagen mangelnde Meldung von unten nach oben und die mangelnde Sensibilität sogar 2013.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie sagen: „Der BND hat Schuld“? Fragezeichen.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ich habe jetzt von einem Fehler gesprochen. Schuld ist noch mal was - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie sagen: „Der BND hat einen Fehler gemacht“?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat das Bundeskanzleramt auch einen Fehler gemacht?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Das kann ich nicht abschließend beurteilen und möchte das auch nicht für die ganze Zeit beurteilen. Ich möchte mich nur beziehen auf meine Amtszeit, also von Oktober 2005 bis November 2009, und da kann ich bisher Fehler nicht erkennen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das deckt sich kurioser- oder erklärlicher-weise mit den Aussagen von Herrn Fritsche. Der sagt auch: Das Bundeskanzleramt hat keine Schuld; schuld ist der BND. - Ich frage mich auch im Hinblick auf die Einleitung, die Sie hier gemacht haben, was die Menschen im BND für eine gute und wichtige Arbeit machen, ob das eigentlich das Ergebnis sein kann. Und deswegen versuche ich mich jetzt mal anderen Problemen anzunähern. Kennen Sie das Tool, das Instrument XKeyscore?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Nein, ich kenne das nicht. Ich habe davon gehört, dass das ein Analysetool ist, was jetzt gerade im BfV erprobt wird.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wird schon länger im BfV eingesetzt. Wissen Sie, seit wann?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie davon gehört, vielleicht in Ihren Funktionen, die Sie im Laufe der letzten Jahre - -

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Nein. Kann ich jetzt nicht genau sagen, wann ich da das zum ersten Mal gehört habe.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sind Sie denn mit der Problematik vertraut, dass man die letzten Jahre versucht hat, im Bereich der Fernmeldeaufklärung, im Bereich Internet irgendwie voranzukommen? Und waren Sie da mit Abstimmungsprozessen, Überlegungen, Entscheidungen irgendwie betroffen?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Was meinen Sie jetzt mit dem Begriff „voranzukommen“?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, da sich weiterzuentwickeln. Das war ja alles nicht so einfach. Und man wollte da weiter vorankommen. Sie haben das vorhin so beschrieben, dass nicht nach dem 11. September - - und dann hat Steinmeier bestimmte Sachen gemacht, die Sie gut fanden. Aber Sie haben so getan, als

wären eben alle wesentlichen Weichenstellungen unter Steinmeier passiert, 2004, und dann unter Ihnen wäre das irgendwie weitergelaufen; aber Entscheidungen wären irgendwie nicht mehr gefällt worden. Da frage ich mich - -

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Das bezog sich auf „Eikonol“, mein Satz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Also, nehmen wir „Eikonol“. So. Wie waren Sie denn mit „Eikonol“ betraut, und was haben Sie da entschieden, und was wurde Ihnen da zwischenzeitlich berichtet, und was waren die Probleme?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Herr von Notz, das habe ich ja gesagt: Ich bin darüber zu Beginn meiner Amtszeit nicht unterrichtet worden. Die wesentlichen Entscheidungen waren gefallen. Die offenbar fortlaufenden G-10-Anträge erreichen den Chef des Bundeskanzleramts nicht. Und im Zusammenhang mit den Vorgängen 2007/08 ist mir mitgeteilt worden, dass wegen der G-10-Filter die Ausbeute unterschiedlich ist, und mittelbar, dass es eingestellt worden ist. Ich habe die Entscheidung der Einstellung auch nicht getroffen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wurden Sie da in Kenntnis gesetzt? Wurde gesagt: „Was sagen Sie eigentlich dazu“, oder irgendwas?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Nein, ich wurde darüber so in Kenntnis gesetzt, genauso wie es in den Akten steht, die Sie kennen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde es gerne von Ihnen hören; die Akten lese ich in den einsamen Stunden da drüben.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Weil die Akte, um die es geht, ist leider eingestuft.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Sagt Ihnen HSPD-6 etwas, -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Jedenfalls nicht auf Anhieb.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - Homeland Security - ich muss jetzt auch nachgucken - Directive Nummer 6, vielleicht im Zusammenhang mit der WM 2006, etwas, Homeland Security Presidential Directive 6 im Zusammenhang mit der WM, -

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ich habe jetzt keine Erinnerung daran.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - dass man da vielleicht versucht hat, schon gemeinsam irgendwie Datenpools zu schaffen, -

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ist mir nicht bekannt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - Sachen zu rastern? Haben Sie nicht gehört?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Nein. Wir haben im Zusammenhang mit der WM 2006 mit anderen Staaten über die Frage von Hooliganlisten geredet, und später dann ging es um das Thema: Geht das ohne Rechtsgrundlage? - Da gab es, glaube ich, auch ein Gerichtsverfahren; habe ich nicht mehr ganz genau in Erinnerung. Da haben wir uns über denkbare Gewalttäter und Abwehr der Gefahren von der WM unterhalten. Ob die Amerikaner dabei sind, weiß ich gar nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich müsste jetzt mal auf die Uhr gucken. Ich stelle mal die Frage: Gibt es noch Fragen anderer Fraktionen? Weil sonst könnte ich dem Kollegen von Notz - - Okay. Dann müssen wir wechseln. - Wenn die Frau Kollegin Renner auch noch Fragen hat, dann kriegt Frau Kollegin Renner zuerst das Wort.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber ich glaube, es wird nachher weitergemacht an dem Punkt. - Ich würde gerne mal wissen von Ihnen, Herr de Maizière, an welchen Stellen Sie in Ihrer Funktion im Bundeskanzleramt erfahren haben, dass es

dort andere Auffassungen zu rechtlichen Fragen gibt als im BND.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Tja. Also, die Frage ist so allgemein gestellt.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Kann ich Ihnen nicht beantworten. Ich kann Ihnen sagen, dass wir in der Frage der Veränderung der Aufklärungsziele gegenüber vermutlich deutschen Personen - das habe ich ja erwähnt; Vorwahl 0049 und hinten „de“ - durchaus Auseinandersetzungen haben, weil der BND das zu pingelig fand, und wir haben gesagt: Das wird aber jetzt so gemacht.

Martina Renner (DIE LINKE): Was heißt das „zu pingelig fand“? Können Sie das erklären?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Der BND hat gesagt: Wir wissen ja gar nicht, ob derjenige, der eine E-Mail mit dem Begriff „de“ verwendet oder ein Telefon mit der Vorwahl, Deutscher ist. Wenn er kein Deutscher ist, genießt er nicht den gleichen Rechtsschutz. Also, hören wir doch dann erst auf, zu klären, wenn klar ist, ob es ein deutscher Staatsbürger ist. - Und da hatten wir die - - Tja, ist das jetzt eine Rechtsauffassung oder die rechtspolitische Auffassung? Wir hatten jedenfalls gesagt: Das geht nicht, und das findet nicht mehr statt.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Das war so ein Fall. An weitere Fälle - Sie haben offenbar welche im Hinterkopf - kann ich mich jetzt nicht erinnern.

Martina Renner (DIE LINKE): Zur Weltraumtheorie - -

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Das hat Herr Hahn schon gefragt.

Martina Renner (DIE LINKE): Gab es keine Hinweise zu fehlenden Dateienanordnungen im BND, die ja vom BK bestätigt werden müssen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Nein, keine Erinnerung daran.

Martina Renner (DIE LINKE): Auch keine. - Zu nicht funktionierender G-10-Filterung?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Doch. Zur G-10-Filterung -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ja, hatten Sie.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: - das habe ich ja ausgeführt; das werden wir sicher noch mal vertiefen - gab es Hinweise, und die waren, ehrlich gesagt, nicht so, dass man da alarmistisch hätte nachfragen müssen. G-10-Filterung!

Martina Renner (DIE LINKE): Die G-10-Filterung hängt ja in irgendeiner Form auch mit der Selektorenproblematik zusammen. Weil wir wissen durch die Zeugen, die wir zu den Selektoren vernommen haben, dass, nachdem man in den Selektoren bestimmte Begriffe wie „EADS“ und „Eurocopter“ gefunden hat, in dem DAFIS-Filter in Stufe 3 dann bestimmte Namen eingefügt hat, um diese von vornherein auszufiltern, also meistens Namen von Unternehmen, aber auch wohl Namen von fünf deutschen Politikern. Haben Sie darüber schon mal was gehört?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Nein. In den Unterlagen, auf die wir später noch mal kommen, steht ja auch von „gemeinsam betrieben“ und dann: Filterung. So. Das ganze System der Methodik, das wir jetzt besprechen, war mir nicht bekannt und auch erst recht nicht irgendwelche Namen, weder EADS noch irgendwelche Namen.

Martina Renner (DIE LINKE): Bei dieser Erörterung zu dieser Filterproblematik ging es nie um konkrete Probleme. Es ist immer ganz abstrakt gesprochen worden, dass der G-10-Filter - -

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: So ist es. Weil der Hintergrund war ja immer der Wunsch der Amerikaner nach einer erweiterten Kooperation. Da habe ich ja, auch wenn Sie das immer nicht glauben, mehrfach nachgefragt. Aber da habe ich gesagt: Was findet da eigentlich statt? - Dann habe ich einen Vermerk bekommen. Da wurde

das so geschildert in Bad Aibling, wie es damals mir vorgetragen wurde. Im Nachhinein kann ich sagen, mir wäre lieber etwas präziser vorgetragen worden; aber okay. Filter spielten da eine Rolle, aber mehr eben auch nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Diese Problematik, dass da Namen von Politikern drin sind, haben Sie nie gehört?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie bewerten Sie denn dies rechtlich, wenn sich diese deutschen Politiker im Ausland befinden, im europäischen? Dürfen die dann überwacht werden?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Das will ich jetzt aus dem Stand nicht rechtlich bewerten. Ich habe ja aber gesagt, dass aus einem ganz anderen Anlass wir angewiesen haben, dass im SIGINT-Bereich - darüber reden wir ja jetzt - Zielobjekte mit deutscher Vorwahl oder deutscher Kennung nicht weiter beobachtet werden sollen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ja, aber wir haben ja auch deutsche Politiker im EU-Parlament; die haben ja vielleicht keine deutsche Vorwahl.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Das mag sein. Das ist mir nicht bekannt, dass es da Ausspähungen oder Ähnliches gegeben hat. Wie dann da die Rechtslage ist, mit Immunität und allem Drum und Dran, das möchte ich Ihnen jetzt nicht aus dem Stand beantworten.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich würde Ihnen gerne noch aus einer Unterlage einen Vorhalt machen, und zwar bezieht sich das wieder auf MAT A BK-6a-3, und hier die Paginierung Seite 9. Das ist - ich leite es mal kurz ein - vom 31.01.2007. Dr. Kurz über GL 62 an AL 6 und Chef BK. Und dann sind wir auf Seite 3.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ist das eingestuft?

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, NfD!)



Nur zur dienstlichen Verwendung

NfD; sonst wäre ich ja gar nicht so weit gekommen; sonst wäre ja hier irgendjemand schon wach geworden.

Da geht es auf Seite 3 - - Ach so, genau, das muss ich jetzt noch dazusagen, um was es geht. Vorlage Gesprächsvermerk Michael Chertoff - ich weiß gar nicht, wie er ausgesprochen wird -, Homeland Security. Und dort heißt es auf der Seite 3:

Fragen der Überwachung des Internets, Möglichkeiten internationaler Arbeitsteilung. Ch.

- also Chertoff -

verwies für US-Seite auf verfassungsrechtliche Schranken. Monitoring sei aber möglich. Sein Mitarbeiter

- geschwärzt -

... bot - falls gewünscht - technische Unterstützung für deutsche Dienste an.

Da würde ich Sie gerne zu fragen, was denn das für eine, wenn es um Unterstützung für deutsche Dienste - - also Kooperation ist, was auf US-Seite verfassungsrechtlich offenbar nicht erlaubt ist, aber in Deutschland möglich ist - - und die US-Seite dann hier Deutschland Unterstützung anbietet. Das ist ja für Sie, die Vorlage.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Das würde ich mir erst mal gerne angucken.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Zweitens will ich sagen: Herr Chertoff war zu der Zeit der sogenannte Heimatschutzminister. Also, „Heimatschutz“ klingt so -

Martina Renner (DIE LINKE): Ich weiß, was das ist. Das wissen, glaube ich, alle hier.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: - nach Söder, hätte ich fast gesagt.

(Heiterkeit)

Also, klingt nach - - Homeland Security ist der Ausdruck.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Und im Bereich Terrorabwehr ist das Department of Homeland Security unser engster Partner, auch im Hinblick auf Austausch von Informationen. Da ist zum Beispiel das ganze Thema Flugbewegungen und vieles andere mehr.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ja. Mir geht es jetzt tatsächlich - ich habe ein Problem, dass ich immer nur acht Minuten habe - um die Frage: Es geht da um Monitoring von Internet, und man bietet technische Unterstützung von US-Seite an, den deutschen Diensten, so etwas, was man anscheinend in den USA verfassungsrechtlich - -

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Sagen Sie noch mal die Seite.

Martina Renner (DIE LINKE): 3. Nein, die Paginierung ist 9, und es ist Seite 3 des Gesprächsvermerks. Es ist alles richtig.

(Der Zeuge blättert und
liest in den ihm
vorgelegten Unterlagen)

Zeuge Dr. Thomas de Maizière:

Fragen der Überwachung des Internets, Möglichkeiten internationaler Arbeitsteilung. Chertoff verwies für US-Seite auf verfassungsrechtliche Schranken. Monitoring sei aber möglich. Sein Mitarbeiter ... bot - falls gewünscht - technische Unterstützung für deutsche Dienste an.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich weiß - - habe keine Erinnerung mehr, worum es da ging. Auch nicht - - Dass es verfassungsrechtliche Schranken gibt für die US-Seite, ist ja auch vielleicht ungewöhnlich. Aber - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, spannend. Deswegen. Fand ich auch.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ich weiß nicht mehr, worum es da ging.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, wir haben ja so eine These, die wir verfolgen, dass man eine andere Seite etwas erledigen lässt, was man selbst nicht darf - ja?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ja, aber dass Deutschland verfassungsrechtlich mehr darf in dem Punkt als die Amerikaner - -

Martina Renner (DIE LINKE): Wäre interessant - ja?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ungewöhnlich.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber ich meine, man ist ja auch für die CIA an ein Kabel eines US-amerikanischen Anbieters gegangen, was man in den USA nicht gekonnt hätte, weil man dort irgendwie seine eigenen Bürger hätte schützen müssen. Also, die Welt der Geheimdienste - -

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Also, Frau Renner, ich kann jedenfalls aus der Erinnerung nicht sagen, worum es da geht.

Martina Renner (DIE LINKE): Wissen Sie nicht mehr?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann würde ich gerne in der Akte bleiben und auf Blatt 34 wechseln.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Darf ich hier jetzt in Ihrer Akte wühlen - oder?

(Heiterkeit)

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ist nichts Geheimes drin.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Finde ich das jetzt?

Martina Renner (DIE LINKE): Vielleicht kann jemand -

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Wäre nett, wenn Sie mir helfen.

Martina Renner (DIE LINKE): - meiner Mitarbeiter da - - Das ist Schreiben von Dr. Kurz an Sie. Thema:

Ihre Washington-Reise am
27./28.02.2008

hier: Programmpunkt Gespräch
DNI, CIA und NSA.

Das ist Blatt 34, auch MAT A BK-6a-3.

(Der Zeuge blättert und
liest in den ihm zuvor vor-
gelegten Unterlagen)

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ja, und?

Martina Renner (DIE LINKE): Also, da gibt es den Satz - ja, ich muss ja jetzt kurz fragen -:

Das BfV arbeitet insbesondere in
allen Bereichen der **Terrorismus-**
bekämpfung und des Islamisti-
schen Extremismus eng mit den
US-Diensten zusammen ...

Das ist jetzt das BfV. - Mich würde interessieren, weil Sie ja nun auch beide Dienste sehr gut kennen: Worin liegt denn genau der Unterschied in der Kooperation des BND und des BfV jeweils mit NSA und CIA, und zwar jetzt nicht ganz allgemein, sondern bezogen auf die Frage Auswertung von Daten, die sich in Datenbanken befinden? Also, andersherum: Ist es möglich oder vorstellbar, dass zum Beispiel der BND erfasst und das BfV für die NSA oder die CIA ausgewertet?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Also, auch das kann ich jetzt im Detail nicht sagen. Ich will mal



Nur zur dienstlichen Verwendung

vielleicht einen prinzipiell Unterschied schildern: Bei BfV und Terrorismusabwehr geht es meistens um Personengruppen, Reisebewegungen und so - das ist auch absolut richtig und notwendig, dass das geschieht; das werden Sie auch sozusagen fordern vom BfV - und die Zusammenarbeit mit den Amerikanern, während es beim BND natürlich und bei insbesondere der NSA einfach um eine strukturelle Aufklärung von Linienentwicklung und so etwas geht und auch um Personen. Das ist natürlich ein großer Unterschied, sodass die - - Natürlich, wenn jetzt Informationen - - Oder manchmal ist es so - das ist aber auch unsystematisch -, dass etwa - - Wenn wir einen Hinweis bekommen auf einen denkbaren Terroranschlag oder auf problematische Personen, die irgendwo einreisen und was planen könnten usw., von ausländischen Diensten, dann halten diese ausländischen Dienste sich nicht immer an die deutsche Zuständigkeitsverteilung, weil sie sie zum Teil gar nicht kennen, sondern geben dann eine solche Information meinetwegen mal an das BfV, mal an den BND, mal auch an das BKA. Und auch das ist richtig zu sagen: Wir haben in dem Land ein Ermittlungskonzept, einen Ermittlungszusammenhang oder einen Hinweis bekommen - meistens wird nicht gesagt, woher die Quelle dann kommt -, und da hören wir: Es könnte sein, dass aus der Gruppe heraus vielleicht ein Anschlag geschieht. - Dann ist es absolut richtig, dass dieses Wissen dann, wo immer es eingeht, beim Gemeinsamen Terrorabwehrzentrum, bei den anderen Behörden abgeladen wird, damit der jeweils Zuständige daraus seine Konsequenzen ziehen kann. - Ist es das, was Sie gemeint haben?

Martina Renner (DIE LINKE): Nein. Ich meine, ob ich mir vorstellen kann - -

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Das finde ich im Übrigen auch richtig so.

Martina Renner (DIE LINKE): Na ja, deswegen. Es war jetzt ganz so - - Ich meinte, ob man sich vorstellen kann, dass eben tatsächlich der BND in Kooperation oder selbstständig die Daten erfasst, weil man das technische Know-how hat, wie

man ausleitet und doppelt und all den Kram und wie man den Provider betuppt usw., dass aber der Einsatz zum Beispiel von Selektoren oder aber auch anderen Programmen, die diese Daten bearbeiten, Profile bilden etc., gar nicht beim BND läuft, sondern beim BfV.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Auch das kann ich nicht konkret sagen. Ich kann nur sagen: Das BfV ist für anderes zuständig als der BND.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber mittlerweile - -

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: BfV hat keinen richtigen Auslandsaufklärungsauftrag. Ich kann Ihnen aber berichten. Wir haben ja - Herr von Marschall⁶ ist jetzt nicht mehr da - über Mentalitäten geredet. Die Neigung des BND oder vielleicht manchmal auch des BfV, dem anderen Dienst sogar im Rahmen der Zuständigkeiten viel mitzuteilen, hat auch Grenzen. Von daher spricht einiges gegen Ihre These.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist da das Problem.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir wechseln. Die Fraktion Die Linke kommt ja gleich wieder dran. Aber jetzt ist erst mal die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dran.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Wir suchen noch eine Akte. - Ich will noch mal zu XKeyscore zurückkommen und dem BfV. Als Innenminister hatten Sie damit ja auch immer wieder zu tun. Es gibt den schönen Artikel „Der fleißige Partner“, *Spiegel*, 22.07.2013, schon:

Die NSA-Affäre rückt an die Kanzlerin heran. Angela Merkel will erst aus der Presse von der Abhörmanie der US-Regierung erfahren haben - dabei nutzen deutsche Geheimdienste eines der ergiebigsten NSA-Schnüffelwerkzeuge selbst.

6) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Da geht es unter anderem - - Also, die Unterüberschrift nimmt Bezug auf XKeyscore. Ich zitiere aus dem Artikel erst mal einen Absatz:

Dem Inlandsgeheimdienst BfV stellten die Amerikaner eines ihrer ergiebigsten Schnüffelwerkzeuge zur Verfügung: ein System namens „XKeyscore“. Es ist jenes Spionageprogramm, mit dem die NSA selbst einen Großteil ... der Datensätze ...

abgriff. - Dann kommt auf derselben Seite unten:

Aus den Snowden-Akten geht hervor, dass die NSA das Bundesamt für Verfassungsschutz mit XKeyscore ausgestattet hat - und dass auch der BND das Werkzeug besitzen kennt, schließlich soll er die Kollegen vom deutschen Inlandsgeheimdienst

- also der BND das BfV -

im Umgang mit dem Spionageprogramm unterweisen. Das BfV solle vor allem deshalb mit XKeyscore ausgerüstet werden, um dessen „Fähigkeit auszubauen, die NSA bei der gemeinsamen Terrorbekämpfung zu unterstützen“.

Auf der nächsten Seite noch ein Absatz:

Es sei „einfach zu bedienen“ und ermögliche Ausspähungen von rohem Datenverkehr „wie kein anderes System“, heißt es dort. In einer NSA-Folie mit dem Titel „Was ist XKeyscore?“ ist zu erfahren, das Programm verfüge über einen Zwischenspeicher, der für mehrere Tage einen „full take“ aller ungefilterten Daten aufnehmen könne.

Sie haben von XKeyscore oder einem Programm mit solchen Fähigkeiten in Ihren Amtszeiten nie was gehört?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Jedenfalls nicht so konkret. Das Stichwort mag mal gefallen sein. Aber ich finde das, was Sie vorgelesen haben jetzt, auch nicht besonders skandalös.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich auch nicht gesagt.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ich sage Ihnen jetzt aber mal meine Meinung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Wenn man sich einen Werkzeugschlüssel gibt und gibt einem anderen Handwerker einen Schraubenzieher, dann finde ich das per se nicht anstößig. Die Frage ist, was man damit macht und ob man im Rahmen seiner Zuständigkeiten als BfV das Werkzeug nutzt. Ich gehe davon aus, dass das BfV sich im Rahmen seiner Zuständigkeiten und gesetzlichen Befugnisse hält und bewegt. Ich habe keinen Anlass, daran zu zweifeln. Da ist allein die Übergabe eines Schlüssels oder einer Methode oder eines Werkzeugs jetzt nicht kritikwürdig.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn man mit dem Schraubenschlüssel halt massenhafte Grundrechtsverletzungen begehen kann, dann ist die Weitergabe des Instruments nicht unproblematisch. Wenn ich das jetzt richtig verstehe: Im Augenblick sind Sie ja für das BfV auch mit verantwortlich. Insofern ist es interessant, wenn Sie sagen, Sie haben da keinen Anlass, irgendwie kritisch zu sein, dass die das nicht korrekt einsetzen könnten. Genau das ist ja - -

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Herr Vorsitzender, im normalen Ausschussgeschäft gibt es so was, wo man dann sagen würde: Darf ich das schriftlich beantworten? - Gibt es so was hier auch? Also, ich kann jedenfalls jetzt da aus meiner Erinnerung nicht konkret was zu beitragen. Aber ich will das gerne aufgreifen und vielleicht - - Gibt es so was? Gibt es hier nicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gibt es hier nicht. Das, was Sie erinnern als Zeuge, das können Sie sagen. Das, was Sie nicht erinnern, da können Sie auch sagen: Das weiß ich nicht, und das erinnere ich nicht.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: So ist es.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Natürlich freut es uns immer, wenn die Bundesregierung im Nachgang uns noch weitere Erkenntnisse in Dokumenten zur Verfügung stellt. Aber Sie müssen jetzt nicht Dokumente extra produzieren.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Okay, gut.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Mich interessiert es auch, weil es ja in dem Kontext der Frage „Was wusste man 2013?“ eine relevante Frage ist, und Sie sind ja jetzt nicht nur hier als Chef BK, sondern eben auch als Innenminister, in den letzten Jahren zweimal.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Also, ich kann Ihnen da nichts Erhellendes jetzt zu beitragen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herzlichen Dank. - So, dann komme ich zu einer Sache, zu der Sie garantiert was zu sagen wissen. Das ist der Verfassungsschutzbericht aus dem Jahr 2013. Den haben Sie nach meinem Kenntnisstand im Juni 2014 vorgestellt. Da geht es unter anderem ab der Seite 306 um „Spionage und sonstige nachrichtendienstliche Aktivitäten“. Den Überblick, der vorweggestellt ist, lese ich einmal vor, weil der ganz schön ist - ich zitiere -:

Spionage ist keine Erfindung des Kalten Krieges und endet folglich auch nicht mit dem Zerfall des sowjetkommunistischen Machtbereichs. Staaten haben Interessen und versuchen, diese durchzusetzen. Spionage ist hierbei eine Option. Fremde Regierungen wollen sich durch unberechtigte, geheime Informationsbeschaffung Vorteile verschaffen: in politischen, militä-

rischen (strategischen) und vermehrt auch in wirtschaftlichen und technologischen Zusammenhängen. Die möglichen Folgen für unser Land reichen von einer geschwächten Verhandlungsposition über hohe materielle Kosten und volkswirtschaftliche Schäden bis hin zu einem partiellen Verlust nationaler Souveränität.

Dann wird ausgeführt, dass das fremde Nachrichtendienste sind und man da - ich pauschalisiere mal etwas - eher so bei der Hauptproblematik in den Osten guckt. - Und dann kommt - ich zitiere wieder -:

Doch auch Dienste anderer Staaten sind gegen Deutschland aktiv. Die zweite Hälfte des Jahres 2013 war geprägt von dem im Zusammenhang mit den Veröffentlichungen Edward Snowdens insbesondere gegen die USA erhobenen Spionagevorwürfen.

Dann nimmt der Verfassungsschutzbericht auf der Seite 311 zu der „Spionage mit technischen Mitteln“ unter den Punkten 2.2 Stellung und sagt da:

Für Fernmeldeaufklärungsmaßnahmen in Deutschland stellen die Botschaftsgebäude im Zentrum Berlins sowie andere vergleichbare diplomatische Vertretungen wegen ihrer günstigen Lage und ihrer Exterritorialität besonders geeignete Standorte dar.

Insbesondere im Bereich des Regierungsviertels in Berlin besteht ein konkretes Abhörriisiko für alle über Funk geführten Kommunikationsverbindungen, darunter z. B. Gespräche mit Mobiltelefonen sowie WLAN- und Bluetooth-Verbindungen. Gefährdet sind auch auf Laptops oder Tablet-PCs gespeicherte Informationen, wenn die Geräte über Funk vernetzt sind.



Nur zur dienstlichen Verwendung

So. Das ist eigentlich eine ziemlich treffende Problembeschreibung.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ja, finde ich auch.

(Heiterkeit)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gott sei Dank; denn Sie haben es ja auch vorgetragen. Jetzt frage ich Sie - dann wird unter 335 noch mal sehr ausgiebig auf „Nachrichtendienste westlicher Staaten“ eingegangen - vor dem Hintergrund Ihres Verfassungsschutzberichtes: Kann man da wirklich sagen, dass die Bundesregierung gegenüber den USA gutgläubig war im Sinne von „Man hatte kein Problembewusstsein, dass da Dinge irgendwie problematisch sein könnten“? Denn was ich hier lese, ist eigentlich ein ziemlich genauer Bericht. Sie schließen dann schließlich mit dem schönen Satz - den muss ich jetzt noch sagen, weil der Bezug hat - auf Seite 335:

Auch der fraktionsübergreifend im Deutschen Bundestag eingesetzte NSA-Untersuchungsausschuss wird hierzu weitere Impulse setzen.

Also, hatten Sie nicht schon im Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2013, Mitte des Jahres 2014, ein sehr konkretes Problembild, was auch westliche Geheimdienste wie die NSA hier teilweise machten?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Herr von Notz, das haben wir aber alles schon erörtert. Ich habe ja berichtet, dass der Fokus der Spionageabwehr im Kalten Krieg gen Osten gerichtet war - danach war insbesondere Terror, aber auch - übrigens richtigerweise - bis heute auf andere Staaten gerichtet ist -, aber dass wir aus den Erfahrungen mit der Debatte um Snowden - um es jetzt noch mal so zu sagen - Konsequenzen gezogen haben, indem wir den 360-Grad-Blick eingeführt haben und gesagt haben: Wir wollen keine Spionage, vor allen Dingen auch keine technische Spionage, von wem auch immer. Die Kommunikation hier im Regierungsviertel muss ungestört sein. Uns interessiert nicht, wer darauf zugreift. Es soll

überhaupt nicht darauf zugegriffen werden. - Deswegen ist es, richtigerweise im Verfassungsschutzbericht 2014 erwähnt, Ausfluss der Erfahrungen im Jahre 2013.

Es sind dann ja noch mehr Dinge geschehen, wie Sie wissen. Im Haushaltsausschuss sind Sie, glaube ich, nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Aber wir haben ja dann - - Die Netze des Bundes sind nicht unerheblich von einem Betreiber mitbetrieben worden, von dem wir uns gelöst haben, was relativ viel Geld verursacht, wie Sie wissen. Auch das ist eine solche Konsequenz. Eine weitere Konsequenz ist, dass wir im Beschaffungsverfahren jetzt von denjenigen, die einen Auftrag haben wollen, eine Erklärung verlangen, dass sie ihre Informationen, die sie durch die Zusammenarbeit mit der Bundesregierung oder in anderer Weise sich beschaffen, erhalten, nicht an dritte Staaten weitergeben dürfen. Alles dies sind Konsequenzen seit 2013 und auch dieser Verfassungsschutzbericht. Das ist aber nicht zu verwechseln mit einem Kenntnisstand aus dem Jahre 2000 oder 1995, 98, 2001, 2005, wann auch immer.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dem würde ich uneingeschränkt zustimmen. Nur, ich frage mich, ob diese Erkenntnis, die wir beide teilen aus den Snowden-Unterlagen oder den gesellschaftlichen Diskussionen nach den Snowden-Veröffentlichungen, nicht auch das Bundeskanzleramt erreicht hat, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danach müssten wir wieder wechseln.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - weil man eben - - Man hat all diese Dinge gemacht, die Sie sagen, zu Recht.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Nein. Ich weiß nicht, ob - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ich habe - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, jetzt lassen Sie mich ganz kurz das sagen; ich habe ja noch gar keine Frage gestellt. - Aber im Bundeskanzleramt ist man nicht auf die Idee gekommen, mal zu gucken, was da eigentlich in Bad Aibling abgeht. Man hatte Listen; ich kann Ihnen eine schöne Snowden-Liste - das mache ich gleich noch, weil wir ja so viel Zeit haben - zeigen, die ganz bestimmt hohes Interesse im BND ausgelöst hat, wo Daten abfließen in die USA - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich muss jetzt auf die Uhr gucken. Wir sind bei elf Minuten, und ich höre die Frage noch nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Ich gebe ab.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke schön.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich stelle sie gleich noch mal, Herr Vorsitzender, wenn Sie das so eieruhrmäßig machen, bitte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, die Eieruhr wäre schon vor vier Minuten um gewesen. - Frau Kollegin Renner, ich glaube, die Fraktionen der Union und der SPD haben derzeit keine Fragen in öffentlicher Sitzung. Dann sind Sie dran, Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich will da noch mal weiterfragen. Ich finde das nämlich gerade einen interessanten Punkt. Also, wenn man Hinweise hatte auf Spionage mit technischen Mitteln, HUMINT-Einsatz kommt hinzu - - Ich glaube, Markus R. dürfte, wenn es stimmt, dass er 3 500 Namen von Agenten rausgespielt hat, eines der größten Spionagevorfälle in den letzten Jahren gewesen sein - ja? - Wird so sein, wenn das stimmt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wäre im Zweifel nicht Untersuchungsgegenstand, aber - -

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, wäre nicht Untersuchungsgegenstand?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ich warte noch auf die Frage, deswegen bin ich stumm.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ich komme - - Also, wenn man Hinweise hatte - HUMINT, SIGINT, Snowden-Dokumente, alles Mögliche -, warum kommt man erst in 2015 auf die Idee, bestimmte Teile der Kooperation zu beenden?

Was ich nicht verstehe: Es ist auch genau Teil Ihres Eingangsstatements; da haben Sie gesagt: Bei alledem, wir können vertrauensvoll zusammenarbeiten - mit jemandem, der, wie gesagt, Markus R. anwirbt, mit diesem Schaden, der unvergleichbar ist mit anderen Vorgängen, mit jemandem, dem man unterstellt, dass er versucht, die Bundesregierung auszuspionieren - Stichwort „Regin“, „Kanzlerin-Handy“ -, mit jemandem, dem unterstellt wird, dass er auch massenhaft Daten der Bürger und Bürgerinnen erfasst. Wie kann man dann sagen: „Der Zweck heiligt die Mittel“? Das ist etwas, weswegen wir Teile Ihrer Aussage auch nicht verstehen; weil diese Anhaltspunkte, die sind so vielfältig und unterschiedlich und die treten all die Jahre auf, 2005, 2007, 2008, 2010, 2011, 2013 usw., fortgesetzt.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Wissen Sie, meines Erachtens verwechseln Sie jetzt den Kenntnisstand der Jahre 2013 folgende mit dem Kenntnisstand vorher. Ich habe ja versucht, deutlich zu machen, dass im Umgang mit ausländischen Nachrichtendiensten, auch wenn es unser engster Sicherheitspartner ist - dazu sage ich gleich noch ein Wort -, eine gewisse Grundskepsis immer geboten ist. Begründung: Jäger und Sammler jagen und sammeln viel. Das war auch das Motiv, bestimmte Sachen nicht zu machen.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber die jagen hier im eigenen Hühnerstall, also in unserem.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Moment. - Und jetzt ist offenkundig oder jedenfalls vorgetragen und teilweise bewiesen, teilweise offen - teilweise trifft es wahrscheinlich nicht zu -, dass das



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ausmaß - ich habe von Maß und Mitte gesprochen - auch einer Beobachtung von Zielen in Deutschland - so nenne ich es jetzt mal allgemein - zu viel war. Das hat uns alle überrascht und zweitens gestört. Daraus haben wir Konsequenzen gezogen, die ich geschildert habe: 360-Grad-Blick, Beschaffung usw. usw.

Das ändert aber nichts daran, dass die USA - da unterscheide ich mich eben von der Position der Linken - für uns in Sicherheitsbelangen der wichtigste Partner sind, dass wir die Sicherheit der Soldatinnen und Soldaten im Ausland, der Polizistinnen und Polizisten im Ausland und sicher auch mancher ziviler Entwicklungshelfer nicht alleine durch den BND oder unsere Sicherheitsbehörden gewährleisten können, sondern auf die Zusammenarbeit mit Diensten angewiesen sind, und dass wir eine - gerade im Antiterrorkampf, aber auch im Bereich OK und anderen - sehr fruchtbringende - zum beiderseitigen Vorteil, aber überwiegend zu unserem Vorteil - Zusammenarbeit mit den USA haben.

Vieles von dem, was jetzt vorgetragen wird, ja im Übrigen auch gar nicht bewiesen ist - - Wir wissen nicht, wie weit etwa ein denkbarer Zugriff auf Regierungskommunikation stattgefunden hat. Das würde ich gerne wissen, ehrlich gesagt, als für Spionageabwehr zuständiger Minister, und Sie würden es als Untersuchungsausschuss sicher auch gerne wissen. Da muss man sagen: Das hat zu einer Vertrauensbelastung geführt. Wir müssen daran arbeiten, dass wir das wieder reparieren. Dazu gehören nicht nur Worte, sondern auch Taten. Aber alles ändert nichts daran, dass die Grundbasis dieser Zusammenarbeit seit Jahrzehnten wichtig und weiterhin unverzichtbar ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sagen jetzt „Vertrauensbelastung“. Der öffentliche Diskurs sagt: Das Vertrauen wird durch den Untersuchungsausschuss belastet. Das ist die Erzählung der Bundesregierung, die wir gerade draußen hören.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Nein. Also, meine Erzählung ist das nicht, sondern - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber das ist eine andere, die -

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): - dann auch wohlfeil über die Presse gespielt wird, dass wir bis zu einem Sicherheitsrisiko hochstilisiert werden.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Nein, nicht der Untersuchungsausschuss ist eine Vertrauensbelastung. Das Staatswohl - das habe ich in meinem Eingangsstatement sehr wohl bewusst gesagt - ist nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts der Bundesregierung und dem Deutschen Bundestag gemeinsam anvertraut.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: So. Was eine Belastung ist, sind Durchstechereien und das Veröffentlichenden von geheimen Unterlagen.

(Dr. Hahn (DIE LINKE):
Auch aus den Reihen der
Bundesregierung!)

Dazu sage ich, Herr Hahn, schnörkellos: Nach meiner Lebenserfahrung geschieht das sowohl aus dem Bereich des Parlaments wie aus dem Bereich der Exekutive. Da müssen wir jetzt gar nicht uns gegenseitig belehren oder Vorwürfe machen. Ich kann allerdings jetzt nicht sagen, wo der Anteil größer ist. Ich weiß, dass manchmal Dinge, die zum Parlament gehen, eine Stunde später veröffentlicht werden. Ich weiß, dass manchmal Dinge veröffentlicht werden, die geheim sind, obwohl sie das Parlament noch gar nicht erreicht haben. Das weiß ich auch. Ich sage Ihnen nur, als Bundesminister des Innern und als Mensch, wie ich hier sitze, finde ich den Umgang mit geheimen Akten in diesem Staat fahrlässig; er widerspricht meinem Staatsverständnis, und er kann die Sicherheit dieses Landes gefährden. Deswegen geht mein Appell an alle, auch in der Exekutive, diese Spielereien zu unterlassen. - War das jetzt - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ich wäre gerne noch - - Ja, ich wollte diese Frage - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ich wollte es nur einmal sagen, weil ich sage nicht: Der Untersuchungsausschuss - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ich wollte eigentlich auf etwas anderes hinaus.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ich habe sogar gesagt, im Blick auf Kontrolldichte und vieles, was ich mit Herrn Flisek diskutiert habe, der mich gefragt hat, werden wir sicher wertvolle Hinweise kriegen; ähnlich war es ja auch beim NSU-Untersuchungsausschuss. Das ist überhaupt nicht mein Punkt. Aber dass einfach die Tatsache eines Untersuchungsausschusses irgendwie alle möglichen Leute ermuntert, aus Sensationslust, aus Geilheit, aus Eitelkeit - ich weiß nicht was -, Unterlagen durchzustecken, finde ich verantwortungslos. Das wollte ich einmal hier so klar gesagt haben. Das richtet sich gegen alle, die das tun.

Martina Renner (DIE LINKE): Meine konkrete Frage muss ich wahrscheinlich dann in der nächsten Runde stellen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann ist Herr Kollege von Notz dran.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wollte sagen, dass man das genau so sehen kann und ich das durchaus teile, wobei ich mir häufig die Frage stelle, ob nicht, auch wenn ich diesen Ausschuss hier begucke, zu viele Dinge klassifiziert werden.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Das ist eine andere Frage.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Und da ist es eben - wissen Sie - in einem Ausschuss, der für Transparenz sorgen soll, nur eine Kuriosität, wenn die wesentliche Frage der letzten Wochen hier in Berlin: „Soll die Selektorenliste offengelegt werden oder nicht?“, wenn diese Stellungnahme der Bundesregierung

als Geheim eingestuft wird. Also, sie war jetzt ja noch nicht in der Öffentlichkeit, obwohl das Parlament sie schon mehr als eine Stunde hat. Aber man fragt sich manchmal, ob auch dieses Arkanstaatliche nicht ausufert. Das sage ich nur ergänzend zu dem, was Sie sagen.

Grundsätzlich kann man dann auch mal diskutieren, ob nicht nach einer gewissen Zeit überhaupt die Akten auf den Tisch müssen. Das ist in den USA, wo sehr viel schärfere Geheimhaltungsvorschriften sind, auf jeden Fall der Fall. Am Ende müssen die Dinge auf den Tisch in der Demokratie. Da können wir viel lernen. Da können wir ja mal überlegen, was man da gesetzlich machen kann.

Aber ich muss jetzt wieder wegen der Unterbrechung sozusagen anknüpfen an meinen Vortrag von vorhin und da andocken. Wir waren dabei, dass in Ihrem Verfassungsschutzbericht aus dem Jahr 2013 eigentlich auch in Richtung westlicher Dienste eine erhebliche Skepsis zum Ausdruck gekommen ist, die sich ja auch in manchen Dingen - Merkel-Handy hat da wohl schon reingestrahlt - - aber bei Markus R. dann ja auch bewahrheitet hat.

Wie kommt das Bundeskanzleramt dazu, zu sagen, man sei gutgläubig gewesen bis in den März 2015, wenn der Innenminister als Konsequenz aus Snowden diese ganzen Dinge zutreffend beschreibt, einen solchen Verfassungsschutzbericht schreibt? Wie kann es sein, dass das Bundeskanzleramt sagt: „Also, Bad Aibling, wir waren in der wonnigsten Eintracht mit der NSA. Wir hatten da gar keine schlimmen Gedanken. Wir wollten da gar nichts prüfen und nachgucken“, obwohl man das schwarz auf weiß hat? Ich meine, den Verfassungsschutzbericht wird man ja auch im Bundeskanzleramt gelesen haben.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Herr von Notz, das müssen Sie das Kanzleramt fragen, nicht mich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Jedenfalls ist die Entscheidung, den 360-Grad-Blick jetzt einzunehmen, natürlich im Einvernehmen mit dem Kanzleramt so getroffen worden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja. Das ist erstaunlich. Das finde ich auch. - In Ihrer Zeit im Bundeskanzleramt zwischen November 2005 und dem 28.10.2009 waren meiner Ansicht nach ja viele rechtlich relevante Entscheidungen zu treffen. Da Sie ja nun Fach- und Rechtsaufsicht waren, frage ich einfach mal, ob Sie an bestimmte Diskussionen Erinnerungen haben. Also, ist Ihnen der Begriff der Weltraumtheorie schon mal begegnet, und gab es dazu Diskussionen, zu denen Sie eventuell irgendwas entschieden hätten im Bundeskanzleramt?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Das ist ja jetzt schon mehrfach gefragt worden. An eine Rechtsdiskussion über eine Weltraumtheorie kann ich mich jetzt nicht erinnern.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, das - -

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Der BND hat nach dem BND-Gesetz im Ausland einen umfassenden Aufklärungsauftrag. Der ist nicht besonders begrenzt. Darüber wird ja geredet, ob das so bleiben kann. Und im Blick auf deutsche Rechtsgüter im Ausland habe ich ja jetzt schon entsprechende Ausführungen gemacht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Aber wenn eine Satellitenschüssel in Deutschland steht und man mit ihr Daten abgreift an einem Satelliten, um sie in Deutschland zu erfassen und dann auch in Deutschland zu verarbeiten, würden Sie dann trotzdem sagen, dass deutsches Recht nicht angewandt zu werden braucht?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Also, ich will mal sagen: Ich habe mir ⁷ Schönigen angeguckt, nicht Bad Aibling. In ⁷ Schönigen gibt es auch Satellitenaufklärung, direkt Funkverkehre,

Telefonverkehre in Zielgebieten. Da sehe ich nicht, wo da ein Rechtsverstoß sein kann, wenn man das tut und das im Aufklärungsauftrag umfasst ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Drei Staatsrechtler haben bei diesen Methoden, die vom BND angewandt wurden, auch in Ihrer Zeit als Fach- und Rechtsaufsicht ganz erhebliche rechtliche Probleme hier uns bestätigt. Das wird ja - -

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Dazu habe ich ja schon was gesagt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ich teile diese Auffassung überwiegend nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht. Weder Herr Papier noch Herr Hoffmann-Riem noch Herr Bäcker konnten Sie überzeugen.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: So ist es.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Haben Sie denn in der Zeit mal über die Personenbezogenheit von Metadaten diskutiert rechtlich? Also, sind Metadaten personenbezogene, personenbeziehbare Daten, und was bedeutet das rechtlich?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Über diese Frage habe ich insbesondere diskutiert, als ich das erste Mal Innenminister war, rund um das Thema Vorratsdatenspeicherung, wie Sie wissen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das glaube ich.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Aber das Kanzleramt im Verhältnis zum BND, kann ich mich an diese Debatten nicht erinnern.

7) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Funktionsträgereigenschaft, die es ermöglicht, auch - so habe ich das hier verstanden - deutsche Grundrechtsträger, wenn sie im Namen einer ausländischen Firma im Ausland unterwegs sind, abzuhören, haben Sie von dieser Funktionsträgereigenschaft mal gehört, von dieser Praxis?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Den Begriff jetzt nicht, aber zum Umgang mit deutschen Handynummern und Kennungen habe ich ja vorgetragen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Gut. Und dann kam ja irgendwie im Jahr 2009 - ich glaube, am Ende Ihrer Zeit im Bundeskanzleramt - diese Änderung von § 7 G 10 zur Übermittlung, ich würde sagen, Vereinfachung der Übermittlung von Daten. Können Sie sich da an irgendwelche Diskussionen erinnern oder Überlegungen, was es da abzuwägen galt?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. - Dann habe ich erst mal keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Ich frage dann jetzt mal in die Runde: Gibt es noch Fragen in öffentlicher Sitzung? - Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Herr Minister, ich mache da jetzt weiter, wo wir vorhin aufgehört haben, und halte Ihnen noch mal im Zusammenhang das vor, was Herr Uhrlau dazu gesagt hat, der ja der Chef des BND gewesen ist und der auch an den Vorbereitungsgesprächen für Ihre Reise beteiligt war; jedenfalls ergibt sich das aus - -

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Eher zur Nachbereitung des Gesprächs als zur Vorbereitung der Reise; aber ist egal.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Der hat gesagt als Erstes:

Und ob in dieser Unterrichtung

- also, es geht da um die Unterrichtung des Ministers -

irgendetwas über konkrete Firmen gesagt worden ist oder geschrieben worden ist, sei einmal dahingestellt.

Also, das haben wir ja vorhin auch schon abgehakt.

Aber der Sachverhalt, um den es ging und der dann auch zu der eindeutigen Position des ehemaligen Chefs des Kanzleramtes geführt hat, nicht in eine Vertiefung einzutreten, spricht Bände.

So Herr Uhrlau. Nun kann man sich - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Den Sachverhalt haben wir eben schon vorgehalten. Nur zur Info.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Den Sachverhalt und die Textstelle haben wir eben schon vorgehalten. Nur zur Info.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Aber ich weiß nicht, ob Sie das Nächste auch weiter vorgehalten haben.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ja, was heißt jetzt - - Herr Uhrlau hat, wie Sie wissen - wir kennen ihn alle -, eine intensive Fähigkeit, auslegungsfähige Sätze zu sagen.

(Heiterkeit)

- Ja, das ist ein Teil seines Markenzeichens. - Also, was heißt „spricht Bände“? Was heißt das: „spricht Bände“? Was wollen Sie jetzt daraus herleiten?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau. Die Frage habe ich mir auch gestellt.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: So.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und die habe ich Herrn Uhrlau auch gestellt. Sie werden lachen. Jetzt gucken wir mal, was er geantwortet hat. Das ist, glaube ich, Seite 42. Die habe ich ihm dann auch gestellt. „Und da haben Sie gesagt: Das spricht ja Bände“, habe ich ihm vorgehalten. „Nun möchte ich die Bände mal ein bisschen hinterfragen“, habe ich dann gesagt.

Meinen Sie damit, dass auch bei Herrn de Maizière angekommen ist: „Da gibt es ein Problem, da gibt es ... ein ernsthaftes Problem“, und deshalb war seine Konsequenz, Projekte auslaufen zu lassen? Das ist nur eine Verständnisfrage. Was verbirgt sich dahinter: „Das spricht Bände“?

So. Das war jetzt meine Frage. Da hat er gesagt - auch noch nicht ganz klar -:

Herr Ströbele, Sie haben ja den Bundesinnenminister in der Sitzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums erlebt.

Was stimmt.

Sie müssten ja sagen können - -

Da wurde er dann unterbrochen, und dann sagt er:

„Das spricht Bände“: dass bekannt war, dass der BND und das Kanzleramt hinsichtlich der Interessenlagen, die mit dem deutschen Recht nicht ... kompatibel sind, auf einem gemeinsamen Fußballfeld gewesen sind.

Das ist auch noch nicht so ganz klar.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ein typischer Uhrlau.

(Heiterkeit)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wir erkennen Herrn Uhrlau. - Dann frage ich da noch mal nach, also frage ich, was das heißt: „auf einem gemeinsamen Fußballfeld“. Und dann:

... dass die NSA durchaus über das, was der BND zu tun pflegt oder auch tun darf, hinaus Begehrlichkeiten

- also die NSA Begehrlichkeiten -

- ich nenne das immer Begehrlichkeiten -, also Interessen hatte.

Frage ich ihn dann. Und da nickt er. Ich habe dann noch gefragt: Heißt das Nicken „ja“? Und dann hat auch der Vorsitzende ins Protokoll diktiert: Das war ein Ja.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ja und, was folgt jetzt, Herr Ströbele? Ich habe das gesagt. Die Tendenz zu Übergriffigkeiten, Begehrlichkeiten, all das muss man in dem Geschäft, in dem Bereich in Rechnung stellen. Das war exakt das Motiv, diese erweiterte Zusammenarbeit nicht weiter - - nicht in Angriff zu nehmen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, und meine Frage - -

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Nichts stützt Ihre These, die Sie da eingangs mir unterstellt haben. Je länger Sie vorlesen, umso mehr habe ich recht und umso weniger haben Sie recht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Tut mir leid.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich versuche, Ihnen Anhaltspunkte dafür darzulegen, dass Sie über diese Frage informiert waren, -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Was ist jetzt „diese Frage“ wieder?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - über diese Problematik informiert waren.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Was ist jetzt „diese Frage“ wieder? Ich habe gesagt, Selektoren und all das, auch Firmennamen, nichts davon - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: So. Also.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sondern, wie Sie es selber - - Übergriffsproblematik, haben Sie, glaube ich, vorhin mal gesagt. Da waren Sie informiert. Wenn man eine Übergriffsproblematik kennt und da sogar schwerwiegende Schlüsse draus zieht, nämlich zu sagen: „Bei zusätzlichen Wünschen der NSA sind wir vorsichtig oder weisen sie zurück“, dann muss man doch mal die Übergriffsproblematik klären - oder nicht? Also, Sie als Chef von dem Ganzen, müssen Sie da nicht sagen: „Herr Uhrlau, jetzt machen Sie das mal ein bisschen konkreter“? Oder wenn das Herr Uhrlau dann nicht schafft, dann gibt es ja auch noch andere Mitarbeiter, die Sie mal fragen können: Was ist da in der Vergangenheit gewesen?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Herr Ströbele, das exakt - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das zu dieser Übergriffsproblematik.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Herr Ströbele, Sie fragen das jetzt zum fünften oder sechsten Mal. Das verstehe ich. Das ist auch erlaubt und so. Aber ich werde jetzt nichts Neues sagen. Das exakt ist ja geschehen. Wir werden ja gleich in vertraulicher Sitzung uns vielleicht diesen Fragenkatalog noch einmal angucken und gucken, was da geantwortet worden ist. Ich habe ja nachgefragt. Dann würde ich im Nachhinein sagen: Wenn das denn alles so bei Herrn Uhrlau klar gewesen wäre, dann hätte nahegelegt, dass er dazu etwas reinschreibt oder sagt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: So. Das spricht dafür, dass er selber auch nicht so richtig im Film war, und das deckt sich ja wiederum mit den Zeugenaussagen vorher.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber wenn er auch nicht richtig im Film war, dann gibt es ja da noch andere Mitarbeiter. Kann man vielleicht - - Also, das war ja ein wichtiger Sachverhalt, der Sie auch in Ihrem Handeln bestimmt hat. Da muss man doch der Frage nachgehen. Wenn Herr Uhrlau nicht ergiebig genug ist, setzt man vielleicht eine Arbeitsgruppe ein oder beruft eine Sitzung ein, um mit anderen Leuten noch mal darüber zu reden. Darauf kommt es mir an. Das ist was, was in der Situation - - Vielleicht wären die dann auch auf Eurocopter gestoßen, weil das war ja im Amt schon irgendwo bekannt. Das war ja seit 2005 bekannt - Ihnen nicht; das wiederhole ich noch mal. Dafür haben wir keine Anhaltspunkte. Aber dann wären sie vielleicht auf diese Sachen gekommen und hätten dann vielleicht auch das machen können, was die Mitarbeiter, also Herr D. B. und Herr Dr. T., dann nachher gemacht haben nach 2013, nach den Enthüllungen von Edward Snowden, die gesagt haben: Guckt doch mal nach. Was will eigentlich die NSA rausbekommen mithilfe des Bundesnachrichtendienstes? Da kann man dann diese Telekommunikationsmerkmale oder Selektoren vielleicht finden.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Sie sagen jetzt „vielleicht“ und „wäre“, bauen eine Kausalkette auf, die auf einer These aufbaut. Ich habe nachgefragt. Ich habe alles das Erforderliche getan, um zu erkennen, was da in Bad Aibling los war. Mir ist ein bestimmter Sachverhalt vorgetragen worden und fertig.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, dann müssen wir nachher - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich frage dann jetzt noch mal nach, auch mit Blick auf die anstehende nichtöffentliche und eingestufte Vernehmung, ob es noch Fragen der Fraktionen im



Nur zur dienstlichen Verwendung

öffentlichen Teil gibt. - Ich gebe dem Kollegen von Notz noch das Wort.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also anschließend daran: Was wurde Ihnen denn geantwortet auf diese Nachfrage, was in Bad Aibling passiert? Wer hat Ihnen geantwortet, und was wurde geantwortet, Herr de Maizière?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ich habe einen Fragenkatalog gestellt, und in dem Fragenkatalog waren die entsprechenden Antworten enthalten. Das werden wir ja gleich durchgehen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber Sie versuchen es ja hier in öffentlicher Sitzung so darzustellen, als wäre Ihnen nichts Relevantes geantwortet worden.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Hinweis auf allgemeine Risiken, keine konkreten Hinweise auf ein Fehlverhalten in der Vergangenheit.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auf ein Fehlverhalten in der Vergangenheit der NSA - oder?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber der Umstand, dass die NSA übergriffig ist, der wurde berichtet?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Nein, dass es die Tendenz zur Übergriffigkeit gibt und insbesondere eine Gefahr besteht im Blick auf das, worum es bei der erweiterten Kooperation hätte gehen sollen, nicht jedenfalls - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, und der bestehenden Kooperation.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Nein. Ich sage es gerne auch noch 20-mal.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Daher hatte man ja die Erkenntnisse.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ich sage es gerne - - Wer ist „man“?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, der BND.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Das war ja gerade - - Nein, nicht der BND, sondern irgendwelche Mitarbeiter im BND.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer denn zum Beispiel?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Das weiß ich ja nicht. Das war ja gerade - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sich erinnern? Herr Urmann vielleicht?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Das war ja gerade das Problem - Herr Urmann war bei einem dieser Gespräche ja dabei, wie Sie wissen -, dass sozusagen der Hinweis auf Selektoren und gegebenenfalls Missbrauch mit den Selektoren dort gar nicht gegeben worden wäre. Ich hätte mir das gewünscht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, von Selektoren haben die nichts gesagt. Aber sie haben von Übergriffigkeit gesprochen und von Ausdehnungstendenzen bei dem Auftrag, was eben nicht mit dem deutschen Auftragsprofil übereinstimmt.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Auch das - habe ich ja gesagt - ist eine Grundskepsis und -tendenz, die man auch gegen einen sehr großen befreundeten Partnerdienst haben muss, immer haben muss.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So. Und das war - - Um es auf den Punkt zu bringen: Diese Rückmeldung auch auf diese Fragen, die wir jetzt gleich in nichtöffentlicher Sitzung noch mal sehr viel detaillierter mit Aktenvorhalt machen dürfen, weil das alles eingestuft ist, das war für Sie kein Anlass, nachzuzufragen, was eigentlich in Bad Aibling vor sich geht?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Doch. Aber auch das habe ich schon x-mal gesagt. Genau diese Nachfragen sind ja erfolgt und dann auch entsprechend abgearbeitet worden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Und dann haben Sie diese Rückmeldung bekommen, und das hat Sie dann nicht dazu veranlasst - lassen Sie mich die Frage präzisieren -, Konsequenzen für Bad Aibling zu ziehen?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Nein. Der Bericht war so, dass ich daraus keinen Anlass sah, noch weiter nachzufragen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das kann ich anhand der Dinge, die ich aus dem Bericht lese, nicht nachvollziehen, dass das - -

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Das unterscheidet uns eben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das unterscheidet uns. - Ich will Ihnen noch mal die Gelegenheit geben, Herr de Maizière, weil ich das wirklich für die relevante sozusagen Essenz unseres Gesprächs jetzt in den letzten Stunden sehe: Vor diesem Hintergrund der Geschehnisse im Jahr 2008, der Rückmeldung des BND im Hinblick auf den Ausbau der Kooperation, würden Sie immer noch dabei bleiben, dass die Schuld, der Fehler oder die Fehler, die gemacht worden sind im Hinblick auf die Selektoren und die Übergriffigkeiten der NSA, zu 100 Prozent beim BND liegen und zu null Prozent beim Bundeskanzleramt?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Ich habe jetzt über mich gesprochen, und ich würde sagen: Der eigentliche Kernfehler liegt im mangelnden Meldeverhalten des BND.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Fritsche hat vielleicht ein bisschen Schuld - oder?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Nein, der - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, nur Sie haben null Prozent Schuld?

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Nein, dann übernehme ich Ihre Formulierung: zu 100 Prozent beim BND.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zu 100 Prozent beim BND. - Herzlichen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Jetzt frage ich in die Runde: Wenn es keine Fragen mehr gibt, die in öffentlicher Sitzung beantwortet werden können, müssen wir einen Beschluss zum Ausschluss der Öffentlichkeit fassen.

Ich schlage folgenden Beschluss vor:

Für die weitere Vernehmung des Zeugen Dr. Thomas de Maizière am heutigen Tag wird die Öffentlichkeit gemäß § 14 Absatz 1 Nummer 4 des Untersuchungsausschussgesetzes ausgeschlossen, weil besondere Gründe des Wohls des Bundes entgegenstehen.

Wer dem so zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. - Herzlichen Dank. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei antizipierter Zustimmung der Opposition ist auch am heutigen Tag der Ausschluss der Öffentlichkeit beschlossen worden.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Darf ich eine kleine Pause zum Austreten haben? Geht das? Fünf Minuten?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das geht uns allen wahrscheinlich so.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Oder auch zehn. Das reicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir sind jetzt am Ende des öffentlichen Teils der Sitzung. Ich würde vorschlagen, dass wir im nichtöffentlichen Teil mit der Zeugenvernehmung von Dr. de Maizière weitermachen, weil genau hier der Anknüpfungspunkt jetzt beim Kollegen von Notz war,



Nur zur dienstlichen Verwendung

und würde auch vorschlagen, wenn das akzeptiert wird, dass wir den Zeugen Fritsche für heute nach Hause schicken, weil ich Sorge habe, dass er sonst nicht mehr drankommen wird. - Das ist mit Nicken bestätigt. Dann machen wir in einer halben Stunde weiter im bekannten Saal in eingestufte Sitzung.

(Zuruf: 20 Minuten!)

- Schafft ihr es denn so schnell? - 20 Minuten.

Zeuge Dr. Thomas de Maizière: Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich bedanke mich bei der Öffentlichkeit und den Vertretern der Presse für die Teilnahme und die voraussichtlich gute Berichterstattung. Einen schönen Abend noch!

(Schluss des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung,
Öffentlich: 21.42 Uhr -
Folgt Sitzungsteil Zeugen-
vernehmung, Geheim)

ANLAGE

**Stenografisches Protokoll - vorläufige Fassung - der 55. Sitzung des 1. UA der 18. WP
am 18. Juni 2015 - Zeugenvernehmung von Herrn Minister de Maizière**

Folgende Änderungen bzw. Ergänzungen werden erbeten:

Öffentlicher Teil:

Seite 94, rechte Spalte, oben (Eingangsstatement):

„[...] Das Wohl unseres Landes ist Bundestag und Bundesrat gleichermaßen und gemeinsam anvertraut.“

Richtigerweise sollte es lauten:

„[...] Das Wohl unseres Landes ist Bundestag und Bundesregierung gleichermaßen und gemeinsam anvertraut.“

Seite 97, linke Spalte, Mitte (Eingangsstatement):

„[...] Bei konkretem Verdacht was das auch früher so - meist in Form einer stillen Ausreise.“

Richtigerweise sollte es lauten:

„[...] Bei konkretem Verdacht was das auch früher so - meist in Form einer stillen Ausweisung.“

Nach diesem Satz sollte ein Absatz gemacht werden.

Seite 110, linke Spalte, oben:

„[...] Wir wissen trotzdem, dass wir auf Zusammenarbeit angewiesen sind, Stichwort Antiterrorgefahr (sic!); das haben wir im Gemeinsamen Terrorabwehrzentrum usw.“

Richtigerweise sollte es lauten:

„[...] Wir wissen trotzdem, dass wir auf Zusammenarbeit angewiesen sind, Stichwort Terrorgefahr; das haben wir im Gemeinsamen Terrorabwehrzentrum usw.“

Seite 117, rechte Spalte, oben:

„[...] Zum Beispiel haben wir in dem Zusammenhang vermutlich die Entscheidung bekommen von Eric Holder und Obama im Datenschutz, mit dem Umbrella-Abkommen mit den USA erstmals eine Klagemöglichkeit für Europäer vor amerikanischem Recht zu bekommen.“

Anlage

Richtigerweise sollte es lauten:

„[...] Zum Beispiel haben wir in dem Zusammenhang vermutlich die Entscheidung bekommen von Eric Holder und Obama im Datenschutz, mit dem Umbrella-Abkommen mit den USA erstmals eine Klagemöglichkeit für Europäer vor amerikanischen Gerichten zu bekommen.“

Seite 140, linke Spalte, Mitte:

„[...] Wir haben ja - Frau Marschall (?) ist jetzt nicht mehr da - über Mentalitäten geredet.“

Richtigerweise sollte es lauten:

„[...] Wir haben ja - Herr von Marschall (?) ist jetzt nicht mehr da - über Mentalitäten geredet.“

Seite 146, rechte Spalte, unten:

„[...] Ich habe mir Bad Schöningen angeguckt, nicht Bad Aibling. In Bad Schöningen gibt es auch (...).“

Vor Schöningen sollte das jeweils das Wort „Bad“ gestrichen werden.
